hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Dezember 1993

12/93

3. Jahrgang

ISSN 0944-7989

Themen:

Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte

u.a.

Mit Beiträgen von:

Winfried Beck
Jutta & Eberhard Seidel
Tigris Seyfarth
Uwe Markus
Wolfgang Fach
Klaus Klinzing
Ilko-Sascha Kowalczuk

u.a.

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

12/93

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig
Verantwortlich: Peer Pasternack
Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

---

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig, Tel. (0341) 719 22 61, Fax (0341) 719 22 55. E-Mail: hso @ stura.uni-leipzig.d400.de
hso erscheint zweimonatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Oktober bis September.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 9,50 zzgl. Versand. Jahresabonnement (6 Ausgaben) DM 65,-. PrivatabonnentInnen DM 37,-. Nichtverdienende DM 25,- (Abo-Gebühren incl. Inlandversand).
Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.
Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.
Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.
ISSN 0944-7989

INHALT

EDITORIAL 7

THEMA: Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte
Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte:
Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverbote gegen Ärzte in den neuen Bundesländern 10
Jutta Seidel/ Eberhard Seidel:
Erwiderung zur VDÄÄ Presseerklärung "Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverbote gegen Ärzte in den neuen Bundesländern" 15
Winfried Beck:
Antwort an Jutta und Eberhard Seidel 17
Jutta und Eberhard Seidel:
P.S. zu der Erwiderung zur VDÄÄ-Presserklärung 19
Winfried Beck:
Brief an Eberhard Seidel 20
Winfried Beck:
An die Zeitschrift Dr. med. Mabuse 21
Tigris Seyfarth:
Einschätzung zur Veranstaltung des VDÄÄ und anderer Organisationen in Dresden zu den "Berufsverboten und neuem Unrecht in den Neuen Bundes-ländern" am 5.5.93 24
Erni Balluff 28
M. Siegmund Drexler:
Eindrücke und Empfindungen vom Deutschen Ärztetag in Dresden Mai 1993 30
Winfried Beck:
An das IPPNW-Forum 32
S.O. Hoffmann:
Austritt aus dem VDÄÄ 35
Winfried Beck:
An Prof. Dr. S.O. Hoffmann 36
Inge Rapoport 38
PUBLIKATIONEN zu medizinischer Forschung/ Hochschulmedizin in der DDR und ihrer Umgestaltung in Ostdeutschland 42

FORUM
Uwe Markus:
Ostdeutsche Sozialisationserfahrungen und aktuelle Personalpolitik - Beispiel Industrieforschung 44
Wolfgang Fach:
Politik studieren. Eine Motivations-Skizze (Ost) 53

STUDIE
Klaus Klinzing:
Der ostdeutsche akademische Mittelbau auf dem Weg ins vereinigte Deutschland. Eine hochschulpolitische Studie 61

BERICHTE
Kunstgeschichte: Blick zurück nach vorn *(Ernst Badstübner)* 81
Struktur und Funktionsweise der industrieorientierten Forschung an der AdW unter den forschungspolitischen Bedingungen in der DDR *(WZB)* 83
Stand des Aufbaus von Einrichtungen der MPG in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin *(MPG)* 85
Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie nimmt Arbeit auf *(Michael Globig)* 96
Senat der Max-Planck-Gesellschaft beschließt Gründung eines Instituts für neuropsychologische Forschung in Leipzig *(Michael Globig)* 98
Das Institut für Polymerforschung Dresden e. V. - ein weiteres Standbein der Werkstoff-forschung in Dresden *(BMFT)* 99
Kein Tagungsbericht, sondern kritische Anmerkung! Zum Brandenburger Gleichstellungssysmposium *(Monika Stein)* 100
Frankfurt (Oder): Gründungssenat verfaßte Tätigkeitsbericht *(Viadrina)* 102
Uni Erfurt und TU Ilmenau - zwei Paar Schuhe *(IUN)* 105
BAföG für in der DDR politisch und ideologisch diskriminierte Schüler und Studenten *(BMBW)* 105
Soziale Herkunft von deutschen Studienanfängern in den alten und neuen Ländern *(HIS)* 107

DOKUMENTATION
BLK und Wissenschaftsorganisationen erörtern Stand und Perspektiven der Forschungsförderung in den neuen Ländern 110
Hochschulrektorenkonferenz erhebt Zahlen für das Wintersemester 1993/94 112
Dachverband der StudentInnenschaften gegründet 119

STIPENDIEN
Ausschreibung eines Graduiertenkollegs an der Uni Jena in Verbindung mit der MLU Halle und der PH Erfurt "Konflikt und Konsens im Transformationsprozeß mittel- und osteuropäischer Gesellschaften" 121

GELESEN
Haben die Studenten die Revolution verschlafen? Kritisches zu einer Neuerscheinung. Malte Sieber, Ronald Freytag: Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* 122
Katz, M., V. Vieland: UNIKNIGGE für FRAUEN. Wegweiser durch den patriarchalen Hochschuldschungel *(S.B.)* 134

PUBLIKATIONEN 136
Veröffentlichungen der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW) 140

FrauenStreikTag 1994 143

"Der Spinner und Flenner, der Chaoten und Scharlatane gibt es in Deutschland weiß Gott mehr als genug. Deren Schar brauchen die Hochschulen nicht zu vermehren."

Der sächsische Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer bei der Einweihung der Wirtschaftsfakultät der TU Chemnitz-Zwickau

(aus: DUZ 23/1993)

Editorial

Im März 1993 meldete sich der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VdÄÄ) mit einer Erklärung unter dem Titel "Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverbote gegen Ärzte in den neuen Bundesländern" zu Wort. Bei den darin Verteidigten handelte es sich vornehmlich um Universitätsprofessoren. Auf diese Erklärung setzte eine heftige Debatte ein. Sie führte in einer Veranstaltung während des Dresdner Deutschen Ärztetages im Mai d.J. die KontrahentInnen öffentlich zusammen. Mit dieser Podiumsdiskussion wurde zugleich der Disput dynamisiert. Er kann nach wie vor nicht als abgeschlossen gelten.

Wir dokumentieren unter THEMA die debattenauslösende Erklärung sowie die Diskussion in einer repräsentativen Auswahl der Wortmeldungen, die beim VdÄÄ-Vorstand ein- bzw. von diesem ausgegangen sind. Wir tun dies nicht zuletzt deshalb, weil die Diskussion über ihren unmittelbaren Gegenstand hinaus für weitere Dispute zu ähnlichen Vorgängen stehen kann - inklusive der beiden beobachtbaren Kerndefizite:

1. Diejenigen, die in den negativ Betroffenen der diskutierten Vorgänge (in der Regel politisch Gekündigte) nur Opfer sehen - sie formulieren keine praktikablen Vorschläge, wie mit Verfehlungen, die sich juristisch kaum fassen lassen, so umgegangen werden kann, daß flächendeckende Folgenlosigkeit nicht die einzige Folge ist.

2. Diejenigen, die in den negativ Betroffenen nur Täter sehen - sie vermeiden eine Antwort auf die Frage, wie die offensichtlichen Verstöße gegen rechtsstaatliche Minimalstandards zu bewerten und die möglicherweise schleusenöffnenden Folgen solcher Verstöße zu verhindern sein könnten.

Die Problematik hat also zwei Ebenen: die der Vergangenheitsaufarbeitung und die der Funktionsweise des Rechtsstaates. Als die BürgerRechtsgelehrte Bärbel Bohley ihr vielzitiertes Bonmot formulierte, die Menschen in der DDR hätten Gerechtigkeit erwartet, aber den Rechtsstaat erhalten - da hat sie keineswegs nur eine analytische Banalität in eine griffige Formel gegossen. Sie hat auch die augenscheinlich unaushaltbare Verknüpfung dieser beiden Ebenen gültig auf den Begriff gebracht.

Zum Rechtsstaat wollen wir heute mal nichts weiter sagen. Außer vielleicht, daß ja nun nicht alles gleich richtig funktionieren muß: Um damit auch einmal zu zeigen, welche Gelassenheit man sich so antrainieren kann. Man muß nur wollen.

Mit der DDR-Vergangenheitsbearbeitung sind mittlerweile einige Erfahrungen aufgelaufen. Zwei Varianten dieser Bearbeitung waren gleich zu den Akten gelegt worden: Die eine wurde nicht genutzt - Nomenklatura an die Laternenpfähle. Die andere war nicht konsensfähig - die postfrancistische Schwammdrüber-Lösung. Anfangs konnten sich die friedlichen Revolutionäre und Revolutionärinnen zu nichts richtig entschließen. Den Geltungsbereich ihrer Bahnsteigkarten nahmen alle sehr ernst. Es mußte erst die Argumentationshilfe angeliefert werden, daß man die Fehler der westdeutschen Vergangenheitsbewältigung von 1945 ff. nicht wiederholen dürfe: Nun konnten der Durchschnittszoni und die Durchschnittszona wie ihre adäquaten SprecherInnen in aller Selbstbestimmtheit den entsprechenden Ehrgeiz entwickeln, um in untersuchenswerter Selektivität der zurückliegenden Sündhaftigkeit Sühne fordernd Herr zu werden.

Entstanden sind daraus drei real praktizierte Varianten der DDR-Vergangenheitsbearbeitung, die sich wiederum auf verschiedenen Ebenen abspielen:

Zum ersten die politisch, moralisch, ideologisch und sozialpsychisch begründeten und geführten Auseinandersetzungen: Sie bilden eine normativ, emotional und durch Partikularinteressenbindungen überformte Ebene. Auf ihr herrschen unablässige Instrumentalisierungen. Diese sind unterschiedlich motiviert und schließen sich z.T. gegenseitig aus. Schlüssigkeit ist so nicht zu erreichen.

Auf diesbezüglichen Subebenen sind abgeleitete Negationen solcher Art der Vergangenheitsbearbeitung angesiedelt:
Die sportive - bevorzugt von erfolgreich in den neuen Verhältnissen gelandeten Nomenklaturkadern: Spiel verloren, Amateurmannschaft zerfallen, hinein in die Profiliga, Anpfiff nicht verpassen.
Die zynische - nimmt Bezug auf die allgemeine Moralinsättigung durch bewußte Ablehnung der moralischen Betrachtung, etwa Heiner Müller (wer sonst): "Ich bin kein Held, das ist nicht mein Job" (*Süddeutsche Zeitung,* 14./15.9.91), oder: "Ich bereue nie etwas, das ist unpraktisch" (*Wochenpost,* 5.1.94).
Die verdrängende - mit in den biografischen Konsequenzen neurotischen, sich auf anderen Feldern dann äußernden Wirkungen. Diese wird z.B. heftig befördert durch solch bedeutungsschwere Aussagen wie jene von Arnold Vaatz: "Der NEIN-Sager von gestern ist keine politisch zu vernachlässigende Minderheit, sondern die absolute Mehrheit der Ostdeutschen." (*F.A.Z.,* 22.7.93)
Bei so viel Tiefgang darf durchaus Michael Kröhers teilnehmender Beobachtung entspringende Erkenntnis als erklärungsintensiver gelten: "Die schweigende Mehrheit der DDR schweigt nur deshalb, weil sie die ganze Zeit über ißt. Und mit vollem Munde spricht man nicht." (*Transatlantik,* März '82)

Zum zweiten haben wir die juristische Auseinandersetzung: Sie bewegt sich mit ihrem klassisch prekären Problem des Verhältnisses von Recht und Gerechtigkeit zwischen der genannten ersten sowie der folgenden dritten Ebene und

greift je und je auf diese oder jene aus. Schließlich vermag Recht - im Osten unbekanntermaßen - nicht Gerechtigkeit zu schaffen, sondern nur - doch immerhin - Rechtsfrieden.

Zum dritten schließlich ist die Ebene der analytischen Auseinandersetzung festzuhalten: Sie könnte - zumindest idealtypisch - durchwachsen sein von Rationalität. Auf dieser Ebene allein wäre ein Grundproblem der DDR-Vergangenheitsaufarbeitung einer Lösung näher zu bringen: Jenes in dem Tatbestand bestehende Problem, daß diese Aufarbeitung ein Prozeß einerseits der Begegnung von Mehr-oder-weniger-Tätern und Mehr-oder-weniger-Opfern, andererseits der Begegnung von Betroffenen und Unbeteiligten ist. Beide Begegnungen verlangen kommunikative Vermittlung, wenn das Projekt noch irgendeinen Erfolg haben soll. Andernfalls reden weiterhin die meisten aneinander vorbei: Jedem ist sein Teil die ganze Wahrheit.

Was bleibt dann noch? - Tja: Aber woran Hundertschaften Unbelasteter erfolglos arbeiten, das können auch wir hier nicht mal schnell lösen. Falls freilich weitergemacht wird wie bisher, dann tut alsbald der Kanzler vielleicht doch nicht mehr so, als könne er nicht, wie er wolle. Und dann sind die Akten zu - beispielsweise.

Dem VDÄÄ haben wir für die Überlassung der Materialien zu danken.

p.p.

THEMA: Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte

Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte:

Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverbote gegen Ärzte in den neuen Bundesländern

Wir warnen vor einer katastrophalen Schädiggung der medizinischen Versorgungslage!

Wir protestieren gegen die Verfassung nicht achtende Willkür und gegen die Schädigung von Lehre und Studium an den Hochschulen und Universitäten der ehemaligen DDR!

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt findet gegenwärtig in den neuen Bundesländern eine in der jüngeren Geschichte beispiellose Vertreibung von Ärzten aus ihren beruflichen Stellungen an Krankenhäusern und Universitäten statt. Für die Betroffenen, Kolleginnnen und Kollegen mit hoher beruflicher Kompetenz, internationaler Reputation und sozialen Verdiensten, bedeutet dies nicht nur persönliche Kränkung, Ungerechtigkeit angesichts ihres ärztlichen Lebensweges und ihrer medizinischen Leistungen, sondern auch eine gesellschaftliche Ausgrenzung, für die es nach der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland keine Grundlage gibt. Überdies führen die vielen Entlassungen von Ärztinnen und Ärzten, die auf ihren Arbeitsgebiten dringend gebraucht werden, zu schwerwiegenden Versorgungsengpässen im Gesundheitswesen, die nicht zu verantworten sind.

Stellvertretend für vergleichbare Abläufe in den neuen Ländern sei dies am Beispiel der Stadt Leipzig dargelegt: Folgende Spezialisten wurden entlassen und konnten bisher nicht durch Neuberufungen ersetzt werden:

Prof. Arnold, Direktor der Orthopädischen Universitätsklinik: Gelenk-, Wirbelsäulen- und Rückenmarkchirurgie

Prof. Kiene, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik: Abdominal-, speziell Darm- und Tumorchirurgie

Prof. Arzinger-Jonasch, Erster Oberarzt der Chirurgischen Klinik: Unfall-, speziell Handchirurgie

Prof Lommatsch, Direktor der Augenklinik: Augentumorchirurgie, speziell Melanomkrychirurgie

Prof. Bielek, Direktor der Universitäts-Frauenklinik: Turmorchirurgie

Prof. Ruckhäberle, Erster Oberarzt der Universitäts-Frauenklinik: Geburtshilfe, speziell Risikogeburten

Prof. Michalski, Direktor der Universitäts-HNO-Klinik: Kehlkopf- und Innenohrchirurgie

Prof. Winkler, Erster Oberarzt an der Universitäts-HNO-Klinik

Prof. Lindenau, Direktor der Universitätsklinik für Herzchirurgie: Koronarchirurgie und Mißbildungschirurgie an Säuglingsherzen

Prof. Duck, Oberarzt an der Universitätsklinik für Innere Medizin: Kardiologie, Präoperative Diagnostik

Dozent Dr. Engelmann, Oberarzt an der Medizinischen Universitätsklinik und Leiter der Intensivmedizin: Interne Intensivmedizin

Prof. Löweke, Direktor der Klinik für Kiefer- und Gesichtschirurgie: Gesichtschirurgiee

Prof. Schwartze, Direktor der Physiologischen Instituts, Entwicklungsphysiologie

Dialyse, Unfall- und Gesichtschirurgie, medizinische Intensivmedizin, die gesamte Zahnmedizin, die kardiologische und radiologische Diagnostik werden kaum noch betrieben. Patienten, die früher hochspezialisierte Leistungen in Anspruch nehmen konnten, müssen heute in die alten Bundesländer ausweichen. Sie müsseen lange Wege in Kauf nehmen und damit ihre angegriffene Gesundheit zusätzlich gefährden.

Verschärft wird diese Situation durch die Unsicherheit über mögliche künftige Dauerstellen im Zusammenhang mit Restriktionen durch das Gesundheitsstrukturgesetz. Zahlreiche erfahrene Oberärzte und Fachärzte haben dem Druck der Unsicherheit nicht standgehalten und sind in die Niederlassungg ausgewichen. Allein in der Medizinischen Klinik Leipzig haben 26 Ärzte die Klinik verlassen, darunter alle Fachärzte der Medizinischen Intensivstation.

Neben Verschlechterungen der medizinischen Versorgung spiegeln sich die Vertreibung der Exodus von ärztlichem Personal auch in der Verschlechterung des akademischen Unterrichts wider. Im Fortbildungsprogramm der Sächsischen Landesärztekammer ist die Universitätsklinik Leipzig kaum noch vertreten. Die Immatrikulationszahlen sind in Leipzig so drastisch gesunken, daß im Jahre 1992 Studienplätze für Humanmedizin unbesetzt bleiben.

Artikel 3(3) Grundgesetz lautet:

Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Artikel 33(2,3) Grundgesetz lautet:

Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigungg und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.

Der Genuß bürgerlicher und staastbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemand darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.

Die Entlassung und Vetreibung der Kollegen aus ihren beruflichen Stellungen und die sich daraus ergebenden ärztlichen Versorgungsengpässe sind das Ergebnis einer verfassungswidrigen Praxis verantwortlicher staatlicher Stellen: keinem der Professoren und Oberärzte wird eine Vernachlässigung seiner ärztlichen Aufgabben vorgeworfen. Ihre ärztliche Qualifikation wird nicht in Frage gestellt. Allen Kündigungen liegt vielmehr der Vorwurf der "Staatsnähe zur ehemaligen DDR", eine in manchen Fällen sicher unbestreitbare Tatsache angesichts der Position der Betroffenen, und "mangelnde persönliche Eignung" zu Grunde. Beide Begriffe sind schon allein wegen ihrer Unbestimmtheit, Dehnbarkeit und beliebigen Deutbarkeit und der Gefahr der mißbräuchlichen Anwendung nicht geeignet, um gegen eine Person einen Vorwurf im Hinblick auf ihre beruflich Stellung zu begründen. Sie liegen eher in einem Felde der Gesinnungsbeurteilung, die auch früher schon in der deutschen Geschichte als Ausgrenzungsinstrument herangezogen wurde.

In den Entlassungschreiben werden neben der Funktion in den offiziellen Staatsorganen persönliche Verfehlungen benannt, zum Beispiel angebliche "Benachteiligung von Andersdenkenden durch Behinderung des beruflichen Fortkommens". *Alle* Entlassenen haben Verfahren vor dem Arbeitsgericht angestrengt. In *keinem* der Fälle konnten die erhobenen Vorwürfe aufrechterhalten werden. Dennoch erhielten *alle* nach dem für sie jeweils positiven Ergebnis der Arbeitsgerichte in erster und zweiter Instanz ihre sofortige Beurlaubung bis zur nächsten Instanz. Unter gesetzwidriger Umgehung der vorgeschriebenen Prüfungskommissionen wurde den Betroffenen von staatlicher Seite mitgeteilt, eine Neubewerbung auf eine angemessene Stelle habe keinerlei Aussicht auf Erfolg. Das Ergebnis der für die Entscheidung zuständigen Universitätskliniken wird also bereits im Vorfeld politisch außer Kraft gesetzt. Einige erhielten darüber hinaus bis auf weiteres Hausverbot in den Kliniken, einschließlich des Verbots des Zutritts zu den Bibliotheken. Zur Begründung wird angeführt, eine Weiterbeschäftigung lasse das "Erscheinungsbild des Landes Sachsen" nicht zu.

Betrachtet man die Liste der in Leipzig entlassenen ärztlichen Kollegen und fragt man sich, wann jemals in Deutschland medizinische Intelligenz in diesem Umfang aus ihren beruflichen Stellungen vertrieben wurde, dann fällt einem das Jahr 1933 und das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" ein. Freilich gibt es Ähnlichkeiten und Unterschiede, da es 1933 Diskriminierungsmaßnahmen und Berufsverbote gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und in besonders großer Anzahl gegen jüdische Mitbürger waren. Zugleich gibt es Parallelen zu dem antihumanen Umgang mit den Betroffenen.

Aus einem Brief des Kanzlers der Universität Leipzig an Professor Dr. Peter Schwartze... "Ich hatte gehofft, daß Sie genug menschlichen Anstand besäßen, um sich, angesichts der Großzügigkeit, mit der der neue Staat Ihnen gegenübertritt, zurückzuziehen. Da Sie dazu nicht bereit sind, bleibt mir nichts anderes übrig, als gegen Sie ein generelles Hausverbot zu verhängen, das ich, im Falle seiner Verletzung - ohne Zögern - mit Hilfe der rechtsstaatlichen Mittel durchsetzen werde."

Professor Schwartzes Arbeitsverhältnis endete aber nach gerichtlicher Entscheidung auf Grund ordentlicher Abberufung ohne sein Verschulden. Und sein Anliegen, weswegen ihm Hausverbot erteilt wurde, war die Weiterbenutzung der Universitätsbibliothek mit ihren wissenschaftlichen Einrichtungen, die nach langer akademischer Tradition den emeritierten und abberufenen Hochschullehrer gestattet wird.

Die "Großzügigkeit des Staates" besteht dabei darin, daß den Entlassenen 65 % ihres Nettogehalts, das sind monatlich ca. 1.700,- DM, gewährt wird. Alle üblicherweise zur Anwendung kommenden Ansprüche, die sich aus der langen hochqualifizierten Berufstätigkeit ergeben, wurden gestrichen. Neben der Verletzung der Grundsatzartikel 3 und 33, die die Gewissensfreiheit regeln und Benachteiligungen verbieten, wird damit zusätzlich das Rentenrecht in ein politisches Strafrecht umfunktioniert.

Dies ist umso bemerkenswerter, als die Witwen verurteilter und umgekommener Kriegsverbrecher aus der Nazizeit, zum Beispiel Göring und Freisler, nach 1945 Renten entsprechend der staatlichen Funktion ihrer Ehemänner erhielten und mit dem sogenannten Gesetz 131 NS-Beamte, NS-Juristen, NS-Militärs wieder in den Staatsdienst der Bundesrepublik Deutschland übernommen worden sind. Ihre Tätigkeit im Dritten Reich wurde voll auf die Dienstzeit und Pensionsregelung angerechnet.

Bei den Willkürmaßnahmen spielen offenbar nicht selten Intoleranz und Neid solcher Personen, die sich den Wandel politischer Konstellationen für ihre persönlichen Ziele zu Nutze machen und dabei auch gesetzwidriges Vorgehen nicht scheuen, eine Rolle. Dabei wird dann offensichtlich auf die gesundheitliche Versorgungslage der Bevölkerung, auf das Schicksal der Betroffenen und auf die ökonomischen Konsequenzen für die Allgemeinheit keine Rücksicht genommen. So hat der Freistaat Sachsen Beispielsweise für das Jahr 1993 8 Millionen DM für Prozeßkosten und die Gehaltszahlung an beurlaubte Hochschullehrer bereitgestellt, eine Summe, die als Ganzes die Steuerzahler aufzubringen haben, ohne daß sie noch eine angemessene Gegenleistung im Bereiche der medizinischen Versorgung durch den Freistaat erhalten.

Prof. Dr. Siegfried Kiene, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik Leipzig, Träger zahlreicher internationaler Anerkennungen: "Offenbar haben einige das Ende des Kalten Krieges noch nicht bemerkt. Das gesellschaftliche Experiment in der DDR ist gescheitert, hat bedingungslos kapituliert. Wäre es nicht angemessen, (im übertragenen Sinne) wenigstens die Haager Landkriegsordnung anzuwenden?" (Die Haager Landkriegsordnung verbietet Demütigung und Menschenrechtsverletzung gegenüber den Besiegten.)

Frau Prof. Dr. med. Rapoport (Berlin): "Nie hätte ich geglaubt, zum dritten Male in meinem Leben eine solche Verfolgung zu erleben. 1933 mußte ich als jüdische Wissenschaftlerin aus Nazideutschland in die USA emigrieren. 1954 mußte ich unter McCarthy einer Verfolgungswelle im Rahmen der Untersuchung "unamerikanischer Umtriebe" weichen und emigrierte in die DDR. Jetzt werde ich ein drittes Mal mit Berufsverbot belegt."

Die international bekannte und angesehene britische Ärztezeitschrift "The Lancet" berichtete am 12. Dezember 1992 darüber unter der Überschrift "McCarthyism in East German Universities".

Das Schweigen der Öffentlichkeit in den neuen Bundesländern hat etwas mit der dort herrschenden, manchmal fast schon ins Hysterische gehenden Stimmung gegen alles mit der neuen Entwicklung Nichtkonforme zu tun. Es hat etwas mit altbekannten Mechanismen der Diskriminierung zu tun, die die Betroffenen in eine schwierige Lage versetzt. Journalisten und andere Multiplikatoren fürchten um ihr berufliches Fortkommen, wenn sie das Unrecht zur Sprache bringen. Und in den alten Bundesländern ist es auch oft noch Unwissen und Uninformiertheit über diese Dinge.

Es geht nicht um berechtigte Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen oder anderen Straffälligkeiten. Es geht um die Schaffung neuen Unrechts durch willkürliche Diskriminierung. Deshalb rufen wir zur Information der Öffentlichkeit über diese bedenklichen Entwicklungen auf und treten für demokratischen Widerstand gegen jede antihumane Maßnahme und gegen jede Verletzung verfassungsmäßiger Rechte ein.

Wir treten dafür ein, daß die rechtswidrige Praxis von Beurlaubungen rückgängig gemacht werden muß. Die Urteile der Arbeitsgerichte sind zu respektieren. Als Ärztinnen und Ärzte appellieren wir an die Landesärztekammern in den neuen Ländern, ihre Satzungen, die zu gedeihlicher Zusammenarbeit und ärztlicher Kollegialität verpflichten, beim Wort zu nehmen und dafür zu sorgen, daß die Diskriminierung so zahlreicher bewährter Kolleginnen und Kollegen sogleich beendet wird. Wir appellieren an die Bundesärztekammer und deren Präsidenten Dr. Karsten Vilmar, im Sinne des hippokratischen Eides ärztliche Kollegialität walten zu lassen und sich öffentlich mit Nachdruck für die Betroffenen einzusetzen. Der Deutsche Ärztetag in Dresden im Mai 1993 wird dazu ein besonders geeignetes Forum sein.

Wir rufen alle Kolleginnnen und Kollegen im In- und Ausland auf, mit den Betroffenen Solidarität zu üben.
Wir appellieren an die Öffentlichkeit und an die politisch Verantwortlichen:
Die medizinische Versorgung im wiedervereinigten Deutschland darf nicht beeinträchtigt werden.
Die verfassungsmäßigen Grundrechte müssen gewahrt bleiben.

Dr. Winfried Beck, Bundesvorsitzender des VDÄÄ, Offenbach
Dr. Helga Lemme, Vorsitzende des VDÄÄ, Leipzig
Dr. Hermann Schulte-Sasse, stellv. Vorsitzende des VDÄÄ, Bremen
Erni Balluff, Frankfurt/Main
Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe, Frankfurt/Main
Dr. Sigi Drexler, Mühlheim/Main
Dr. Birgit Drexler-Gormann, Mühlheim/Main
Prof. Dr. Gine Elsner, Bremen
Dr. Eduard Erken, Idar-Oberstein
Dr. Hermannn Gloning, München
Wolfgang Huff, Darmstadt
Dr. Peter Hansen, Kassel
Dr. Rolf-Dieter Jansen, Ditzingen
Dr. Erhard Knauer, Aachen
Prof. Dr. Hans Mausbach, Frankfurt/Main
Björn Misselwitz, Mainz
Dr. Lutz Rosenkötter, Frankfurt/Main
Dr. Jürgen Seeger, Frankfurt/Main
Dr. Tigris Seyfahrt, München
Dr. Ingrid Seyfahrt-Metzger, München
Dr. Stefan Straub, Schwäbisch-Gmünd
Dr. W.H. von Arnim, Idar-Oberstein
Dr. Detlef Wüstemann, Neustadt/Rbg.

Jutta Seidel/ Eberhard Seidel (Berlin):

Erwiderung zur VDÄÄ Presseerklärung "Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverbote gegen Ärzte in den neuen Bundesländern"

Die Presseerklärungg *"Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverbote gegen Ärzte in den neuen Bundesländern"* vom 15.3.1993 haben wir gelesen. Als ungeliebte, weil kritische Einzelmitglieder in der DDR-IPPNW, als Angehörige der unabhängigen Friedensbewegung der Ex-DDR und als Mitbegründer des NEUEN FORUM müssen wir uns dazu äußern. Wir haben jahrelang unter allerggrößten Schwierigkeiten und unter Hinnahme persönlicher Behinderungen versucht, Impulse zur Öffnung der DDR-Gesellschaft, zu ihrer Entideologisierung, zu geben.

Der Text des VDÄÄ geht meilenweit an der von uns erlebten DDR-Wirklichkeit vorbei!

Wir fragen uns, warum der VDÄÄ nicht in ähnlich eindeutiger Weise früher Stellung genommen hat für die kritischen DDR-Ärzte z.B. in der IPPNW. Diskriminierung durch staatliche Leiter, Bespitzelungen durch die Stasi u.ä. waren üblich, die Stasiakten bestätigen da unsere Erfahrungen.

Der VDÄÄ fragt, wann jemals in Deutschland medizinische Intelligenz in diesem Umfang (gemeint sind Entlassungen wegen Staatsnähe zur ehemaligen DDR) aus ihren beruflichen Stellungen vertrieben wurde und ihm fällt das Jahr 1933 und das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufbeamtentums" ein. Freilich mit dem Unterschied, daß es 1933 Diskriminierungsmaßnahmen und Berufsverbote gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und in besonders großer Zahl gegen jüdische Mitbürger gab, schreibt er. Das ist geschmacklos, wenn man sich das Schicksal derer, die 1933 Berufsverbot erhielten, vor Augen führt. Es endete in den Konzentrationslagern und Gaskammern Nazideutschlands. Will der VDÄÄ wirklich diese Parallele ziehen?

"Eine beispiellose Vertreibung von Ärzten aus ihrer beruflichen Stellung" (Originaltext VDÄÄ) hat in der *Nachkriegsgeschichte* nicht nach der Wende, sondern *vor* der Wende, zu DDR-Zeiten, stattgefunden. Kennen die Autoren nicht die Zahlen der abgehauenen Ärzte? Sie haben große Lücken in die Patientenversorgung gerissen. Ihre Motive für das Verlassen der DDR waren für uns oft nicht einzusehen. Es steht uns aber nicht zu, diese Fluchtbewegung nicht zur

Kenntnis zu nehmen, nur weil wir eine andere moralische oder ideologische Grundorientierung haben. Auch wer die ideologische Enge im ärztlichen Berufsalltag in der DDR nicht ausgehalten hat oder in der Hoffnung auf ein ideologiefreies Leben in materiellem Reichtum in den Westen gegangen ist, wurde durch das DDR-System vertrieben.

Schwerwiegende Versorgungsengpässe im Gesundheitswesen der DDR hat aber auch eine andere Gruppe von Ärzten zu verantworten. Wir meinen die Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen, die sich nicht an der unmittelbaren Patientenbetreuung beteiligt haben und sich etwa im Bereich der Sportmedizin, der Militärmedizin, als Parteifunktionäre in den Abteilungen für Gesundheitswesen (vom ZK der SED an bis zur kleinsten Kreisleitung), in den Ministerien (auch und gerade im MfS), den Räten der Bezirke, der Kreise, beim FDGB, den Blockparteien, dem DRK usw. usf. herumgedrückt haben. Dazu gehören auch diejenigen Chefs in den Polikliniken und Krankenhäusern, die ihren Arbeitsschwerpunkt nur im "Funktionieren" gesehen haben. Zur Zeitungsschau, zur Schule der sozialistischen Arbeit, zu aktuell-politischen Informationen und zum sozialistischen Wettbewerb wurden oft genug die Stationskollektive und Arbeitskollektive in den Polikliniken von ihren staatlichen Leitern genötigt. Da Staat und Partei, obwohl der Form nach getrennt, faktisch eins waren, standen diese "Kader" in unmittelbarer Abhängigkeit der SED-Funktionäre, ob ihnen das bewußt war oder nicht. Das bedenkend, finden wir die Frage nach der Intensität des Einzelnen an den Auswüchsen der DDR-Gesellschaft legitim. Gesinnungsschnüffelei können wir hier nicht erkennen, wohl aber die Aufforderung, seine persönliche Biographie kritisch zu durchdenken; und das öffentlich.

Große Probleme haben wir allerdings auch mit der Form, in der dies geschieht. Zu vordergründig wird von den "Wessis" die Keule "Staatsnähe, IM, Spitzel, usw." geschwungen, um leicht durchschaubare eigene Interessen durchzusetzen. Doch aus dieser Wahrnehmung heraus ganz auf die Frage nach der Verstrickung in das alltägliche Unrecht zu DDR-Zeiten zu verzichten, finden wir unerträglich. Vielmehr sollten wir um diese Vergröberungen wissen und die Beurteilung der zutagetretenden Fakten nicht den Kommissionen, Ausschüssen, öffentlichen Arbeitgebern überlassen, sondern denen, die unmittelbar mit den Betreffenden zusammengearbeitet haben. Dafür ist der Text des VDÄÄ ausgesprochen kontraproduktiv.

Zusammenfassend möchten wir den VDÄÄ also sehr bitten,

1. Sich nicht instrumentalisieren zu lassen, sondern vielleicht zu diesem Thema ruhig zu sein,

2. endlich zur Kenntnis zu nehmen, daß die DDR ein Unrechtsstaat war und kein gescheitertes sozialistisches Experiment, dem die Tränen von 1968 nachgeweint werden müssen, und

3. seinen Staat, der jetzt auch unserer ist, nicht in eine Reihe mit der Nazidiktatur zu stellen. Das ist wirklich eine ganz grobe Geschichtsklitterung und eine Beleidigung der Opfer und derer, die im Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben.

Die AutorInnen sind Ärzte in Berlin und waren Mitbegründer des Neuen Forum

Winfried Beck (Frankfurt a.M.):

Antwort an Jutta und Eberhard Seidel

22.04.93

Liebe Jutta, lieber Herr Seidel,

ich danke Euch für Eure ausführliche Stellungnahme zu unserer Presseerklärung "Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverbote gegen Ärzte in den neuen Bundesländern".

In einem Punkt habt ihr ganz bestimmt recht: Wir haben vor der Wende versäumt in ähnlich eindeutiger Weise zu der Diskriminierung von Ärztinnen und Ärzten in der DDR Stellung zu nehmen, dies anzuprangern. Zu diesem schweren Fehler habe ich mich als Vereinsvorsitzender nach der Wende und nach unseren ersten Besuchen in der noch DDR öffentlich bekannt. Es darf sich nicht wiederholen.

Aber gerade deshalb dürfen wir nicht schweigen, wenn jetzt im Geltungsbereich unseres Grundgesetzes und der Europäischen Gemeinschaft wieder Unrecht geschieht.

Nur darum geht es in unserer Stellungnahme. Wir wollen in keiner Weise irgendwelche Personen reinwaschen. "Es geht nicht um berechtigte Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen oder anderen Straffälligkeiten, sondern um die Form der Auseinandersetzung mit diesen Menschen". Ihr schreibt selbst: "Große Probleme haben wir allerdings auch mit der Form, in der dies geschieht, zu vordergründig wird von den 'Wessis' die Keule der 'Staatsnähe, IM, Spitzel' usw. geschwungen." Im Gegensatz zu Euch haben wir nicht nur Probleme mit diesem Phänomen, sondern sehen darin eindeutig Menschenrechtsverletzungen, wenn allein "Staatsnähe zur ehemaligen DDR" oder "mangelnde persönliche Eignung" die Gründe für Entlassungen sind, *obwohl* in Arbeitsgerichtsprozessen alle erhobenen Vorwürfe zurückgenommen werden mußten.

Das Europäische Parlament veröffentlichte am 11. März 1993 eine Entschließung zum Thema Menschenrechte in der Gemeinschaft und verweist dabei in 6 Artikeln ausdrücklich auf die hier zur Diskussion stehenden Verhältnisse in den neuen Bundesländern.

"Das Europäische Parlament wünscht allgemein auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß jeder Beschluß über eine administrative Sanktion aus einer ausreichend gewissenhaften Untersuchung hervorgegangen sein muß, die den Nachweis der fachlichen Kompetenz und der Einhaltung von Gesetzen und rechtsstaatlichen Grundsätzen ohne Berücksichtigung persönlicher politischer Positionen erbringt, um Willkür zu vermeiden;...[es] ist der Auffassung, daß diese Situation in der Bundesrepublik Deutschland mit der Einführung eines Kriteriums "Staatsnähe", das an der aktiven Mitgliedschaft in der SED, in den Massenorganisationen sowie an haupt- und ehrenamtlichen Funktionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gemessen wird, bei der Untersuchung vor einer

adm9inistrativen Sanktion nicht ausreichend gegeben ist, da eine klare politische Kategorie der Bewertung zugrunde gelegt wird;...[es] äußert in diesem Zusammenhang seine Besorgnis angesichts der Entlassungen, die die Hochschullehrer und den öffentlichen Dienst im allgemeinen betreffen ... die unter Mißachtung der Rechtsnormen und der Regeln für das Ermittlungsverfahren durchgeführt werden und eine Beeinträchtigung der Ausdrucks- und Meinungsfreiheit darstellen..."

Man kann sicher darüber reden, ob es sich bei der gegenwärtigen Entlassungswelle um eine in der jüngeren Geschichte "beispiellose Vertreibung von Ärzten aus ihren beruflichen Stellungen handelt, auch wenn Euer Vergleich mit den vor der Wende aus der DDR "abgehauenen" Ärzten insofern hinkt, als diese ja im Westen dann eine in der Regel wesentlich lukrativere Stellung finden konnten, während die gegenwärtige Entlassungswelle in den neuen Ländern für die Kolleginnen und Kollegen das endgültige Aus in Ost und West bedeutet.

Uns lag auch fern, die Bundesrepublik Deutschland in eine Reihe mit der Nazidiktatur zu stellen. Eine solche Absurdität widerspräche unserer ganzen politischen Arbeit. Andererseits fällt mir für den speziellen Fall der massenhaften Entlassung aus politischen Gründen kein Beispiel nach 1945 ein und ist insofern der Bezug in diesem speziellen Zusammenhang gerechtfertigt.

Auch wenn wir aus den alten Ländern vieles, was in der DDR geschah, verzerrt, unvollständig, eben anders sehen als Ihr, die Ihr es konkret erlebt habt, auch wenn wir deshalb vielleicht in Erklärungen zu Vorgängen in den neuen Bundesländern nicht ganz die angemessene Sprache finden, so bleibt doch hoffentlich unbestritten, daß wir das Recht und die Pflicht haben, offensichtliche Menschenrechtsverletzung öffentlich anzuprangern.

Ich kann auch durchaus verstehen, daß Ihr im Zorn und im Ergebnis der noch immer nachwirkenden Kränkung keine Motivation habt, Euch für die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen, die vor der Wende in führenden Positionen und damit in Staatsnähe mit allen damit zusammenhängenden negativen Begleiterscheinungen waren. Ihr solltet dabei aber nicht soweit gehen, neue Menschenrechtsverletzungen zu entschuldigen, sie nur als Problem zu sehen und damit mitschuldig an neuem Unrecht zu werden.

Dies um so mehr, als wir im Zusammenhang mit der Verbreitung unserer Erklärung auf eine für uns in diesem Ausmaß einmalige Weise erfahren mußten, wie total die Medienblockade gegenüber einem Anliegen wie dem unseren zumindest im Inland ist: Allein die "Ärztezeitung" und das "Neue Deutschland" haben darüber berichtet. Es handelt sich offensichtlich um ein Unthema, ein Tabu, dessen Verletzung sich kein Journalist zur Zeit leisten kann.

Über die Reaktionen des Auslandes haben wir noch keinen Überblick, rechnen aber angesichts der Beschlußlage im Europäischen Parlament mit mehr Sensibilität und Betroffenheit in den Ländern, denen wir jeweils Übersetzungen übermittelten: Frankreich, England, USA und alle nationalen Ärzteverbände.

Trotz möglicherweise berechtigter Kritik an einigen Formulierungen der Einschätzungen in unserer Stellungnahme möchte ich Euch aber doch eindringlich bitten, mitzuhelfen, die "neue Mauer" des Schweigens zu durchbrechen. Wer, wenn nicht die Fraktion Gesundheit bzw. die Landesärztekammer Berlin mit dem kritischen Präsidenten Ellis Huber an der Spitze könnte sich entsprechend öffentlich einsetzen. Auch zum Deutschen Ärztetag vom 4. bis 8. Mai in Dresden rechne ich mit einer weitgehenden Tabuisierung dieses Themas. Ich hoffe, daß wir bis dahin uns in der grundsätzlichen Einschätzung des Vorliegens von Menschenrechtsverletzungen einig und zu gemeinsamen Erklärungen in der Lage sind.

Mit freundlichen Grüßen

Winfried Beck, *Vorsitzender des VDÄÄ*

Jutta und Eberhard Seidel (Berlin):

P.S. zu der Erwiderung zur VDÄÄ-Presserklärung (3.5.1993)

Mittlerweile hat uns der VDÄÄ geantwortet. Er reklamiert für sich - sehr zu recht - sich einmischen zu dürfen und zu müssen, wenn Menschenrechte verletzt werden. Winfried Beck schreibt: (Wir) "sehen eindeutige Menschenrechtsverletzungen, wenn allein "Staatsnähe zur ehemaligen DDR" oder "mangelnde persönliche Eignung" die Gründe für Entlassungen sind, obwohl in Arbeitsgerichtsprozessen alle erhobenen Vorwürfe zurückgenommen werden mußten."

Diese Menschenrechtsverletzung können wir nicht anerkennen!

Wir kennen die klassischen Menschenrechte, wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit usw. und wir kennen die sozialen Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnen, Recht auf intakte Umwelt. Wo ist eines dieser Grundrechte verletzt worden? Die klassischen Menschenrechte stehen wohl außerhalb der Diskussion. Aber auch die sozialen Menschenrechte können wir nicht verletzt sehen.

Z.B. das Recht auf Arbeit. Wer hindert die angesprochenen Kollegen, sich in freier Niederlassung ärztlich zu betätigen, Chefarztpositionen in konfessionellen Häusern anzunehmen, im öffentlichen Dienst der alten Bundesländer zu arbeiten usw. usf.? Vielfältige Möglichkeiten stehen offen. Was sagt der Stahlwerker aus Brandenburg und der Werftarbeiter aus Rostock dazu, für den sich das Recht auf Arbeit in der jetzigen Situation kaum verwirklichen läßt? Das Recht auf Arbeit, was wir gerne als Staatsziel in einer neuen Verfassung verankert sähen, heißt nicht Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz.

Trotzdem bedanken wir uns für die Antwort des VDÄÄ und sind froh, daß ein gründlicher, ehrlicher und zwangsläufig langwieriger Diskussionsprozeß in Gang gesetzt ist.

Winfried Beck (Frankfurt):

Brief an Eberhard Seidel

9.6.1993

Lieber Eberhard,

das in den USA erscheinende International Journal of Health Services hat uns gebeten, unsere Presseerklärung: "Diskriminierende Maßnahmeen und Berufsverbot gegen Ärzte in den neuen Bundesländern" im vollen Wortlaut zu veröffentlichen.

Die sehr konstruktiven Diskussionen mit Dir und anderen von der Fraktion Gesundheit, insbesonderen im Anschluß an unsere öffentliche Veranstaltung in Dresden, haben uns zu der Entscheidung veranlaßt, den Text nicht zu veröffentlichen, weil wir nach den Gesprächen mit Euch in Dresden einiges anders sehen.

Ich hatte den Eindruck, daß Du, genauso wie Prof. Mau, Frau Reisinger, Frau Rauchfuß und andere, mit denen wir die intensiven Diskussionen führten, uns das ehrliche Bemühen abnahmst, die Wahrheit herauszufinden. Waren wir doch gemeinsam der Auffassung, daß mit der Auseinandersetzung um unsere Presseerklärung eine Diskussion angestoßen wurde, an deren Stelle zuvor Funkstille bzw. ratloses Schweigen herrschte.

Im neuesten Heft des *Dr. med. Mabuse* finde ich nun Deinen zweiseitigen Beitrag - nahezu identisch mit Deinem Schreiben an uns im April dieses Jahres - in dem Du den VDÄÄ angreifst, als hätten die Diskussionen in Dresden nicht zuvor stattgefunden. Vor Drucklegung des Mabuse war Dir die Stellungnahme des Europäischen Parlaments gegen die "Willkür, die mit der Einführung eines Kriteriums der Staatsnähe, das an der aktiven Mitgliedschaft der SED, in Massenorganisationen, sowie an haupt- und ehrenamtlichen Funktionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gemessen wird, bekannt. Dir lag unsere ausführliche Antwort auf Deinen Brief, so wie er inhaltsgleich im Mabuse abgedruckt ist, vor Drucklegung vor. Warum wurden diese beiden, zum besseren Verständnis der Problematik unabdingbaren Dokumente in dieser *Mabuse*-Nummer nicht mit veröfffentlicht? Bist Du an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit unseren Positionen, einer uneingeschränkten Information der Leser interessiert, oder geht es darum, den VDÄÄ öffentlich zu diskriminieren?

Die Methode, einen Sachverhalt zu kommentieren, ohne das Originaldokument den Lesern zur Kenntnis zu bringen, ist zwar auch im *Dr. med. Mabuse* kein Novum, die relevanten Dokumente insgesamt zu unterschlagen, kannte ich bisher nur vom *Deutschen Ärzteblatt*.

Im VDÄÄ jedenfalls hat mittlerweise eine äußerst produktive und kontroverse Diskussion zu dem oben angeführten Thema begonnnen, haben uns zahlreiche Stellungnahmen zu der Veranstaltung und den Diskussionen mit Euch in Dresden erreicht. Alle werden im nächsten Rundbrief veröffentlicht, und zwar ohne jede Einschränkung.

Da ich davon überzeugt bin, daß wir trotz unterschiedlicher Positionen in einigen Fragen wesentliche Gemeinsamkeiten mit Euch in grundsätzlichen gesundheitspolitischen Problemfeldern haben und diese Gemeinsamkeit angesichts der reaktionären Entwicklung im Gesundheitswesen sicher an Bedeutung gewinnen wird, möchte ich noch einmal unsere Bereitschaft zum Dialog, zur Debatte, betonen. Gleichzeitig möchte ich Dich bitten, die Einseitigkeit der Darstellung im Dr. med. Mabuse dadurch zu korrigieren, daß die Beschlußfassung des Europäischen Parlaments zu den angesprochenen Vorgängen in den neuen Bundesländern ebenso wie meine Antwort auf Deine Stellungnahme in der nächsten Ausgabe des *Dr. med. Mabuse* veröffentlicht wird. Deshalb habe ich meinen Brief auch nicht nur persönlich an Dich, sondern auch an die *Dr. med. Mabuse*-Redaktion geschickt.

Es grüßt Dich in angenehmer Erinnerung an Dresden

Winfried Beck

Winfried Beck (Frankfurt a.M.):

An die Zeitschrift *Dr. med. Mabuse*

Mabuse 84, Juni/Juli 93 "Berufsverbote in den neuen Ländern? - Eine Auseinandersetzung mit der Kampagne des VDÄÄ"

21.6.93

Die Fakten sind unbestritten: Zehntausende von Beschäftigten im öffentlichen Dienst der fünf neuen Bundesländer wurden und werden gekündigt, beurlaubt, werden herabgestuft, bekommen Hausverbot, und dies teilweise trotz gewonnener Prozesse vor Arbeitsgerichten. Schlüsselbegriff für diese massenhaft stattfindende Säuberung ist die sogenannte Staatsnähe. Diese wird immer dann angenommen, wenn Mitgliedschaft oder erst Recht Funktionstätigkeit in der SED bestanden hat, sie wird nicht angenommen bei Mitgliedschaft in anderen Parteien wie beispielsweise den sogenannten Blockflöten. Die Sanktionen wegen "Staatsnähe" beschränken sich keineswegs nur auf leitende Stellungen, sondern werden auch in allen anderen Ebenen angewendet. Konkret: Die Mitgliedschaft in der Parteileitung einer Städtischen Klinik als stellvertretende SED-Sekretärin in einem Zeitraum von 1979 bis 1985 wird mit der Verringerung der Altersstufe um 10 Jahre geahndet und bedeutet damit einen entsprechenden Einkommensverlust bzw. entsprechende Rentenminderung.

Mit dem Begriff der "Staatsnähe" wird derzeit also unbestritten die ehemalige DDR-Elite nahezu vollständig ausgetauscht, werden alle ehemaligen SED-Mitglieder, sofern sie auch nur die geringste Funktion innehatten, gegenüber allen anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst der neuen Länder diskriminiert.

Die Frage, ob es sich dabei um ein rechtmäßiges Vorgehen oder um Menschenrechtsverletzungen handelt, kann nur beantwortet werden, wenn zuvor definiert ist, welchen politischen und völkerrechtlichen Status die DDR hatte. Wer der Auffassung ist, daß die DDR und damit auch die SED dem faschistischen Hitlerdeutschland gleichzusetzen ist, der/die wird eine Entfernung aller Personen mit nachgewiesener Nähe zu diesem terroristischen Staat aus allen gesellschaftlich relevanten Funktionen mit Recht verlangen. Wer hingegen solche Gleichsetzung ablehnt, die DDR differenzierter sieht, als international anerkanntes Mitglied der Völkergemeinschaft mit allerdings totalitären Erscheinungsformen (Hannah Arendt) mit Menschenrechtsverletzungen, der/die wird auf eine differenzierte Behandlung von Personen in Staatsnähe bestehen. Die Klärung dieser grundsätzlichen Frage wird aber bisher, soweit ich es erkennen kann, nur unzureichend bzw. überhaupt nicht diskutiert. Auch der Kommentar zu dem VDÄÄ-Papier in Dr. med. Mabuse leistet hierzu keinen Beitrag.

Die Rechten in der Bundesärztekammer, Regierungskoalition etc. unterstellen bedenkenlos die Gleichsetzung der "beiden Diktaturen auf deutschem Boden". Die Linke ist gespalten bzw. vermeidet noch eine inhaltliche Klärung.

Das Europäische Parlament hat allerdings bereits Position bezogen. In einer Resolution zu Menschenrechtsfragen vom 11.3.1993 wird die Praxis in den neuen Bundesländern ausdrücklich kritisiert: *"Das Europäische Parlament wünscht allgemein auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß jeder Beschluß über eine administrative Sanktion aus einer ausreichend gewissenhaften Untersuchung hervorgegangen sein muß, die den Nachweis der fachlichen Kompetenz und der Einhaltung von Gesetzen und rechtsstaatlichen Grundsätzen ohne Berücksichtigung persönlicher politischer Positionen erbringt, um Willkür zu vermeiden; es ist der Auffassung, daß diese Situation in der Bundesrepublik Deutschland mit der Einführung des Kriteriums 'Staatsnähe', das an der aktiven Mitgliedschaft in der SED, in Massenorganisationen - sowie an haupt- und ehrenamtlichen Funktionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gemessen wird, bei der Untersuchung vor einer administrativen Sanktion nicht ausreichend gegeben ist, da eine klare politische Kategorie der Bewertung zugrunde gelegt wird..."* Das Europäische Parlament drückt damit aus, daß es einerseits die Mitgliedschaft der SED nicht mit der in der ehemaligen NSDAP gleichzusetzen vermag, damit die DDR nicht in eine Reihe mit dem faschistischen Deutschland stellt und deshalb Kriterien bei der Beurteilung von Personen in den neuen Ländern einklagt, die ausschließlich an fachlichen Grundsätzen und unter Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze zu erfolgen haben und rein politische Kriterien als Menschenrechtsverletzung einstuft.

Die Kolleginnen und Kollegen aus der Bürgerrechtsbewegung der DDR bestreiten nicht, daß auch Personen aus ihreen Positionen verdrängt werden, die sich immer, auch aus ihrer Sicht, einwandfrei, ja vielleicht sogar kritisch gegenüber dem System verhalten hatten; in Gesprächen wurde von etwa 10 % Betroffener gesprochen. Die Autoren des Kommentars, Jutta und Eberhard Seidel, bekennen: "Große Probleme haben allerdings auch wir mit der Form, in der hier die Aufarbeitung unserer Geschichte betrieben wird. Zu vordergründig werden von den Wessis die Keule Staatsnähe, IM, Spitzel usw. geschwungen, um leicht durchschaubare eigene Interessen durchzusetzen. " In den intensiven Gesprächen am Randes des Deutschen Ärztetages in Dresden ging es immer wieder um diese Problematik. Es sei schlimmer, 90 % SED-Funktionäre in Amt und Würden zu belassen, als 10 % ungerechtfertigterweise zu diskriminieren und eventuell auch ihre berufliche Existenz zu vernichten.

Ich bin der festen Überzeugung, daß eine Haltung und politische Praxis, die Menschenrechtsverletzungen notgedrungen in Kauf nimmt, politisch und langfristig destruktiv für ein Zusammenwachsen von ehemaliger BRD und DDR ist, sofern man die DDR nicht als Staat begreift, der in eine Reihe mit Hitler-Deutschland zu stellen ist. Die Einführung des Begriffs Staatsnähe als Hebel zur Beseitigung all dessen, was an DDR-Vergangenheit erinnnert, reiht sich als weiterer Mosaikstein ein in die schleichende und scheinbar unaufhaltsame Zerstörung der vergleichsweise liberaldemokratischen Bonner Republik im Asylkompromiß, Bundeswehreinsatz out of Area, dem Abschied vom Sozialstaat alter Prägung. So wird die neue Republik mit neuem Unrecht aufgebaut.

Die neue BRD hat am 24.9.1992 das erste SED-"Unrechtsbereinigunggsgesetz" beschlossen. Damit werden strafrechtliche Entscheidungen von DDR-Gerichten zwischen dem 8.5.1945 und 2.10.1990 für rechtsstaatswidrig erklärt und auf Antrag aufgehoben, *"soweit sie mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar sind, insbesondere weil die Entscheidungen politischer Verfolgung gedient haben... oder weil die angeordneten Rechtsfolgen im großen Mißverhältnis zu der zugrunde liegenden Tat stehen"*. Trifft dieser Text eines Tages auch auf die jetzt wegen "Staatsnähe" Bestraften zu? Werden wir, wie es Prof. Dr. Walter Brandstädter, Präsident der Landesärztekammer Sachsen-Anhalt, auf dem 93 DÄT in Dresden formulierte "in absehbarer Zeit Rehabilitations-Kommissionen für zu Unrecht beschuldigte Ex-DDR-Koryphäen einrichten"?

Die jüngere deutsche Geschichte allerdings zeigt, daß politische Justiz immer nur in einer Richtung angewendet wurde. Bis heute sind mehr als 150.000 Personen nicht rehabilitiert, gegen die zwischen 1951 und 1968 staatsanwaltschaftlich ermittelt wurde, weil sie im Sinne des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes 1951 "fahrlässigen Landesverrat (Reisen in die DDR)", "Verfassungsverrat", "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole"... begangen hatten, und deshalb u.a. als Kommunisten Wiedergutmachungsgelder wegen KZ-Haft zurückzahlen mußten. Bei aller Unvergleichbarkeit der Systeme DDR-BRD: Politische Verfolgung gab es auch im Westen. Ich kann in dem Begriff "Staatsnähe" nur neues "rechtsstaatliches" Unrecht erkennen. Bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte darf nichts zugedeckt werden, muß offen an den Runden Tischen, in Betrieben diskutiert werden, muß politische Auseinandersetzung die administrative Maßnahme ersetzen, weil gerade sie nur eine scheinbare Lösung darstellt, und die inhaltliche Auseinandersetzung mit beiden Systemen unmöglich macht, Sünden-

böcke schafft. Vorwürfe müssen überprüfbar sein, nachgewiesen und schuldhaft, alles andere öffnet Willkür Tür und Tor.

Wenigstens die Diskussion darüber hat jetzt auch bei uns im Westen begonnen. Bei aller, auch berechtigter, Kritik an der Presseerklärung des VDÄÄ (Warum hat sie eigentlich diese Zeitschrift nicht abgedruckt?), zumindest diesen positiven Effekt hatte sie.

Tigris Seyfarth (München):

Einschätzung zur Veranstaltung des VDÄÄ und anderer Organisationen in Dresden zu den "Berufsverboten und neuem Unrecht in den Neuen Bundesländern" am 5.5.93

1. Zur Entstehungsgeschichte der Veranstaltung

Auf der Sitzung des erweiterten Vorstandes in Leipzig Ende Januar wurden eigentlich alle Teilnehmer aus den Alten BL überrascht von den Berichten und den persönlichen Darstellungen von Betroffenen aus Leipzig und Berlin u.a. Städten, sodaß wir spontan uns zur Veröffentlichung einer Stellungnahme des VDÄÄ und einer Veranstaltung während des Ärzetages in Dresden entschlossen. Dadurch sollte versucht werden, das Thema in die hiesige Presse zu bringen und die Mitglieder des VDÄÄ zu informieren. Es lagen uns die Informationen aus Leipzig vor, die W. dann in ganz kurzer Zeit noch durch eine Fülle von weiteren Informationen ergänzte und zu der bekannten Erklärung ausarbeitete. Ich halte die Erklärung grundsätzlich für richtig.

2. Vorbereitung der Veranstaltung

Die Vorbereitung für die Veranstaltung wurde mir nolens volens übertragen, obwohl ich bei solchen Sachen nicht gerade über viel Geschick verfüge, noch viel Zeit hatte und zusätzlich noch ein Urlaub dazwischen kam.

Zusätzlich bestand eine Schwierigleit darin, diese Veranstaltung von München aus zu organisieren, obwohl mir die Situation nicht so vertraut war und auch keine weitere inhaltliche Diskussion über Ziel und teilnehmende Personen geführt worden war. Die telephonischen Kontakte mit Dresden und Leipzig machten für mich die Notwendigkeit der Diskussion konträrer Standpunkte auf dem Podium nicht ausreichend klar, obwohl mir bereits in diesen Gesprächen z.B. die Beteilgung z.B. eines Mitglieds einer "Personalkommission" der Uni Dresden vorgeschlagen worden war. Dies versuchte ich dann erst aufgrund weiterer Diskussionen in Dresden noch zu erreichen, was aber nicht mehr gelang.

3. Die Veranstaltung selbst

Das diese dann doch sehr spannend (in mehrfacher Bedeutung) wurde und zu einer Diskussion führte, in der eigentlich allen Beteiligten die Wichtigkeit, aber auch die Kompliziertheit des ganzen Themas klarer wurde, ist sicher der offenen Äußerung eben auch der Gegenpositionen zu verdanken. Denn durch sie wurde der Charakter einer apologetischen Solidaritätsveranstaltung durchbrochen, mit der sicher noch mehr Anwesende ihre "Bauchschmerzen" gehabt hätten und die sicher auch nicht zu den intensiven weiteren Diskussionen bis Samstag Mittag geführt hätte.

4. Meine persönlichen Überlegungen zum Thema

A. Die These vom "Unrechtsstaat DDR"

Durch das Referat von Dr. Müller auf dem Ärztetag wird die Grundthese aufgestellt, die ja auch in der gesamten Diskussion, so wie sie hier in der Presse und auch zu guten Teilen in unseren Reihen geführt wird, um die Geschichte der DDR die zentrale Rolle spielt, daß es sich bei der DDR grundsätzlich um einen "Unrechtsstaat", um ein "totalitäres Regime" gehandelt habe. Diese These wird sodann versucht, mit konkreten Unrechtshandlungen aufzufüllen, wobei dann garnicht mehr gefragt werden muß, ob dies historisch berechtigt ist bzw. durch welchen gesellschaftspolitischen Ausgangspunkt diese These bedingt ist. Denn es ist doch wohl kaum ein Zweifel, daß viele von uns und auch viele, die garnicht so links waren (z.B. die SPD-Grundlagen-Kommission oder auch die Bundesregierung noch vor einigen Jahren), in der Vergangenheit zur DDR trotz aller Kritik eine durchaus andere Stellung hatten, als dies heute nach dem Anschluß der Fall ist.

In der Vergangenheit der letzten Jahrzehnte spielte dieser Begriff immer eine große Rolle, - man muß jedoch ins Gedächtnis rufen, wer ihn in dieser Zeit benutzte, mit welcher Stoßrichtung und warum wir gegen ihn zu Zeiten der noch bestehenden DDR, gegen dessen Verwendung auftraten. (Das unsere Kritik an vielen konkreten Maßnahmen und Strukturen in der damaligen DDR nicht so klar und entschieden vertreten wurde, ist sicher auch dieser damaligen Konfrontation in der Verwendung des Begriffes "Unrechtsstaat" zur damaligen Zeit in der BRD zu verdanken und der Tatsache, daß wir als Linke in der BRD hauptsächlich andere Auseinandersetzungs- und Schwerpunkte hatten, als in das Horn der staatstragenden Kritiker der DDR zu stoßen. M.E. wurde innerhalb der Linken die Frage von Demokratiedefizit und repressiven Strukturen in den Ländern des "real existierenden Sozialismus" durchaus heftig diskutiert und führte ja auch immer zu heftigen Auseinandersetzungen und gegenseitigen Ausgrenzungen.)

B. Wer hatte historisch ein Interesse an der These vom Unrechtsstaat

Zunächst - die SBZ und in der Folge die DDR enstanden als Ergebnis des II. Weltkrieges. Nach Beendigung dieses Krieges hatten sich die Alliierten in Potsdam geeinigt, daß Deutschland als einheitliches Staats- und Wirtschaftsgebiet erhalten bleiben sollte. Diese Einheit wurde jedoch durch Währungsreform und Gründung der BRD in den drei Westzonen durchbrochen (das scheint mir historisch ziemlich eindeutig belegbar zu sein - so wie auch Adenauer den Ausspruch getan haben soll (nach Heinrich Hannover in Blätter...): Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.). Unrecht war damals also nicht, daß auf dem Gebiet der DDR unter dem Einfluß der SU und durch die Tätigkeit

der Bevölkerung einschließlich der wenigen übriggebliebenen Kommunisten ein Staat und eine Gesellschaft entwickelt werden sollte, der im Gegensatz zu dem kapitalistischen System mit all dessen Widersprüchen und Unmenschlichkeiten, die das gerade untergegangene System gebracht hatte, ein für alle mal Schluß machen sollte.

Unrecht war es jedoch für die Kräfte, die durch diese Entwicklung die Herrschaft über das Land, die Maschinen und Menschen in diesem Teil Deutschlands verloren hätten, den sie eigentlich als ihren ansahen. Um die Frage von oben zu beantworten, hatte der Begriff "Unrechtsstaat" so gesehen eine eindeutige politische und ideologische Stoßrichtung von Seiten der Mächtigen in der alten BRD. (Hier ist auch das Unsinnige im Vergleich mit der Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR zu suchen: Waren es nicht die gleichen ökonomisch herrschenden Kräfte, die sowohl in der Weimarer Zeit als auch im Nationalsozialismus als auch in der späteren BRD das Sagen hatten? Nur politisch hatte sich das Konzept hin zur totalitären Herrschaft geändert gehabt! Über das Gebiet der DDR hatten sie jedoch politisch und ökonomisch für über 40 Jahre das Sagen verloren.)

Sie taten alles, um
1. diesen Zustand nicht anerkennen zu müssen
2. in der BRD alt alle Kräfte zu unterdrükken, die entsprechende soziale und politische Veränderungen auch hier erreichen wollten (KPD-Verbot, Notstandsgesetze, Berufsverbote etc. etc.)
3. diesen Zustand rückgängig zu machen (politische, ökonomische und ideologische Einflußnahme).

Dagegen stand die Linke in der alten BRD *immer* in Opposition zu dieser Bezeichnung, sowohl in ihrer politischen, ökonomischen als auch ideologischen Bedeutung. Darüber hinaus versuchte sie, verstärkt wieder seit den 60er Jahren, gegen das hiesige System eine gesellschaftliche Alternative zu entwickeln. Die Entwicklung der DDR spielte dabei eher eine untergeordnete Rolle, auch wenn sie heftig als "negatives Beispiel" immer wieder in die Bütt geworfen wurde ("Geht doch rüber in die DDR!").

Auch der VDÄÄ entstand auf dieser Grundlage der politschen Auseinandersetzungen in der alten BRD und versuchte, auf dem Gebiet des hier "real existierenden Gesundheitswesens" eine Alternative entgegenzusetzen. Auch hier spielten im wesentlichen die Widersprüche in der alten BRD die Hauptrolle und weniger bis garnicht die Strukturen des Gesundheitswesens in der DDR (vielleicht zu wenig, weil man dann in der Zeit nach 1989 der Umstrukturierungg des DDR-Gesundheitswesens in unser System mehr hätte entgegensetzen können).

C. Wer hat in der BRD neu ein Interesse an der These vom Unrechtsstaat?

Nach dem Anschluß hatten die herrschenden Kräfte der BRD alt/neu nichts besseres zu tun, als sämtliche Strukturen der DDR, ob sie z.B. sozialpolitisch/ökonomisch etc. sinnvoll waren oder nicht, so schnell wie möglich aufzulösen, ohne Rücksicht auf so "nebensächliche" Erscheinungen wie die entstehende Massenarbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Zukunftsprobleme der dort lebenden Menschen zu nehmen. "Soziale Marktwirtschaft" wurde für eine zunächst unbestimmte Zeit außer Kraft gesetzt.

Doch nicht nur das: auch ideologisch mußte Schluß gemacht werden mit den Vorstellungen bei allen, die die Idee einer gerechteren Gesellschaft in der DDR durchzusetzen versucht hatten und diese Idee über der gesellschaftlichen Entwicklung immer noch nicht verloren hatten.

Doch nicht nur dort: auch in den Alten BL wurde ein gewaltiger Aufwand betrieben, um in den Köpfen derer, die jahrelang den gleichen Gedanken an eine bessere Gesellschaft verfolgt hatten, die Parole "Der Sozialismus ist tot" (- Jesus lebt) durchzusetzen.

Und - wie es scheint, mit großem Erfolg!

Denn obwohl kein Problem des "real existierenden Kapitalismus" auch nur andeutungsweisee gelöst ist, gelang es, gerade auch mit der These von der DDR als "Unrechtsstaat" jede inhaltliche Diskussion im Keim zu ersticken.

Um diese günstige Situation weiter auszunutzen, wird wie am Fließband darangegangen, gleich noch viele der bestehenden politischen (Grundgesetzänderungen: Asyl, Lauschangriff, Einsatz der Bundeswehr etc.), ökonomischen (Gewerkschaftsrechte, Tarifverträge etc.) und sozialen (GGSG, Sozialhilfe, Karenztage, § 218 etc.) Gegebenheiten anzugreifen und der enstandenen politischen Kräfteverteilung anzupassen, bevor vielleicht wieder Kräfte entstehen, die Zweifel an unserem "Rechtsstaat" bekommen.

D. Wie müssen wir die Diskussion weiterführen?

Wenn etwas von der Argumenation, die ich bisher entwickelt habe, richtig ist, müssen wir anfangen, *als Linke* einen selbständigen Standpunkt zu den Entwicklungen in der BRD neu zu finden. Wir sollten nicht weiter in dem Einheits-Denk-Brei uns bewegen, indem uns letztlich von einem Kohl-Kopf die Richtung des Denkens diktiert wird und wir nie zu einer gesellschaftspolitischen (und auch gesundheitspolitischen) Alternative kommen können.

Es ist eine billige Tatsache, daß die Grundsätze und Rechte des Grundgesetzes in der gesamten BRD neu, d.h. auch in den östlichen Bundesländern gelten, genauso wie z.B. für die Linken in der BRD, die hier in der BRD sicher kein System des Zuckerleckens gehabt haben (auch wenn bestimmte Formen der politischen Verfolgung in den letzten 20 Jahren vielleicht nicht so offen und durchgehend waren, wie in der ehemaligen DDR - aber man denke mal an die 50er und 60er Jahre zurück, als 1000de von KPD-Mitgliedern verfolgt wurden und im Knast landeten, während die alten Nazi durch entsprechende Paragraphen wieder bevorzugt in Dienst gestellt wurden).

Wenn wir dies berücksichtigen, müssen wir m.E. selbstverständlich Solidarität üben. Müssen uns einsetzen gegen alle Formen von Kolonialisations- und Besatzermentalität - und hätten dies eigentlich von allem Anfang viel konsequenter tun müssen, wenn wir von den Ereignissen nicht für eine gewisse Zeit so geplättet gewesen wären.

Wenn wir Unrecht in der DDR kritisieren und auch Rehabilitation fordern, auch dann sollten wir es vermeiden, bezüglich der Einschätzungskriterien in das gleiche Horn wie die Bundesregierung etc. zu blasen.: Denn während es bei ihr um die Verdammung eines ganzen von der Grundlage her entgegengesetzten Sy-

stems geht, sollte es bei uns um die Frage gehen, wie die entsprechenden Strukturen, in denen diese Unrechtstaten individuell bzw. organisiert passierten, entstehen konnten und warum es eine Gesellschaft, die sich "real existierend sozialistisch" nannte, nicht schaffte, auf andere (z.B. demokratische Weise) mit Andersdenkenden umzugehen.

Wir sollten ebenso nicht vergessen, daß wir Jahrzehnte davon gelebt haben, Unrecht und ungerechte, eben kapitalistische Verteilung hier kritisiert und bekämpft zu haben, ohne das kaum jemand von denen, die hier Unrecht verübt haben, dafür zur Rechenschaft gezogen wurde. Hier wie dort sollten wir mit einer solchen Diskussion fortfahren und gleichzeitig die Konstellation der BRD nicht aus dem Auge verlieren, die jetzt ein *gemeinsames Vorgehen gegen neues Unrecht - hier wie dort* erfordert.

Die Beschränkung, die wir in der Erklärung gemacht haben auf die Professoren, war natürlich etwas beschränkt,- es ging jedoch darum, eine Umsetzung dessen zu versuchen, was wir in Leipzig erfahren hatten. Vieles, von dem wir damals noch nicht wußten, beginnen wir jetzt im Rahmen der Weiterführung der Diskussion mitzubekommen. Das der Zwang in die Niederlassung für viele ebenso etwas wie ein 'Berufsverbot' (nämlich in angestelltem Status zu arbeiten) war, ist ein weiterer Aspekt.

Die Zerschlagung der im Grunde genommen vernünftigen Struktur des Gesundheitswesens der DDR, die jedoch den hier in der BRD alt bestimmenden Interessen im Gesundheitswesen hinderlich im Wege stand, ist ein weiteres Thema, das wir als VDÄÄ intensiv diskutieren sollten und wo wir auch Gemeinsamkeiten mit den oppositionellen Kollegen in den östlichen Bundesländern finden werden.

Daß wir, wenn wir einen solchen - parteilichen - Ansatz verfolgen, ziemlichen Wind ins Gesicht bekommen werden, ist anzunehmen und begann ja schon z.B. im jetzt neu erschienen Mabuse (dazu unten).

Seit langem wissen wir, daß die Presse der BRD einseitig berichtet und erwarten schon garnichts anderes mehr. Aber während wir früher uns davon noch weniger haben beeinflussen lassen, scheint dies im Moment etwas anders zu sein.

Die, die uns jetzt wegen unserer Stellungnahme kritisieren, müssen sich selber fragen lassen, von welcher Position aus sie uns kritisieren und wie sie dabei zu einer kritischen Position (gesellschaftspolitischen Alternative) gegenüber dem jetzigen BRD-neu-System stehen?

Tigris Seyfarth, Dr. med., ist Arzt in München

Erni Balluff (Frankfurt a.M.):

Ich war in Leipzig auf der erweiterten Vorstandssitzung des VDÄÄ im Januar 1993, an der auch Vertreter der Interessengemeinschaft für Medizin und Gesellschaft anwesend waren. Ich fühle mich deshalb auch mitverantwortlich für unsere Presseerklärung und für die Veranstaltung in Dresden.

Tief beeindruckt kam ich von Leipzig zurück - entsetzt und empört über die Art und Weise, mit der in der ehemaligen DDR mit Kollegen wegen ihrer "Staatsnähe" umgegangen wird. Besonders die Ausführungen von Prof. Schwartze, dem sogar der Zutritt zur Institutionsbibliothek verweigert wurde, nachdem er das Institut verlassen mußte (und daß, obwohl er seinen Arbeitsgerichtsprozeß gewonnen hatte!), hatten mich sehr beeindruckt und überzeugt, daß mit den Entlassenen großes Unrecht geschieht. Ein Brief des Kanzlers der Universität Leipzig an Prof. Schwartze, indem das Verbot begründet wurde, war in einem so rüden und überheblichen Ton geschrieben, daß mir die Sache von Herrn Prof. Schwarze umso glaubwürdiger erschien.

Es war ganz klar: hier handelte es sich um Berufsverbote, also Menschenrechtsverletzungen, die auch von dem Europäischen Parlament geächtet werden.

Dazu wollten wir nicht schweigen und Dresden als Ort des nächsten Deutschen Ärztetages erschien uns bestens geeignet, um diese bestürzenden Dinge öffentlich zu machen.

In Dresden dann, noch vor unserer Abendveranstaltung beschlichen uns erste Zweifel nach Gesprächen mit KollegInnen aus den neuen Bundesländern. Argumente wurden genannt wie "Wir hatten uns vor den falschen Karren spannen lassen, es sei ein Unding, die Entlassungspraktiken mit der NS-Zeit zu vergleichen, wir hätten uns doch zu DDR-Zeiten auch nicht um oppositionelle Kolleginnen und Kollegen gekümmert und heute würden wir denen die Stange halten, die in dem alten System zu den Privilegierten gehört hätten." Diese Vorwürfe, die nicht nur aus den Reihen der ehemaligen DDR-KollegInnen kamen, machten uns nachdenklich und garnicht mehr so sicher an diesem Abend. Es war deshalb kein Wunder, daß das meistgebrauchte Wort in der folgenden Diskussion bei unseren Redebeiträgen "Bauchschmerzen" hieß. Auch mir ging es nicht anders. Nach wie vor erscheint es mir richtig, die diskriminierenden Praktiken bei Entlassungen von Hochschulprofessoren anzuprangern; sicherlich waren und sind sie nicht die einzigen, mit denen so verfahren wurde, aber sie waren die einzigen die auf uns zukamen und um unsere Unterstützung baten. Auf der rein rechtlichen Ebene kann m.E. sicherlich von Berufsverbot gesprochen werden, selbst wenn die Kollegen durch ihre privilegierte Stellung als Arzt z.T. die Möglichkeit besitzen z.B. durch selbständige Tätigkeit ihre berufliche Arbeit fortsetzen zu können. Ein offensichtlicher Fehler unsererseits lag jedoch in der Tatsache, daß wir die früher bestandene innerbetriebliche Situation zwischen leitendem Personal und Beschäftigten nicht genügend hinterfragten.

Die gesamte Diskussion dieses Abends war für mich spannender als der offizielle Ärztetag: Es wurde sehr heftig und emotional diskutiert, so daß ich mehr als einmal befürchtete, die Stimmung könnte so umkippen, daß alle nur noch im Zorn auseinanderlaufen würden. Das passierte "Gott sei Dank" nicht. Immerhin hatte unsere Veranstaltung zuwege gebracht, daß unter anderem Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR mit total gegensätzlichen Positionen vielleicht zum ersten Mal wieder mit-

einander sprachen. Mir wurde an diesem Abend klar, daß wir uns als "Außenstehende" vielleicht ein bischen zu weit aus dem Fenster gelehnt hatten, vorschnell ein Urteil parat hatten, wo es noch kein endgültiges geben kann. Verständigungsschwierigkeiten wurden auf beiden Seiten sichtbar und ich denke wir müssen mit vielmehr Sensibbilität unsere gegenseitigen gesellschaftspolitischen Standpunkte und Erfahrungen ernstnehmen. Die Diskussion darüber hat gerade erst begonnen, sie wurde in Dresden an einem weiteren Abend fortgesetzt und es braucht bestimmt noch viele Anstrengungen, um sich gegenseitig zu verstehen und zu einer produktiven gesundheitspolitischen Zusammenarbeit zu finden.

Durch unsere Presseerklärung und Veranstaltung - mit welchen Fehlern auch immer behaftet - ist etwas in Bewegung geraten. Es lohnt sich für mich, daran weiterzumachen.

Erni Balluf ist praktische Ärztin in Frankfurt a.M. und Mitglied des erweiterten Vorstands des VDÄÄ

M. Siegmund Drexler (Mühlheim/Main):

Eindrücke und Empfindungen vom Deutschen Ärztetag in Dresden Mai 1993

18.6.93

[...]

DDR-Vergangenheit - die Presseerklärung des VDÄÄ - wachsende Sensibilität

Ein aus meiner Sicht zentrales Thema stellte die Behandlung der "DDR-Vergangenheit" dar. Zunächst stellte Dr. Müller, ein Historiker aus Hannover seinen Forschungsbericht über Verfolgung von Ärzten in der DDR vor. Er stützte sich hierbei auf Interviews und Briefe von Betroffenen, die sich auf Annoncen gemeldet haben. Seine Arbeit wurde von der BÄK in Auftrag gegeben und finanziert.

M.E. stellte sein Bericht nur unzureichend die Realität der DDR-Gesellschaft, speziell im Gesundheitswesen dar. Sicher soll anerkannt werden, daß Bespitzelung, Denunziation, Förderung von Opportunismus und Duckmäusertum häufig waren. Reppression und Chancenungleichheit waren an der Tagesordnung. Rechtsverletzungen geschahen, auch Ärzte wurden zu Unrecht zu Haftstrafen verurteilt.

Gleichzeitig wies das DDR Gesundheitswesen Strukturen auf, die Modellcharakter hatten und zur Verbesserung des Behandlungsangebotes, auch in den "alten" Bundesländern beitragen könnten, z.B.: Arbeitsmedizin, Dispensairbetreuung, einige Polikliniken, in der Verzahnungsmöglichkeit zwischen amb und stat, in der Chance auf ökonomiefreie Entscheidung über Diagnostik und Therapie, in der Ausrichtung auf Prävention.

Heute wissen wir, das Modell DDR ist gescheitert, auch wegen der Menschenrechtsunterdrückung und der fehlenden Möglichkeit eine funktionierende, konkurrenzfähige Wirtschaft aufzubauen.

War alles von vornherein zum Scheitern verurteilt? In der Beantwortung solcher Fragen bin ich inzwischen unsicher geworden. (Die hier dargestellten Fragen sind nur einige - es gibt noch viele - ungestellte Fragen - vorenthaltene und nicht gefundene Antworten!).

Es scheint mir jedoch nicht möglich alleine über Menschenrechtsverletzungen des DDR -Staates zusprechen, ohne auch über die Chancen, auch die verspielten, dieses Systems reden zu müssen.

Am Abend des 5. Mai fand eine Veranstaltung statt, von uns organisiert, auf der zwei Professoreen (und ehemalige Chefärzte) über ihre Situation berichteten. Ein Anwalt aus Frankfurt/Main stellte die Rechtslage dar.

In Leipzig fand vor einigen Monaten eine öffentliche Vorstandssitzung des VDÄÄ statt, auf der auch diese beiden Professoren ihr Schicksal darstellten. Unter dem Eindruck, daß hier Unrecht geschieht gegenüber Menschen - unabhängig von einer politischen Bewertung ihres Handelns - gab der VDÄÄ eine Presseerklärungg heraus, die auch ich unterschrieben habe.

In dieser PE war uns wichtig zu sagen, daß kein Mensch aufgrund des Vorwurfs der "Staatsnähe" aus seinem bestehenden Dienstverhältnis vertrieben werden kann. In diesem Sinne äußerte sich auch das Europäische Parlament in einer Entschließung.

Diese PE und die Veranstaltung verursachten große Unruhe und Zweifel über die Legitimität unseres Vorgehens und die Richtigkeit unserer Forderungen. (siehe Presseecho und die Diskussion auf dem ÄT).

Ich denke heute, daß wir nicht richtig die Problematik des politisch-gesellschaftlichen Konfliktes eingeschäzt haben, zu dem wir uns äußerten. Wurden wir vor einen "Karren" gespannt?

Nicht in Ordnung ist, daß wir uns ausschließlich für die ehemaligen Leitungskader einsetzten - für diejenigen, die unter dem alten Regime gelitten haben, die an den Rand geschoben wurden, benachteiligt, von einer Karrieree ausgeschlossen, ein Leben führten mit persönlichen Demütigungen, für diejenigen haben wir nichts gesagt.

Taten wir es nicht, weil sich diese Personengruppe bei uns nicht zu Wort meldete? Haben wir nichts davon gewußt? Haben wir dies verdrängt?

In welchem Verhältnis steht das Gebot der Legalität zum Prinzip des ethisch/moralischen Imperativs? Wie sind die ehemaligen Leitungskader der DDR aus heutiger Sicht (überhaupt) bewertbar? Wissen wir soviel hierüber, daß uns ein Urteil zusteht? Hätten wir lieber schweigen sollen?

Nach der Veranstaltung am Mittwoch und dem Gespräch am Freitag (7. Mai) mit den Kolleginnen Rauchfuß und Reisinger meine ich, daß wir teilnehmen an einem Prozeß einer politischen Diskussion (Entwicklung), in der es offensichtlich wichtig ist, daß überhaupt miteinander gesprochen wird. Die Sprachlosigkeit herrscht nicht nur zwischen den Einwohnern der fünf neuen Bundesländer

und uns, aus der alten BRD, sondern auch unter den ehemaligen Bürgern der DDR.

Ohne unsere PE und die beiden Diskussionsveranstaltungen hätten einige wichtige Gespräche, auch für mich wichtige, nicht stattgefunden.

Durch die Diskussion habe ich eine differenziertere Position, glaube ich, entwikkelt und denke, daß unser (westlicher) Ansatz, die Situation in den östlichen Bundesländern einzuschätzen zu können, und sich hierzu öffentlich zu Wort zu melden, voreilig war.

Verunsichert bin ich im Gehalt dessen, was uns von den ehemaligen Leitungskadern aus Leipzig und Berlin erzählt wurde. Zu unterschiedlich ist das, was sie von sich selbst erzählen und was von ihren ehemaligen Mitarbeitern über sie berichtet wird.

Auf gar keinen Fall möchte ich den Vergleich aufrechterhalten zwischen der Vorgehensweise der jetzigen BRD-Verwaltung gegenüber den Leitungskadern der DDR und den Handlungen des Naziregimes gegenüber seinen Feinden. Dieser Vergleich der politischen Situation 1933 und 1989 bist 1993 ist schief. Politisch historisch erscheint er mir heute unerträglich.

Ich erinnere mich an unsere Position in der alten BRD "Krankheit ist ohne Politik nicht heilbar" (zitiert nach Ulli Deppe). In den Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen aus Berlin, Dresden und Leipzig gewann ich den Eindruck, daß diese sich in einem Prozeß des Nachdenkens befinden, in dem tendenziell die Positionen sich annähern.

Die Erkenntnis, wie wenig wir tatsächlich vom Leben in der DDR wissen und wußten, führte bei mir zum stärkeren Bedürfnis mehr zuhören zu können, mehr nachzudenken bevor öffentliche Meinungsäußerungen erfolgen (PE).

Die Forderung nach "Schweigen", diese finde ich nicht richtig. Wir kommen nur zusammen und entwickeln eine gemeinsame fortschrittliche Politik, indem wir kommunizieren - nicht aneinander vorbeischweigen. [...]

M. Siegmund Drechsler, Dr. med., ist Arzt in Mühlheim a.M.

Winfried Beck (Frankfurt a.M.):

An das *IPPNW-Forum*

Liebe Redaktion des IPPNW-Forums,

in der August-Nr. 1993 der "Mitteilungen der IPPNW" erscheint unter dem Stichwort "Zur Diskussion" eine Kritik von Jutta und Eberhard Seidel an einer Erklärung des Vereins Demokratischer Ärztinnen und Ärzte zu "Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverboten in den neuen Bundesländern". Die Stellungnahme des VDÄÄ selbst wurde nicht zur Diskussion gestellt, sondern lediglich willkürlich daraus zitiert. Als langjähriges IPPNW-Mitglied - übrigens genauso wie alle anderen Unterzeichner des VDÄÄ-Papiers - bin ich doch einigermaßen verwundert über diese einseitig parteiergreifende Stellungnahme zweier IPPNW-Mitglieder, werden doch die Leserinnen und Leser des IPPNW-Forums von einer selbständigen Meinungsbildung mangels Kenntnis des Originalpapiers ausgeschlossen.

Zum Inhaltlichen:

Während zweier Aufenthalte in Leipzig wurden wir im Rahmen einer Mitgliederversammlung des VDÄÄ mit zahlreichen konkreten Beispielen konfrontiert, in denen Ärztinnen und Ärzte trotz gewonnener Arbeitsgerichtsprozesse und nachweislich fehlender persönlicher Schuld bzw. Stasiverstrickungen von ihren Positionen entfernt wurden. Auch unsere späteren Recherchen haben keine Hinweise auf persönliche Schuld bzw. Benachteiligung von Untergebenen seitens der Betroffenen aufgedeckt, ebensowenig wie Jutta und Eberhard Seidel uns konkrete Beispiele dafür hätten nennen können. Gestört hat uns schon damals, daß es sich dabei fast ausschließlich um Ärztinnen und Ärzte in leitender Stellung handelte. Dies schien uns aber kein ausreichender Grund, um weiterhin schweigend dieser Rechtsstaatswidrigkeit zuzusehen. Mittlerweile sind uns auch Beispiele aus der mittleren und unteren Ebene bekannt geworden. So genügt z.B. die Mitgliedschaft in der Parteileitung einer Städtischen Klinik als stellvertretende SED-Sekretärin in einem Zeitraum von 1979 bis 1985 für die Verringerung der Altersstufe um 10 Jahre und der damit verbundenen entsprechenden Rentenminderung. Der Schlüsselbegriff dabei ist die sogenannte "Staatsnähe" , die allerdings nicht auf die sogenannten Blockparteien, CDU, LDPD etc. angewendet wird, deren Mitglieder im Gegensatz zu den SED-Mitgliedern mittlerweile in allen Ebenen Karriere machen.

Wir haben unsere Veröffentlichung geschrieben, weil wir meinen, daß eine Vereinigung Deutschlands nur dann gedeihlich sein kann, wenn sie nicht auf neuen Diskriminierungen aufbaut, sondern allein nachweisbare und definierte Verstöße gegen das Recht ahndet.

Auch Jutta und Eberhard Seidel bekennen: "Große Probleme haben allerdings auch wir mit der Form, in der hier die Aufarbeitung unserer Geschichte betrieben wird. Zu vordergründig werden von den Wessis die Keule Staatsnähe, IM, Spitzel usw. geschwungen, um leicht durchschaubare eigene Interessen durchzusetzen."

In den intensiven Gesprächen am Rande des DÄT in Dresden zwischen unseren Delegierten und den dem Neuen Forum nahestehenden ging es immer wieder um diese Problematik. "Es sei schlimmer, 90 % SED-Funktionäre weiter in Amt und Würden zu belassen, als 10 % ungerechtfertigterweise zu diskriminieren und evtl. auch ihre berufliche Existenz zu vernichten."

Eine solche Position halte ich für äußerst problematisch, zumindest muß die Gelegenheit gegeben werden, ihr zu widersprechen.

Ich kann verstehen, daß ehemalige Dissidenten der DDR im Zorn und im Ergeb-

nis der noch immmer nachwirkenden Kränkung keine Motivation haben, sich für die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen, die vor der Wende in führenden Positionen und damit in Staatsnähe mit allen damit zusammenhängenden negativen Begleiterscheinungen waren (auch wenn Eberhard Seidel als Oberarzt zu DDR-Zeiten wohl nicht zu den Verfolgten gehört hat). Sie sollten dabei aber nicht soweit gehen, neue Menschenrechtsverletzungen zu entschuldigen, sie nur als Problem zu sehen und damit mitschuldig an neuem Unrecht zu werden. Dies umso mehr, als wir im Zusammenhang mit der Verbreitung unserer Erklärung auf eine für uns in diesem Ausmaß einmalige Weise erfahren mußten, wie total die Medienblockade gegenüber einem Anliegen wie dem unseren, zumindest im Inland, ist. Allein die "Ärztezeitung" und das "Neue Deutschland" haben berichtet, "Dr. med. Mabuse" und das "IPPNW-Forum" haben nur die Gegenstellungnahme veröffentlicht. Es handelt sich offensichtlich um ein Unthema, ein Tabu, dessen Verletzung sich kein Journalist z.Z. leisten kann oder will.

Sicher haben wir - und damit meine ich mich selbst und einige andere VDÄÄ-Mitglieder - versäumt, in ähnlich eindeutiger Weise zu der Diskriminierung von Ärztinnen und Ärzten in der DDR Stellung zu nehmen, dies anzuprangern, diesem Fehler habe ich mich als Vereinsvorsitzender nach der Wende und unseren ersten Besuchen in der Noch-DDR mehrfach öffentlich bekannt, und er darf sich nicht wiederholen. Aber gerade deshalb dürfen wir nicht schweigen, wenn jetzt im Geltunggsbereich unseres Grundgesetzes und der Europäischen Gemeinschaft wieder Unrecht geschieht. Und nur darum geht es in unserer Stellungnahme. Die VDÄÄ-Stellungnahme unterschwellig als Kumpanei mit ehemaligen SED-Funktionären zu deuten ist - erst recht nach den vielen klärenden Gesprächen in Dresden - unfair und ohne jede Grundlage.

Uns war allerdings bei der Veröffentlichung der Erklärung bewußt, daß eine solche Identifikation mit den Opfern immer dann geschieht, wenn man auch ohne ideologische Übereinstimmung deren Rechte vertritt. Das gleiche geschah uns, als wir im Zusammenhang mit der Isolationshaft der inhaftierten Rote-Armee-Fraktions-Mitglieder diese Praxis öffentlich als Folter anprangerten.

Allerdings scheint die Sichtweise ein spezifisch deutsches Phänomen zu sein, betrachtet man eine Entschließung des Europäischen Parlaments zum Thema Menschenrechte in der Gemeinschaft vom 11.3.1993 [...].

Diese Problematik ist es wert, auch im IPPNW-Forum diskutiert zu werden, d.h. mit Rede und Gegenrede. Als gleichberechtigte IPPNW-Mitglieder meine ich eine solche Ausgewogenheit erwarten zu können.

S.O. Hoffmann (Mainz):

Austritt aus dem VDÄÄ

07.09.93

Lieber Herr Beck,
es fällt mir nicht ganz leicht, Ihnen heute zu schreiben, daß ich aus dem VDÄÄ austreten möchte. Diese Hemmung hängt im wesentlichen damit zusammen, daß ich nach wie vor den VDÄÄ als wichtigste kritische Instanz in der institutionalisierten Ärzteschaft erlebe.

Mir ist auch klar, daß man mit keinem Verein, dessen Mitglied man ist, in allen Punkten übereinstimmen kann. Mein Dissenz mit dem VDÄÄ lag von Anfang an sicher auf der Ebene der Ideologie. Nach meinem Verständnis liegt wohl ein Großteil der Mitglieder des VDÄÄ auf einer ziemlich ideologisch festgelegten linken Linie, während ich selbst gottlos in jeder Hinsicht, also ein alternder Linksliberaler bin. Diese Spannung begleitet mich seit gut 25 Jahren, und ich hätte damit auch weiterleben können.

Die Stellungnahmen des VDÄÄ für die "Opfer der Vereinigung" in Gestalt der armen SED-Medizinprofessoren macht mir nun doch erheblich zu schaffen. Ich habe wohl vernommen, daß hier auch gerade von ihrer Seite, lieber Herr Beck, erhebliche Selbstkritik und rückgewandte Einsicht stattgefunden hat, was ich sehr respektiere. Dennoch bleibt es mir ein kaum nachvollziehbares Phänomen, wie eine Gruppe intelligenter Menschen immer wieder in eine schlichte Gegenüberstellung von klassenfeindlichem Täter und nur das Beste gewollt habendem Opfer geraten kann. Mich haben die Versuche der Selbstentschuldigung von erfolgreichen Karrieristen des SED-Staates und die nachträgliche Weißwäsche durch den VDÄÄ mehr als peinlich berührt. Und genaugenommen hat sich ja nur die unkritische Idealisierung all dessen, was irgendwie dem eigenenPhantom vom Sozialismus zu entsprechen schien, wiederholt.

Ich habe mir auch mit meiner Entscheidung Zeit gelassen, wollte nicht abrupt und unüberlegt handeln, wie ich es immer in solchen Situationen tue. Den letzten Impuls gab mir dann die Lektüre von Pavel KOHOUT "Wo der Hund begraben liegt", die mich in den Ferien begleitete. Er beschreibt, allerdings am Rande und in wenigen Nebensätzen, gerade die Rolle der deutschen Linken, die den unglaublichen individuellen Terror in der CSR nachhaltig verleugneten und auf ihre Weise sogar zu einer Schwächung der Position des Widerstandes im eigenen Lande gegen die Diktatur, vor allem eben der Unterzeichner der Charta 77, beitrugen. Man legt das Buch aus der Hand mit tiefen Respekt vor dem Mut derer, die für den Wunsch, sich nicht anzupassen und sich mental nicht zu unterwerfen, einen unglaublich hohen Preis gezahlt haben. Es ist eben jener schlichte Respekt vor den wirklichen Opfern der SED-Diktatur, die ich in den zurückliegenden Äußerungen des VDÄÄ vermißt habe, und das Band der gemeinsamen Überzeugung wird mir an dieser Stelle einfach zu dünn.

Mit den besten Grüßen bin ich Ihr

Prof. Dr. S.O. Hoffmann

Der Autor ist Direktor der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universität Mainz

Winfried Beck (Frankfurt a.M.):

An Prof. Dr. S.O. Hoffmann

21.09.1993

Sehr geehrter Herr Hoffmann,

ich danke Ihnen für Ihre ausführliche und auch solidarische Begründung Ihres Austritts aus dem VDÄÄ.
Es hat mich persönlich betroffen gemacht, weil Sie etwas ansprechen, was auch mir selbst zu schaffen macht, auch wenn dies in den Presseerklärungen und öffentlichen Verlautbarungen nicht erkennbar wird.

Sie haben insbesondere damit recht, daß in unserer Presseerklärung der Hinweis auf die früheren Opfer des SED-Regimes fehlt, weil ohne eine solche Sensibilität für diese Personengruppe der begründete Verdacht der Einäugigkeit aufkommen kann. Dies um so mehr, als ich - wie ich mehrfach öffentlich bekannt habe - mich für diesen Fehler in der Vorwendezeit mitschuldig fühle.

Ich möchte Ihnen aber versichern, daß diese Gedanken bei meinen mehrfachen Besuchen in den neuen Ländern nach der Wende immer präsent waren.

Das es dennoch zu einer unterschiedlichen Einschätzung bei Ihnen und bei mir kommen konnte, mag an den sich unterscheidenden Erlebnisebenen liegen. Ihr Zugang ist offenbar eher abstrakt politikliterarisch, meiner konkret und daher auch subjektiv.

Ich habe konkret bei zwei Besuchen in stundenlangen Diskussionen mit Professoren aber auch Assistenzärztinnen und Assistenzärzten aus Leipzig und Dresden erlebt, daß diese Menschen, nur weil sie in der SED waren oder niedere Funktionärsposten innerhalb der SED hatten, so erheblich diskriminiert werden, daß damit nicht nur ihre Würde verletzt, sondern auch ihre materielle Existenz in Gefahr gerät. Wenn beispielsweise die vorübergehende Mitgliedschaft als stellvertretende Vorsitzender der SED in einem Krankenhaus dazu führt, daß das Einkommen gekürzt wird und damit auch die Rentenanwartschaft, wenn der gleichen Person nicht die geringsten Benachteiligungen von Kolleginnen und Kollegen oder Untergebenen zur Last gelegt wird, wenn im Arbeitsgerichtsprozeß alle derartigen Vorwürfe zurückgenommen werden mußten und dann eben doch wieder nur die sogenannte Staatsnähe genügt, um den Lebensweg zu verbauen, dann erweckt das Zorn gegenüber den Heuchlern, die nun unverdientermaßen die Macht dazu besitzen, ihre ehemaligen Feinde in die Zange zu nehmen um so mehr, als die Mitgliedschaft in den sogenannten Blockflötenparteien CDU, NDPD etc. nicht mit dem Begriff der Staatsnähe identifiziert wird, ja im Gegenteil dies geradezu Voraussetzung für eine neue und bessere Karriere zu sein scheint. Es hat mich auch wütend gemacht zu hören, wie ein Hochschullehrer, dem außer "Staatsnähe" nichts vorgeworfen wurde, selbst der Zutritt zur Bibliothek bzw. zu allen Universitätseinrichtungen, so z.B. auch seinem Labor verboten wurde, gegen ihn also nicht nur Berufsverbot, sondern auch

Verbot der intellektuellen Weiterbeschäftigung mit den Inhalten verfügt wurde, die sein Lebenswerk bestimmten.

Das subjektiv Entscheidende für eine Parteinahme war aber für mich der überzeugende Eindruck der Glaubwürdigkeit, Integrität, ja der persönlichen Sympathie dieser Menschen. Ich konnte und kann mir nicht vorstellen, daß diese Kolleginnen und Kollegen so wie sie mir gegenübertraten, dem Bild des SED-Funktionärs, dem Apparatschik entsprechen sollen, so wie ich es weniger konkret aber umso unverrückbarer in meinem Hinterkopf hatte. Natürlich ist mir bewußt, daß es sich um Ausnahmen handeln kann und die überwiegende Mehrzahl - es handelt sich ja schließlich um Zehntausende, denen Staatsnähe vorgeworfen wird - durchaus dem Bild, das ich hatte, entsprechen können. Dennoch bleibt der subjektive Eindruck ein für mich bestimmendes und starkes Erlebnis.

Aber auch eine andere Begegnung verstärkte diese Einschätzung. Während des Deutschen Ärztetages in Dresden führten wir nach einer Veranstaltung zu dem o.g. Thema abendelang offene kontroverse Diskussionen mit Delegierten aus Ostberlin, die dem Neuen Forum nahestehen und sich als ehemalige Dissidenten begreifen, immer in dem Bemühen, sich gegenseitig zu verstehen. Deren Gestus, deren Sprache ist uns 68er Westlern näher verwandt. Die Sprachbarrieren, besonders zu den Älteren sind doch erheblich. Und ihre Schilderungen der Bespitzelung, selbst von besten Freunden und Bekannten war sehr wohl beeindruckend, ja belastend. Aber bei den mit Staatsnähe identifizierten Personen handelte es sich ja nicht um Stasispitzel, auch brachten die Leute vom Neuen Forum nichts Konkretes gegen ihre ehemaligen Institutsleiter etc. vor. Ihr Zorn richtete sich konkret gegen die Spitzel und abstrakt gegen das ganze System. Dies ist für mich ohne weiteres nachvollziehbar. Allerdings mußte ich ebenso feststellen, daß die Karriere dieser ehemaligen Dissidenten keineswegs, zumindest formal, einen Knick erfahren hatte. Unter ihnen waren Oberärzte und ein Hochschullehrer, der zu DDR-Zeiten schon Leiter einer Universitätsklinik war. Der Haß richtete sich vor allem dagegen, daß ihnen der Kontakt zu ausländischen Kollegen verboten wurde, daß nur ausgesuchte Kader in den Genuß der Auslandsreisen kamen und daß selbst die Literaturbeschaffung auf äußerste Schwierigkeiten stieß. Stutzig machte mich, daß ihr Haß soweit ging, in Kauf zu nehmen, daß auch unschuldige, während der DDR-Zeit Anstand bewahrende Kolleginnen und Kollegen heute in ihrer Existenz gefährdet werden, weil sie es für noch schlimmer hielten, wenn grundsätzlich die SED-Mitgliedschaft nicht genügt, um heute aus Amt und Würden vertrieben zu werden.

Ich schildere Ihnen diese Erlebnisse so ausführlich, weil ich selbst auf der Suche nach der richtigen Position zu den diesen Vorgängen bin und auch noch Unisicherheit spüre. Aber immer, wenn Unrecht geschieht, Mächtige - wie jetzt die westdeutschen Kolonisatoren in den neuen Ländern - ihre ihnen wie eine reife Frucht in den Schoß gefallene Macht mißbrauchen, kann und will ich nicht schweigen, auch wenn oder gerade weil dies dem aktuellen ideologischen Trend widerspricht. Der ehemalige Sowjetbotschafter in Bonn, Valentin Falin, hat einmal

gesagt, daß der entscheidende Widerspruch nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern zwischen Moral und Politik bestehe. Diese Beschreibung trifft meines Erachtens exakt die jüngste Geschichte in der DDR, auch bei uns und das Gebaren jetzt gegenüber den neuen Ländern. Mein Eindruck ist, daß es keineswegs um die gleichberechtigte Integrierung dieser 18 Millionen Menschen in das ganze Deutschland geht, sondern vor allem um die vollständige Zerschlaggung von deren Identität, um die Zerschlagung aller Erinnerungen an die Zeit vor der Wende, um damit vielleicht auch das eigene Versagen vor der Wende, das Händeschütteln zwischen Honecker und Kohl, die zahlreichen offiziellen Kontakte zweier sich als souverän betrachtender Staaten miteinander zu bestrafen. Das dazu geeignetste Mittel ist dann die Vernichtung beruflicher Existenz unter dem rechtsstaatlich absurden Vorwurf der "Staatsnähe".

Und dennoch, die Presseerklärung würde ich so nicht mehr schreiben. Der Bezug zur NS-Herrschaft, das Absolute in den Formulierungen ist unangemessen. Weitere Kontakte müssen die Einschätzung vertiefen, Gespräche mit beiden Seiten Fehlurteile korrigieren, ein langwieriger, historisch notwendiger und, wie man sieht, auch schmerzhafter Prozeß, dem ich mich nicht entziehen will.

Ich hoffe, bei Ihnen ein wenig Verständnis für meine Position und damit auch für die des VDÄÄ geweckt zu haben und

grüße Sie sehr herzlich

Winfried Beck

Inge Rapoport (Berlin):

21.09.1993

Lieber Winfried,

Ich bin erst nach meinem Urlaub dazu gekommen, Euren Rundbrief vom Juli1993 mit den verschiedenen Stellungnahmen zur Dresdner Diskussionveranstaltung über "Diskriminierende Maßnahmen und Berufsverbote gegenÄrzte in den neuen Bundesländern" zu lesen.

Nach wie vor bin ich der Meinung, daß es ein guter Beginn für alle diejenigen war, die ehrlich um eine sachliche Einschätzung der DDR und die Klärung von Vorurteilen bemüht sind. Im Namen unserer "Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft" möchte ich Euch unseren Dank aussprechen für Eure Initiative und den solidarischen Instinkt, gegen Ungerechtigkeit und politisch motivierte Entlassungen aufzutreten.

Lieber Winfried, Du hast mir gegenüber am Telefon Deiner Enttäuschung Ausdruck gegeben, daß wir Euch nicht gründlich genug informiert hätten über alle Details der Schicksale der beiden Professoren, die nur beispielhaft für die große Zahl der entlassenen Mediziner auf der Veranstaltung sprachen.

Aus einigen der veröffentlichten Leserbriefe geht hervor, daß man bei den aus Universitäskiliniken, Krankenhäusern, Polikliniken und wissenschaftlichen Instituten entlassenen Ärzten nicht von "Berufsverbot" reden dürfte, da "ihnen ja die Approbation nicht entzogen wurde". Das klingt zunächst juristisch plausibel, ist aber nicht richtig. Ein medizinischer Hochschullehrer kann seinen Beruf nur an einer Hochschule mit Studenten völlig verwirklichen. Ärzte an einem theoretischen Institut, Forscher verlieren mit ihrem Labor und dem wissenschaftlichen Umfeld auch ihren Beruf.

Tatsache ist jedoch, daß alle diese Menschen aus ihrem Lebenswerk herausgerissen werden, das sie in jahrelanger Arbeit mit und für ihre Mitarbeiter und Patienten aufgebaut haben, herausgerissen auch aus Forschungsprojekten, aus der Betreuung wissenschaftlichen Nachwuchses (Doktoranden, Habilitanden), aus der Weitergabe von Spezialwissen und -können. Viele mußten von heut auf morgen ihre Patienten stehen und liegen lassen, die zu ihnen ein besonderes Vertrauensverhältnis besaßen und sich durch die Entlassung ihres Arztes verlassen und verraten fühlten.

Ich frage mich, wie es einem feinfühligen Arzt möglich ist, angesichts solcher Tatsachen folgenden Satz zu schreiben (ich zitiere aus J. und E. Seidels Brief an Euch, Rundbrief S.22): "Wer hindert die angesprochenen Kollegen, sich in freier Niederlassung ärztlich zu betätigen, Chefarztpositionen in konfessionellen Häusern anzunehmen, im öffentlichen Dienst der alten Bundesländer zu arbeiten usw. usf.?"

Dieser Satz wiederholt sich in dem Artikel derselben Autoren, veröffentlicht in Mabuse 84, Juni/Juli 93.

Ich weiß aus meiner Emigrationszeit in den USA (als Nazi-Verfolgte), wie es älteren Kollegen erging, die sich "ein neues Leben aufbauen" mußten und was es für die politisch Verfolgten der McCarthy-Ära bedeutete, wieder "von vorn anfangen zu müssen".

Es geht sowohl um die reine physische Existenz dieser Menschen als auch um die besondere Art der Ausübung ihres medizinischen Berufes, die sich jeder einzelne erträumt hatte, um als Individuum optimal wirksam zu werden, der eine in der Lehre, ein anderer als Forscher, und wieder ein anderer als Arzt am Krankenbett, vielleicht mit besonderem Spezialkönnen, das er nur an Spezialkliniken verwirklichen kann.

Prof. Franke z.B. war Leiter einer unfallchirurgischen Spezialklinik und Hochschullehrer an der Akademie für ärztliche Fortbildung der DDR. Nach seiner fristlosen Entlassung aus politischen Gründen (kurz vor Erreichen des Rentenalters) war er 1 1/2 Jahre arbeitslos, bis er sich entschloß, in freier Niederlassung tätig zu werden. Er ist tatsächlich einer derjenigen, die noch genügend Kraft hatten, das finanzielle und fachliche Risiko in seinem Alter auf sich zu nehmen. Außerdem hatte er Glück, die Solidarität jüngerer Kollegen zu finden, die sich ihm anschlossen.

Nichtdestoweniger bleibt es ein Ersatzleben und es ist unwahrscheinlich, daß er die Ungerechtigkeit, Diskriminierung und

Demütigung vergessen wird, mit denen man ihm seine ursprüngliche Position genommen hat.

"Wer hindert die angesprochenen Kollegen sich in freier Niederlassung ärztlich zu betätigen?", fragen J. und E. Seidel. Zum Teil die mangelnden eigenen Finanzen und die Kreditunwilligkeit bei Anwärtern jenseits von 50 Jahren, zum Teil auch die lebenslange Ablehnung einer merkantilen Medizin.

"Wer hindert sie in konfessionellen Krankenhäusern zu arbeiten?" (J. und E. Seidel). Es ist doch naiv zu meinen, daß die konfessionellen Krankenhäuser Deutschlands Hunderte freie Chefarztstellen hätten oder das der öffentliche Gesundheitsdienst, der im Begriff ist, Personalkürzungen vorzunehmen, in der Lage und bereit wäre, sich einer so großen Zahl aus politischen Gründen arbeitslos gewordener Kollegen anzunehmen. In ihrem Brief schreiben J. und E. Seidel auch von "usw. usf.", eine Formulierung, deren hingeworfene Gedankenlosigkeit besonders kränkend für den unglücklichen Betroffenen sein muß.

Nein, was diese Menschen getroffen hat, ist eine vorsätzliche Zerstörung ihres bisherigen Lebens. So ist es wohl auch gedacht: mögen sie für den Rest ihres Lebens bestraft werden. Wir haben dies als neuerlichen McCarthyismus bezeichnet. Die USA haben diese Periode ihrer Geschichte längst verurteilt und schämen sich ihrer. Wie lange wird es in Deutschland dauern, bis Menschen einander ohne politische, religiöse, rassische und soziale Intoleranz begegnen und miteinander leben?

Nun zu dem zweiten Grund für Deine Enttäuschung. Du wurdest offensichtlich verunsichert durch die vagen Anklagen gegen die Person von Prof. Schwartze, die auf der Versammlung ohne konkrete Beweise vorgebracht wurden. Ich kenne alle Dokumente, die auch Dir vorliegen, und ich denke, man kann daraus schließen, wer sich schuldig gemacht hat. Ich habe Dir eins voraus: ich kenne Prof. Schwartze seit vielen Jahren und weiß daher, daß er ein unbedingt lauterer Mensch ist. Immerhin galt seine Arbeit im Gesundheitsausschuß der Volkskammer der DDR und im Rat für medizinische Wissenschaft der Verbesserung des Gesundheitswesens im Sinne einer humanistischen, wissenschaftlichen Medizin und einer für jedermann frei zugänglichen gesundheitlichen Betreuung. Das sind doch wohl verständliche Ziele für die VDÄÄ.

Was immer an der Leipziger Medizinischen Fakultät nach der "Wende" verleumdet, getratscht und verurteilt wurde, entstand aus einer brodelnden Hexenküche von Haß, Angst, Eifersucht, Neid und neuem Karrieristentum. Die Ankläger von Peter Schwartze auf der Dresdener Veranstaltung (auch später hinter dessen Rücken?) beziehen ihre Informationen wohl kaum aus erster Hand, so mußt Du entweder ihnen oder mir glauben, oder aber Deinen eigenen Menschenkenntnissen trauen. Ich nehme an, daß alle beide, Prof. Schwartze und Franke, Dir nochmals geschrieben haben.

Was den Vorwurf betrifft, der VDÄÄ hätte sich "vor den falschen Karren spannen lassen", so hat es dazu aus Euren eigenen Reihen genügend würdige Zurückweisungen gegeben (siehe u.a. Deine eigenen besonnenen Stellungnahmen, die von Tigris Seyfahrt, vom Ehepaar Rabe etc).

Die massenweisen Entlassungen aus politischen Gründen von Ärzten in den neuen Bundesländern sind dokumentierte Tatsachen. Sie betreffen den Mittelbau wie die leitenden Ärzte und Hochschulkader. An der Charité gibt es zur Zeit eine neue Welle; an "meiner" alten Kinderklinik sind es gleich zwei Kündigungen, beide betreffen integre Persönlichkeiten, die keinem Menschen Schaden zugefügt haben (ein Oberarzt und ein Professor).

Ich empfand Eure PE und die Dresdner Veranstaltung als Ausdruck Eurer Position für Gerechtigkeit und als Solidaritätsbeweis für die betroffenen Kollegen, deren Existenz mit pauschalen politischen Verurteilungen vernichtet wird. Ihr habt Euch vor keinen Karren spannen lassen, sondern selbständig als linksliberale Ärztevereinigung gehandelt.

Bei Fortsetzung der meines Erachtens wichtigen Diskussion kann diese nur zum Erfolg führen, wenn nicht a priori von der These der DDR als Unrechtsstaat ausgegangen wird. Vorurteile und Haß, wie sie in einzelnen Leserbriefen zu Tage treten, sind schlechte Voraussetzungen für eine erstrebenswerte Verständigung. Ganz unerträglich wäre es, wenn der VDÄÄ in unserer Interessengemeinschaft eine Vereingung sähe von "greinenden ehemaligen Funktionären, die ihre Privilegien verloren" (Chr. Teiner, S. 39).

Ich bedaure, nicht zu Eurer Jahreshauptversammlung kommen zu können, insbesondere, da ich annehme, daß sich die begonnene Diskussion fortsetzen wird. Nimm meinen Brief getrost als Diskussionsbeitrag. Im übrigen, da dieser fatale Irrtum eines mich betreffenden Berufsverbotes mehrmals erwähnt wird, bitte ich Dich, die Sache richtig zu stellen. Ich habe die in der PE gedruckte Formulierung nie gebraucht (sie ist ja auch in Anbetracht meiner nun 81 Jahre absurd!). Wir hatten Euch am 15.02.1993 auf Eure erbetene Stellungnahme zum PE-Entwurf ein von uns bzw. nach unseren Vorstellungen verändertes Exemplar zugeschickt (vielleicht erinnerst Du Dich an das zusammengestückelte Manuskript?). Es enthielt auch den Text dessen, was ich auf Eurer Leipziger Veranstaltung wirklich gesagt habe. Es ist zwar bedauerlich, daß dies der Redaktion entgangen ist, wäre aber normalerweise wohl kaum so hochgespielt worden. [...]

Inge Rapoport, Prof. em. Dr. med., lebt in Berlin.

PUBLIKATIONEN zu medizinischer Forschung/ Hochschulmedizin in der DDR und ihrer Umgestaltung in Ostdeutschland

Erscheinungszeitraum: 1990 - 1993
(berücksichtigt sind ausschließlich selbständige Publikationen, also keine einzelnen Zeitungs- und Zeitschriftenartikel)

WEINGART, PETER/ STRATE, JÖRG/ WINTERHAGER, MATTHIAS: ***Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat.*** Universitätsschwerpunkt Wissenschaftsforschung Universität Bielefeld. 1991. 30 S. (Universität Bielefeld, Universitätsschwerpunkt Wissenschaftsforschung, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld)
Darstellung der bibliometrischen Untersuchung der natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie medizinischen Forschung in der DDR der achtziger Jahre. Die Daten basieren auf der der Datenbank Science Citation Index SCI und davon abgeleiteten Datenbasen. Die Auswertung erfolgt sowohl disziplin- wie institutionenspezifisch. Darstellungen vornehmlich in Tabellen und Grafiken.

DANIEL, HANS-PETER: ***Die biomedizinische Forschung im östlichen und westlichen Teil Deutschlands im Spiegel bibliometrischer Indikatoren. Eine Rückschau auf das Jahr 1990.*** Konstanz 1991. 8 S. (Universität Konstanz, FB Psychologie, Postfach 5560, W - 7750 Konstanz)
In einer Einleitung und darauf folgenden Übersichten werden auf Grundlage der Datenbank BIOSOS Previews Veröffentlichungen und Zitationen autoren- und disziplinspezifisch statistisch aufbereitet.

HOHMANN, JOACHIM S. (Hrsg.): ***Sexuologie in der DDR.*** Dietz Verlag, Berlin 1991. 336 S. DM 24,-. (Über den Buchhandel)
Enthält u.a. Beiträge zur Entwicklung von Sexuologie und Sexualmedizin in der DDR sowie eine 45seitige Bibliographie zur DDR-Sexuologie.

HOCHSCHUL-INFORMATIONS-SYSTEM HIS (Hrsg.): ***Der Baubestand der Medizinischen Hochschuleinrichtungen in den neuen Bundesländern. Statistischer Überblick.*** Hannover 1991. 75 S. (HIS Hochschul-Informations-System, Goseriede 9, W - 3000 Hannover 1)
Dokumentiert in Datenzusammenstellungen, Planmaterialien und Fotos Baubestand, Größenordnung, Struktur und Ausstattung der (1991) sechs Bereich Medizin an Universitäten und drei Medizinischen Akademien in Ostdeutschland.

WISSENSCHAFTSRAT: ***Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR.*** **Bd. 5:** ***Biowissenschaften und Medizin.*** Köln 1992. 144 S. (Wissenschaftsrat, 53170 Köln)

WISSENSCHAFTSRAT: ***Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin*** **Bd. 3:** ***Hochschulmedizin.*** Köln 1992. 240 S. (Wissenschaftsrat, 53170 Köln)

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER BIOMEDIZINISCHEN FORSCHUNG E.V. (Hrsg.): ***Wissenschaft auf dem Prüfstand. Evaluation und Erfolgskontrolle*** (Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung der biomedizinischen Forschung H. 1/2 1992). Leipzig 1992. 47 S. (Gesellschaft zur Förderung der biomedizinischen Forschung e.V., c/o Prof. Karl-Friedrich Sewing, Med. Hochschule Hannover, Karl-Wichert-Allee, W - 3000 Hannover)
Dokumentiert die Beiträge der Jahrestagung 1991 der herausgebenden Gesellschaft, die sich wesentlich mit den ostdeutschen Entwicklungen befaßte. U.a. Beiträge zu "Bewertung vorklinischer Fächer an der Universität Jena" (W. Klinger), "Eine Medizinische Fakultät im Prozeß der Neugestaltung" (G. Geiler, Leipzig), "Kliniken und klinische Forschung der Universitäten und Medizinischen Akademien der neuen Bundesländer" (K. Seige) sowie Dokumentation einer Podiumsdiskussion.

HOLM, KNUT: ***Das Charité-Komplott.*** SPOTLESS-Verlag, Berlin 1992. 107 S. DM 10,-. (SPOTLESS-Verlag, Postfach 830, O - 1020 Berlin)
Emotional sehr beteiligt schildert der Autor die diversen Medienskandale, die zur Charité seit 1991 die Öffentlichkeit beschäftigten, versucht, deren Hintergründe auszuleuchten und den Wahrheitsgehalt der jeweiligen Vorwürfe zu ergründen.

STEIN, ROSEMARIE: ***Die Charité 1945 - 1992. Ein Mythos von innen.*** Argon Verlag, Berlin 1992. 271 S. DM 28,-. (Über den Buchhandel)
Aus Tonbandinterviews mit 23 MitarbeiterInnen der Charité zusammengefaßte Texte, die sich mit der Charité in der DDR und ihrer Umgestaltung seit 1989 befassen. Zu Wort kommen die Sekretärin ebenso wie die Krankenschwester, der Oberarzt, die Verwaltungsangestellte, der Professor, der Student, der Dekan, ein IM und Ärzte, die, im Westen lebend, täglich zur Charité hinüber pendelten.

FACHTAGUNG MEDIZIN, AG STUDIENGESTALTUNG IN DEN FÜNF NEUEN BUNDESLÄNDERN (Hrsg.): ***Der Ostreader. Versuch über Medizinstudium und studentische Interessenvertretung der Medizinstudierenden in den neuen Bundesländern.*** Leipzig 1993. 58 S. (StuRa-Med. Universität Leipzig, Liebigstr. 27, 04103 Leipzig)
Die einzelne Beiträge behandeln das Medizinstudium in der DDR im allgemeinen (G. Bühler), Ideologie und Medizinstudium in der DDR (O. Ohrt), Medizinstudium und studentische Interessenvertretung an einzelnen Studienorten (Magdeburg, Leipzig, Erfurt, Dresden, Greifswald), zur ostdeutschen Hochschulumgestaltung (G. Bühler), Multiple-choice-Prüfungen und westdeutsche Medizinstudierende an Ost-Hochschulen.

FRENZEL, KARIN: ***Forschungseinrichtungen und Projekte zum Thema psychosoziale und gesundheitliche Auswirkungen des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern*** (Graue Reihe Bd. 402). Hrsg. von der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern KSPW. Halle/S. 1992. Insges. 65 S. (KSPW-Geschäftstelle, Neuwerk 1, 06108 Halle/S.)
Die Studie versucht, einen Überblick zu gewinnen, welche Institutionen, Projekte und Personen in Ostdeutschland gesundheitspolitische und versorgungsinstitutionelle Aspekte des Umbruchs und der deutschen Vereinigung dokumentieren und erforschen. Desweiteren werden Forschungsmaterialien zu diesen Aspekten, die nicht bearbeitet werden können, erkundet sowie welche Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Bearbeitung erfüllt werden müßten.

Uwe Markus (Berlin):

Ostdeutsche Sozialisationserfahrungen und aktuelle Personalpolitik - Beispiel Industrieforschung

Manches, was die Personalpolitik von Unternehmen in den neuen Bundesländern zuweilen vor Probleme stellt - etwa ein zu wenig aktives Bewerberverhalten der Ostdeutschen, die oft nur gering entwickelte Fähigkeit zur Selbstdarstellung, eine starke Orientierung auf soziale Sicherheit, fehlende Risikobereitschaft und ein z.T. noch vorhandenes Unverständnis für leistungs-und positionsbezogene Statusabstufungen - hat seine Wurzeln nur partiell in den durch den sozialen Umbruch hervorgerufenen Verunsicherungen.

Vielmehr kommen in diesen Verhaltensweisen und Einstellungen noch nicht oder nur teilweise abgestreifte Erfahrungen der beruflichen Erwerbsarbeit in der DDR zum Tragen.

Eine diese spezifischen Sozialisationsbedingungen berücksichtigende Personalpolitik wird für in Ostdeutschland tätige Unternehmen auf längere Sicht Voraussetzung für die Gewinnung kompetenter und engagierter Mitarbeiter sein.

Simples Kopieren in den alten Bundesländern entwickelter und bewährter Personalauswahlverfahren würde verhindern, daß die Kreativität, die Fähigkeit zur Improvisation und die Leistungsbereitschaft ostdeutscher Arbeitnehmer für die Bewältigung des strukturellen Umbruchs in der Wirtschaft der neuen Länder genutzt werden können.

Am Beispiel der DDR-Industrieforschung lassen sich strukturelle und inhaltliche Faktoren benennen, deren Wirken die Menschen in der Industrie, ihre Einstellungen und Verhaltensdispositionen geprägt hat. Es ist symptomatisch, daß die effizienzhemmende Wirkung dieser Faktoren durch soziologische Analysen seit Jahren bekannt war - Forschungsergebnisse wurden von Entscheidungsträgern ignoriert, längst fällige Veränderungen verschleppt oder nur halbherzig umgesetzt.

Im folgenden sollen unter Bezugnahme auf z.T. vor 1989 der Öffentlichkeit nicht zugängliche Analysen einige Entwicklungsbedingungen der DDR-Industrieforschung dargestellt werden, deren Kenntnis hilfreich für die Konzipierung einer den besonderen Bedingungen Ostdeutschlands entsprechenden Personalpolitik sein kann.

Aus heutiger Sicht lassen sich mehrere Faktorenbündel fixieren, die in der Industrieforschung der DDR auf lange Sicht zu empfindlichen Effizienzeinbußen führten.

Erstens waren es primär externe, in den systemspezifischen politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurzelnde Faktoren, die Entwicklungspotenzen der Forschung beschnitten.

Zweitens waren damit interne strukturelle Fehlentwicklungen der Forschungsorganisation verbunden, die zu empfindlichen Reibungsverlusten im Forschungsalltag führten und drittens resultierte aus diesen beiden Faktorenkomplexen die Herausbildung spezifischer Einstellungen und Verhaltensmuster bei den in diese Strukturen involvierten Akteuren.

Externe Faktoren

1. Entgegen in der Öffentlichkeit verbreiteten Behauptungen, daß die DDR hinsichtlich ihres Forschungspotentials den Vergleich mit anderen (vor allem westlichen) Industriestaaten nicht zu scheuen brauche, mehrten sich in den 80er Jahren die Anzeichen dafür, daß angesichts einer Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die DDR materiell und personell überfordert sein könnte.

Es war bekannt, daß aus demographischen Gründen exakt dann mit einem quantitativen Rückgang des natur- und technikwissenschaftlichen Potentials zu rechnen wäre, wenn der Bedarf an entsprechend ausgebildeten Fachkräften drastisch ansteigt./1/

Darüber hinaus hatten insbesondere die politisch und ideologisch motivierten Gepflogenheiten beim Einsatz der Fachkräfte speziell in der Industrieforschung zu einem erheblichen Imageverlust geführt, was wiederum drastische Konsequenzen für die Attraktivität entsprechender Studiengänge und Karrierewege hatte und Rekrutierungsmechanismen wie Ausbildungsniveaus zwangsläufig beeinflußte. Es war paradox, "daß die DDR, verglichen mit industriell hochentwickelten kapitalistischen Ländern auf 100 Beschäftigte in der materiellen Produktion in der Tendenz über bedeutend mehr Ingenieure und Diplomingenieure verfügt(e) (gegenüber der BRD zum Beispiel über reichlich doppelt so viele)", während die Wissenschaftspotentiale wesentlich geringer ausfielen. Lötsch machte dafür 1988 mehrere Faktoren verantwortlich:

"... extensives Denken, das aus der Vorstellung von einer ständigen Zunahme der verfügbaren Ressourcen auf direktem Wege zum sorglosen Umgang mit ihnen führt; praktizistische Vorstellungen, die den dominierenden Einsatzort des Hochschulabsolventen mehr in der unmittelbaren materiellen Produktion und weniger in den wissenschaftlichen Vorlaufbereichen sehen; schließlich - um prodomo zu sprechen - auch vereinfachte und in der Vergangenheit von uns selbst mit verbreitete Annäherungsvorstellungen, die den überproportionalen Einsatz von Hochschulabsolventen in der materiellen Produktion eher verklärten als problematisierten."/2/

2. Effizienz im Bereich der Technologieentwicklung erfordert Leistung. Spielte

hinsichtlich der materiellen Produktion in der Öffentlichkeit primär die Frage eine Rolle, wie "gerechte", d.h. leistungsbezogene Entlohnungen zu gewährleisten seien, ohne sozialstaatliche Tabus zu berühren, ging es im Bereich der Industrieforschung um die sozialstrukturelle Seite des Problems.

Hatte man in den Anfangsjahren der DDR dem Mangel an loyalen Fachkräften dadurch zu begegnen versucht, daß Qualifikation, Verantwortung, wissenschaftliche Leistung z.T. durch individuelle Arbeitsverträge mit Wissenschaftlern, durch spezielle Berentungen und andere Vergütungen honoriert wurden, kam es vor dem Hintergrund einer steigenden Anzahl in der DDR ausgebildeter Fachleute und einer Inflation der Studienabschlüsse zur politisch langfristig angestrebten administrativen Durchsetzung unter Berufung auf den Marxismus propagierter Gleichheitsvorstellungen.

Zwar lagen die Bruttobezüge der Industrieforscher in der Regel (außer bei Absolventen) über denen von Produktionsarbeitern - das Besteuerungssystem sorgte jedoch für einkommenspolitische Nivellierungen bzw. Benachteiligungen von Fach- und Hochschulabsolventen. Was einkommenspolitisch begann, setzte sich im sozialpolitischen Bereich fort. Zugang zu Wohnraum, Konsumgütern (z.B. PKW) richtete sich lange Zeit primär nach sozialstrukturellen und/oder bevölkerungspolitischen Kriterien./3/

Vorstellungen, daß die Ausprägung intelligenzspezifischer Denk- und Verhaltensweisen und der ihr zugrunde liegenden Lebensumstände die Reproduktion und teilweise Verstärkung sozialer Unterschiede einschließen/4/, stießen nach einer jahrzehntelangen Propagierung simplifizierter Gleichheitsvorstellungen in der Öffentlichkeit vor allem bei Entscheidern in Politik und Wirtschaft auf distanzierte Zurückhaltung, wenn nicht gar offene Ablehnung./5/

Die Disfunktionalitäten der in bezug auf die natur- und technikwissenschaftliche Intelligenz in der DDR praktizierten Einkommenspolitik hatten ein Ausmaß erreicht, das die Reproduktion des Forschungspersonals in den kommenden Jahren massiv gefährdete./6/

Es verwundert daher nicht, wenn der Sozialstatus dieser Gruppe und vor allem das Sozialprestige in keiner Hinsicht ihrer Bedeutung für den Fortschritt einer modernen Industrie-gesellschaft entsprachen./7/

Während Forderungen nach angemessener materieller Honorierung ihrer Tätigkeit durch Industrieforscher eher zurückhaltend artikuliert wurden (s.o.), war der Prestigeverlust der Gruppe sehr deutlich wahrzunehmen./8/

3. Es wäre zu eng gedacht gewesen, Veränderungsdruck nur im Bereich der Lohnpolitik wahrzunehmen. Die allenthalben feststellbaren Nivellierungen von Einkommen verschiedener sozialer oder arbeitsfunktionaler Gruppen waren nur ein übergreifendes Moment, das die Gruppe der Industrieforscher real benachteiligte und Effizienzverluste vorprogrammierte.

Veränderungen des Entlohnungssystems ohne gleichzeitige Umstellung der Angebotsstruktur an Waren und Dienstleistungen hätten eher negative als positive Effekte hervorgerufen. In einer Gesellschaft ohne funktionierende Marktbeziehungen, unter Bedingungen permanenter Versorgungsmängel war die Kette Arbeitsleistung - Einkommen - Ware ohnehin häufig reine Fiktion. Der deformierten, leistungshemmenden Einkommensstruktur stand ein Waren- und Dienstleistungsangebot gegenüber, das in quantitativer und qualitativer Hinsicht den Konsumpräferenzen und der zahlungsfähigen Nachfrage unzureichend entsprach. Hier liegt eine Hauptursache dafür, daß selbst zaghafte Ansätze einer leistungsbezogenen Honorierung von Forschungstätigkeit nur bescheidene Effekte zeitigten.

4. Mehrere in den 80er Jahren durchgeführte soziologische Untersuchungen zu sozialen Konsequenzen technologischer Innovationsprozesse in der Industrie der DDR /9/ hatten die Erkenntnis erbracht, daß die höhere fachliche und psychische Belastung des in diesen Bereichen beschäftigten Personals ein Niveau der territorialen Infrastruktur erfordert, das den veränderten Reproduktionsbedürfnissen dieser Gruppen außerhalb der Arbeitssphäre entspricht.

Die reale Situation hingegen war in der Regel durch eine zunehmend verschlissene technische Infrastruktur, verfallende Innenstätte, schlechte Nahverkehrsanbindungen der Satelliten-Neubau-Siedlungen, zu wenig attraktive Freizeitangebote und Erholungsmöglichkeiten gekennzeichnet./10/

Dies waren Bedingungen, die auf die Lebenssituation fast aller sozialen und arbeitsfunktionalen Gruppen durchschlugen. Die Wirkungen für die in Forschung und Entwicklung der Industriekombinate Tätigen fielen jedoch besonders ins Gewicht, weil hier ein circulus vitiosus ingang gesetzt wurde, in dem die zurückgebliebenen Infrastrukturbedingungen über die damit unvermeidlichen Effizienzverluste für die Arbeit der Industrieforschung entscheidende Ansätze zur Veränderung dieser Situation blockierten.

Wenn das Ziel von Veränderungen darin bestand, Forschern "... mehr Raum und Zeit für kreatives Denken, permanente wissenschaftliche Weiterbildung, wissenschaftliche Kommunikation im nationalen und internationalen Rahmen" zu verschaffen/11/, mußten Lebensbedingungen angestrebt werden, die den Zeitaufwand für die "Bewältigung des Alltags" reduzieren./12/

Auch hinsichtlich einer Veränderung von Wohnungsvergabemodalitäten wurden Überlegungen angestellt.

Untersuchungen hatten ergeben, daß bei Industrieforschern die Beschäftigung mit Arbeitsaufgaben in der Freizeit durch kurze Arbeitswegezeiten und das Vorhandensein eines Arbeitszimmers in der Wohnung gefördert wird./13/

Bekannt war auch, "daß der Anteil an überbelegtem Wohnraum unter den Entwicklungsingenieuren mit 38,4 Prozent, den Leitern mit 35,8 Prozent, den Ingenieuren in der Produktion mit 33,6 Prozent, den Grundlagenforschern mit 32,7 Prozent und den Forschern, die auf dem Gebiet der angewandten Forschung tätig sind, mit 31,5 Prozent relativ hoch ist. Im Vergleich dazu sind bei Produktionsarbeitern Überbelegungen zu 28,6 Prozent und bei Gerätebauern zu 21,0 Prozent festzustellen. Daraus ergibt sich, daß F/E-Kader objektiv zunächst geringere Möglichkeiten als Produktionsar-

beiter haben, sich in der Wohnung einen ungestörten Arbeitsplatz einzurichten." /14/

Verbunden mit schlechteren und zeitlich erst nach der Fach- oder Hochschulausbildung vorhandenen Möglichkeiten von Industrieforschern, überhaupt Wohnraum zugewiesen zu bekommen, ergaben sich damit reale sozialstrukturelle Benachteiligungen gerade jener Gruppe, die den technologischen Durchbruch zu einer modernen Industriegesellschaft vorbereiten sollte.

Interne Faktoren

1. Die Defekte des in der DDR praktizierten sozialstrukturell und letztlich ideologisch begründeten Leistungsbewertungssystems fanden ihre Fortsetzung und Entsprechung in den Arbeitsgruppen. Abgesehen davon, daß der Forschungsprozeß ohnehin mit Schwierigkeiten der exakten individuellen Leistungsbewertung gekoppelt ist, wirkten generelle Erscheinungen wie Gleichmacherei in der Entlohnung, Verteilungen von Gratifikationen nach Senioritätsprinzip (oder danach, wer gerade "dran" ist), Verdecken von Leistungsdefiziten, Dominanz von Kriterien, die mit der fachlichen Leistung nichts zu tun hatten und Führungsdefizite als Ergebnis einer systematischen Demontage von Statusabstufungen zugunsten eines verschwommenen Kollektivbegriffs natürlich auch im Bereich der Industrieforschung. Wirkten solche Erscheinungen in der materiellen Produktion schon desorganisierend und leistungshemmend (wenngleich hier mit dem Produktionsergebnis in der Regel wenigstens ein klarer definierbarer Bewertungsmaßstab verfügbar war), so sahen die Konsequenzen gerade im Bereich der Forschung und Entwicklung wesentlich ernster aus. Einmal eingeschliffene Verfahrensweisen, die ihre offizielle Förderung durch das Planungs- und Bilanzierungssystem fanden, waren hier besonders schwer zu korrigieren. /15/

Gerade das Problem des Einsatzes negativer Sanktionen verweist auf ein kardinales Handicap in der Industrie der DDR - die Entwertung von Führung und die Demontage von formaler Autorität. Das erscheint in einem zentralistisch aufgebauten Gesellschaftsmodell paradox, hat aber gerade darin seine Ursachen.

Die ständige Kompetenzeinengung durch übergeordnete Führungsebenen, die damit verbundene Tendenz der Delegierung von Verantwortung "nach oben", das Bestreben der Führungskräfte vor allem unterer Ebenen der Entscheidungshierarchie, sich gegen alle Risiken abzusichern, hatten das Sozialprestige von Führungspositionen stark beschädigt. Hinzu kam, daß im Zusammenhang mit ideologisch begründeten Einkommensnivellierungen und sozialen Benachteiligungen Leitungsfunktionen auch materiell und sozial unattraktiv wurden. Die Überbetonung kollektiver Normensysteme und Entscheidungsmechanismen engte die Bandbreite möglicher Führungsentscheidungen zusätzlich ein. Es verwundert daher nicht, wenn die Übernahme von Führungsverantwortung insbesondere bei kreativen und fachlich herausragenden Industrieforschern häufig auf Ablehnung stieß, zumal damit in der Regel noch erheblicher bürokratischer Aufwand verbunden war./16/

Appelle, daß die Führungskräfte in der Industrieforschung vor allem auf der Ebene der Projektgruppen ihre Verantwortung zur objektiven Leistungsbewertung wahrnehmen sollten, liefen (wie heute deutlich wird) letztlich auf ein Kurieren an Symptomen hinaus, weil ein radikaler Statuswandel von Führungstätigkeit nicht möglich war./17/

Die räumlich-soziale Nähe der Industrieforschung zur materiellen Produktion hatte verbunden mit den bei Entscheidern dominierenden Vorstellungen von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit dazu geführt, Regelungen der Leistungsbewertung und des Arbeitsregimes der materiellen Produktion auf die Forschungsbereiche zu übertragen./18/

Erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren erste Schritte zur Beseitigung solcher Fehlentwicklungen möglich.

2. Der oben bereits angesprochene "sorglose" Umgang mit wissenschaftlicher Qualifikation (als Ergebnis der stark extensiven Ausbildungspolitik, vereinfachter Gleichheitsvorstellungen und schlechter Arbeitsorganisation) hatte zur Konsequenz, daß

- massenhaft Fachkräfte mit Hoch- und Fachschulabschluß an Arbeitsplätzen eingesetzt waren, die eine niedrigere Qualifikation erforderten./19/Folgen waren eine zusätzliche Entwertung von Bildung und Qualifikation, die Diskreditierung bestimmter Berufe und Fachrichtungen sowie zunehmende Probleme in der Nachwuchsrekrutierung/20/;
- bei Planungsengpässen Personal aus Forschung und Entwicklung zu Sonderschichten in der materiellen Produktion eingesetzt wurde./21/

Parallel dazu hatte sich ein permanenter Mangel an administrativen und technischen Hilfskräften in der Industrieforschung herausgebildet, was dazu führte, daß solche Arbeitsaufgaben durch das Forschungspersonal miterledigt werden mußten.

Hauptursache dieser Erscheinung war neben generellen Defekten der Gewinnung von Berufsnachwuchs für mittlere Qualifikationen die Tatsache, daß in den Forschungs- und Entwicklungsbereichen solche flankierenden Arbeitstätigkeiten schlechter als vergleichbare Tätigkeiten in der materiellen Produktion bezahlt wurden./22/

Berücksichtigt man dann noch den schlechten technischen Ausstattungsgrad, das Fehlen leistungsfähiger Geräte zur Automatisierung von Routineaufgaben in Forschung und Entwicklung/23/, wird deutlich, daß es schon beträchtlichen Idealismus erforderte, als Industrieforscher tätig zu sein.

Neben dem Problem der technischen Ausstattung bestanden z.T. in Abhängigkeit vom Platz in der Leitungshierarchie - aber häufig auch generell - massive fachliche Informationsdefizite, die ihre Ursache vor allem in mangelhaftem Zugang zu Fachliteratur, fehlendem wissenschaftlichem Austausch (vor allem international) und nur relativ geringen Möglichkeiten zur Teilnahme an internationalen Messen, Fachkongressen etc. hatten. /24/

Subjektive Verhaltensmuster

Die oben beschriebenen Faktorenbündel wirkten vor allem in drei Richtungen:

1. Es entstand eine Demotivation im konkreten Arbeitsprozeß. Die Folge waren häufig Status- und Aufstiegsfatalismus und eine Orientierung an den Normen und Verhaltensweisen anderer arbeitsfunktionaler Gruppen in der materiellen Produktion.

Natürlich sind solche Erscheinungen nicht allgemeingültige Realität gewesen. Bestimmte Projekte im Bereich Mikroelektronik z.B. wurden mit Mitteln zur effizienten Leistungsstimulierung von Fach- und Führungskräften ausgestattet, und Einrichtungen wie das private Forschungsinstitut "M. von Ardenne" praktizierten ohnehin eine stärker leistungsorientierte Personal- und Lohnpolitik.

Es geht hier eher um Defizite, die aus der breiten Anwendung und Wirksamkeit der oben beschriebenen Mechanismen in durchschnittlichen Industriekombinaten resultierten und mit einem bestimmten sozialen Klima in der Gesellschaft verbunden waren, das man kaum als der "Forschungsintelligenz" besonders freundlich bezeichnen konnte.

2. Insbesondere in Forschung und Entwicklung der Industriekombinate Tätige nahmen trotz aller Informationsdefizite den zunehmenden technologischen Rückstand zum westlichen Wirtschaftsraum deutlich wahr und sie reflektierten auch die Diskrepanz zwischen denkbaren technischen Möglichkeiten der Produktentwicklung und dem Niveau in der DDR angebotener Waren und Dienstleistungen.

Damit wurden Fragen nach der Effizienz des DDR-Wirtschaftssystems und den Ursachen für Behinderungen im eigenen Arbeitsalltag aufgeworfen. Fragen nach dem Stellenwert von Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in der gesellschaftlichen Wertehierarchie wurden angesichts politischer Entscheidungen unterhalb der Ebene deklamatorischer Parteitagsbeschlüsse häufig dahingehend beantwortet, daß der politischen Führung des Landes offensichtlich die Fähigkeit und der Wille fehlt, endlich radikale Veränderungen der Entwicklungsbedingungen von Forschung durchzusetzen.

3. Es machten sich seit einigen Jahren Rekrutierungsdefizite in den natur- und technikwissenschaftlichen Disziplinen bemerkbar, die keineswegs nur demographische Ursachen hatten. Der Verlust eines spezifischen Berufsethos, die Unterbewertung der deutschen Ingenieurtradition, der Verlust an Sozialstatus beschädigten das Selbstbild und das Fremdbild der Gruppe nachhaltig, was nicht ohne Wirkungen für die Attraktivität entsprechender Karrieremuster blieb. Natur- und technikwissenschaftliche Studienrichtungen wurden immer mehr zu Ausweich- und Umlenkstudienfächern, die man wählte, wenn das Traumstudium nicht möglich war oder die Leistungen (der Notendurchschnitt) in der Schule für 'prestigegeladene' Fachrichtungen nicht ausreichten. Damit wurden Studienmotivation und Berufsbild des Berufsnachwuchses von vornherein negativ geprägt. Forderungen nach effizienterem (auch neigungsgerechtem) Einsatz der Absolventen, längerfristig angelegter Begabtenförderung/25/ und der Installation betrieblicher Coaching-Systeme/26/ konnten vor diesem Hintergrund - selbst bei Überwindung der administrativen Widerstände - kaum effizient umgesetzt werden.

Wer angesichts solcher Bedingungen in der Industrieforschung Leistungen nachwies, die einem internationalen Vergleich durchaus standhielten, zeichnete sich durch hohes berufliches Engagement, Fähigkeit zur Improvisation und unorthodoxem Denken sowie durch ein ausgeprägtes Berufsethos aus - Eigenschaften, auf die die Unternehmen bei der wirtschaftlichen Wiederbelebung der neuen Bundesländer nicht verzichten können, ohne erhebliche Wettbewerbsnachteile zu riskieren.

Wird das geistige Potential Ostdeutschlands nicht genutzt und durch Deindustrialisierungsprozesse langfristig brachgelegt, bedeutet das eine Entwertung von Fachwissen und eine intellektuelle Auszehrung der neuen Länder durch Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte.

Unternehmen, die ihr Engagement in Ostdeutschland ernst nehmen, sind daher gut beraten, wenn sie eine Personalpolitik betreiben, die in wohlverstandenem Eigeninteresse auf eine möglichst umfassende Einbindung ostdeutscher Fachkräfte setzt, um in den neuen Ländern Voraussetzungen für eine sich zunehmend selbst tragende positive Wirtschaftsentwicklung zu schaffen.

Uwe Markus, Dr., ist tätig bei der Gesellschaft für angewandte Wirtschafts- und Sozialforschung mbH Berlin

Anmerkungen:

/1/ vgl. Lötsch, M.: Intelligenz und Wissenschaftspotential. Einige Anmerkungen zu aktuellen Erfordernissenin: Wissenschaftlich-technische Revolution und Entwicklung der sozialen Strukturen - zu aktuellen Fragen soziologischer Intelligenzforschung. Berlin 1989, S. 64

/2/ ebd. S. 65

/3/ vgl.: Müller-Hartmann, I.: Sozialstrukturelle Probleme der Entwicklung der natur- und technikwissenschaftlichen Intelligenz unter den Bedingungen der Intensivierung. Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Diss. (B). Berlin 1989, S. 107

/4/ vgl. ebd. S. 110, S. 153 ff.

/5/ vgl. Müller-Hartmann, I.: Aktuelle Probleme und Erfordernisse der Herausbildung sozialer Besonderheiten der natur- und technikwissenschaftlichen Intelligenz in der DDR.in: Wissenschaftlich-technische Revolution und Entwicklung der sozialen Strukturen - zu aktuellen Fragen soziologischer Intelligenzforschung. Berlin 1989, S.27 ff.

/6/ vgl. Müller-Hartmann,I.: Sozialstrukturelle Probleme der Entwicklung der natur- und technikwissenschaftlichen Intelligenz unter den Bedingungen der Intensivierung. Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Diss. (B). Berlin 1989. S. 110

vgl. Adler,F.: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung". Soziologische Analysen zur Durchsetzung des Leistungsprinzips in unserer Gesellschaft. Akademie für Gesellschaftswissensschaften. Diss. (B). Berlin 1987. S. 114 ff.

vgl. Wissenschaftlich-technische Revolution und Entwicklung der natur- und technikwis-

senschaftlichen Intelligenz.in: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt - soziale Entwicklung. Soziologische Studien. Berlin 1990. S. 84 ff.

/7/ vgl. Müller-Hartmann, I.: Sozialstrukturelle Probleme..., S. 117

/8/ vgl. ebd.

/9/ vgl. Adler, F.: Flexible Automatisierung und Persönlichkeitsentwicklung in: Soziale und ideologische Prozesse und Probleme der Anwendung flexibler Automatisierung in Industriebetrieben der Sowjetunion und der DDR. Teil 2. Berlin 1988. S. 79 ff.

vgl.: Soziale Prozesse und Probleme flexibler Automatisierung.in: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt - soziale Entwicklung. Soziologische Studien. Berlin 1990. S. 24 ff.

/10/ vgl.: Soziale Probleme der Entwicklung von Städten und Dörfern in der DDR.in: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt - soziale Entwicklung. Soziologische Studien. Berlin 1990. S. 106 ff.

/11/ Müller-Hartmann, I.: Sozialstrukturelle Probleme ..., S. 152

/12/ vgl.: Adler, F.: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung"..., S. 135 ff.

/13/ vgl.: Nickel, Ch.: Zum Freizeitverhalten von Forschungs- und Entwicklungskadern in der Industrie. Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Diss. (A). Berlin 1986. S. 58

/14/ ebd. S. 54

/15/ vgl.: Adler, F.: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung"..., S. 112

/16/ vgl. Burmester, U.: Zur Funktion des F/E-Kollektivs bei der Entwicklung des Leistungsverhaltens seiner Mitglieder im Prozeß der Intensivierung. Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Diss. (A). Berlin 1988. S. 108

/17/ vgl. Adler, F.: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Leistung"..., S. 122

vgl.: Burmester, U.: Zur Funktion des F/E-Kollektivs..., S. 14

/18/ vgl. Adler, F.: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Leistung"..., S. 116

/19/ vgl. Müller-Hartmann, I.: Aktuelle Probleme und Erfordernisse..., S. 33

vgl. Höschel, H.: Soziologische Probleme des Qualifizierungsverhaltens von Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz - Anforderungen, Ausprägungsgrad und Bedingungen. Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Diss. (A). Berlin 1982. S. 98

/20/ vgl. Höschel, H: ebd. S. 95

/21/ vgl. Schulze, V.: Soziologische Probleme der Entwicklung der Leistungsbereitschaft bei Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Diss. (A). Berlin 1982. S. 130

/22/ vgl. ebd. S. 134

/23/ vgl. Burmester,U.:Zur Funktion des F/E-Kollektivs ... S.73

/24/ vgl. Höschel, H.: Soziologische Probleme... S. 92

/25/ vgl.: Müller-Hartmann, I.: Aktuelle Probleme und Erfordernisse... S. 35

/26/ vgl.: Höschel,H.: Soziologische Probleme ... S. 126

Wolfgang Fach (Leipzig):

Politik studieren.
Eine Motivations-Skizze (Ost)

Die (west-)deutsche Politikwissenschaft kann Vollzug melden. Sie hat jenen Abschnitt des alten DDR-Regimes, für den sie zuständig sein sollte, unter ihre Kontrolle gebracht: vergleichsweise schnell, erstaunlich reibungslos (vor allem in der Provinz), unterm Strich sachlich vertretbar. Allerorts etabliert sich so etwas wie liebgewonnene Routine: Professuren werden oder sind weitgehend besetzt (mit *Wessis*, deren Qualifikationen und Zertifikate jedenfalls ausreichen, um die instant-Politologie transmutierter Wissenschafts-Kommunisten aus dem Feld zu schlagen); Professoren bestellen ihre Felder (feilschen um Ausstattung, verlangen Extra-Würste, basteln an Prüfungsordnungen, klagen über Studenten); und - bestes Zeichen für eine neugewonnene Normalität - man hat bereits wieder "reflexive" Ressourcen frei: genügend Zeit, mit sich ins Unreine zu kommen, und genug Energie, einander das Leben schwer zu machen.

Kurzum: "Oben" gibt es im Osten nichts neues; dort herrscht unumschränkt der Westen, man ist gewissermaßen unter sich, vertraute Gesichter im ungewohnten Milieu. Umso gespannter durfte man darauf sein, wie die unausweichliche Begegnung mit dem *fremden* Element ausgehen würde: den Studenten.

1. Stehaufmenschen

Nachdem - in mehr oder minder turbulenten Prozeduren - die Alten erst einmal "abgewickelt" worden waren, gewann das Interesse an den Jungen auch fürs breitere Publikum an Gewicht. Einschlägige Erfahrungsberichte (1993 speziell im FAZ-Feuilleton regelmäßig nachzulesen) haben, aufs Ganze gesehen, ein durchaus rosiges Bild vom gemeinen Nachwende-Studenten gezeichnet. Indes entsteht dabei häufig der Eindruck, als ob die neuen Lehr-Herren auch ihrer inneren Stimmung nach (und nicht nur faktisch) als Kolonisatoren gekommen seien, deren Erwartung darauf programmiert war, "Negerländer" und "Gewürzinseln" (Kant 1991, 22) vorzufinden.

Immerhin: Faktum ist, daß sich die "Eingeborenen" *überraschend schnell* an ihre schwierige Lage gewöhnt haben.

Schnell insofern, als eine Generation, deren prägende Zeit und primäre Sozialisation in ganz andere Umstände gefallen ist, ohne gravierende Anlaufprobleme den gewendeten Verhältnissen standhält. Was aus den vorgeschobenen Kreisen von drüben herüberdrang, ging jedenfalls in diese Richtung. Positiv zu vermelden war, daß der studierende *Ossi* seinem westlichen Kollegen schon nach kurzen Fristen zum Verwechseln ähnlich geworden sei: getragen von einem verwandten Leistungswillen und mit ver-

gleichbarer Leistungskraft ausgestattet. Er hat schnell erfaßt, welche Sorte von Disziplin weiterführt, tut, was ihn voranbringt, antizipiert, was seine Pläne für später ihm heute abverlangen. Kommen dann, weil Überlasten noch kein Thema sind, günstige Umstände dazu, geraten *Wessis* auch schon mal ins Schwärmen, beschwören Humboldt und erleben die Lehre drüben als akademischen Jungbrunnen. Wenn überhaupt eine Ungleichzeitigkeit auftrete, dann liege der Fall eher umgekehrt: seine eigene, langsame Gewöhnung verleite den überscheuen West-Dozenten dazu, das "eingeborene" Auditorium, um ja niemandem wehzutun, weiterhin mit Samthandschuhen zu behandeln, während es doch höchste Zeit sei, kräftiger zuzupacken, damit der zivilisatorische Aufholprozess in unterforderten Gehirnen nicht künstlich verlangsamt und dadurch gefährdet werde. Vom Typ her also: eine *positive Subordination* (Ost unter West).

Eine zweite Impressionisten-Schar staunt gleich der ersten über die Rasanz der Verwandlung. Doch setzt sie negative Vorzeichen: zeigt sich verblüfft darüber, wie rapide schlechte Angewohnheiten aus dem Westen importiert werden, ob durch "Ansteckung" oder sonstwie. Viele *Ossis* verfahren schon genau so ausgebufft "zweckrational", wie wenn ihnen diese Modernität (M. Weber) in der Wiege gesungen worden wäre. Sprich: Es werden an allen Ecken Aufwände minimiert und Erträge maximiert. Diskussionsbereitschaft? Fehlanzeige zumindest dann, wenn nur schriftliche Leistungen zählen. Schiere Präsenz? Sie hört auf, sobald das Referat gehalten oder eine Hausarbeit "abgeholt" worden ist. Kursvorbereitung? Davon kann jedenfalls dort keine Rede sein, wo die grosse Masse Gleichgesinnter den psychischen Druck des tumben Schweigens reduziert. Leistungswillen? Nicht mehr als nötig und dann rücksichtslos ertragsfixiert: z.B., wenn es sich anbietet und wahrscheinlich nicht auffällt, wird dasselbe Referat in zwei Kursen für zwei Scheine verwertet. Wenigstens, als Folge sozialistischer Disziplinierung, Dezenz? Höchstens in den vorderen Reihen - hinten lenkt man sich nach westlicher Manier ab, liest den Sportteil, trifft Verabredungen oder quatscht einfach. Etc.pp. Fazit: eine *negative Subordination*.

Nach dem, was man so auf Fluren hört, in Räumen und Sälen erlebt oder aus Journalen erfährt, sind die beiden skizzierten Reaktionen variierende Typen einer schnellen Angleichung ans hegemoniale Wissensregime. Daneben existieren - quantitativ vernachlässigbar - Ausnahme-Figuren verschiedener Schattierung, zusammengenommen die dritte Kategorie, der verstreute Rest. Ihr Sinn, das einigt sie, steht nach überhaupt keiner Anpassung an den Status quo - sie wollen ihn, ungeachtet der Aussichtslosigkeit dieses Versuchs, mental übersteigen: *imaginierte Emanzipation*. Dahinter stecken ganz unterschiedliche Karrierepläne. "Lebens-Philosophen" treten auf, die dem erfahrenen Umbruch ablesen, daß es außer der eigenen Person keine feste Größe gibt - weshalb sie beschlossen haben, ihr Selbst ohne große Rücksicht auf Studienzwänge oder Verwertungschancen zu verwirklichen: soviel Spaß wie eben unter den unwirtlichen Umständen möglich soll das Lernen machen. Da und dort, freilich immer weniger, meldet sich ein "reaktionäre Rhetoriker" (A.O. Hirschman), dessen

sozialistische Vision den großen Rückschlag einplant, nach dem seine Stunde und die aller wahrhaft Gerechten schlägt. Endlich gedeihen auch ganz famose "Haltungs-Virtuosen", denen es glückt, jede angemutete Denk-Mode aus westlichen Gefilden flexibel aufzugreifen(-heben), so daß sie immer schon einfach "weiter" sind (verglichen mit ihren östlichen Leidensgenossen sowieso, aber auch "koloniale" Dozenten können ihnen nichts mehr vormachen).

Doch das sind Exoten - daß sie vorkommen, ist höchstens für den überraschend, der die Zivilisationsmaschine des Sozialismus für dermaßen effektiv gehalten hat, daß selbst über ihren Zusammenbruch hinaus keine Abweichung stattfinden würde. Man kann sie bemitleiden, bewundern oder verlachen - aber *rechnen* muß man mit den anderen, jenen die sich überraschend geschwind dort einfinden, wo sie erwartet werden.

Überraschend wenigstens aus dem Blickwinkel einer mittlerweile geläufigen Diagnose, die dem *Ossi* als solchem eine "zivilisatorische Lücke" attestiert, deren Schließung erst künftigen Generationen möglich sein werde (Engler 1992).

2. Lückenbüßer?

Gemäß der Lücken-Theorie blieb die alte Gesellschaft "in ethnischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht differenziert, ohne daß diese Differenzen einen angemessenen und selbständigen Ausdruck fanden" (aaO, 27), d.h. politisch so repräsentiert wurden, wie es sich gehörte: durch pluralistische Entscheidungsträger und formalisierte Entscheidungsverfahren. Stattdessen ist es, so geht das Argument weiter, zu einer "Privatisierung des Politischen" gekommen: dem Aufstieg einer vollständig abgeschotteten, immer unberechenbaren, stets mißtrauischen, unersättlich informationshungrigen, endlos überwachungssüchtigen Staatsclique. Spiegelbildlich dazu sei dann die "Politisierung des Privaten" auf dem Fuße gefolgt. Sprich: Der persönliche Bereich wurde kapillarisch durchdrungen, Fundamente einer autonomen Charakterbildung systematisch unterhöhlt, Nischen selbständiger Interessenentfaltung wirksam ausgeleuchtet.

Herausgekommen sind dabei, so heißt es, defekte Persönlichkeiten mit einer "zivilisatorischen Lücke" die, eingezwängt in determinierende Verhaltensvorgaben öffentlicher Apparate, nicht gelernt haben, ihr Leben auf rationale Weise privat zu gestalten. Dieses Autonomiedefizit wird zum politischen Programm umgemünzt:

"Wenn man weiß, daß eines der zentralen Zukunftsprobleme vormals sozialistischer Gesellschaften in der Durchsetzung eines anspruchsvolleren Musters der Verhaltenszivilisierung besteht, dann kann man sich in den Familien, in der schulischen und weiterführenden Ausbildung, in den Arbeits- und Produktionsstätten zielgerichtet um die Lösung dieses Problems bemühen. Es wird" - *notabene* - "zweier, vielleicht dreier Generationen bedürfen, ehe sich die Lücke zwischen Objektivem und Subjektivem, veränderten Handlungsstrukturen und trägen Handlungsdispositionen, ganz schließen kann. Aber damit beginnen, die Fremdzwang-Selbssteuerungs-Ba-

lance der Menschen mehr der Selbsteuerungsseite zugeneigt zu machen, kann man schon jetzt." (AaO, 48)

Zweifellos hilft diese Perspektive zu erklären, was nach dem Exitus des alten Systems *auch* passiert ist: Verkehrsdelikte und -unfälle haben zugenommen, Eigentums- und Gewaltkriminalität sind gestiegen, nachdem der staatliche Gesetz-Geber abgedankt hatte (aaO, 44). Rätselhaft muß aber bleiben, wie "generationslückenlos" sich die angeblichen Nachzügler den weiterführenden Betrieb der universitären Ausbildung aneignen konnten.

Andere Untersuchungen legen den Verdacht nahe, daß gerade "die junge Generation in den neuen Bundesländern" mit dem Prozeß der Lückenschließung schon begonnen hat, als diese Lücke noch gar kein (öffentliches) Thema gewesen ist (Gensicke 1993). Während "ältere Semester" nach der Wende offenbar versuchten, möglichst viel vom alten Bestand ins neue Zeitalter hinüberzuretten (Greven in: Greven/Koop 1993), sind ihre Nachfolger dem System schon viel früher untreu geworden und haben eine Art *Doppelexistenz* geführt:

"Die junge Generation im Osten Deutschlands ist in den 80er Jahren so stark verwestlicht, daß sie sich in ihrer Mentalität von der westdeutschen Jugend kaum mehr unterscheidet. Dennoch leben die Jugendlichen" - bis heute - "in Verhältnissen, in denen sie ihre ideellen und materiellen Ansprüche auf Selbstentfaltung viel zu wenig ausleben können. Solche Ansprüche haben sich in den 80er Jahren regelrecht aufgestaut und mit der deutschen Einheit weiter verstärkt. Selbstentfaltung kann dabei in den verschiedenen Teilen der deutschen Jugend Unterschiedliches bedeuten: z.B. beruflich erfolgreich zu sein, aufregende Erlebnisse in der Freizeit oder auch hohe materielle Lebensqualität zu haben" (Gensicke aaO, 171) - oder auch alle drei Dinge zusammen, weil sie eben häufig zusammenhängen.

Man würde demnach - im studentischen Milieu und darüber hinaus - Menschen begegnen, welche "Lückenbüßer" *nicht* darum sind, weil sie unterzivilisiert wären, sondern die büßen müssen für Lücken der Bedingungen, unter denen sie gelebt haben.

3. Epigonen

Die genauere Analyse der Jugend-Ost (im allgemeinen und wohl auch ihres studierenden Teils) verschafft Gewißheit: *diese Fremden sind uns vertraut.* Man hat es, *cum grano salis,* mit Kopien zu tun.

(Westliche) Originale und (östliche) Nachbildungen leben dieselben Tendenzen aus (aaO, 175ff.). Beide sind im Kern *apolitisch* - jene schon lange, diese sinken nach einem kurzen Wende-Hoch auf den westlichen Minimalstand ab (rund drei Viertel zeigen kein nennenswertes politisches Interesse). Das fehlende Engagement zeigt jedoch keineswegs (und schon wieder) eine tiefgreifende Entfremdung an, im Gegenteil: trotz mancher Unzulänglichkeiten *en détail* stellt man sich "aktiv und optimistisch" der eigenen Zukunft. Nur sind eben die Gewichte völlig aufs Terrain des privaten Befindens verrutscht.

Hier wie dort stellen sich die Jungen ihr Leben als Abfolge gleichartiger *Konsumerlebnisse* vor. Auch im Osten sind die persönlichen Bedürfnisse ungebremst angestiegen: Freunde, eine eigene Wohnung, sexuelle Befriedigung, das Auto, Abenteuer, Modeartikel, ein Hauch von Luxus sind mehr oder minder starkt nachgefragte Werte. Und je jünger einer ist, desto stärker zählen für ihn Abwechslung, Geselligkeit, Geld, Hobbies. Kurz: Weniger "Sozialismus", dafür mehr "Lebensgenuß", soviel wie irgendmöglich, auf jeden Fall nicht nur das, was "im Strom der anderen" abfällt.

Dabei sind sich viele - die *Ossis* noch ein bißchen stärker - über zweierlei im klaren (aaO). Erstens muß man sich wohl oder übel nach der Decke strecken. *Bescheidenheit* gilt als unvermeidlich: niemand darf "in der heutigen Zeit" wählerisch sein, jeder "muß die Möglichkeiten nehmen, wie sie sich einem bieten"; "Unterordnung und Anpassung", dem pflichten rund zwei Drittel bei, "gehören manchmal zu den Dingen, die man im Leben tun muß". Zweitens leben wir nicht im Schlaraffenland (eine östliche Vorwende-Illusion, was westliche Lebensqualitäten angeht). *Leistung* ist gefragt und lohnt sich - daran glaubt man und auch daran, daß gute Ausbildung nicht weniger zähle als persönliche Ausstattung (Intelligenz, Initiative).

Kurzum: Hüben wie drüben gleiche Haltungen, die Einigung ist im Kopf der Jungen sogut wie vollzogen. Für das epigonale *Ossi*-Him bedeutet das, daß sich seine Umstände vollkommen verkehrt, gewissermaßen auf die Füße gestellt haben. *Privatisierung des Politischen* heißt nun: Das Politische hat nur noch Bedeutung insoweit, als es private Verhältnisse tangiert, z.B. als ein denkbarer, wenngleich wenig erfolgversprechender Weg, Startchancen durch "Beziehungen" oder eigene "politische Tätigkeit" zu verbessern (aaO, 186). Ansonsten, will sagen: normalerweise, bleiben die Parteien, der Staat, das öffentliche Interesse außen vor, weil sie mit dem, was zählt - Leistung, Erfolg, Konsum -, kaum in meßbarer, geschweige denn in positiver Beziehung stehen.

Andererseits kann man sich diese Ohnemich-Attitüde nur deshalb erlauben, weil auch die *Politisierung des Privaten* anders funktioniert als in den alten Schnüffel-Zeiten. Sie bezeichnet heute (auch) fürs neue Bundesländer-Publikum eine Bewegung in umgekehrter Richtung: Politik nimmt das private Interesse nicht als Rohstoff, den sie nach ihrer Räson bearbeiten würde; stattdessen wird es wie etwas Fertiges behandelt, mit dem besser rechnet, wer (in Wahlen) reüssieren will. Um souveräne Standpunkte durchsetzen zu können, wäre, nachdem der Apparat ("Stasi") fehlt, Moral notwendig - deren Konjunktur entweder schon ab - oder noch nicht angelaufen ist.

Beide Momente zusammen genommen erleichtern jenes selbstgenügsame, egozentrische "Monaden"-Dasein, als welches Marx das *bourgeoise* Leben charakterisiert hat. Dahinein sind die neuen Ost-Studenten massenhaft getaucht, virtuell schon unter alten Bedingungen, faktisch seit der Wende, und ihrem Charakter nach eben geworden, was sie dadurch werden mußten - studierende *Kleinbürger.*

4. Politologen?

Naturgemäß trifft diese Entwicklung keine Disziplin härter als die Politikwissenschaft. Im Kern besteht zwischen politischer - im Unterschied zu jeder anderen - *Wissenschaft* und politischem *Interesse* der Zusammenhang, den Max Weber für die Beziehung von Ethik und Politik - im Unterschied zu jedem anderen Feld - postuliert:

"Wie steht es denn aber mit der wirklichen Beziehung zwischen Ethik und Politik? Haben sie, wie man gelegentlich gesagt hat, garnichts miteinander zu tun? Oder ist es umgekehrt richtig, daß "dieselbe" Ethik für das politische Handeln wie für jedes andere gelte? Man hat zuweilen geglaubt, zwischen diesen beiden Behauptungen bestehe eine ausschließliche Alternative; entweder die eine oder die andere sei richtig. Aber ist es denn wahr: daß für erotische und geschäftliche, familiäre und amtliche Beziehungen, für die Beziehung zu Ehefrau, Gemüsefrau, Sohn, Konkurrenten, Freund, Angeklagten die inhaltlich *gleichen* Gebote von irgendeiner Ethik der Welt aufgestellt werden könnten? Sollte es wirklich für die ethischen Anforderungen an die Politik so gleichgültig sein, daß diese mit einem sehr spezifischen Mittel: Macht, hinter der *Gewaltsamkeit* steht, arbeitet?" (Weber 1992, 67f.)

Im Anschluß daran: Sollte es wirklich gleichgültig sein, ob jemand mit oder ohne politisches Interesse politische Wissenschaft studiert? Folgt nicht aus dem spezifischen Thema, daß eine kleinbürgerliche Mentalität, die der Gemüsefrau oder des Gemüsemannes, fatal ist, während man mit demselben halbierten - politikfreien - Hirn ohne weiteres ein "guter" Jurist, ein "exakter" Ökonom, ein "analytischer" Philosoph werden kann?

Verhaltensauffällig werden östliche Politikstudenten deshalb nicht ohne weiteres. Die Verwestlichung ist augenscheinlich nach allgemeinem Muster und mit gleicher Geschwindigkeit vonstatten gegangen. Binnen kurzem haben sie den gängigen *Comment* gelernt und sich unter seinem schützenden Dach eingerichtet. "Dem tiefer prüfenden Blick" (H. Krüger) will es gleichwohl scheinen, als ob ihre "Subordinations-Achse" um entscheidende Grade zur negativen Seite hin verschoben sei: als Folge jener eigentümlichen *Dezentriertheit* einer politischen Wissenschaft ohne politisches Interesse. Daher kommt es wohl nicht von ungefähr, daß gerade (Ost-)Politologen die *bourgeoise* Existenz gewissermaßen nackt leben, unverhängt durch thematische "Mäntelchen".

Als erster fällt der Effekt des *Schweigens* auf:

"Es sind immer nur Minderheiten, die sich öffentlich äußern. Die Mehrheit, jede Mehrheit schweigt. Es ist schwer, es ist streng genommen unmöglich zu sagen, inwiefern sie von dem, was die Minderheit sagt, überhaupt Notiz nimmt. ... Es handelt sich um eine spezielle, hochtrainierte Form des Ignorierens, um eine Wahrnehmnung Als Ob, um ein beinahe ironisches Ein- und Ausklammern, einen stillschweigenden Vorbehalt, der letztlich unzerbrechlich ist." (Enzensberger 1985, 221)

Wer könnte von sich sagen, daß er diesem Phänomen - auch und gerade in seiner "politologischen" Variante - nie begegnet wäre? Studenten, deren Schweigen von so unerhörter Tiefe ist, daß es durch keine autoritäre Penetranz, keine didaktische Raffinesse, keine honorige Offerte aufgebrochen werden kann. Studenten, welche Kommunikationsangebote als unziemlichen Versuch empfinden, ihnen eine Überdosis an Engagement zu entlocken. Studenten, die andererseits jede Gegenattacke des frustrierten "Lehrkörpers" - Leistungstests dieser oder jener Art - erfolgreich parieren, weil sie zum eigenen Schutz das Nötigste richtig gelernt haben und im Ernstfall verläßlich memorieren können.

Die beharrliche Stille nach außen ergänzt der kleinbürgerliche Geist durch eine standhafte *Regression* im abgeschotteten Innern. Allerdings:

"Hier schreit kein historischer Rückstand danach, aufgeholt zu werden. Sondern die armen Opfer der Manipulation verbitten sich stumm aber energisch jede Belehrung. Um keinen Preis wollen sie sich emporziehen lassen auf eine höhere Stufe der Bildung, des Geschmacks, des politischen Bewußtseins, d.h. dorthin, wo der jeweilige Sprecher vom Dienst steht." (AaO, 222)

Geeignet modifiziert heißt das: Politologie-Studenten/Ost lassen die frohe Kunde - Pluralismus als Ausdruck fehlender Wahrheit, Wettbewerb um der Innovation willen, Belohnung nach Leistung, Demokratie als relativ beste Staatsform - bereitwillig über sich ergehen und repetieren den Text auf Anfrage pflichtschuldigst, ohne daß sie tiefere Spuren davontragen würden. So als ob "das Bedeutende" ihnen wieder einmal in seiner gewohnten Form, als "Zumutung", entgegentrete (aaO, 223). Übrigens schlägt, ganz bezeichnend, dieselbe Indifferenz dem entgegen, der sich großzügig von den Botschaften, die er (re-)präsentiert, selbst- und herrschaftskritisch distanziert. *Keine* Nachricht lockt aus der Reserve, noch schließt irgendeine (verkündete) "Relevanz" die (gewollte) "Lücke".

Das dritte Moment der kleinbürgerlichen Seele ist ihre *Beharrlichkeit:*

"Ihr Schweigen läßt sich auch als hinhaltender Widerstand gegen das schwindelerregende Tempo deuten, in dem sich die sogenannte Lebenswelt verändert. Für alle, denen die durchgreifende Modernisierung ein inneres Bedürfnis ist, kann sich die Normalität des Alltags nur als überständiger Rest, als Hindernis darstellen, das so schnell wie möglich abgehobelt werden muß. Dem steht die Renitenz der Mehrheit entgegen, eine Renitenz, die umso schwerer zu besiegen ist, da sie nicht in irgendeiner Idee wurzelt, sondern durchaus materiell, um nicht zu sagen materialistisch operiert." (AaO, 224f.)

Wende-Lagen lassen sich freilich nicht ganz ungerührt aussitzen. Der Augenschein spricht dafür und darin liegt auch eine (zweck-)rationale Vorsicht, daß man, um möglichst ungeschoren davonzukommen, in solchen Augenblicken das Tempo am besten den Zeiten anpaßt - *ohne* sie wissens- oder tatendurstig zu überholen. Eine vorauseilende Beweglichkeit, die versucht, den Gang der akademischen Dinge (studentisch organisiert) zu bestimmen, verbraucht Phantasie in Zeiten, da der gemeine Verstand alle Einbildungskraft für mehr Sicherheit reserviert; zieht Energien für Allgemeinheiten ab, deren Schicksal nicht sonderlich berührt; trägt den Aktivisten Publizität ein

mit unkalkulierbaren Folgen; kurz: setzt ein *politik*-wissenschaftliches Interesse voraus, das dem studierenden *Bourgeois* konstitutionell ermangelt.

5. Dilettanten

Was diese fremden Figuren, "die" ostdeutschen Studenten, uns so vertraut macht, ist der kleinbürgerliche Habitus. Er verbindet sie mit dem studierenden Publikum im allgemeinen. Was ihnen darüber hinaus eine paradigmatische Ausstrahlung verleiht, ist das minimale Interesse an der studierten Materie - dadurch tritt die spezielle (In-)Disposition zugespitzt, idealtypisch, ans Tageslicht.

Anders gesagt: Der politische Interaktions-Standard des *survival of the pettiest* (um Herbert Spencer zu variieren) vermenschelt die Arbeits-Haltung - ein klarer Fall von *Dilettantismus,* mit Max Weber (1975) verstanden als Mangel an spezialisiertem Ethos.

Eine Frage bleibt natürlich: Warum studieren sie überhaupt Politikwissenschaft, das Objekt ihrer fehlenden Begierde? Dafür gibt es keine logische Erklärung, wohl aber praktische Gründe: der Stoff, aus dem die "kleinen" Bürger-Hirne nun mal sind.

Wolfgang Fach, Prof. Dr., lehrt Politische Theorie an der Universität Leipzig

Literatur

Engler, W. 1992: Die zivilisatorische Lücke. Frankfurt

Enzensberger, M. 1985: Politische Brosamen. Frankfurt

Gensicke, T. 1993: Unzufrieden, aber aktiv und opitimistisch. Zur Mentalität der jungen Generation in den neuen deutschen Bundesländern. In: Journal für Sozialforschung, 33, 171ff.

Greven, M.Th., D. Koop 1993: War der wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Opladen

Kant, I. 1991: Zum ewigen Frieden. Stuttgart

Weber, M. 1992: Politik als Beruf. Stuttgart

Weber, M. 1975: Wissenschaft als Beruf. Berlin

(Dieser Aufsatz erscheint demnächst in einem von Klaus Leggewie herausgegebenen Band bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt 1994.)

STUDIE

Klaus Klinzing (Berlin):

Der ostdeutsche akademische Mittelbau auf dem Weg ins vereinigte Deutschland
Eine hochschulpolitische Studie

I. Problemstellung

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland bedeutete auch für die ostdeutschen Hochschulen und Universitäten einen radikalen Umbruch. Ihre Strukturen werden nicht nur kritisch in Frage gestellt, sondern sollen in relativ kurzer Zeit denen der vergleichbaren Einrichtungen Westdeutschlands angepaßt werden - auf der Grundlage des bundesdeutschen Hochschulrahmengesetzes.

Für die Beschäftigten bedeutet das einen tiefen Einschnitt in ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse, besonders für jene, die als Folge des Umstrukturierungs- und Anpassungsprozesses "freigesetzt" werden. Für viele bedeutet es aber auch die Chance, sich frei von bisherigen politischen Restriktionen auf neue Art beruflich zu verwirklichen und die ihnen bisher gezogenen Grenzen wissenschaftlicher Arbeit zu überschreiten. Wiewohl alle Beschäftigtengruppen der Hochschule von den Transformationsprozessen betroffen sind, ist diese Studie dem ostdeutschen Mittelbau der Hochschulen gewidmet und insbesondere der Situation in Berlin. Durch den Übergang der Ostberliner Hochschulen in die Regierungshoheit des (West-)Berliner Senats am 3. Oktober 1990 und die gesetzliche Abstützung durch das den Einigungsvertrag konkretisierende Mantelgesetz kurz danach ist der Hochschultransformationsprozeß in Berlin am "direktesten". Dies bedeutet sowohl die sofortige verwaltungsmäßige Übernahme der Ostberliner Hochschulen durch die (West-)Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft als auch das unmittelbare Zusammenprallen zweier Strukturen (Ost und West), was - im Gegensatz zu den Hochschulen in anderen Bundesländern - auch für die Westberliner Hochschulen nicht ohne teilweise schmerzhafte Folgen bleibt. Denn auch von ihnen werden Anpassungsleistungen verlangt - bis hin zur Aufgabe bzw. Verschmelzung einzelner Struktureinheiten.

Die Transformation der ostdeutschen Hochschulstrukturen, das Verschmelzen mit den westdeutschen geht unter in mehrfacher Hinsicht problematischen Rahmenbedingungen vor sich, von denen hier zunächst die folgenden drei genannt sein sollen:

1 . Geht man von den in letzter Zeit geführten Debatten und Veröffentlichungen von Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat, GEW und anderen Institutionen aus, ist die Hochschule in (West-)Deutschland immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben anforderungsgerecht zu erfüllen. Das betrifft besonders die Lehre. Die Situation ist vor allem durch folgende Schlagworte charakterisiert (1):

- Massenuniversität und Überlast,
- weiter steigende Zahl der Studierenden entgegen den Prognosen der hochschulpolitisch Verantwortlichen zu lange durchschnittliche Studienzeiten,
- zu hohe Studienabbruchquoten (z. Z. 31% an den Universitäten),
- mangelnde Betreuungsleistungen,
- großer Nachholbedarf in der Ausstattung mit Personalstellen, insbesondere im Bereich des wissenschaftlichen Mittelbaus,
- Motivationsverluste der Beschäftigten auf allen Ebenen der Hochschule.

Uns interessiert hier im folgenden besonders die kritische Situation in bezug auf die Personalstruktur. Und wenn "die Hochschulen gegenwärtig ihren Aufgaben unmöglich nachkommen können" (Michael Wegen), so ist das vor allem eine Folge der seit 1975 immer größer werdenden Personalbedarfslücken.

2. Mit dem Angleichen der ostdeutschen an die westdeutschen Strukturen wird die desolate Personalstruktur (Hansjürgen Otto)der westdeutschen Hochschulen mit ihren Folgen auf die ostdeutschen Hochschulen übertragen. "Dabei werden vorgebliche westliche Strukturstandards behauptet, die sich aber wesentlich nur aus Sparnotwendigkeiten, Kündigungsabsichten und Personalwünschen neuberufener Professoren herleiten. Auch solche Elemente der DDR-Personalstruktur, die in anderen westlichen Ländern üblich und bewährt sind und die westdeutsche Struktur verbessern könnten, werden radikal beseitigt." (2)

Das Mittel dazu ist in erster Linie der Personalabbau. Viele Angehörige der ostdeutschen Hochschulen; die bereit waren, zu 'Trägern einer inhaltlichen Erneuerung' zu werden, müssen um ihren Arbeitsplatz bangen oder sind bereits entlassen worden. Von den an den Hochschulen der ostdeutschen Länder Anfang 1992 Beschäftigten sollen laut Planung der Kultusministerkonferenz ca. ein Drittel abgebaut werden. (3)

3. Der Mittelbau in den ostdeutschen Hochschulen - d.h. die ehemaligen wissenschaftlichen Mitarbeiter - ist von den Strukturangleichungen besonders betroffen. Und das nicht nur, weil sie die quantitativ größte Beschäftigtengruppe darstellen, sondern weil hier - trotz vieler Gemeinsamkeiten - auch die meisten Strukturunterschiede zum westdeutschen Mittelbau auszumachen sind.

Zur Zeit sind die promovierten wissenschaftlichen Mitarbeiter der ostdeutschen Hochschulen auf dem Wege, ihren gegenüber den westdeutschen Kollegen wichtigsten Besitzstand zu verlieren, die Unbefristetheit der Arbeitsverträge, und sich dem westdeutschen Zeitvertragsgesetz zu unterwerfen. Das ist umso bemerkenswerter, als damit auch in ostdeutschen Hochschulen ein Zustand hergestellt wird, gegen den westdeutsche Vertreter des Mittelbaus und die Gewerkschaften seit Jahren - in letzter Zeit verstärkt - vergeblich angehen.

Die Unsicherheit des weiteren beruflichen Weges ist ein prägnantes Merkmal der Situation, in der sich die wissenschaftlichen Mitarbeiter der ehemaligen DDR-Hochschulen bereits seit Anfang 1990 befinden, und es kann durch neu gewonnene wissenschaftliche Freiheiten nicht kompensiert werden.

Im weiteren soll versucht werden, die Übergangs- und Anpassungssituation des akademischen Mittelbaus hauptsächlich am Beispiel Ostberlins darzustellen. Im Anschluß daran sollen Vorstellungen zur Veränderung der Personalstruktur an deutschen Universitäten entwickelt werden. Zunächst jedoch zur Ausgangssituation, der Lage des Mittelbaus in der DDR.

2. Status, Aufgaben und Arbeitsbedingungen des Mittelbaus in der DDR

Die Bezeichnung "Mittelbau" für Mitarbeiter an Hochschulen gab es in der DDR nicht. Die Angehörigen vergleichbarer Beschäftigtengruppen wurden als wissenschaftliche Mitarbeiter bezeichnet. Ihre Aufgaben entsprachen in etwa denen des akademischen Mittelbaus an westdeutschen Hochschulen: Forschung, Lehre, Organisation und Leitung der wissenschaftlichen Arbeit. Einen wichtigen Unterschied gab es allerdings, auf den im folgenden noch näher einzugehen sein wird: Die Hochschulen der DDR hatten nicht nur einen Bildungs- sondern auch einen Erziehungsauftrag. Deshalb wird in der Mitarbeiterverordnung der DDR auch "die Bereitschaft und Fähigkeit zur sozialistischen Erziehung der Studenten" als Voraussetzung der Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter genannt.

Zu den wissenschaftlichen Mitarbeitern gehörten:
1. wissenschaftliche Assistenten mit befristetem Arbeitsverhältnis und Assistenzärzte in der Fachausbildung,
2. wissenschaftliche Assistenten mit unbefristetem Arbeitsverhältnis und Assistenzärzte mit Facharztanerkennung, Lehrer im Hochschuldienst, Lektoren, wissenschaftliche Oberassistenten und Oberärzte, wissenschaftliche Sekretäre.

1990 hatten von den an den Hochschulen der DDR beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeitern ca. 20% ein befristetes und 80% ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. (4) Der Anteil differierte zwischen den einzelnen Fächern. An den universitären Einrichtungen der DDR war der Anteil von Mitarbeitern auf Zeitstellen größer als in den anderen Hochschuleinrichtungen. Insgesamt machte der akademische Mittelbau in der DDR ca. 80% des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen aus, 20 % waren berufene Hochschullehrer: Professoren oder Dozenten. Bis Ende der siebziger Jahre erfolgte eine kräftige Ausweitung des wissenschaftlichen Personals und damit auch der wissenschaftlichen Mitarbeiter, in den achtziger Jahren dagegen war die Zunahme aufgrund von Sparmaßnahmen im Hochschulwesen eher geringfügig, stagnierte aber nicht wie in Westdeutschland.

Die zahlenmäßig größte Gruppe an den

Hochschulen der DDR und damit auch den typischen Uni-Mitarbeiter bildete die Gruppe der unbefristeten (meist promovierten) wissenschaftlichen Mitarbeiter. Sie waren im Alter zwischen ca. 25 und 65 Jahren. In den achtziger Jahren nahm die Zahl der über 50jährigen wissenschaftlichen Mitarbeiter - auch aus demographischen Gründen - deutlich zu, was zu der signifikant von den Angehörigen des westdeutschen Mittelbaus abweichenden Altersstruktur führte und jetzt die Übernahme in die HRG-konformen Strukturen erheblich erschwert.

Wie wurde man an DDR-Hochschulen wissenschaftlicher Mitarbeiter, was waren die Einstellungsvoraussetzungen? (5) Dazu heißt es in der Mitarbeiterverordnung von 1968 (6):

"4) Als wissenschaftlicher Assistent mit befristetem Arbeitsrechtsverhältnis kann im Regelfall eingestellt werden, wer promoviert hat oder wer ein Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen hat und über praktische Erfahrungen auf dem Fachgebiet verfügt, auf dem er arbeiten soll.

5) Werden in begründeten Ausnahmefällen wissenschaftliche Assistenten ohne die im Abs. 4) genannten Anforderungen zu erfüllen, eingestellt, ist mit ihnen ein Qualifizierungsvertrag abzuschließen."

Damit waren dem Hochschulrahmengesetz ähnliche Einstellungsvoraussetzungen für Assistenten auf Zeitstellen formuliert. Die als Regelfall bezeichnete Einstellungsvoraussetzung war jedoch in der Praxis in der Mehrheit der wissenschaftlichen Hochschulen nicht der Regelfall. Regelfall war bis Ende der siebziger Jahre die Einstellung von nichtpromovierten Mitarbeitern, die auch zumindest in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereichen - meist nicht auf eine berufliche Tätigkeit nach dem Hochschulabschluß verweisen konnten. Vor ihnen stand also in der Regel die Aufgabe, während ihrer Assistententätigkeit zu promovieren. Die Situation änderte sich in den achtziger Jahren in Richtung des unter Abs. 4) genannten Regelfalls, als eine Reihe von Hochschulabsolventen über ein sogenanntes Forschungsstudium promovierte und dann - manchmal auch in Ermangelung von knapper werdenden Dauerstellen - auf einer befristeten Assistentenstelle eingestellt wurde.

Für viele Assistenten erwies es sich - ähnlich wie in westdeutschen Hochschulen - als ein Problem, neben ihren oft vielfältigen Aufgaben in Forschung, Lehre und Erziehung in der Normalfrist von vier Jahren zu promovieren. Vor allem in den achtziger Jahren beklagten leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen und die Hochschulleitungen zunehmend, daß Assistenten die Promotion in der Regelzeit nicht schafften bzw. die Hochschule ohne Promotion verließen. Das lag aber oft nicht nur an den Assistenten, denn erstens waren sie oft mit erheblicher sogenannter gesellschaftlicher Arbeit (Funktionen in verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen) oder Betreuungsarbeit (Seminargruppenberater, Führungskader in den Lagern der Zivilverteidigung, Ernteeinsätze u. a.) belastet und zweitens auch mit Hilfs- bzw. Sekretariatstätigkeiten für die Professoren. Bei manchen Grundlagenfächern bzw. an den Sektionen Marxismus-Leninisrnus kam dazu eine überdurchschnittliche Anzahl von Seminaren.

Hatten die befristeten Assistenten ihre Tätigkeit (incl. Promotion) erfolgreich abgeschlossen, hatten sie die Chance - sofern Bedarf an ihnen bestand und eine Stelle vorhanden war - auf eine Dauerstelle übernommen zu werden, d. h. als unbefristeter Assistent bzw. als Lehrer im Hochschuldienst. Letztere waren im Status und den Aufgaben den wissenschaftlichen Räten in westdeutschen Hochschulen ähnlich. Für eine solche Übernahme gab es auch für viele bis Anfang der achtziger Jahre reelle Chancen. Dazu heißt es in der Mitarbeiterverordnung:

"2) Als wissenschaftlicher Mitarbeiter mit unbefristetem Arbeitsrechtsverhältnis kann eingestellt werden, wer promoviert und sich als wissenschaftlicher Assistent mit befristetem Arbeitsrechtsverhältnis bewährt oder wer ein Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen und mehrere Jahre in der Praxis gearbeitet hat." (S. 5/6)

Damit wurden auch Hochschulabsolventen, die mehrere Jahre außerhalb der Hochschule ihrer beruflichen Tätigkeit nachgingen und aus Interesse an einer wissenschaftlichen Karriere wieder an die Hochschule zurückkamen, als unbefristete Mitarbeiter eingestellt, so z. B. Absolventen technischer und ökonomischer Wissenschaften, die den angewandten Aspekt in Lehre und Forschung verstärken sollten.

Dabei war es keineswegs so, daß politische Kriterien bei der Auswahl für eine Dauertätigkeit an der Hochschule dominierten - wie manche Kritiker des DDR-Hochschulsystems unterstellten. An erster Stelle stand die fachliche Befähigung für die Tätigkeit; politische Zuverlässigkeit und - in bestimmten Maße - politisches Engagement wurden auch erwartet, schon um den Aufgaben der sozialistischen bzw. kommunistischen Erziehung gerecht zu werden. Besonders bei Karrieren im wirtschafts-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich mit seinem großen Pool von SED-Mitgliedern, z. B. bei Hochschullehrerberufungen, war politische Zuverlässigkeit als "Selbstverständlichkeit" kaum noch ein Auswahlkriterium.

Als Aufstiegsmöglichkeit innerhalb des unbefristeten Mittelbaus in der DDR war die Tätigkeit als Oberassistent vorgesehen. In der Mitarbeiterverordnung heißt es: "Als wissenschaftlicher Oberassistent kann eingestelllt werden, wer promoviert und sich als wissenschaftlicher Assistent oder mehrere Jahre in der Praxis besonders bewährt oder wer ein Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen und mehrere Jahre in der Praxis in verantwortlicher Funktion gearbeitet hat."

Damit fixierte die Mitarbeiterverordnung der DDR im Unterschied zum westdeutschen Hochschulrahmengesetz die Promotion B - vergleichbar der Habilitation - nicht zur Einstellungsvoraussetzung als Oberassistent. Und dies entsprach auch den Verhältnissen bei Inkrafttreten der Mitarbeiterverordnung 1968, als die Anzahl der Mitarbeiter mit B-Promotion bzw. Habilitation noch gering war und als Einstiegsqualifikation für die Berufung von Hochschullehrern diente. Erst in den achtziger Jahren, als mehr und mehr Assistenten die Promotion B erwarben und die Knappheit der Oberassistentenstellen zunahm, gingen einzelne Hochschulen bzw. Fächer dazu über, eine Beförderung zum Oberassistenten vom Vorliegen der Promotion B abhängig zu machen. Gleichzeitig wurden auch im-

mer mehr Angehörige des Mittelbaus hochschulpädagogisch in offiziellen Lehrgängen qualifiziert. Diese Qualifizierung mag für den den einzelnen von unterschiedlicher Bedeutung gewesen sein, hat aber insgesamt dazu beigetragen, daß viele Mitarbeiter Anregungen für eine günstige pädagogische und didaktische Gestaltung ihrer Lehrveranstaltungen erhalten haben. Nicht zuletzt war der Nachweis dieser Qualifizierung oft eine Voraussetzung für die Verleihung des Grades "Facultas docendi", der Bestätigung der selbständigen Lehrbefähigung. Sie berechtigte z. B. zur Abnahme von Abschlußprüfungen.

Auf diese Weise bildete sich vor allem in den achtziger Jahren an den Hochschulen der DDR auf den Dauerstellen ein hochqualifizierter erfahrener Mittelbau heraus, der den überwiegenden Teil der Lehr- und Forschungsleistungen erbrachte. Wesentliches Merkmal seiner Arbeit war vor allem - im Gegensatz zu den befristeten Assistenten, die meist sehr von ihrem jeweiligen Doktorvater abhingen - die Selbständigkeit, gepaart mit Eigenverantwortung. Durchaus typische Aufgaben der wissenschaftlichen Mitarbeiter waren (7):

- Konzipieren und Durchführen von Lehrveranstaltungen, einschließlich Vorlesungen,
- Betreuung von studentischen Praktikums- und Diplomarbeiten,
- Betreuung von Doktoranden (meist durch Oberassistenten),
- Abnahme von Prüfungen bis zur Abschlußprüfung für ein Fach,
- Planung, Durchführung und Leitung von Forschungsprojekten (mit und ohne Studenten).

In einer Reihe von Fällen haben Oberassistenten auch eigene Lehrgebiete und manchmal auch Forschungsgebiete vertreten. Damit hatte der DDR-Mittelbau ein wesentlich breiteres Spektrum an selbstverantwortlichen Aufgaben als es beim westdeutschen Mittelbau üblich war. Auch der Grad der Abhängigkeit des unbefristeten Mittelbaus gegenüber den Professoren war geringer. Der hohe Anteil von erfahrenen qualifizierten Mitarbeitern und die geringe Anzahl der Studenten pro Mitarbeiter wirkte sich günstig auf die Arbeit mit den Studenten aus, die einen hohen Rang an DDR-Hochschulen einnahm. Auch das bewirkte eine im Vergleich zu Westdeutschland wesentlich geringere Studienabbruchquote, kurze Studienzeiten und hohe Abschlußquoten (ca. 80-90 der Immatrikulierten).

Es war aber ebenfalls möglich und in einigen Fächern auch üblich, daß wissenschaftliche Mitarbeiter - gestützt auf die Mitarbeiterverordnung - ganz oder überwiegend für Forschungsaufgaben eingesetzt wurden. Es zeugt auch deshalb schlicht von Unkenntnis der Dinge, wenn von westdeutscher Seite behauptet wird, in den DDR-Hochschulen fand kaum Forschung statt. Das trifft so selbst für die Sektionen Marxismus-Leninismus mit überwiegend Lehr- und Erziehungsaufgaben nicht zu. Eine andere Frage ist das Niveau einer Reihe von Forschungsprojekten, gemessen am internationalen Maßstab, aber diese Frage soll hier nicht weiter verfolgt werden.

Die weitgehend unbefristeten Arbeitsverhältnisse der promovierten wissenschaftlichen Mitarbeiter an den DDR-Hochschulen hatten aber positive Auswirkungen sowohl auf die Aufgabenerfüllung der Hochschulen als auch auf die

Identifikation der meisten Mitarbeiter mit ihrer Tätigkeit - trotz verschiedener ideologischer Restriktionen. Die übergroße Mehrheit der Mitarbeiter betrachtete ihre Tätigkeit als Beruf und baute darauf ihre Lebenspläne. Das erfuhr selbst dann überwiegend keinen Bruch, wenn Karrierepläne - so eine Berufung zum Hochschullehrer - nicht in Erfüllung gingen, denn man verblieb ja in seiner Tätigkeit und damit im "Beruf". Dies soll nicht heißen, daß allenthalben Zufriedenheit herrschte: Auch die DDR-Hochschulen kannten Suizide von wissenschaftlichen Mitarbeitern wegen nicht bestandener Promotionen, Karriereknikken und anderen Gründen.

III. Der Mittelbau im Übergang

Der Zusammenbruch der DDR und die Anpassung der ostdeutschen Hochschulstrukturen an die westdeutschen auf der Basis des HRG bedeutet für die Mehrheit der Angehörigen des ostdeutschen Mittelbaus ein Herausreißen aus vormals gesicherten Arbeitsverhältnissen und nachweislich auch ein Ende von Wissenschaft als Beruf. Damit werden gleichzeitig die darauf aufbauenden Lebenspläne gegenstandslos. Dieser Prozeß geht allerdings in Abhängigkeit von Hochschulen und Fach differenziert vor sich, wie noch zu zeigen sein wird, und zweitens verläuft er - je länger er dauert - für viele Angehörigen des ehemaligen DDR-Mittelbaus (aber auch Dozenten und Professoren) entgegen den Hoffnungen und (positiven) Erwartungen, die sich bei ihnen mit dem Zusammenbruch der DDR verbanden.

Der Verlust der Aufbruchstimmung vom Herbst1989 und Frühjahr 1990, der Abbau der Hoffnungen, die bei vielen immer mehr um sich greifende Sorge um den Arbeitsplatz und die berufliche und damit auch existentielle Zukunft ging allerdings in Etappen vor sich, wie nachfolgend vor allem am Beispiel Ost-Berlins gezeigt werden soll.

Die Phase vom Herbst 1989 bis zum Sommer 1990 könnte man allgemein als Aufbruchphase bezeichnen. Sie war von dem Ruf nach Erneuerung der DDR-Hochschulen begleitet - ein Begriff, der inzwischen zu einer Worthülse herabgesunken ist, in die jede Interessengruppe etwas anderes hineinsteckt und der als Legitimation für umfassenden Personalabbau dient. Zum damaligen Zeitpunkt verband sich allerdings bei den meisten wissenschaftlichen Mitarbeitern die Hoffnung nach Durchsetzung des Prinzips der Freiheit in Forschung und Lehre in Verbindung mit theoretischem und weltanschaulichem Pluralismus - und das nicht nur in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern, die ja in der DDR vor allem ideologischen Zwängen ausgesetzt waren. Gleichzeitig wurde die Forderung nach Entfernung derjenigen aus ihren Funktionen erhoben, die für die politischen und ideologischen Repressionen und Zwänge die Hauptverantwortlichen waren. Das waren aus der Sicht des Mittelbaus vor allem Professoren, die die wichtigsten politischen und Leitungsfunktionen den Hochschulen besetzt hielten bzw. sich bei der politischen Disziplinierung von Mitarbeitern und Studenten besonders hervorgetan hatten - dies ungeachtet der Tatsache, daß auch Angehörige des Mittelbaus,

z.B. als Mitglieder von Parteileitungen der SED, ihr politisches "Unwesen" getrieben hatten, was später auch zu Kontroversen in den sich bildenden Mittelbauvertretungen führte.

Doch schon zu dieser Zeit gab es die ersten Enttäuschungen und gleichzeitig Differenzierungen: Die in erster Linie unter den Professoren identifizierten "politischen Altlasten" traten in ihr Mehrheit keineswegs von ihren (wissenschafts-) leitenden Funktionen zurück, sondern suchten sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Als Sündenbock für die politische Indoktrination an den Hochschulen wurden dagegen recht schnell in ziemlicher Einmütigkeit von den Leitungen der Hochschulen, der geistes-, sozial- und naturwissenschaftlichen Bereiche die Sektionen Marxismus-Leninismus gefunden und umgehend "abgewikkelt". Damit wurde auch ein großer 'l'eil des Mittelbaus dieser Sektionen schon zum Beginn des Sommers 1990 von den Hochschulen entlassen - zu recht, wie Angehörige des Mittelbaus anderer gesellschaftswissenschaitlicher Bereiche, sich von jenen distanzierend, befanden. Einigen gelang es zunächst noch, in anderen Bereichen der Hochschulen unterzukommen.

In anderen Sektionen vollzogen sich dagegen im unterschiedlichen Maße Wandlungen. Dies betraf zunächst vor allem die Lehre, und das in zweierlei Hinsicht: Mit Beginn des Frühjahrsemesters 1990 beobachtete man allenthalben ein verstärktes Engagement der Professoren in der Lehre. Vor allem Vorlesungen, die sie bislang dem Mittelbau überlassen hatten, wurden von ihnen wieder übernommen oder auch wieder angeboten - ein fächerübergreifender Vorgang. Das hatte damit zu tun, daß zu diesem Zeitpunkt, als die Wahlen vor der Tür standen und auch die Regierung Modrow auf ein vereinigtes Deutschland setzte, allenthalben eine Orientierung auf die westdeutschen Verhältnisse einsetzte, also auch an den Hochschulen. Da schienen Anpassungs- und Legitimationsleistungen erforderlich zu sein. Zwar machten auch Angehörige des Mittelbaus von der neuen politischen Freiheit Gebrauch und boten - so vor allem in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereichen - neue Lehrveranstaltungen an, oft auch mit neuen Forschungsprojekten gekoppelt. Das waren jedoch meist fakultative Veranstaltungen außerhalb des nach wie vor existierenden alten obligatorischen Systems, die "Hauptrennen" wurden jetzt - wie im Westen - mehr und mehr von den Professoren bestritten.

Vor allem in den wirtschafts-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern vollzogen sich ab Frühjahrsemester 1990 inhaltliche Wandlungen: "Bürgerliche" Philosophie, "bürgerliches" Recht, Marktwirtschaftsökonomie, Managementlehren, "westliche" Erziehungstheorien hielten in den Vorlesungen Einzug. Kritische Ansätze zu einem humanen Sozialismus oder zum "Dritten Weg", vor allem von Mittelbau-Angehörigen noch im Herbstsemester versucht, hatten da kaum noch Chancen. Viele - vor allem jüngere - wissenschaftliche Mitarbeiter sahen mit Entsetzen, wie sich ihre Professoren - oft auch bekannte politische Hardliner - wendeten und anpaßten, oft eilig Kontakte zu westdeutschen Hochschulen aufnahmen bzw. alte Kontakte - zu DDR-Zeiten als Reisekader geknüpft - wieder aufnahmen. Das war nicht das, was sich viele Angehörige des Mittelbaus als Erneuerung vorstellten: statt eigener neuer Profilierungschancen Abdrängung auf Nebenstrecken.

Diese und andere erste "Wendeenttäuschungen", aber auch die gewonnene politische Freiheit veranlaßten Mittelbau-Angehörige verschiedener Fachbereiche und Hochschulen sich zu Assistenten- oder Mittelbau-Vereinigungen zusammenzuschließen, um erstmalig ihre spezifischen Interessen zu artikulieren und - wenn möglich - durchzusetzen. Sie hatten sowohl die Hochschulerneuerung als auch die Stärkung ihrer Positionen gegenüber den Professoren zum Ziel - auch schon eingedenk westdeutscher Verhältnisse. So heißt es z. B. in den Leitgedanken der Vereinigung Akademischer Mittelbau von Berlin (Ost) vom Mai 1990: "Wir treten ein: 1. für eine demokratische akademische Selbstverwaltung, 2. für eine Hochschulpolitik der Öffentlichkeit, 3. für berufliche und soziale Entwicklung."

Wenn auch Mittelbau-Angehörige solcher Fachbereiche, die besonders auf die DDR-Ideologie ausgerichtet waren, schon um ihre Arbeitsplätze bangten, überwog damals noch allgemein - auch in Berlin - die Aufbruchstimmung. Dazu trugen vor allem die neuen Arbeitsbedingungen bei: freier Zugang zur internationalen Literatur, Kontakt- und Reisemöglichkeiten zu Kollegen im Westen, politisch nicht reglementierte Publikationsmöglichkeiten. Aber auch die Möglichkeit, jetzt eigene Vertreter in Konzil und Senat entsenden zu können, registrierten viele wissenschaftliche Mitarbeiter mit Genugtuung.

In die Aufbruchstimmung mischte sich erstmals deutlich Sorge, als der letzte Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR, Prof. Meyer, im Juli den Entwurf der neuen Mitarbeiterverordnung vorlegte - dabei offensichtlich immer noch davon ausgehend, daß es 1990 noch nicht zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen würde. Dieser Entwurf war schon weitgehend an das bundesdeutsche Hohschulrahmengesetz angelehnt und sah für die übergroße Mehrheit des Mittelbaus befristete Stellen vor. Nur ein Teil der Oberassistenten sollte die Möglichkeit haben, weiterhin unbefristet tätig zu sein.

Die Vereinigung Akademischer Mittelbau Berlin (Ost) und andere inzwischen gegründete ostdeutsche Landesvereinigungen lehnten den Entwurf deshalb ab und entwarfen Gegenvorschläge, deren Kern der Erhalt der unbefristeten Stellen bzw. Übergangslösungen war.

Mit dem schnellen Beitritt der DDR zum Bereich des BRD-Grundgesetzes auf der Basis des Einigungsvertrages wurde diese Veordnung praktisch gegenstandslos. In Berlin wurden mit der Verabschiedung des Mantelgesetzes durch das Abgeordnetenhaus - anders als in den ostdeutschen Ländern - auch sofort die rechtlichen Grundlagen für die Anpassung der Ostberliner Hochschulen an das (west)berliner Hochschulgesetz - BerlHG - mit einigen Übergangsregelungen geschaffen. Von den in der Stellungnahme der Vereinigung Akademischer Mittelbau Berlin (Ost) zum Mantelgesetz (das generell abgelehnt wurde) erhobenen Forderungen blieb im wesentlichen der zeitweilige Erhalt der neuen Statuten der Ostberliner Hochschulen übrig, das für die Humboldt-Universität immerhin die Viertelparität vorsah. Die gleichfalls erhobene Forderung nach Wahrung des

sozialen Besitzstandes des Ostberliner Mittelbaus ging ins Leere.

Damit war - natürlich nicht nur für den Mittelbau - die Aufbruchphase im Prinzip beendet, und es begann die Phase der Anpassung. Zwar gibt es auch in dieser Phase für Mittelbau-Angehörige neue Entwicklungs-, Aufstiegs-, und Förderungschancen, auch neue Mitsprachemöglichkeiten in den Gremien der Hochschulselbstverwaltung. Besonders eine Reihe von Geistes- und Sozialwissenschaftlern nutzt die Chance der Bearbeitung neuer, interessanter, sie fordernder Forschungsthemen, teilweise auch in gemeinsamen Forschungsprojekten mit westdeutschen Kollegen. Prinzipiell jedoch ist diese Phase durch eine permanente Arbeitsplatzunsicherheit gekennzeichnet, die die Produktivität hemmt. In Berlin nimmt die Unsicherheit relle Gestalt an durch die Auflösung der Hochschule für Ökonomie (als wissenschaftliche Hochschule), wodurch Hunderte Mittelbau-Angehörige ihren Arbeitsplatz verlieren. Ein Teil findet zwar Beschäftigung in sich neu gründenden Bildungsgesellschaften oder auch in westdeutschen/Westberliner Fachhochschulen, einige arbeiten aber auch - zumindest zeitweilig - als Kellner. Für einen weiteren Teil beginnen 1991 ABM-Projekte als Auffangbecken zu wirken.

Auch Naturwissenschaftler, Mediziner und Technikwissenschaftler, die sich bis dahin noch relativ sicher, da wenig "ideologiebelastet", fühlten, ergreift zum Ende des Jahres 1990 die Unsicherheit. Dabei spielten sowohl die geplante Auflösung der Ingenieurhochschule Wartenberg eine Rolle, als auch Gerüchte über eine Zusammenlegung von Fachbereichen aus Ost- und Westberliner Hochschulen zum Zwecke der Personaleinsparung.

Im Dezember 1990 holt die Wissenschaftssenatorin von Berlin zu einem entscheidenden Schlag gegen die geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereiche der Humboldt-Universität aus. Sie läßt gegen heftigen Protest der Universität den Berliner Senat die sogenannte Abwicklung von fünf Fachbereichen wegen "ideologischer Belastetheit" und die gänzliche Liquidierung der Fachbereiche Kriminalistik und Wissenschaftstheorie und -organisation (so etwas gibt es in westdeutschen Universitäten nicht) beschließen. Das rüttelt noch einmal die "Mittelbauern" der betroffenen und anderer Bereiche, die zum großen Teil in passiver Abwartehaltung verharrten, wach, denn "Abwicklung" bedeutete Beendigung der Arbeitsverträge der Mitarbeiter der Einrichtung ohne Einzelkündigungen bei Erhalt der Einrichtung und Neubesetzung der Stellen. Das Oberlandesgericht hebt diesen Beschluß nach einigen Wochen zwar wieder auf, eine Reihe von Mittelbau-Angehörigen kehrt aber nicht mehr an die Universität zurück bzw. bereitet ihren Absprung vor.

Die Universität, durch den Beschluß aufgeschreckt, will ihm durch eine deutliche Emeuerungs- und Anpassungsleistung begegnen. Ihr Konzil beschließt noch im Dezember die Bildung sogenannter Personal- und Strukturkommissionen, die - drittelparitätisch besetzt - das gesamte wissenschaftliche Personal fachlich und hinsichtlich seiner politischen Vergangenheit evaluieren soll. Die Kommissionen - demokratisch gewählt - arbeiteten nach sehr unterschiedlichen Maßstäben und mit unterschiedlicher Intensität. Durch die im Ergänzungsgesetz des Berliner

Senats im Juni 1991 beschlossenen Struktur- und Berufungskommissionen für alle Fachbereiche der Ostberliner Hochschulen wurde ihre Arbeit später obsolet. Obwohl sie durchaus von positiven Absichten, der weiteren Erneuerung, getragen waren und von vielen Mitarbeitern begrüßt wurden, trugen sie andererseits aber auch zur weiteren Verunsicherung und Frustration bei.

Viele "Mittelbauern" in Berlin und anderen ostdeutschen Ländern wollten zwar mit der politischen Wende die "Professoren-Altlasten" oder auch die "Roten Sokken" der "Gewi-Bereiche" loswerden, für sich selbst aber die Freiheiten der westlichen Wissenschaft mit ihren bisherigen DDR-Besitzständen vereinigen - eine Vorstellung, die nicht nur in Wissenschaftskreisen anzutreffen war. Statt dessen kommen ab 1991 neue Probleme auf sie zu, wie

- nicht erwartete Strukturveränderungen,
- geplante und praktizierte Stellenreduzierungen (aus Haushalts- und "Bedarfsgründen"),
- geplante Befristungen von Arbeitsverhältnissen,
- Evaluierungen der fachlichen und politisch-moralischen Eignung,
- Verdrängungsgefahr durch "Mittelbauern" aus dem Westen, die die Berufungschance radikal verkleinern bzw. die im Gefolge von Professoren aus dem Westen erwartet werden.

Dazu werden - in den einzelnen Fächern und Einrichtungen allerdings unterschiedlich - die höheren Normen der westdeutschen Hochschulen für Lehrdeputate eingeführt. Folgen dieser Problemsituation sind:

- An vielen Wissenschaftsbereichen gehen besonders jüngere und überdurchschnittlich leistungsfähige Mittelbau-Angehörige weg, die an anderen Stellen bessere Chancen sehen, die aber gerade die potentiellen Träger eines Qualitätsaufschwungs in der Wissenschaft sein sollten. Das betrifft natürlich - neben anderen - besonders die abwicklungsgefährdeten Wissenschaftseinrichtungen. (In einigen Wissenschaftsgebieten der Humboldt-Universität wie z. B. Informatik, Wirtschaftswissenschaften, Wissenschaftstheorie und -organisation setzte ein regelrechter "Kahlschlag" ein.)

Während ein Teil der Mittelbau-Angehörigen, die sich aus welchen Gründen auch immer - gute Chancen für eine Weiterbeschäftigung ausrechnen, sich intensiv auf die Erneuerung von Forschung und Lehre konzentriert, sich auch auf die teilweise quantitativ höheren Anforderungen einstellt und ebenso Funktionen in den Selbstverwaltungsgremien übernimmt, beschäftigen sich viele mehr mit ihrer eigenen prekären Situation. Da viele nicht wissen, ob ihr Arbeitsgebiet "abgewickelt" wird, fehlt die Motivation für das Engagement über das "Pflichtpensum" hinaus.

- Es besteht zunehmend die Gefahr, daß sich viele "Mittelbauern" auf die neu gewachsene Pflichtstundenzahl in der Lehre konzentrieren, dafür aber die früher oft intensive fachliche Betreuung von Studenten (z. B. im Zusammenhang mit Praktika, Haus- und Diplomarbeiten) einstellen.

- Die stärkere Orientierung am Lehrbedarf führt in einigen Fachgebieten auch zur Vernachlässigung der Forschung, was sich wiederum in der Evaluierung negativ auswirkt.

In einer Reihe von Wissenschaftsbereichen scharen sich auch "Mittelbauern" wieder fester um ihren Professor, sozusagen als Mast auf dem sinkenden Schiff, um vielleicht mit ihm als "Kapazität" zu überleben.

Die genannten Erscheinungen sind in den Hochschulen aller ostdeutschen Länder zu identifizieren, in Berlin aber besonders mit der Verabschiedung des sogenannten Ergänzungsgesetzes durch das Berliner Abgeordnetenhaus im Juni 1991, das neben weiteren Restriktionen für die Ost-Wissenschaft (so auch für Professoren) die Einsetzung von Struktur- und Berufskommissionen für alle Wissenschaftsbereiche durch den Senator für Wissenschaft bringt.

Mit der Tätigkeit dieser Kommissionen begann ein weiterer Auslese- und Anpassungsprozeß für den Mittelbau an die westdeutschen Strukturen. Sie sollten für den Wissenschaftssenator das Instrument sein, um die Wissenschafts- und Personalstrukturen an den Hochschulen Ost-Berlins nach dem Vorbild der Westberliner Hochschulen (oder denen in Baden-Württemberg) einzurichten

Einige Bemerkungen zur Arbeitsweise dieser Kommissionen: In den Struktur- und Berufungskommissionen (SBK) hatten die Vertreter der Hochschulen Ost zwar die rechnerische Mehrheit, die Vorsitzenden der SBK, vom Wissenschaftssenator berufen, kamen jedoch in der Regel aus dem Westen und hatten die eigentliche strukturelle Macht, die es ihnen erlaubte, Kriterien und Leitlinien vorzugeben, Diskussionsthemen und Entscheidungen vorzustrukturieren. Letztlich hatten sie auch den entscheidenden Einfluß darauf, wie die Kommission ihre Aufgaben und Kompetenzen selbst definierte. In Abhängigkeit davon setzte für den Mittelbau ein entscheidender Differenzierungsprozeß - von Fach zu Fach - beim Übergang in die neuen Strukturen ein, nachzuvollziehen vor allem am Beispiel der Humboldt-Universität.

Während die einen die Evaluierungsergebnisse der früheren Personal- und Strukturkommissionen fachlich übernahmen und sich auf den Aufbau neuer Lehrstühle konzentrierten, begannen die anderen mit einer umfassenden Evaluierung der Mitarbeiter; während die einen schriftliche Unterlagen abforderten, fällten andere Urteile anhand der Weiter- oder Nichtweiterexistenz von Lehr- und Forschungsgebieten; während die einen die durch das Gericht verhinderte "Abwicklung" über Kündigungsempfehlungen kahlschlagartig nachholte (so z. B. Wirtschaftswissenschaften), wurden die Mitarbeiter anderer Fachbereiche im wesentlichen positiv evaluiert (so z. B. Psychologie oder Mathematik).

Ein für die betroffenen "Mittelbauern" entscheidender Unterschied war, daß einige Kommissionen - wie z.B. auch an der Leipziger Universität - nur die fachliche bzw. auch "moralische" Qualifikation anhand der bisherigen Tätigkeit evaluierten - sozusagen für einen Pool - und die Auswahl für die Stellen der späteren Überleitung überließen, während andere gleichzeitig den Bedarf auf der Grundlage der fixierten neuen Soll-Struktur evaluierten und von daher Kündigungsempfehlungen an die Universitätsleitung ableiteten. Einheitliche Arbeitsleitlinien und Evaluierungskriterien gab es aber nicht.

Auch das Verhältnis der Mittelbau-Angehörigen untereinander differenzierte sich zusehends.

Im Gegensatz zu den früher drittelparitätisch vertretenen Abgesandten des Mittelbaus in den früher gewählten Personal- und Strukturkommissionen der Humboldt-Universität wurde in die Struktur- und Berufungskommissionen jeweils nur ein "Mittelbauer" berufen. In einer Reihe Kommissionen agierte er (oder sie) als tatsächlicher Interessenvertreter des Mittelbaus. Dem gingen auch meinungs- und entscheidungsbildene Mittelbau-Versammlungen des jeweiligen Wissenschaftsbereichs voraus, in denen Schwerpunkte der Interessenvertretung gesetzt wurden. In anderen Kommissionen vertraten Mittelbauern lediglich ihre eigenen Interessen bzw. die ihrer speziellen Klientel. Meinungs- und entscheidungsbildende Versammlungen gab es da nicht. Jeder agierte oder reagierte praktisch für sich, und Solidarität war dann durch Konkurrenz ersetzt. Das "erleichterte" natürlich den Professoren und Vorsitzenden der SBK ihre Arbeit, vor allem ihren Auftrag, den unbefristeten Mittelbau zu reduzieren und Verhältnismodelle von einem Professor zu 1,66 Mittelbaustellen umzusetzen. In Verbindung mit einem den negativ Evaluierten gleichzeitig auferlegten Lehrverbot waren schon zur Jahreswende 1991/92 in einzelnen Bereichen der Humboldt-Universität viele Mittelbau-Angehörige von der Bildfläche verschwunden.

Von da an nahm die Heterogenität des Mittelbaus in Ostberlin immer mehr zu: sowohl die Heterogenität der Interessen als auch die Heterogenität der tatsächlichen sozialen Lage mit ihren Existenz- und Reproduktionsbedingungen. Auch die Konzepte der Vertreter des Mittelbaus verfeinerten sich unter dem Druck der Macht des Faktischen und der Stellenpolitik des Berliner Senats. Vertrat z.B. die Konzilsgruppe Mittelbau der Humboldt-Universität (auch in Übereinstimmung mit der LAM Berlin) 1991 noch die Auffassung, so viel wie möglich (unbefristete) Mittelbaustellen zu erhalten, empfahl die neugewählte Konzilsgruppe im Frühjahr 1992 dem Akademischen Senat global die Kündigung aller negativ evaluierten wissenschaftlichen Mitarbeiter bis 30.9.1992. Auch von der ursprünglich geforderten sozialen Abfederung für Mitarbeiter, an denen kein Bedarf mehr sei, war zu diesem Zeitpunkt keine Rede mehr. Demzufolge war im ersten Halbjahr 1992 die erste größere Kündigungswelle in Berlin für negativ evaluierte Mittelbau-Angehörige (Kündigungsgründe meist Qualifikation bzw. Bedarf). Sie rekrutierten sich vor allem aus ursprünglich 1991 zur Abwicklung vorgesehenen Fachbereichen (Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hatten dagegen mit ihren Abwicklungs-Kündigungen schon 1991 erste "Höhepunkte").

Außer den Gekündigten bildeten sich im Frühjahr 1992 im Mittelbau zwei Interessengruppen heraus.

Die von den Struktur- und Berufungskommissionen negativ evaluierten bzw. zur Kündigung vorgeschlagenen wissenschaftlichen Mitarbeiter artikulieren ihre Interessen so:

- Schaffung von Berufungskommissionen zur Überprüfung der teilweise willkürlichen, nach sehr unterschiedlichen Kriterien gefällten Urteile der SBK,
- Weiterbeschäftigung auf sogenannten KW-Stellen, die mit dem Ausscheiden des Mitarbeiters aus den Hochschulen

wegfallen - zumindest für Mitarbeiter ab 50 Jahre bzw. mit zwanzigjähriger Zugehörigkeit zur Hochschule,
- Qualifizierungsverträge incl. Delegierungen zur Weiterbildung an Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen im Westen Berlins,
- soziale Abfederung durch Sozialpläne.

Einige dieser Punkte wurden auch Gegenstand beschäftigungspolitischer Forderungen der GEW Berlin. (8) Mitarbeiter und GEW bezogen sich dabei auch auf bisher in Westdeutschland bei mit Strukturveränderungen einhergehenden Änderungen in den Arbeitsverhältnissen des akademischen Mittelbaus üblichen Verfahrensweisen.

Abgesehen von einzelnen Möglichkeiten der Weiterbildung gab und gibt es jedoch keine Chance zur Realisierung dieser Interessen. Das hängt offensichtlich damit zusammen, daß die Personalreduzierung politisch so gewollt und so universal auch aus ökonomischen Gründen betrieben wird. Im Gegenteil: Diese Mittelbau-Angehörigen - meist auch, wie an der Humboldt-Universität, schon 1992 mit Lehrverboten von seiten der Universitätsleitung bzw. Fachbereichsleitung belegt - sind, soweit sie zum Jahresende 1992 nicht bereits entlassen wurden, seit Frühjahr/Sommer 1992 so gut wie kein Thema hochschulpolitischer und hochschulpraktischer Erörterungen mehr.

Hochschulgremien, Mittelbauvertretungen und Gewerkschaften konzentrieren sich seit dieser Zeit in Berlin und den ostdeutschen Ländern auf die Interessen der positiv evaluierten und (zunächst) nicht zur Kündigung vorgesehenen wissenschaftlichen Mitarbeiter, die in folgenden hochschulpolitischen Forderungen fixiert werden können (9):

- Übernahme der Mitarbeiter in die Beschäftigungskategorien des Hochschulrahmengesetzes - unabhängig von Sollstellenplänen des Berliner Senats und Strukturplänen der Hochschulen.

- (Als Mindestforderung): Verbleib der nicht auf die neuen Stellen übernommenen Mitarbeiter in ihren bisherigen Dienstverhältnissen. Zur-Verfügung-Stellung von sogenannten Überhangstellen über die Sollstruktur hinaus.

- Anstreben eines Verhältnisses von befristeten und unbefristeten Mittelbau-Stellen 50:50 im Jahre 1995 in Abhängigkeit von der Wissenschaftsdisziplin durch Wegfall unbefristeter Stellen bei Ausscheiden des Mitarbeiters aus dem Arbeitsverhältnis.

- Bei Fusion von Wissenschaftsbereichen mit Einrichtungen Westberliner Hochschulen keine Benachteiligung in den Arbeitsverhältnissen.

- Erhalt eines günstigeren quantitativen Verhältnisses zwischen Mittelbau und Studenten als in den alten Bundesländern.

Der Hintergrund der ersten beiden Forderungen ist, daß diese "Mittelbauern" zwar positiv evaluiert sind. Da dies für die Mehrheit jedoch nicht in bezug auf die neue Sollstellenstruktur erfolgte - wie auch in anderen Bundesländern nicht -, bedeutet das zunächst für viele "nur die Anerkennung ihrer Qualifikation, nicht die Anerkennung des 'tatsächlichen künftigen Bedarfs' an ihnen. Diese (formale) Anerkennung erfolgt erst durch die Übernahme in die neuen Beschäftigungsverhältnisse lt. HRG auf die neuen Stellen.

Das Problem steht vor dem positiv evaluierten Hochschulpersonal aller beigetretenen Bundesländer, wird aber in den einzelnen Ländern unterschiedlich geregelt. Während es z. B. im Land Mecklenburg-Vorpommern eine Übernahmeverordung der Landesregierung gibt, wird in Berlin die Übernahme durch ein Gesetz geregelt, das im Juni 1992 verabschiedet wurde. Für viele Mittelbau-Angehörige bedeutet dies nun eine zweite Evaluierung in Hinsicht auf ihren tatsächlichen Bedarf und - wie die Ergebnisse des zweiten Halbjahres 1992 zeigen - nun auch für sie das "Aus".

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es noch zu früh für quantitative Aussagen für Berlin, die vorliegenden Zahlen für Bedarfskündigungen in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen des Jahres 1992 (10) lassen jedoch noch einen weiteren umfangreichen Personalabbau ahnen. Bei diesem trifft es nun auch verstärkt die Naturwissenschaftler, wie das aktuelle Beispiel des Fachbereichs Physik der Humboldt-Universität zeigt, also auch "Mittelbauern", die zunächst vielfach glaubten, der Personalabbau werde weitgehend an ihnen vorbeigehen.

Daß dies nicht der Fall ist, hat in Berlin auch noch eine zusätzliche Ursache in der durch den Berliner Senat beabsichtigten Fusion verschiedener Wissenschaftsbereiche zwischen Hochschulen Ost und West, so z. B. der Agrarwissenschaften und Veterinärmedizin. Während der dazu geplante Stellenabbau an den Hochschulen Westberlins sozialverträglich auf der Basis des BAT West erfolgt, wird diese Fusion für die Ost-Mittelbauern - und sicherlich auch Hochschullehrer - weitere Kündigungen bedeuten.

Zwar ist auch die Einrichtung von Überhangstellen vorgesehen, jedoch bedeuten z. B. die für die Humboldt-Universität geplanten 150 Stellen nicht mehr als den berühmten Tropfen auf den heißen Stein, und außerdem werden sie wohl - nach den ersten Erfahrungen - für soziale Härtefälle des Mittelbaus zur Verfügung stehen, ansonsten überwiegend für Professoren.

Wie schon weiter vorn dargelegt, bleibt die Arbeitsplatzunsicherheit nicht ohne Auswirkungen auf das Arbeitsverhalten und die Arbeitsmotivation. Trotzdem geht bei denjenigen, die positiv evaluiert wurden und sich eine Chance auf "Übernahme" ausrechnen, der Anpassungsprozeß an die durch das HRG fixierten Anforderungen an den Mittelbau weiter. In seine möglicherweise entscheidende und letzte Etappe ist dieser Prozeß der Tätigkeitsanpassung durch die Berufung von immer mehr neuen Professoren - meist aus dem Westen - auf die neu eingerichteten Lehrstühle und deren tatsächliche Arbeitsaufnahme verstärkt seit dem Sommersemester 1992 getreten; denn eine ganze Reihe von "Mittelbauern" sind damit faktisch bereits von den neuen Professoren "übernommen" bzw. ihnen - nach HRG-Recht - zugeordnet worden. Nach ersten Erfahrungen vollzieht sich der Übernahme- und Anpassungsprozeß sehr differenziert: Ein Teil des Mittelbaus - vor allem Oberassistenten - kann seine selbständige, selbstverantwortliche Tätigkeit fortsetzen; sie führen sowohl ihre bisherigen Lehrveranstaltungen wie auch ihre Forschungsprojekte fort.

Ein weiterer Teil muß bisherige Lehrveranstaltungen (z. B. Grundlagenvorlesungen) aufgeben, kann aber zunächst lau-

fende Forschungsprojekte noch selbständig fortführen. Ein dritter Teil muß bisherige Selbständigkeit aufgeben und wird auch inhaltlich voll der Dienst- und Fachaufsicht der neuen Professoren unterstellt. Ein letzter Teil kann vielleicht zeitweilig seine bisherige Arbeit fortführen, muß aber perspektivisch mit seiner Nichtübernahme auf die neuen Stellen rechnen, u. a. wenn der Professor selbst "Mittelbau" nachzieht oder neu auswählt. Auch "DDR"-Professoren lassen ihren Mittelbau die neue Macht spüren.

Das Hauptproblem für viele jetzt in Berlin und anderen Ländern zur Übernahme anstehende "Mittelbauern" ist aber über ihre unmittelbare Arbeitstätigkeit hinaus ihr zukünftiger Status, d. h. die Übernahme in ein (weiterhin) unbefristetes oder befristetes Arbeitsverhältnis.

Basierend auf den Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes und der Praxis westdeutscher und Westberliner Hochschulen sollen Assistenten und Oberassistenten weitgehend befristet eingestellt bzw. übernommen werden. Dabei orientierte der Berliner Wissenschaftssenator 1991 auf ein Verhältnis von 20 unbefristeten zu 80 befristeten Stellen. Er geht dabei von der relativ niedrigen Anzahl unbefristeter Stellen an den Westberliner Hochschulen aus, während der Anteil haushaltsfinanzierter Stellen in Westdeutschland im Durchschnitt bei 36 - 41 % liegt (11). Dem würde auch die Kompromiß-Orientierung von 40:60 des Konzils der Humboldt-Universität entsprechen, die in den nächsten Jahren erreicht werden soll. Da aber der Fachbereich Rechtswissenschaften der Humboldt-Universität in vorauseilendem Gehorsam bereits die Mehrheit der Mittelbau-Stellen befristet hat und überhaupt für die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer nur wenig Dauerstellen geplant sind, ist anzunehmen, daß im Rahmen der Personalübernahme und des damit einhergehenden Drucks beim Abschluß neuer Arbeitsverträge solche vollendeten Tatsachen geschaffen werden, die den Vorstellungen des Wissenschaftssenators nahekommen. Nach ersten Umfragen scheint auch verständlich, daß z. B. einem 48jährigen Oberassistenten eine auf vier Jahre befristete Überhangstelle oder auch Beamtenstelle lieber ist als die Kündigung, und auch jüngere werden - wie in anderen ostdeutschen Ländern, die in diesem Prozeß schon weiter sind -, befristete Arbeitsverträge unterschreiben. Damit geht dem ehemaligen DDR-Mittelbau der wahrscheinlich wichtigste berufliche und soziale Besitzstand verloren.

IV. Für eine neue Personalstruktur an den wissenschaftlichen Hochschulen in Deutschland

Die von keiner Seite bestrittene und am Anfang kurz beschriebene Krisensituation an den westdeutschen Universitäten bedarf vor allem einer Änderung der Personalstruktur. Diese Forderung erhebt sich um so dringlicher, da die für die Universitäten und Hochschulen politisch Verantwortlichen trotzdem dabei sind, diese reformbedürftige, den Anforderungen immer weniger entsprechende Struktur auch den ostdeutschen Hochschuleinrichtungen "überzustülpen". Dabei wird die Chance vertan, positive Elemente der DDR-Struktur - wie weiter vorn beschrieben - zu erhalten und in ein Reformmodell für die Hochschulen ganz Deutschlands einzubringen. Vor allem, wenn man bedenkt, daß - laut Aussage der Hochschulrektorenkonferenz - 50.000 Stellen im westdeutschen Hochschulbereich fehlen, erscheint der gleichzeitige massive Personal- und Stellenabbau an ostdeutschen Hochschulen besonders kritikwürdig. Es hat den Anschein, als ob eine beide Seiten befriedigende Lösung aus politischen und offensichtlich auch finanziellen Gründen außer acht gelassen wird. (12)

Im folgenden soll eine Skizze für eine neue Personalstruktur an deutschen wissenschaftlichen Hochschulen versucht werden. (12a)

1.

Die jetzige Personalstruktur an den Hochschulen im Westen und bald auch im Osten ist sowohl real als auch in seiner HRG-Widerspiegelung das Ergebnis der historischen Entwicklung deutscher Hochschulen, des speziellen deutschen Weges der strukturellen und personellen Bewältigung von Hochschulaufgaben. Diese deutsche Lösung ist durch den Professor als typischen Hochschullehrer und -forscher geprägt. Alle anderen Personen erscheinen demgegenüber als Hilfskräfte bzw. als "Nachwuchs". In anderen Ländern in Ost und West gibt es jedoch auch andere Lösungen von Hochschularbeitsteilung und Personalstruktur. In den meisten Ländern Osteuropas sind die promovierten Assistenten und vor allem die erfahrenen (meist nicht habilitierten) Dozenten das Rückgrat der wissenschaftlichen Hochschulen. Die DDR ging einen "Mittelweg". Hier hatten die Dozenten in der Regel (und meist auch ein Teil der Oberassistenten) die B-Promotion und leiteten auch oft ein Wissenschaftsgebiet.

Letztlich zeigen die unterschiedlichen Ausprägungen der Personalstruktur erneut, daß man in sozialen Organisationen gleichen Ziels mit unterschiedlichen Strukturlösungen gleiche oder ähnliche Effekte erzielen kann - eine Erkenntnis, die aber bei der "Hochschulvereinigung" offensichtlich mit Absicht außer acht gelassen wurde.

2.

Die alte Arbeitsteilung und die darauf aufbauende Personalstruktur an den (west-)deutschen Hochschulen müssen in Frage gestellt werden. Dafür gibt es vor allem zwei Komplexe von Gründen:

a) Gründe der Aufgabenerfüllung bzw. zunehmenden Nichterfüllung der Aufgaben vor allem durch steigende Studentenzahlen. (13) Anders ausgedrückt: Effizienzgründe der sozialen Organisation Hochschule. Die Orientierung nur auf den Professor als Lehrer ist dem - trotz der Erhöhung der Professorenzahlen in den siebziger Jahren - nicht mehr gewachsen, abgesehen vom Desinteresse vieler Professoren an der Lehre.

b) Die tatsächlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse des Mittelbaus: Die Hochschule als berufliche Sackgasse für viele ältere "Mittelbauern", die Arbeitsplatzunsicherheit durch die Zeitvertragspraxis, die zunehmende Übernahme von Aufgaben von Professoren ohne entsprechenden Status. Der Status ist weiterhin durch Unselbständigkeit, Abhängigkeit und durch Qualifizierungs-

druck, der jetzt auch dem ostdeutschen Mittelbau droht, geprägt. Statt Identifikation mit der Einrichtung wird "Durchgangsmentalität" hervorgebracht.

3.

Deshalb ist eine neue Arbeitsteilung in den Daueraufgaben zwischen Professoren und Mittelbau notwendig, die von der jetzigen und zukünftigen Aufgabensituation ausgeht. Ein theoretischer Ausgangspunkt wäre dabei, die Hochschulen als eine produzierende (soziale) Organisation aufzufassen, die zur Realisierung ihrer Ziele eine 'Vielfalt von Aufgaben (Funktionen) unterschiedlicher Art und Niveau ausbildet, die sich in einer entsprechenden horizontalen und vertikalen Arbeitsteilung niederschlagen. Aus der vertikalen Arbeitsteilung ergeben sich Aufgaben für Professoren einerseits und für wissenschaftliche Mitarbeiter/Angestellte (Mittelbau) andererseits.

Die Aufgaben der Professoren sollen vor allem in der Vertretung eines Faches oder Fachgebietes liegen: Wissenschaftsentwicklung, strategie und -leitung. Dazu gehört die Leitung (größerer) Forschungsprojekte. In der Lehre sollte außer bestimmten Überblicksvorlesungen die Konzentration auf das Hauptstudium bzw. das zu erwartende Aufbau- bzw. Graduiertenstudium für den wissenschaftlichen Nachwuchs erfolgen.

Die Aufgaben des akademischen Mittelbaus sollten vor allem in der weitgehend selbstverantworteten Forschung - incl. Projekverantwortung (14) - und der Lehre liegen, ausschließlich der mit diesen beiden Hauptfunktionen verbundenen Dienstleistungen. In der Lehre könnte die Konzentration auf das Grundstudium erfolgen und die spezielle Ausbildung im Hauptstudium. Die Kategorienvielfalt im Mittelbau sollte zwar beseitigt werden, eine Einstellung für überwiegend Lehraufgaben aber weiterhin möglich sein. Damit könnte der anzustrebende Status des Mittelbaus in Dauerfunktionen dem des Mittelbaus in der DDR ähnlich sein, so wie er weiter oben beschrieben wurde.

Letztendlich hätten also Professoren und "Mittelbauern" in einem komplexen Berufsfeld Wissenschaft sich im Anforderungsniveau unterscheidende Aufgaben zu realisieren, für die effektiv nachgewiesene Qualifikationsunterschiede die Voraussetzung wären.

4.

Demzufolge sollten die wissenschaftlichen Mitarbeiter (i. a. Sinne), die promoviert sind und ihre Qualifikation für Forschung und Lehre (überwiegend in befristeten Qualifikationsstellen) nachgewiesen haben, prinzipiell unbefristet eingestellt werden (15).

Das würde vor allem bei den folgenden Aufgaben für ein den zukünftigen Anforderungen besser entsprechendes Niveau sorgen:
- Leistungen in der langfristigen Forschung,
- Lehr- und Betreuungsaufgaben,
- Leistungen in der Hochschulmethodik und -didaktik, Hochschulplanung und Wissenschaftsmanagement.

Gleichzeitig sollen die Funktionsstellen nicht Professoren zugeordnet werden, sondern - wie es auch in der DDR üblich war - dem Institut bzw. der Abteilung.

Der Aufstieg sollte bei Funktionserweiterung/Aufgabenniveauerhöhung und Bewährung möglich sein - auch wenn der Karriereweg nicht als Professor endet. (16)

Befristungen sollten demzufolge nur noch für Qualifikationsstellen und für bestimmte Projektstellen vorgesehen werden.

5.

Um das zu erreichen, wären neben "Bewußtseinsveränderungen" vor allem Änderungen in zweierlei Hinsicht notwendig:

a) Gesetzliche Änderungen (17): vor allem das Hochschulrahmengesetz und das Zeitvertragsgesetz betreffend. Hier könnte man in einigen Punkten evtl. auf die frühere Mitarbeiterverordnung der DDR zurückgreifen.

b) Tarifvertragliche Änderungen (18): Tätigkeit und Tätigkeitsbedingungen von Hochschulangestellten müssen Gegenstand des BAT werden. Dabei ist die Spezifik unterschiedlicher Gruppen zu berücksichtigen, incl. Eingruppierung, Aufstiegsmöglichkeiten usw.

Kann man die behandelte Problematik zusammenfassend auf einen Nenner bringen? Man kann, wenn man Christoph Klein-Brabender zitiert: Es geht um die durchgreifende Professionalisierung des Mittelbaus. (19)

Nachwort

Der Transformationsprozeß des ostdeutschen Mittelbaus wurde hier in erster Linie aus hochschulpolitischer Sicht dargestellt. Nach Meinung des Autors wäre es aber auch durchaus von Interesse, dieses Herangehen durch eine arbeits- und berufssoziologische oder evtl. auch organisationssoziologische Sichtweise zu ergänzen. Dies muß allerdings weiteren Studien vorbehalten bleiben.

Klaus Klinzing, Dr. sc. phil., ist Soziologe in Berlin

Anmerkungen:

1) Vgl. Plädoyer für eine Initiative Mittelbau. 7. GEW-Konferenz Hochschule und Forschung, 17.-19.10.1991 in der Gesamthochschule Kassel, Teil I: Die Hochschulen in der Krise (Jürgen Krause, Ilmenau) S. 3.

2) Hansjürgen Otto: Überlegungen zu einem Personalstrukturkonzept - Arbeitspapier 1993.

3) Vgl. Jürgen Krause: Wissenschaft als Beruf - Über wissenschaftsadäquate Formen der Arbeitsteilung im Hochschulbereich und eine Weiterentwicklung der Personalstruktur - Arbeitspapier 1992, S. 4.

4) Auf exakte Daten wird hier verzichtet, da die zur Verfügung stehenden Studien unterschiedliche Zahlen ausweisen.

5) Der medizinische Bereich wird hier nicht berücksichtigt.

6) Verordnung über die wissenschaftlichen Mitarbeiter an den wissenschaftlichen Hochschulen - Mitarbeiterverordnung (MVO) - vom November 1968.

7) Vgl. Plädoyer für eine Initiative Mittelbau. A.a.O., S. 5.

8) Vgl. dazu die beschäftigungspolitischen Forderungen der GEW Berlin/At. Wissenschaft vom April 1992.

9) Vgl. ebd.

10) Vgl. Ulrich Jahnke, Hansjürgen Otto; Stellen- und Personalabbau an den Hochschulen 1989 bis 1993. Zwischenbilanz 1992. In: Hilde Schramm (Hg.): Hochschule im Umbruch. Berlin 1993.

11) Vgl. dazu auch Hansjürgen Otto: 20% Dauerstellen im Mittelbau - ist das der West-Standard? - Arbeitspapier. Oldenburg 1992.

12) Vgl. dazu Jürgen Krause: Wissenschaft als Beruf. A.a.0., S. 7ff.

12a) Die Fachhochschulen werden hier nicht berücksichtigt.

13) Vgl. Plädoyer für eine Initiative Mittelbau. A.a.0., S. 3ff.

14) Vgl. dazu auch die davon abweichende Meinung von Hansjürgen Otto, in: Überlegungen zu einem Personalstrukturkonzept. A.a.0.

15) Spezielle Qualifikationsvoraussetzungen werden hier vernachlässigt.

16) Die weitere Notwendigkeit von Habilitationen wird hier offengelassen.

17) Vgl. Hansjürgen Otto: Überlegungen zu einem Personalstrukturkonzept. A.a.0.

18) Siehe dazu Werner Dörr: Tarifpolitik im Bereich Hochschule und Forschung. Arbeitspapier für die Tagung "Arbeitsmarkt Wissenschaft" der GEW, 19.-21.6.1992 in Magdeburg. Vgl. dazu auch die von der IG Metall im Rahmen der Tarifreform 2000 diskutierten tarifpolitischen Handlungsfelder. In: Der Gewerkschafter, H. 1/1991, S. 11ff.

19) Vgl. Plädoyer für eine Initiative Mittelbau. A.a.0., S. 9.

Kunstgeschichte: Blick zurück nach vorn

Vom 19. bis 21. November hatte der Ulmer Verein für Kunstwissenschaft (UV) nach Neuhardenberg im Oderbruch eingeladen zu einer Tagung, die sich mit dem Thema der Bewältigung von gesamtdeutscher Vergangenheit des Wissenschaftszweiges Kunstgeschichte in den letzten fünfzig Jahren unter dem Titel "Blick zurück nach vorn" beschäftigen sollte. Es war im Vorfeld die Rede davon, daß auch die Situation an den Hochschulen, vor allem Fragen der Abwicklung und der Neubesetzung von Lehrstühlen in den neuen Bundesländern - Ursachen und Folgen - besprochen werden sollten.

Um über die Verhältnisse vor 1989 unterrichtet zu werden, "aus erster Hand", wie es sich die aus den alten Bundesländern kommenden Mitglieder des UV wünschten, wurden "Zeitzeugen" eingeladen, gemischt aus Ost und West, darunter auch der Berichterstatter. Ebenso gemischt waren die Referenten. Bei Lichte besehen aber waren die teilnehmenden Zeitzeugen und Referenten überwiegend Hochschulkader der DDR, einige davon recht namhaft (zwei von den nicht dazu gehörenden verließen die Tagung vorzeitig).

Man mußte im Laufe der Diskussionen den Eindruck gewinnen, daß der UV, der ja aufgrund seiner politischen Orientierung seit den siebziger Jahren freundschaftliche Kontakte mit den offiziellen Vertretern der DDR-Kunstwissenschaft pflegen konnte und Hoffnungen auf deren marxistische Arbeiten für eine neue deutsche Kunstgeschichte setzte, dieses Bild weiterhin bestätigt sehen wissen wollte. Der Zerfall im Personellen - was mit dem Ausscheiden des einen oder anderen Kaders, keineswegs aber doch aller, verbunden war - wurde deshalb überaus bedauert und von Mitleid begleitet. Für einen außerhalb des Establishments der "DDR-Kunstwissenschaft" stehenden, aber in der DDR arbeitenden Kunsthistoriker, dem zumindest der Zugang zur Universitätslaufbahn eben we-

gen des bewußt Außerhalbstehens verwehrt bliebt wie auch der persönliche wissenschaftliche Austausch über die Grenzen der DDR hinweg, waren diese Sympathiebekundungen am Ende doch etwas zu viel.

Merkwürdigerweise beschäftigten sich die Referate überwiegend mit den fünfziger Jahren, einer Zeit, in der die Teilung Deutschlands - wenn auch vorbereitet - so doch noch gar nicht konsequent vollzogen war; vor allem hoffte man auf eine baldige Beendung. Dagegen wurde der Kalte Krieg auf dem Gebiet der Kulturpolitik von Jost Hermand so einseitig dargestellt, daß man den Eindruck gewinnen mußte, nur die westliche Seite habe eine Frontstellung aufgebaut. Die Rolle, die der Referent der abstrakten Kunst in diesem Kräftespiel zudachte - geheimdienstliches Mittel zur Unterminierung - grenzte an Diffamierung, was (Gottseidank!) durch Eloquenz und zum Lachen bringende Apercus überdeckt wurde.

Eine vielleicht gar nicht so beabsichtigte Wirkung hatte der im Programm nicht angekündigte Beitrag von Peter H. Feist. Dieser hatte die Hochschulpolitik, die Ausrichtung der Kunstgeschichte, die Ausbildung wie die praktische Arbeit, nach den Richtlinien der Partei der Arbeiterklasse über den Zeitraum der Existenz der DDR zum Inhalt, die Schaffung einer marxistischen Kunstwissenschaft in der DDR, die nicht nur die wissenschaftlichen, sondern auch die künstlerischen Prozesse steuern sollte. Das war ohne Wertung, aber, man kann es bei dem Referenten mit Fug und Recht sagen, so "aus erster Hand" dargestellt, daß die Fragestellungen im Anschluß deutliche Überraschung, ja Betroffenheit verrieten: Eine solche beinahe strangulierende kulturpolitische Reglementierung der Wissenschaften hatte man sich trotz allen Wissens um Staats- und Parteidoktrinen nicht vorstellen können. Völlig unbegreiflich erschien den Tagungsteilnehmern aus Westdeutschland beispielsweise die Tatsache, daß die Herausgabe einer kunstgeschichtlichen Zeitschrift aufgrund ausbleibender Genehmigung seitens der Parteiführungsorgane nicht möglich war. Jetzt stellte sich doch ein großes Informationsdefizit aufseiten des UV heraus, das dann vor allem bei den jüngeren Vereinsmitgliedern zu immer neuen persönlichen Nachfragen führte.

Buchstäblich in letzter Stunde kam man noch auf die Hochschulsituation zu sprechen. Es war von den Abwicklungen die Rede, bei denen offensichtlich mit mehrerlei Maß gemessen worden ist, von den Neuberufungen durch Berufungskommissionen, die wohl an allen Universitäten der neuen Bundesländer westdeutsch dominiert waren, von einseitigen Evaluierungen etc. Es klang durch, man hätte sich die unbestritten notwendige Erneuerung unter der nun wieder möglichen Inanspruchnahme der Hochschulautonomie aus eigenem Vermögen gewünscht. Wer hätte das nicht! Aber der Einblick in die Realitäten, in die tatsächlichen Vorgänge an den Universitäten nach dem Herbst 89, der machtbewußte Versuch zur Wahrung des Besitzstandes unter Ausschluß jeglichen Neuzutritts, hat doch gezeigt, daß dieser Wunsch vergeblich war, und daß das eigentliche Desaster, das noch nicht überall ausgestanden ist, gewissermaßen selbst produziert wurde. Dies einzusehen oder gar zuzugeben, wird schwerfallen.

***Ernst Badstübner** (Berlin/Eisenach)*

Struktur und Funktionsweise der industrieorientierten Forschung an der AdW unter den forschungspolitischen Bedingungen in der DDR

Die Forschungsgruppe "Wissenschaftsstatistik" des WZB und das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIFG) Köln führten am 14. Oktober 1993 im WZB einen Workshop zu dem gemeinsam bearbeiteten DFG-Projekt "Struktur und Funktionsweise der industrieorientierten Forschung an der Akademie der Wissenschaften (AdW) unter den forschungspolitischen Bedingungen in der DDR" durch. Teilnehmer waren Wissenschaftler aus früheren AdW-Instituten sowie aus Organisationen der außeruniversitären Forschung (Max-Planck-Gesellschaft, AG "Blaue Liste", Fraunhofer-Gesellschaft, WZB).

Die Orientierung der Forschung auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme hat die Forschungspolitik der DDR stets dominiert. Die Frage nach der Möglichkeit und Wirksamkeit solcher Orientierungen berührt theoretische Grundfragen der Entwicklung, Struktur und Organisation der Wissenschaft, die bis heute nicht eindeutig beantwortet werden können. Diese Problematik spielt auch in der aktuellen Diskussion um den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland eine wesentliche Rolle.

Anliegen des bereits 1990 von Professorin Renate Mayntz (MPIFG) angeregten und gemeinsam mit Professor Werner Meske (WZB) beantragten und geleiteten DFG-Projekts war es, den Zusammenhang zwischen den forschungspolitischen Bedingungen in der DDR und der Forschungsorganisation der AdW einerseits und der Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung in den Instituten der AdW andererseits aufzuklären. Renate Mayntz erläuterte dieses Anliegen und hob die wissenschaftliche Bedeutung dieses Problems hervor, die theoretisch wie politisch über die DDR und die Spezifik der AdW-Forschung weit hinausgeht.

Werner Meske erläuterte drei Aspekte zur Einordnung der Ergebnisse aus den institutsbezogenen Fallstudien:

(1) Die Forschungspolitik der DDR ging von einem linearen Verständnis des Verlaufs von Forschungs- und Innovationsprozessen aus, wobei dem Transfer-Prozeß vorrangige Bedeutung beigemessen wurde. Die AdW sollte nicht primär für Forschungsergebnisse Nutzungsmöglichkeiten finden, sondern vielmehr ihre Forschungsaufgaben so formulieren, daß die Ergebnisse weitgehend den Erfordernissen der Produktion entsprechen. Die DDR versuchte, dieses Problem mittels ihrer hierarchischen Leitungsstrukturen in Wirtschaft und Wissenschaft zu lösen, die gleichzeitig einen dominierenden Einfluß der Produktion auf die Forschung sicherten.

(2) Bei der Ausgestaltung der auf Vertragsbeziehungen basierenden Verbindungen zwischen Akademie und Industrie gab es im Zeitraum der 70er und 80er Jahre Veränderungen in deren Umfang und Form. Dabei lassen sich drei Etappen unterscheiden:

- die Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre gleichzeitig mit der Akademie-Reform und der Einführung des "Prinzips der aufgabenbezogenen Planung und

auftragsgebundenen Finanzierung der Forschung" durchgesetzte externe Auftraggeberschaft für praktisch alle Forschungsarbeiten der AdW;

- die ab 1972 infolge des Scheiterns dieses Prinzips eingeleitete Phase einer höheren Eigenverantwortung der AdW. Dadurch reduzierte sich die externe Auftraggeberschaft auf knapp 50 Prozent der Forschungskapazität, darunter etwa 30 Prozent für Industriekombinate und Betriebe. Die AdW verfügte selbst für haushaltsfinanzierte Grundlagenforschung über gut die Hälfte ihrer Forschungskapazität.

- Ende der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre verstärkte sich der Druck in Richtung Anwendungsforschung bis hin zur Forschungsverordnung von 1985, die die AdW verpflichtete, den größten Teil ihrer Forschungskapazität für Aufgaben der gezielten Grundlagenforschung und der angewandten Forschung einzusetzen und durch Wirtschaftsverträge mit den Kombinaten zu binden.

(3) Aus heutiger Sicht muß man demzufolge offensichtlich unterscheiden zwischen

- dem in der AdW geschaffenen organisatorischen Rahmen für eine Ko-Präsenz von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung,

- der innerhalb einzelner Institute in der Forschungsarbeit tatsächlich entstandenen Integration beider Forschungsorientierungen sowie

- dem offiziell durch Forschungspolitik und AdW-Leitung propagierten und als erfolgreich herausgestellten AdW-Modell einer Integration von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung .

Die dazu durchgeführten empirischen Untersuchungen in neun typischen industrieorientierten Instituten der AdW beinhalteten eine retrospektive Analyse der Beeinflussung des Verhältnisses von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung in der industrieorientierten Forschung der AdW. Die Ergebnisse wurden von Jochen Gläser, der die Fallstudien gemeinsam mit Gabriele Groß und Christina Otto durchgeführt hatte, vorgestellt. Sie zeigen, daß es in der AdW eine Integration von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung gab, die aber nicht durchgängig erfolgreich realisiert wurde.

Zustandekommen und Erfolg der Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung waren nicht das Ergebnis einer unmittelbar darauf gerichteten Steuerungstätigkeit der AdW-Leitung. Die Integration entstand in den Instituten der AdW vielmehr durch eine Vielzahl unterschiedlicher Einflüsse auf Forschungstätigkeit und -organisation. Die wichtigsten Einflußfaktoren waren einerseits der fachliche Hintergrund (kognitive Strukturen und Größe des jeweiligen Fachgebiets) und andererseits die Interaktionen der Forscher, ihrer Industriepartner und forschungspolitischen Akteure im Prozeß der Konzipierung und Bearbeitung von Forschungsprojekten .

Als Erfolgsbedingungen für die Integration von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung wurden eine Mindestgröße und relative Autonomie der Arbeitsrichtung, eine Grundlagenforschung herausfordernde Fragestellung des Industriepartners, dessen Toleranz hinsichtlich der Integration von Grundlagenforschung in die industriegebundenen Projekte sowie das Engagement

von Wissenschaftlern der AdW für die Grundlagenforschung ermittelt. In dem Maße, wie diese Bedingungen in der DDR und an der AdW untergraben wurden, kam es in den 80er Jahren zunehmend zu irreversiblen Übergängen in Richtung Anwendungsforschung .

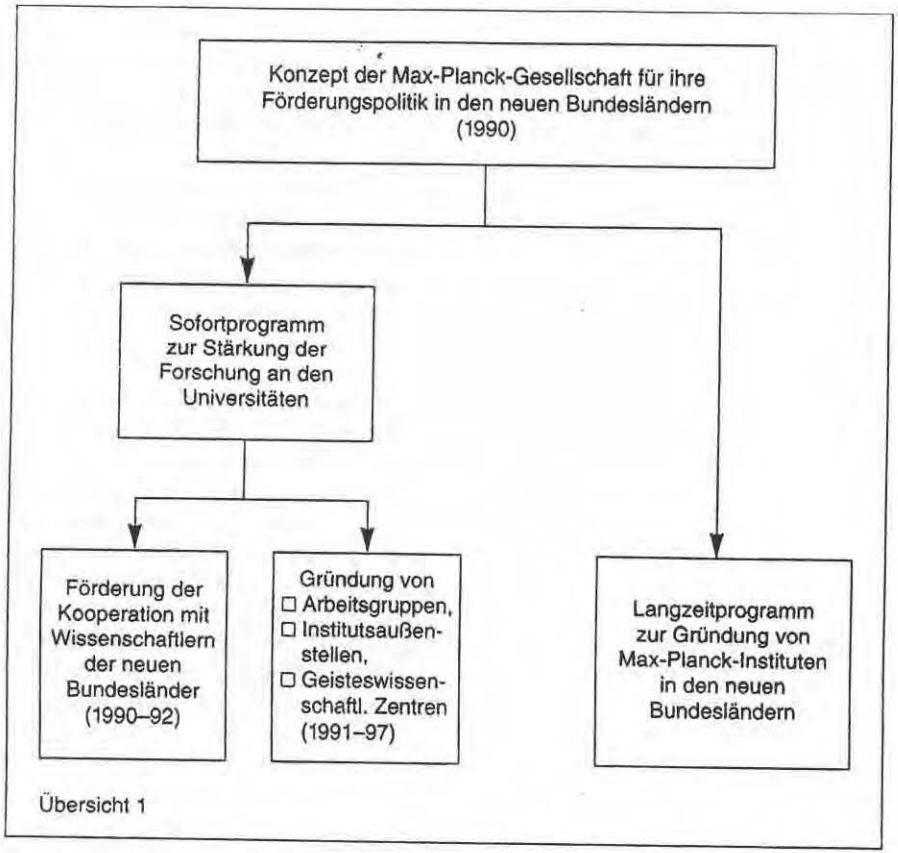
Die Teilnehmer aus ehemaligen AdW-Instituten stimmten den in den Thesen und Vorträgen dargestellten Sachverhalten und Schlußfolgerungen aus den Untersuchungen zu. In der Diskussion wurde weiterhin die Breite und Vielfalt der Durchführung von Forschungsprojekten und der damit zusammenhängenden Formen der Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung betont. In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, daß die hierarchische Steuerung innerhalb der Akademie auf Instituts- und Projektebene Freiräume ließ, deren Nutzung wesentlich durch die persönlichen Interessen und Fähigkeiten von Wissenschaftlern bei der Projektbearbeitung und in Leitungsfunktionen bestimmt worden war.

Die Diskussion bestätigte, daß trotz der formal weitgehend einheitlichen Organisation innerhalb der AdW in ihrer industrieorientierten Forschung ein breites Spektrum an erfolgreicher und mißlungener, freiwilliger und erzwungener Integration von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung existiert hat. Die dabei gesammelten Erfahrungen können und sollten nach Ansicht der Wissenschaftler aus ehemaligen AdW-Instituten für künftige Entscheidungen mit genutzt werden.

Vergleichende Analysen des Allfinanzkonzepts - bzw. der"Bancassurance", wie sie in Frankreich und Großbritannien genannt wird - ergaben innerhalb der einzelnen Länder eine große Vielfalt an organisatorischen Modellen von Finanzkonglomeraten, die vom Verkauf der Versicherungsprodukte durch Bankangestellte bis hin zum Vertrieb durch Außendienstmitarbeiter reichen. Nationale Unterschiede sind vor allem in der Produktpalette und dem Umfang des Allfinanzgeschäfts festzustellen, die von der sozialstaatlichen Vorsorge, dem Wohlstandsniveau einer Gesellschaft und dem Sättigungsgrad mit einfachen Versicherungsprodukten beeinflußt werden.

Stand des Aufbaus von Einrichtungen der MPG in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin

Drei Jahre nach der deutschen Einigung scheint es für die Max-Planck-Gesellschaft geboten, Bilanz zu ziehen über das bisher in den neuen Ländern Erreichte und, soweit erforderlich, ihre Förderungspolitik für das neue Bundesgebiet an die inzwischen eingetretene Entwicklung anzupassen. Grundlage dieser Förderungspolitik ist ein Programm, das im Spätherbst 1990 von den zuständigen Gremien der Gesellschaft entwickelt worden war. Es besteht aus zwei Kom-



Übersicht 1

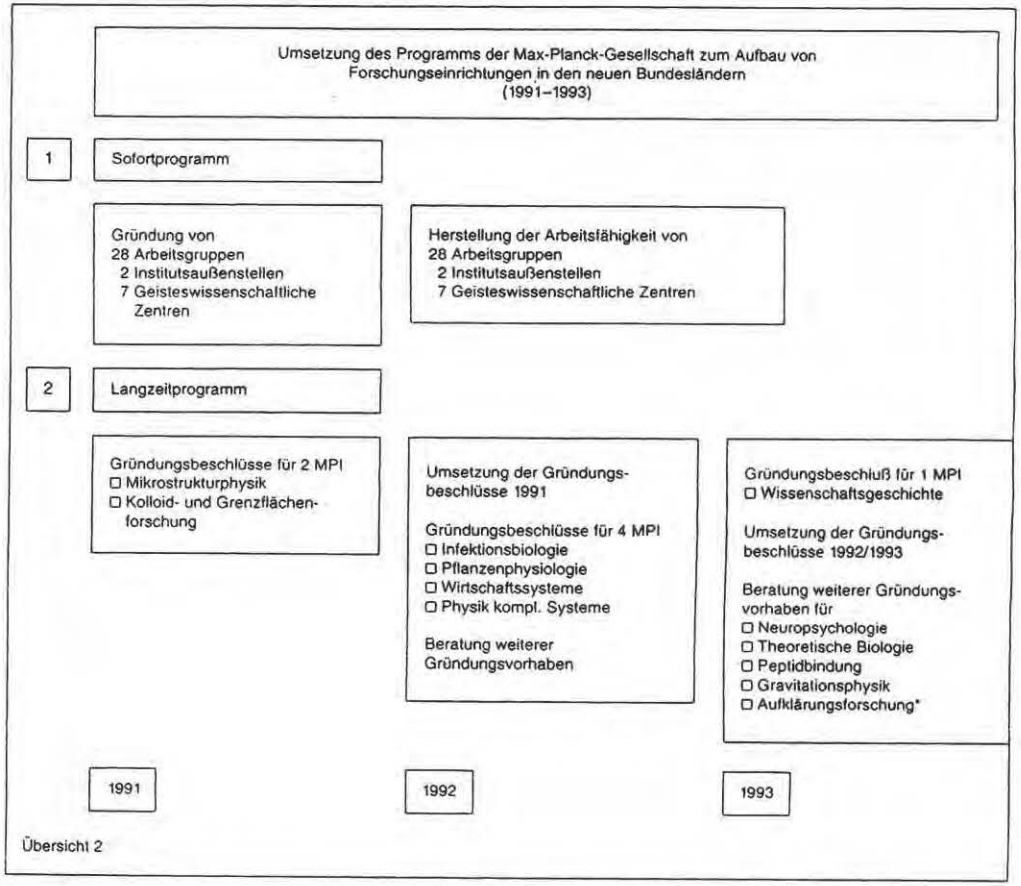
ponenten oder - vereinfacht gesagt - aus einem auf schnell greifende Maßnahmen gerichteten Sofortprogramm und einem Langzeitprogramm, das der Gründung von Max-Planck-Instituten gilt.

Stärkung der Forschung an den Universitäten

Mit Hilfe des Sofortprogramms wurden in den Jahren 1990 bis 1992 vornehmlich die Aufnahme von Kontakten und erste gemeinsame Forschungsvorhaben zwischen Wissenschaftlern aus den neuen Bundesländern und Wissenschaftlern der Max-Planck-Institute gefördert. Parallel dazu wurden im Verlaufe des Jahres 1992 an sieben Universitäten der neuen Länder insgesamt 28 befristete Arbeitsgruppen mit dem Ziel eingerichtet, dort zu einer Stärkung der Grundlagenforschung beizutragen. 1993 werden die für die Arbeitsgruppen erforderlichen baulichen Modernisierungsarbeiten zum Abschluß gebracht, so daß nun alle Gruppen über ihre neu hergerichteten Räumlichkeiten und Arbeitsplätze voll verfügen können. Zwanzig Arbeitsgruppenleiter sind inzwischen an ihre gastgebenden Universitäten berufen, bei weiteren sechs leitenden Wissenschaftlern ist das Berufungsverfahren bereits weit fortgeschritten, so daß bis zum Jahresende 1993 mit einer Ruferteilung gerechnet werden kann. Bei zwei Arbeitsgruppen kam es zu Verzögerungen, in einem Fall bedingt durch das an ostdeutschen Universitäten eingeführte Integritätsprüfungsverfahren, im zweiten Fall durch die Berufung des Leiters an eine andere Universität. An der Lösung der dadurch entstandenen Probleme arbeiten die verantwortlichen Vertreter der Universitäten und Ministerien, der Max-Planck-Gesellschaft sowie der die beiden Arbeitsgruppen betreuenden Max-Planck-Institute gemeinsam, so daß gegebenenfalls noch in diesem Jahr mit Ersatzregelungen gerechnet werden kann.

Erhaltung bestehenden Forschungspotentials

Zusätzliche Impulse erhielt das Sofortprogramm der Max-Planck-Gesellschaft 1991 durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, im Rahmen der Neuordnung der Forschung der ehemaligen DDR zwei Außenstellen von bereits bestehenden Max-Planck-Instituten zu errichten sowie sieben geisteswissenschaftliche Zentren einzurichten und befristet zu betreuen.



Übersicht 2

* Die zuständige Kommission der Max-Planck-Gesellschaft sieht derzeit keine Möglichkeit, dieses Vorhaben im Rahmen eines Max-Planck-Instituts zu verwirklichen

Die beiden Außenstellen der MaxPlanck-Institute für Plasmaphysik und für extraterrestrische Physik haben am 1. Januar 1992 ihre Arbeit aufgenommen.

Mit ihrer 1991 gegründeten Tochtergesellschaft "Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH" hat die Max-Planck-Gesellschaft 1992 begonnen, entsprechend der Empfehlung des Wissenschaftsrates sieben geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte einzurichten, die dafür empfohlenen Mitarbeiter einzustellen, für ihre Unterbringung zu sorgen und ihre administrative Betreuung sicherzustellen. Diese Aufgaben konnten bis zum Frühjahr 1993 erfolgreich umgesetzt werden. Ebenfalls abgeschlossen werden konnte die Erarbeitung von Empfehlungen zur konzeptionellen Ausgestaltung und institutionellen Organisation dieser Zentren durch eine vom Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft eingesetzte Kommission. Nachdem im Juni 1993 der Senat der MaxPlanck-Gesellschaft von den Empfehlungen Kenntnis genommen hatte, wurden diese dem Wissenschaftsrat übergeben. Damit konnte das Ziel erreicht werden, dem Wissenschaftsrat in angemessenem Abstand vor Ablauf der treuhänderischen Förderung der Zentren durch die Tochtergesellschaft der Max-Planck-Gesellschaft eine abschließende Stellungnahme zu dem Konzept zu ermöglichen. Allen Beteiligten ist nunmehr daran gelegen, daß möglichst bald über die weiteren Entwicklungsperspektiven der Zentren entschieden und entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden können.

Auch das Langzeitprogramm der Max-Planck-Gesellschaft wurde durch Empfehlungen des Wissenschaftsrates ergänzt, im Ergebnis der Evaluation der außeruniversitären Forschung der ehemaligen DDR zwei Max-Planck-Institute zu errichten: die Max-Planck-Institute für Mikrostrukturphysik und für Kolloid- und Grenzflächenforschung. Wie bei den Empfehlungen zum Sofortprogramm war es auch in diesen Fällen einerseits wichtig, erhaltenswertes Forschungspotential vor dem Zerfall zu bewahren, ohne gleichzeitig alte Strukturen zu perpetuieren. Andererseits galt es, nicht finanzierbare Überkapazitäten abzubauen, ohne langfristig gewachsene Arbeitszusammenhänge zu zerstören. Deshalb war es nicht nur notwendig, neue wissenschaftliche Konzepte zu entwickeln, sondern die Forschungsarbeit selbst mußte neu strukturiert und Wissenschaftler aus anderen Institutionen mußten in sie integriert werden. Für die Leitungspositionen der beiden Max-Planck-Institute konnten sieben aus dem In- und aus dem Ausland kommende Wissenschaftler als Direktoren gewonnen werden.

Vorhaben und Schwierigkeiten

Seit Beginn der deutschen Einigung ist es der Wille der Max-Planck-Gesellschaft, im Rahmen ihrer spezifischen Möglichkeiten zur Herstellung einer einheitlichen Forschungslandschaft im vereinten Deutschland beizutragen. Sie hat deshalb bereits vor dem Jahresende 1990 im Rahmen ihres Langzeitprogramms mit der systematischen Beratung, Auswahl und Planung von Vorhaben zur Gründung von Instituten begonnen, die mit ihren Themen die Forschungslandschaft in den neuen Ländern effektiv ergänzen und zugleich das Forschungspotential im vereinten Deutschland insgesamt stärken sollten. Die einzelnen Bestandteile und der zeitliche Ablauf der Umsetzung des Langzeitprogramms bis zum Sommer 1993 können aus der Übersicht 2 entnommen werden.

Grundlage für das Langzeitprogramm war die Erkenntnis, daß sich die Prioritäten der Forschung in den neuen Ländern nicht nur aus dem dort bereits vorhandenen Potential ableiten lassen, sondern der Ergänzung durch Konzepte bedürfen, die neuen und neuesten Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung, gerade auch im internationalen Rahmen Rechnung tragen.

Mit diesem Ziel wurden aus den Reihen der Wissenschaftlichen Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft 1990 insgesamt fünfundzwanzig Vorschläge vorgelegt. Davon wurden letztlich elf Vorhaben nach wissenschaftspolitischen Kriterien ausgewählt und einer intensiven Beratung und Begutachtung zugeführt. Bis zum Frühjahr 1993 konnte bei fünf Vorhaben die wissenschaftliche Beratung - jeweils mit einem Gründungsbeschluß des Senats der Max-Planck-Gesellschaft - positiv abgeschlossen werden.

Hingegen war lange Zeit nicht abzusehen, ob Bund und Länder bereit sein würden, weitere Institute der MaxPlanck-Gesellschaft in den neuen Ländern in einem Umfang zu finanzieren, der den Planungen der Gesellschaft entspricht. Vielmehr deutete 1992 alles darauf hin, daß die Gesellschaft nur mit einem sehr schmalen, hinter ihren Planungen weit zurückbleibenden Finanzierungsrahmen rechnen könnte.

Deshalb sah sich der Senat der Max-Planck-Gesellschaft im Juni 1992 dazu gezwungen, die Verwirklichung der Gründungsbeschlüsse für weitere Max-Planck-Institute in den neuen Ländern unter einen besonderen Finanzierungsvorbehalt zu stellen.

Die Max-Planck-Gesellschaft hatte ursprünglich beabsichtigt, bereits Ende 1992 mit dem Aufbau der Mehrzahl ihrer neu gegründeten Institute zu beginnen und in diesem Zusammenhang auch ihre Standorte festzulegen. Mit den im Haushalt der Gesellschaft für das Jahr 1993 bereitgestellten Finanzmitteln sowie den mittelfristigen Planungsansätzen des Bundes für die Max-Planck-Gesellschaft im neuen Förderungsgebiet waren jedoch dafür keine hinreichenden Bedingungen gegeben.

Im August 1992 hat sich dann die Max-Planck-Gesellschaft - bereits im Vorfeld der Beratungen für den Haushalt 1994 - an den Bund und an die Regierungschefs der alten und der neuen Länder mit der Bitte gewandt, die für die Umsetzung ihres Programms notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Zugleich zielte diese Bitte darauf ab, mit den Zuwendungsgebern einen Konsens über den Zeitraum, in dem das Ziel einer möglichst ausgeglichenen Verteilung von Max-Planck-Instituten im vereinten Deutschland verwirklicht werden kann, und über die Entwicklung des dafür in den nächsten fünf Jahren notwendigen Zuschußbedarfs zu erreichen.

Zugleich - und ohne eine Antwort des Bundes und der Länder abwarten zu können - entschloß sich die Max-Planck-Gesellschaft im November 1992 unter Übernahme beträchtlicher Risiken dazu, die Umsetzung zumindest eines Teils der bis dahin gefaßten Gründungsbeschlüsse in Angriff zu nehmen. Im November 1992 beschloß der Senat in diesem Sinn, die Gründung eines Max-

Planck-Instituts für Infektionsbiologie und eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Wirtschaftssystemen zu realisieren und mit den jeweils in Betracht kommenden Sitzländern Verhandlungen aufzunehmen.

Im Laufe der nachfolgenden Monate wurde insbesondere in Gesprächen, die der Präsident mit den Ministerpräsidenten der neuen Länder sowie mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie führte, zunehmend deutlich, daß die Regierungen der neuen Länder dem Programm der Max-Planck-Gesellschaft für den Aufbau von Forschungseinrichtungen im neuen Bundesgebiet zustimmen und bereit sein werden, ihre Pläne aktiv zu unterstützen. Der BMFT seinerseits kündigte eine merkliche Anhebung seiner Haushaltsansätze für die Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Ländern ab 1994 an.

Weitere Gründungen und erste Berufungsgespräche

Erst diese beiden parallelen Entwicklungen, die positive Resonanz bei den Regierungschefs der neuen Länder und die Revision der Vorstellungen des Bundes, haben es ermöglicht, im März 1993 dem Senat der Max-Planck-Gesellschaft die inzwischen entwickelten Planungen für die Standorte der beschlossenen Institute und die Standortoptionen für die noch in der Beratung befindlichen Gründungsvorhaben vorzustellen. Im Anschluß an diese Sitzung des Senats wurde mit der Umsetzung auch der bisher noch zurückgestellten Gründungsbeschlüsse begonnen. Es handelte sich hierbei um die folgenden Institute:

* Max-Planck-Institut für molekulare Pflanzenphysiologie im Raum Potsdam,
* Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme in Dresden,
* Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin.

Damit konnten Berufungsgespräche mit allen designierten Direktoren aufgenommen und gezielte Verhandlungen mit den prospektiven Sitzländern eingeleitet werden, um Fragen der Unterbringung der Institute und ihrer Einbindung in das jeweilige wissenschaftliche Umfeld rasch und einvernehmlich lösen zu können.

Unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen mit den künftigen Sitzländern rechtzeitig zu einem positiven Abschluß geführt werden können und die designierten Direktoren den an sie ergangenen Ruf annehmen, werden diese fünf Institute noch in diesem, spätestens aber in der ersten Hälfte des kommenden Jahres ihre Arbeit aufnehmen können. Zusammen mit den beiden schon existierenden Instituten wird die Max-Planck-Gesellschaft dann über sieben Institute in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin verfügen.

Planungen für fünf weitere Forschungseinrichtungen

In einem bereits weit fortgeschrittenen Stadium der wissenschaftlichen Planung befinden sich weitere fünf Forschungseinrichtungen, mit deren Aufbau je nach dem Ergebnis der wissenschaftlichen Beratung Ende 1994, spätestens im Laufe des Jahres 1995 begonnen werden könnte. Es handelt sich um die Gründungsvorhaben

* Gravitationsphysik
* theoretische Biologie
* neuropsychologische Forschung
* Enzymologie der Peptidbindung
* Erforschung der europäischen Aufklärung.

Zu der unter Gesichtspunkten des wissenschaftlichen Umfeldes und zugleich mit Blick auf eine angemessene regionale Verteilung gestellten Standortfrage bestehen für diese Einrichtungen größtenteils klare Vorstellungen: Die Vorhaben Europäische Aufklärung und Enzymologie der Peptidbindung würden voraussichtlich in Halle, ein Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik würde in Potsdam anzusiedeln sein. Für das geplante Max-Planck-Institut für neuropsychologische Forschung konnten sowohl in Leipzig als auch in Magdeburg adäquate Standortbedingungen festgestellt werden. Sie werden zur Zeit durch die zuständige Kommission geprüft. Die für das Vorhaben eines MaxPlanck-Instituts für theoretische Biologie zuständige Kommission wird die Möglichkeit seiner Ansiedlung alternativ für die Städte Rostock und Jena prüfen.

Zwischenbilanz '93

Der bis September 1993 erreichte Stand der Beratung, Gründung und Realisierung von Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft im neuen Förderungsgebiet ist in Übersicht 3 zusammengefaßt.

Mit den festgelegten Standorten sowie den noch in der Prüfung befindlichen Standortalternativen für die bisher vorgesehenen Institute hat die Max-Planck-Gesellschaft das Ziel einer regional jeweils angemessenen Präsenz im neuen Bundesgebiet allerdings noch nicht erreicht. Wesentlich verantwortlich für die vorläufige Unausgewogenheit war die derzeitige Heterogenität des für leistungsfähige Max-Planck-Institute konstitutiven wissenschaftlichen Umfeldes in den einzelnen Ländern. Die MaxPlanck-Gesellschaft ist jedoch zuversichtlich, sich mit den bereits eingeleiteten Planungen zur Gründung weiterer Institute in den neuen Bundesländern der angestrebten Ausgeglichenheit in der Verteilung ihrer Forschungseinrichtungen soweit annähern zu können, daß sich im Ergebnis das aus den alten Ländern bekannte Gefälle zwischen relativen Vorteilen und Nachteilen der einzelnen Länder in Grenzen hält.

Grundlage der weiteren Planungen der Max-Planck-Gesellschaft für die neuen Bundesländer ist ihr Langzeitprogramm, das sie 1990 neben ihrem einigungsbedingten Sofortprogramm entwickelt hatte. Mit diesem Programm hat sich die Max-Planck-Gesellschaft das Ziel gesetzt, sich auch in den neuen Ländern längerfristig auf die Förderung von Grundlagenforschung in eigenen Instituten konzentrieren zu können. Es war und ist zugleich Anliegen der Max-Planck-Gesellschaft, durch die gestaffelte Gründung einer größeren Zahl von Instituten in den neuen Ländern ihren Beitrag zur Herstellung einer einheitlichen Forschungslandschaft im vereinten Deutschland zu leisten. Eine einheitliche ForschungslandschaH bedeutet für die Max-Planck-Gesellschaft konkret, daß sie zum einen in den neuen Ländern proportional im gleichen Umfang wie in den alten Ländern vertreten ist und daß zum anderen die Gefahr eines Finanztransfers aus den neuen in die alten Bundesländer begegnet werden kann, wie er sich ab 1995 im Rahmen der gemeinsamen Forschungsförderung abzeichnet. Aus beiden Zielsetzungen ergibt sich, daß die Gesellschaft bis zum Ende des Jahrzehnts über maximal fünfzehn bis zwan-

zig Institute in den neuen Ländern verfügen müßte.

Grundsätze und Besonderheiten der Planung

Um diese Ziele erreichen zu können, hat die Max-Planck-Gesellschaft 1990 ein fortlaufendes, komplexes Verfahren der Beratung, der Gründung und des Aufbaus neuer Institute in Gang gesetzt. Dieses Verfahren basiert auf der speziellen Funktion, die die Max-Planck-Gesellschaft innerhalb des weit ausdifferenzierten deutschen Systems der institutionalisierten Forschung wahrnimmt. Es beinhaltet folgende Prinzipien:

* Die Domäne der Max-Planck-Gesellschaft ist die Grundlagenforschung. Sie betreibt diese in Ergänzung der universitären Forschung. In diesem Sinn setzt sie eine leistungsfähige und breitgefächerte universitäre Forschung voraus (Prinzip der Subsidiarität).

* Die Max-Planck-Gesellschaft fördert die Grundlagenforschung auf besonders zukunftsträchtigen Gebieten, die von den Universitäten noch nicht (hinreichend) aufgegriffen wurden oder auch nicht (hinreichend) aufgegriffen werden können (Prinzip der emerging fields).

* Um ihre Funktion erfüllen zu können, benötigt die Max-Planck-Gesellschaft Spitzenwissenschaftler, die zur Leitung ihrer Institute besonders geeignet sind (Hamack-Prinzip).

Das Verfahren der Max-Planck-Gesellschaft zur Beratung, Gründung und zum Aufbau neuer Forschungseinrichtungen, in das auch eine Vielzahl auswärtiger Experten einbezogen ist, beginnt mit der Prüfung von Vorschlägen für Institutsgründungen und der Auswahl der dafür am besten geeigneten Themen nach übergeordneten Kriterien. Hieran schließt sich eine Expertise des internationalen Forschungsstandes auf dem jeweiligen Fachgebiet an. Das Verfahren setzt sich fort mit der Ausarbeitung und Beratung des Forschungskonzeptes, der Suche nach geeigneten Kandidaten, und es geht hin bis zur Bestimmung des optimalen Standortes, der Ausstattung und der Unterbringung des künftigen Instituts.

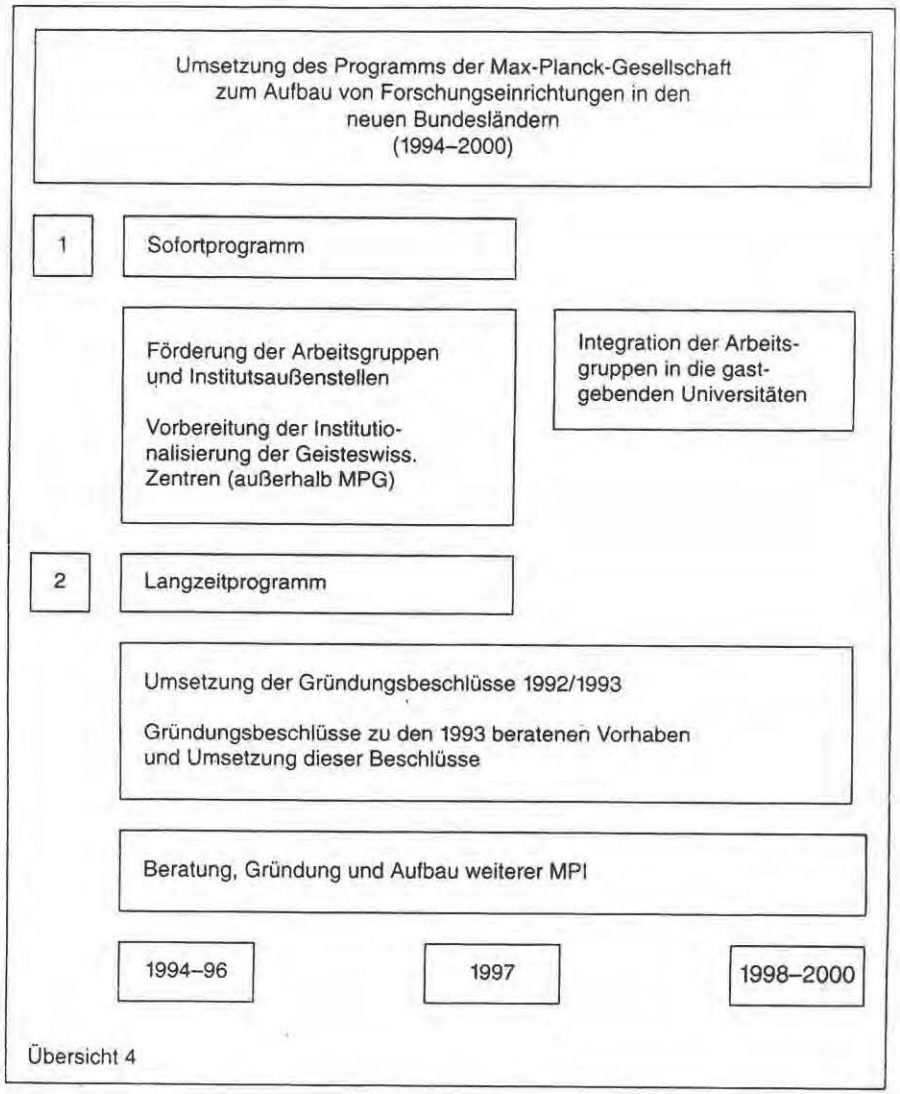
Die Gründung eines Max-Planck-Instituts hat massive institutionelle und personelle Konsequenzen. Hierbei wird einem Forschungsthema nicht nur besondere Dignität gegeben, es werden auch finanzielle Mittel und Personal auf nicht absehbare Zeit gebunden. Schließlich wird das Arbeitsleben von Spitzenforschern auf diese Einrichtung hin orientiert. Deshalb beansprucht das Verfahren zur Vorbereitung einer Institutsgründung Zeit, denn es verlangt außerordentliche Gründlichkeit

* angesichts der finanziellen Tragweite, die der Errichtung von auf Dauer angelegten Instituten zukommt,
* angesichts der Zeit, die der Aufbau dieser Institute in Anspruch nimmt, und
* angesichts der Voraussetzungen, die für eine erfolgreiche Berufung von international auf ihrem Fachgebiet führenden Wissenschaftlern gegeben sein müssen.

Dem Erfolg dieses Verfahrens sind gemäß den ihm zugrundeliegenden Prinzipien innere Grenzen gesetzt

* durch den besonderen Charakter der Forschungsthemen, aufgrund dessen sie innerhalb der überregionalen außeruniversitären Forschungsförderung des spezifischen Instrumentariums der Max-PlanckGesellschaft bedürfen, und
* durch die Verfügbarkeit der für die Leitung eines Max-Planck-Instituts geeigneten Spitzenwissenschaftler.

Äußere Grenzen des Verfahrens bestehen in der Bereitschaft von Bund und Ländern, die für die Verwirklichung der in diesem Prozeß positiv beschiedenen Institutsvorhaben notwendigen Ressourcen bereitzustellen. Grenzen sind aber durch die Endlichkeit der logistischen Kapazitäten gegeben, über welche die Max-Planck-Gesellschaft zum Aufbau und zur Betreuung neuer Forschungseinrichtungen verfügt.



Übersicht 4

Kontinuierliche Realisierung von Gründungsvorhaben

Der Beratungsprozeß zur Gründung von Max-Planck-Instituten in den neuen Bundesländern wurde von der Max-Planck-Gesellschaft bereits 1990 in Gang gesetzt und führte bisher zu folgenden Ergebnissen:

* 1991 wurden nach Beratung der entsprechenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates die Max-Planckinstitute für Mikrostrukturphysik (1) und für Kolloid- und Grenzflächenforschung (2) gegründet.

* 1992 beschloß die MPG die Gründung weiterer vier Max-Planck-Institute: für Infektionsbiologie (3), für molekulare Pflanzenphysiologie (4), zur Erforschung von Wirtschaftssystemen (5) und für Physik komplexer Systeme (6).

* 1993 wurde die Gründung des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte (7) beschlossen.

Im Falle von fünf weiteren Institutsvorhaben ist im Herbst 1993 oder im ersten Halbjahr 1994 mit Entscheidungen über ihre Gründung zu rechnen.

Erst im Frühjahr 1993 sahen sich demgegenüber Bund und Länder in der Lage, die Prioritäten ihrer Haushaltsplanung mit den Gründungsaktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft stärker in Übereinstimmung zu bringen und der Gesellschaft zu signalisieren, daß sie nunmehr mit der vollen Unterstützung für die Umsetzung ihres Langzeitprogramms in den neuen Ländern rechnen könne. Seit Juni 1993 hat die Max-Planck-Gesellschaft hinreichende Anhaltspunkte, anzunehmen, daß die erforderlichen Mittel zur Umsetzung ihres Maximalziels, in den neuen Ländern künftig in ähnlicher Weise vertreten zu sein wie im alten Bundesgebiet, von Bund und Ländern vollständig bereitgestellt werden. Seit dem Frühjahr 1993 setzen die Gremien der Max-Planck-Gesellschaft auch den Auswahl- und Beratungsprozeß zur Gründung weiterer Institute in den neuen Ländern in der Erwartung fort, daß ihre Ergebnisse realisiert werden können.

Um bis zum Ende des Jahrzehnts in den neuen Ländern mit fünfzehn bis zwanzig Instituten vertreten zu sein, strebt die Max-Planck-Gesellschaft an, in den nächsten Jahren zusätzlich zu den bestehenden und den jetzt im Aufbau oder kurz vor dem Abschluß ihrer Beratung stehenden Instituten bis zu acht weitere Institute im neuen Bundesgebiet zu gründen. Auch bei diesen nunmehr zu konkretisierenden Planungen verläßt sich die Max-Planck-Gesellschaft auf die Zusage von Bund und Ländern, die dazu erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Um die angestrebte Zahl von weiteren acht Institutsgründungen zu erreichen, sind die Wissenschaftlichen Mitglieder der Gesellschaft gebeten worden, möglichst bis zum November 1993 entsprechende zusätzliche Gründungsvorschläge zu unterbreiten. Im Frühjahr 1994 sollen dann gezielte Beratungen in den drei Sektionen der Max-Planck-Gesellschaft zu den einzelnen Vorhaben aufgenommen werden. Nach den Vorstellungen der Max-Planck-Gesellschaft sollen zwischen 1995 und 1999, wie in Übersicht 4 (S. 38) angedeutet, in einem Kontinuum von Planung und Gründung sukzessive möglichst jeweils zwei Institute pro Jahr errichtet werden.

Schwierigkeiten der Institutsgründung

Bei der Gründung von neuen Instituten hatte die Max-Planck-Gesellschaft stets spezifische Schwierigkeiten zu überwinden. Bereits der Planungsprozeß selbst birgt wegen der besonderen Bindungen, die mit der Gründung eines Instituts eingegangen werden müssen, immer auch besondere Risiken des Scheiterns. Weiterhin sind es ihre politischen Partner, die durch die Bereitstellung von Ressourcen oder über andere Prioritätsentscheidungen Bedingungen dafür setzen, ob ein Gründungsvorhaben verwirklicht werden kann oder nicht. Darüber hinaus aber haben die Erfahrungen der beiden letzten Jahre erwiesen, um wieviel schwieriger der Aufbau von Instituten in den neuen Ländern ist - sei es wegen der vielen noch ungeklärten Fragen ihrer wissenschaftspolitischen und infrastrukturellen Planungen von der Gestaltung der Hochschulstruktur bis hin zu Problemen des Grundstücks- und Wohnungsmarktes, sei es auch wegen spezifischerobjektiver wie subjektiver - Schwierigkeiten, die leitende Wissenschaftler dabei haben können, sich mit ihren Familien für eine unbefristete Umsiedlung in die neuen Bundesländer zu entschließen. Infolge dieser Vielfalt von Faktoren kann die Möglichkeit des Scheiterns einzelner Projekte gerade in den neuen Bundesländern prinzipiell nicht ausgeschlossen werden. Deshalb wird die Zahl der 1994 zur Prüfung und Ausarbeitung von Gründungsvorschlägen einzusetzenden Kommissionen der Max-Planck-Gesellschaft eher höher liegen als die der in Aussicht genommenen acht Institutsgründungen.

Die Arbeit der Kommissionen wird dabei so angelegt und ausgestaltet sein, daß die Frage der Auswahl des Standortes für das projektierte Institut möglichst frühzeitig in den Blick genommen wird. Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Entwicklung relevanter Forschungsbereiche und Schwerpunkte an ostdeutschen Universitäten werden dazu ebenso heranzuziehen sein wie zwischenzeitlich konkreter gewordene Planungen der Länder und Universitäten selbst; Kontakte zu Forschungsund Strukturbeiräten der Länderministerien und Gespräche mit Fachkollegen aus den Hochschulen sollen in einem iterativen Prozeß Klarheit darüber schaffen, an welchem Ort adäquate Rahmenbedingungen für die Forschungsarbeit des geplanten Instituts vorzufinden oder in einem überschaubaren Zeitraum zu erwarten sind und wo das Institut seinerseits zur Entwicklung der universitären Forschung einen besonderen Beitrag leisten könnte. Mit diesem Vorgehen würde das Prinzip der Subsidiarität zur Hochschulforschung wie schon bei der Einrichtung von Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an Universitäten - in einer der spezifischen Situation der Forschung in den neuen Ländern angemessenen Weise zum Tragen kommen.

Dialog mit Bund und Ländern

Über die Ausfüllung ihres Planungsrahmens von bis zu zwanzig Instituten in den neuen Ländern berichtet die Max-Planck-Gesellschaft der Bund-Länder-Kommission bereits fortlaufend im Rahmen der jährlichen Haushaltsverhandlungen sowie über ihre mittelfristige Finanzplanung. Zusätzlich wurde zwischen dem Präsidenten der MaxPlanck-Gesellschaft und dem Bundesminister für Forschung und Technologie im Sommer 1993 in Aussicht genommen, daß die Max-Planck-

Gesellschaft, Bund und Länder künftig zu einem regelmäßigen Austausch über den Stand der Planungen für weitere Max-Planck-Institute und über die finanziellen Erfordernisse ihrer Realisierung kommen sollten. Ein solcher kontinuierlicher Dialog sollte zugleich Bund und Ländern die Möglichkeit geben, frühzeitig gemäß der im Planungsprozeß der Gesellschaft erzielten Entwicklung entsprechende finanzielle Dispositionen zu ihrer Umsetzung zu treffen.

Wie bereits dargestellt, besteht das Ziel der Max-Planck-Gesellschaft nicht nur darin, im gesamten Bundesgebiet adäquat vertreten zu sein, sondern auch eine angemessene Verteilung des Forschungspotentials der Gesellschaft in den neuen Bundesländern untereinander zu erreichen. Dieses Ziel einer einheitlichen und zugleich auch in sich kohärenten Forschungslandschaft kann jedoch erst mit dem Abschluß des gesamten Aufbauprozesses erreicht werden. Hingegen werden die einzelnen Schritte in diesem Prozeß vorübergehend immer wieder zu neuen Ungleichgewichten führen. Die Max-Planck-Gesellschaft strebt deshalb gerade mit den neuen Ländern einen intensiven Dialog und eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit an, damit die Zwischenschritte in ihrer zwangsläufigen Unausgewogenheit akzeptiert werden können im Hinblick auf das Endziel einer wenn auch zwar nicht rechnerisch gleichen, so doch im ganzen ausgewogenen Verteilung der Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern.

***Andreas Trepte** (München)*

Anmerkungen:

1. Für diese Einrichtung werden auch andere Lösungen als die Gründung eines Instituts diskutiert.

2 Die zuständige Kornmision der Max-Planck-Gesellschaft sieht derzeit keine Moglichkeit, dieses Vorhaben im Rahmen eines Max-Planck-Instituts zu verwirkiichen. Die endgültige Entscheidung darüber bleibt jedoch der zustandigen Sektion bzw. gegebenenfalls dem Senat der Max-Planck-Gesellschaft in ihren Sitzungen im Oktober und November dieses Jahres vorbehalten.

MPG-Spiegel 5/1993

Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie nimmt Arbeit auf
Endgültiger Standort ist der Ostteil Berlins

In diesen Tagen hat das Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie, dessen Gründung vom Senat der Max-Planck-Gesellschaft im März 1992 beschlossen worden war, seine Arbeit aufgenommen. Prof. Stefan E. H. Kaufmann, Leiter der Abteilung Immunologie an der Universität Ulm, hatte zum 1. Oktober 1993 die Berufung zum Gründungsdirektor des neuen Max-Planck-Instituts angenommen und trifft nun von Ulm aus die organisatorischen Vorbereitungen für den Institutsaufbau. Das Institut soll Anfang 1994 mit seiner Tätigkeit in angemieteten Räumen im Ostteil Berlins beginnen und spätestens 1998 einen Neubau nahe der Charité beziehen.

Den Vorschlag, ein Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie zu errichten, brachte 1989 Prof. Thomas A. Trautner vom Max-Planck-Institut für molekulare Genetik in Berlin ein. Eine daraufhin von der Biologisch-Medizinischen Sektion der MPG mit der Beratung dieses Vorschlags beauftragte Kommission entwickelte in mehreren Sitzungen ein wissenschaftliches Konzept für ein solches Institut, das der Sektion vorgelegt und von ihr als Empfehlung an den MPG-Senat weitergeleitet wurde.

Die Errichtung eines Max-Planck-Instituts für Infektionsbiologie wird als die seltene wissenschaftliche Chance angesehen, ein sowohl für die Grundlagenforschung als auch für die medizinische Praxis wichtiges Gebiet angemessen bearbeiten zu können.

Das Institut soll im Endausbau aus folgenden vier Abteilungen bestehen:
- Immunologie (Leiter Prof. Stefan E. H. Kaufmann). In dieser Abteilung soll in erster Linie die Wechselwirkung zwischen Immunsystem und mikrobiellen Krankheitserregern unter besonderer Berücksichtigung protektiver und pathogener Wirkungsmechanismen untersucht werden.
- Molekulargenetik. Diese Abteilung soll sich mit den molekularen Grundlagen der Pathogenese von Infektionskrankheiten beschäftigen und die für die Virulenz verantwortlichen Faktoren identifizieren und analysieren.
- Zellbiologie. Wesentliche Forschungsthemen werden hier der Befall von Wirtszellen durch Mikroben sowie Fragen der intrazellulären Vermehrung und der Zell-Zell-Ausbreitung sein. Mit Hilfe zellbiologischer, elektronenmikroskopischer und biochemischer Methoden soll die Kommunikation zwischen Erreger und Wirtszelle untersucht werden.
- Epidemiologie. Diese Abteilung soll das Ziel verfolgen, Virulenz- und Resistenzkennzeichen mit Bedeutung für die Ausbreitung von Infektionskrankheiten zu identifizieren. Daneben sollen mikroökologische Systeme bei Infektionskrankheiten untersucht werden.

Es ist von vornherein geplant, die klinische Forschung in das Gesamtkonzept des Instituts zu integrieren und Kliniker, die sich mit Infektionskrankheiten beschäftigen, für die Mitarbeit in Forschungsgruppen zu gewinnen. Außerdem sollen Forschungsprogramme, die sich mit Infektionskrankheiten in Entwicklungsländern befassen, ausgearbeitet und durch Kontakte mit dort bereits existierenden Forschungslaboratorien oder durch Aufbau von Feldstationen in Angriff genommen werden. Um das wissenschaftliche Spektrum des Instituts zu erweitern, ist ferner die Errichtung von selbständigen Nachwuchsgruppen vorgesehen, deren Arbeitsthemen die Forschungsrichtungen der Abteilungen in geeigneter Weise ergänzen.

Das Institut wird seine Arbeit zunächst mit der Abteilung Immunologie beginnen. Um es so bald wie möglich um die anderen Arbeitsbereiche entsprechend dem vorliegenden Forschungskonzept zu erweitern, berät die Kommission über die Berufung weiterer, für die Leitung der anderen Abteilungen in Betracht kommender Wissenschaftler. In einem Fall ist sie dabei schon fündig geworden und konnte dem Senat eine Berufungsemp-

fehlung vorlegen. Der Senat machte sich die Empfehlung zu eigen und beschloß auf seiner Sitzung am 19. November 1993, Priv.-Doz. Dr. Thomas F. Meyer, Direktor der Abteilung Infektionsbiologie am Max-PlanckInstitut für Biologie in Tübingen, an das neue Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie in Berlin zu berufen. Dr. Meyer soll dort die Abteilung Molekulargenetik leiten.

***Michael Globig** (München)*

Senat der Max-Planck-Gesellschaft beschließt Gründung eines Instituts für neuropsychologische Forschung
Als Standort ist Leipzig vorgesehen

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (MPG) hat in seiner Sitzung am 19. November die Gründung eines Max-Planck-Instituts für neuropsychologische Forschung beschlossen - vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung. Zu künftigen Direktoren wurden Prof. Dr. Detlef Y. von Cramon, München, und Frau Prof. Dr. Angela D. Friederici, Berlin, berufen. Standort des Instituts soll Leipzig sein.

Am Institut sollen drei Arbeitsbereiche eingerichtet werden, von denen einer unter der Leitung eines Neurologen steht, während die beiden anderen von Neuropsychologen geleitet werden. Der Forschungsschwerpunkt des neurologischen Bereichs soll in der Aufklärung der zerebralen Organisation kognitiver Funktionen, insbesondere in der Untersuchung der hirnpathologischen Grundlagen von Störungen dieser Funktionen, liegen. Die beiden neuropsychologischen Bereiche sollen in Arbeitsteilung zentrale kognitive Funktionen (Sprache, Gedächtnis, Denken) und Inputoder Output-Funktionen (Wahrnehmung, Aufmerksamkeit, Handlungssteuerung) erforschen. Alle drei Arbeitsbereiche sollen dabei neben eigenen Forschungsprojekten auch gemeinsame Vorhaben entwickeln, in denen sich neurologische und psychologische Kompetenzen verbinden.

Die wesentlichen Arbeitsvoraussetzungen für ein solches Institut sind: - Verfügbarkeit moderner bildgebender Verfahren; - gesicherter Zugang zu forschungsrelevanten Patienten. Dazu ist sowohl eine enge, institutionell verankerte Kooperation mit einer klinischen Einrichtung nötig, als auch die Existenz einer neuropsychologischen Tagesklinik, die unter Leitung des am Institut tätigen Neurologen steht und die individuelle Betreuung der Patienten im Rahmen von Rehabilitationsprogrammen erlaubt; - universitäre Anbindung an eine funktionsfähige und kooperationsbereite Medizinische Fakultät und an ein voll ausgebautes Psychologisches Institut.

In Leipzig hat sich die Universität bereit erklärt, eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Max-Planck-Gesellschaft zu treffen, in der die Errichtung einer neuropsychologischen Tagesklinik im Rahmen des Universitätsklinikums verbindlich zugesagt und die Übertragung der Leitungsfunktion auf den Direktor des Arbeitsbereichs Neurologie des Max-Planck-Instituts vereinbart wird. Außerdem hätte das Max-Planck-Institut in Leipzig Zugang zum PET-Zentrum der Universität. Für die Unterbringung des Instituts stellt der Freistaat Sachsen ein Baugrundstück zur Verfügung.

Als erste Direktoren des neuen Max-Planck-Instituts sind vorgesehen: - der klinisch erfahrene und als Wissenschaftler renommierte Neurologe Prof. Dr. Detlef Yves von Cramon, München, dessen Arbeitsschwerpunkt in der zerebralen Organisation von Gedächtnisfunktionen liegt, - Frau Prof. Dr. Angela D. Friederici von der Freien Universität Berlin, die als Neuropsychologin erfolgreich im Grenzbereich von Linguistik, Psychologie und Neurowissenschaften gearbeitet hat und sich insbesondere mit der zerebralen Organisation von Sprachfunktionen befaßt.

***Michael Globig** (München)*

Das Institut für Polymerforschung Dresden e. V. - ein weiteres Standbein der Werkstofforschung in Dresden

Das Institut für Polymerforschung (IPF) Dresden e. V. wurde am 6. Dezember 1993 eröffnet.

Das IPF wurde auf Empfehlung des Wissenschaftsrates im Rahmen der Neuordnung der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern zum 1. Januar 1992 gegründet. Es gehört zu den Instituten der "Blauen Liste" und wird vom Bundesministerium fiir Forschung und Technologie (BMFT) und vom Freistaat Sachsen je zur Hälfte finanziert (Jahresetat 1993: 26,3 Mio. DM). Mit seinen 232 Mitarbeitern gehört das Institut zu den größten und leistungsfähigsten Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Polymerforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeitsschwerpunkte des Instituts liegen im Bereich der anwendungsorientierten Grundlagenforschung, vor allem:

- Synthese und Charakterisierung von Polymeren,
- Grenzflächenphänome an Polymeren und Mehrphasensystemen, die polymere Matrix enthalten (insbesondere Polymerblends und verstärkte Polymere),
- Oberflächenmodifizierung von Polymeren und
- Formgebung, Verarbeitung und Prüfung polymerer Materialien.

Das Institut arbeitet bereits mit zahlreichen Firmen aus der Kunststoff-, der Automobilund Lackindustrie zusammen. Das Hauptarbeitsgebiet ist dabei die Entwicklung von umweltfreundlichen Lacken für den Karosseriebereich. Darüber hinaus gibt es eine Zusammenarbeit mit der AKZO AG zur Weiterentwicklung und zur Produktionskontrolle von Dialysemembranen für eine künstliche Niere.

Mit der Berufung von Prof. Dr. Hans-Jörg Jacobasch zum wissenschaftlichen Direktor des Instituts für Polymerforschung wurde ein international angesehener Wissenschaftler gewonnen. Gleichzeitig wurde damit die bisher geleistete Arbeit von Prof. Jacobasch als kommissarischer Leiter des IPF gewürdigt.

Die Arbeit des Instituts wird weiter dazu beitragen, Dresden zu einem bedeutenden Zentrum der Materialforschung zu machen. Bereits heute sind im Raum Dresden ca. 1000 Mitarbeiter in Instituten der Blauen Liste, in Fraunhofer-Einrichtungen, MaxPlanck-Arbeitsgruppen und an Instituten der Technischen Universität auf dem Gebiet der Materialforschung tätig.

BMFT

Kein Tagungsbericht, sondern kritische Anmerkung!

3. Brandenburger Symposium am 27. Oktober 1993 an der Universität Potsdam zum Thema: "Gleichberechtigung - was können Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Chancengleichheit von Frauen im Beruf leisten?"

Mit dieser Thematik setzte der Veranstalter, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, die Reihe der Brandenburger Symposien fort. Die Brandenburger Symposien sollen den Prozeß der Hochschul- und Forschungsplanung im Land Brandenburg begleiten, unterstützen und dokumentieren.

Die sehr konkrete Fragestellung des Symposiums antizipierte die Vorstellung, daß wenigstens konzeptionelle Überlegungen im Verlauf der Tagung deutlich werden. Um es vorweg zu nehmen, diese Erwartungen wurden nicht eingelöst!

Vielleicht war die Fragestellung schon wenig durchdacht gewählt, denn aus meiner Sicht, sollten Hochschulen in die Verantwortung genommen werden, wenn es um die Chancengleichheit von Mitarbeiterinnen in allen Ebenen der Hochschulen geht. Für Chancengleichheit der Frauen im Beruf etwas zu leisten, dafür fühlen sich Hochschulen derzeit gar nicht zuständig. Dabei können Hochschulen, kann Wissenschaft durchaus etwas für die Durchsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau in allen gesellschaftlichen Ebenen tun, indem durch Geschlechterforschung in den Fachdisziplinen die Strukturen von Geschlechtsverhältnissen analysiert und beschrieben werden.

Lediglich in einem Referat wurde auf konkrete empirische Ergebnisse zurückgegriffen. Frau Dr. Anke Burkhart von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin/Karlshorst referierte zum Thema: "Studentinnen und Akademikerinnen vor und nach der Wende - Statistisches zur Ausbildung und Berufstätigkeit". Frau Burkhart verwies auf ein Querschnittsprojekt "Frauen an den Hochschulen in den neuen Bundesländern", das als Besonderheit aufweist, daß die "Frauenfrage" in folgende Problemstellungen eingebettet ist: Wandel in den Ausbildungsprofilen; Hochschulzugang; Studienberatung und Studierverhalten; Personelle Erneuerung; Übergangsprozesse von Hochschulabsolventen; Auswärtige Wissenschaftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa. Grundaussagen des Referates waren: Gleichstellung von Frauen war als Staatsaufgabe in beiden deutschen Staaten in den Verfassungen verankert. Tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau war dennoch nicht realisiert. Obwoh die Frauen in der DDR einen hohen Grad an wirtschaftlicher Unabhängigkeit erreicht hatten waren ihre Aufstiegsmöglichkeiten in Führungspositionen ebenso gering wie in der Bundesrepublik. In beiden Hochschulsystemen waren Frauen in den oberen akademischen Statusgruppen nicht angemessen vertreten. Im Unterschied zur Bundesrepublik waren Frauen; bei den Studierenden und im akademischen Mittelbau der Hochschulen der DDR stärker repräsentiert. Diese und andere Forschungsergebnisse der Projektgruppe Hochschulforschung sind nachzulesen in: "Beiträge zur Hochschulforschung" 3-1993, herausgegebem vom Bayrischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung.

Aus der Sicht der Universität Potsdam war der Beitrag von Frau Prof. Dr. Ute Frevert, Universität Konstanz, von Bedeutung. In ihrem Beitrag "Frauenforschung - Königsweg oder Sackgasse" thematisierte sie einige Aspekte über das Für und Wider von Frauenforschungsprofessuren. Nach 10 Jahren institutioneller Frauenforschung sprach sie sich eher gegen dieses Modell aus und betonte vielmehr, daß Geschlechterforschung als integraler Bestandteil in den jeweiligen Fachdisziplinen entwickelt werden sollte. Frau Frevert polemisierte gegen die Empfehlung der Brandenburgischen Landeskommission für Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die zwar die Einrichtung von Frauenprofessuren an den Hochschulen befürwortet, aber weitere Orientierungen über die strukturelle Anbindung dieser Professuren nicht gibt.

Ebenso kritisch analysierte Frau Frevert den Ausschreibungstext der Potsdamer Universität für die C4-Professur "Frauenforschung mit dem Schwerpunkt, Struktur, Spezifik und Geschichte von Geschlechterbeziehungen". Die Breite der Ausschreibung ohne feste Fachanbindung war der Hauptkritikpunkt.

Zum Schluß einige kritische Bemerkungen zur Podiumsdiskussion, die prominent zusammengesetzt war: Carola v. Braun, Vorsitzende der F.D.P., Landesverband Berlin; Prof. Dr. Doris Janshen, Universität/ GH Essen; Prof. Dr. Marlis Dürkop, Präsidentin der Humboldt Universität zu Berlin; Prof. Dr. Klaus Landfried, Vizepräsident der HRK, Präsident der Universität Kaiserslautern; Ulrike Staake, Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Brandenburg; Dr. Antje Zapf, Gleichstellungsbeauftragte der Universität Potsdam sowie eine Studentin der Technischen Universität Cottbus. Die Leitung der Podiumsdiskussion hatte Lea Rosh, Direktorin des NDR Landesfunkhaus Niedersachsen. Als Einstieg in die Diskussion forderte Frau Rosh die beteiligten Frauen auf zu benennen, welche Qualifikation notwendig war, um in diese höhere Positionen zu gelangen.

Wer konkrete (thematische) Bezüge zum Thema des Symposiums erwartet hatte, sah sich getäuscht. Unmut im Publikum machte sich verstärkt breit, als Frau Rosh

die einzige Brandenburgerin, die auf eine DDR-Frauensozialisation zurückblickt, immer dann unterbrach, wenn diese ihren gleichberechetigten Zugang zu allen Ebenen von Bildung und beruflicher Entwicklung als zentralen Lebenswert beschrieb und ihre Entwicklung als selbstverständlich empfand. Die sich daraus ergebende Diskussion machte unterschiedliche Positionen in der Bewertung der Gleichstellung von Frauen in der DDR deutlich, die nicht ausdiskutiert wurden. Die aktuelle Situation von Wissenschaftlerinnen wurde mehrfach thematisiert, aber von der Moderatorin als nicht wünschenswertes Thema fallengelassen.

Was bringen den Frauen solche Podiumsdiskussionen? In der frauenpolitischen Diskussion leisten sie kaum noch einen konstruktiven Beitrag, wenn nicht konkrete Politikangebote gemacht werden, wenn nicht über den allgemein angeeigneiten Erkenntnisstand hinausgegangen wird.

***Monika Stein** (Potsdam)*

(Die Autorin ist Sprecherin der Landeskonferrenz der Gleichstellungsbeauftragten an Brandenburger Hochschulen)

(aus: Potsdamer Universitätszeitung 17/1993)

Frankfurt (Oder): Gründungssenat verfaßte Tätigkeitsbericht

Nachdem der Gründungssenat der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) mit Erstellung der Denkschrift im Juni 1992 die erste Phase seiner Arbeit beendet hatte und die Universität im Januar 1993 vom Wissenschaftsrat auf dieser Grundlage positiv evaluiert wurde, legte er jetzt nach Abschluß seiner Tätigkeit einen 148seitigen Ergebnisbericht vor. Die wichtigsten Passagen daraus hier in Kurzform:

Der Studienbetrieb an der Europa-Universität wurde im Oktober 1992 aufgenommen. Jetzt studieren hier über 1000 junge Leute, darunter ein Drittel aus dem benachbarten Polen, an drei Fakultäten (Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Kulturwissenschaft).

Hinsichtlich der vom Wissenschaftsrat geforderten Stärkung der internationalen Orientierung der juristischen Fakultät in Forschung und Lehre konnte erreicht werden, daß eine der vorgesehenen drei Klausuren des Öffentlichen Rechts zum Europarecht geschrieben wird. Diese Sonderklausel für die Europa-Universität in der Juristenausbildungsordnung des Landes Brandenburg wird allerdings vom Gründungssenat als nicht ausreichend betrachtet. Hier werden sich Rektor und Senat um weitergehende Regelungen durch das Justizministerium bemühen. Die Juristische Fakultät kritisiert in diesem Zusammenhang den durch

das Deutsche Richtergesetz (DRiG) abgesteckten engen Rahmen der Juristenausbildung. Dazu heißt es "Während der Bundesrepublik benachbarte EG-Mitgliedsstaaten, wie z.B. Frankreich und die Niederlande, schon während des Studiums erhebliche internationale Angebote realisiert,..., braucht der deutsche Rechtsstudent nach dem DRiG nicht einmal zu wissen, was unter europäischem Gemeinschaftsrecht zu verstehen ist. Die Maximalforderung an das juristische Studium in Frankfurt (Oder) und ihre optimale Verwirklichung sollte langfristig darin bestehen, daß das Juristenausbildungsgesetz des Landes Brandenburg die Vorgaben des DRiG reformfreudig ausschöpft, indem es eine über das wahlfachmäßige Studium des internationalen Rechts hinausgehende Regelung trifft. Unter anderem beinhaltet die Ausbildung deutsch-polnische Rechtsterminologie, Europäische Rechtsgeschichte, Europäische Verfassungsgeschichte, Staatsrecht mit Bezügen zum Völker- und Europarecht, damit der Absolvent über den Horizont des deutschen Rechtssystems hinauszublicken lernt. Den polnischen Studenten wird eine Zusatzausbildung in polnischem Recht ermöglicht, um den polnischen Magisterabschluß erwerben zu können. Diese Ausbildung übernimmt das Collegium Polonicum im polnischen Slubice. Für dieses Institut - künftig integraler Bestandteil der Europa-Universitäterfolgte im Oktober 1992 die feierliche Grundsteinlegung. Eine deutsch-polnische Kommission, bestehend aus Vertretern der Universitäten Poznan und Frankfurt (Oder), erarbeitete inzwischen ein Konzept für den Aufbau des Collegium Polonicum, das vom Gründungssenat einstimmig angenommen wurde. Die teilweise Realisierung dieses Konzeptes erfolgt bereits ab Wintersemester 93/94 zum großen Teil durch polnische Gastprofessoren und - da mit dem Bau des Gebäudes noch nicht begonnen werden konnte - in gemieteten Räumen in Slubice.

Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften, in dem es eine konventionelle und eine internationale Ausbildung zum Diplomkaufmann/kauffrau und eine internationale Ausbildung zum Diplomvolkswirt(in) gibt, befassen sich Lehre und Forschung speziell mit den Transformationsprozessen Osteuropas. Auch hier nehmen sprach- und kulturwissenschaftliche Studien schon während des Grundstudiums einen breiten Raum ein. So wird den Studenten in den internationalen Ausrichtungen unter anderem "Sprache und Kultur eines bestimmten Landes oder Kulturkreises" und "Interkulturelle Wirtschaftskommunikation" angeboten. Bei der Berufung der Wissenschaftler für diese beiden und die neueröffnete kulturwissenschaftliche Fakultät, die als Klammer der Fakultäten fungieren soll, wurde besonderer Wert auf die Fähigkeit und Bereitschaft zu interdisziplinärer Zusammenarbeit in Forschung und Lehre gelegt.

Fremdsprachen nach Wahl werden in allen Studiengängen durch das Sprachenzentrum der Universität vermittelt, an dem vorrangig Muttersprachler lehren. Es soll sich künftig zudem zu einer interkulturellen Begegnungsstätte profilieren, Kontakte mit ausländischen Hochschulen nutzen, um den Studentenaustausch und Sommerkurse zu organisieren.

Internationalität spielt in Lehre und Forschung eine tragende Rolle, deshalb wird

großer Wert auf die Kooperation mit Hochschulen anderer Länder gelegt.

Verträge über die Zusammenarbeit hat die Viadrina zu Universitäten in Poznan, Wroclaw und Szczecin, Kooperationsverträge sind in Vorbereitung mit der ältesten polnischen Universität, der Jagiellonen-Universität Krakow und der französischen Handelshochschule Reims, der Ecole Superieure de Commerce. Kontakte wurden aufgenommen mit der University of Wales Aberystwyth, der Freien Universität Brüssel, den Universitäten Edinburgh, Glasgow, Strathclyde und Warwick.

Der Gründungssenat beauftragte eine Strukturkommission mit der Erarbeitung von mittelfristigen Entwicklungsplänen für den Ausbau der Universität. Danach ist im Endausbau der Viadrina eine Höchststudentenzahl von 4100 vorgesehen und ein Flächenbedart von 60.000 Quadratmetern. Dafür werden Um- oder Neubauten in unmittelbarer Nähe des Hauptgebäudes entlang der Oder geplant. Die Strukturkommission hat das "Oderschienen"-Konzept zur Unterbringung der Viadrina konkretisiert und damit eindeutig gegen eine Unterbringung in ehemaligen Kasernen-Gebäuden am Stadtrand Stellung genommen, weil dadurch das Gesamtkonzept der Universität als einer disziplinübergreifenden und fächerintegrierenden Hochschule durch die räumliche Trennung in Gefahr geraten würde. Lehr- und Forschungskonzept erfordern, so der Gründungssenat, zwingend eine räumliche Konzentration zu beiden Seiten der Oder. Die Verbindung zum Collegium Polonicum am polnischen Oderufer könne nur so gewährleistet werden. In einer Stellungnahme der Studentenschaft wird diese Ansicht geteilt. Das gesamte Hauptgebäude mit künftig rund 10.000 Quadratmetern Nutzfläche nach Rekonstruktion und Ausbau des Dachgeschosses, das benachbarte Kongreßhotel sowie weitere an der Oder gelegene Flächen sollen künftig der Universität zur Verfügung stehen.

Den Planungen für die Bibliothek liegt ein Buchbestand von einer halben Million zugrunde, längerfristig wird mit einem Volumen von rund 760.000 Bänden gerechnet. Im Jahr 1992 wurden Haushaltsmittel in Höhe von über einer Million Mark für die Beschaffung aktueller Literatur verausgabt und mehrere Privatbibliotheken angekauft. Problematisch ist nach wie vor die Raumsituation der Bibliothek, die sich erst mit dem Einzug in das gegenwärtig umgebaute Dachgeschoß zu Jahresende etwas entspannen wird.

Kritisch wird dies auch von den Studenten des zweiten Studienjahres eingeschätzt. Ansonsten werten sie den Vorlesungs- und Seminarbetrieb nach einigen organisatorischen Startschwierigkeiten zu Beginn des Wintersemesters als problemfrei. In der Sprachenausbildung wünschen sie ein erweitertes Angebot in Russisch, da die überwiegende Anzahl der Studenten dies bis zum Abitur als erste Fremdsprache lernte und weiterführen möchte. Für die polnischen Studenten wird "Deutsch als Fremdsprache" angeboten. Anfängliche Sprachschwierigkeiten zu Beginn des ersten Semesters wurden schnell überwunden, so daß sich sich in den Studienergebnissen durchaus mit ihren deutschen Kommilitonen messen können.

Viadrina

Uni Erfurt und TU Ilmenau - zwei Paar Schuhe

Für Unruhe hatten zu Semesterbeginn Verlautbarungen aus Politikerkreisen in der Presse gesorgt, in denen prophezeit wurde, daß die TU Ilmenau in großer Gefahr schwebe. Um die Kosten für den Aufbau der Universität in der Landeshauptstadt zu decken, sei sogar eine Degradierung der TU zur Außenstelle der Erfurter Alma mater denkbar. Trotz einer Gegenäußerung aus der Universität waren die Ilmenauer, denen der Schreck über den Kreissitzentscheid noch in den Gliedern steckte, verunsichert.

Ein klares Wort auch zu dieser Thematik wurde erwartet, als der Thüringer Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Ulrich Fickel, am 11.10.93 an die TU kam, um den bundesweit einzigen Modellversuch "Elektronische Medientechnik" einzuweihen. Sich dessen wohl bewußt sagte der Minister: "Hier ist die Thüringer Technische Universität." An der Erfurter Universität würden geisteswissenschaftliche Richtungen etabliert. Die Aufwendungen für den Aufbau der Universität in der Landeshauptstadt in Höhe von 9 Mio DM im Jahre 1993 hätten nicht zu Streichungen an anderen Thüringer Hochschulen geführt.

Ausführlicheres teilte Prof. Dr. Dagmar Schipanski vor dem Senat mit. Die Dekanin unserer größten Fakultät ist Mitglied des Strukturausschusses der Gründungskommission der Universität Erfurt.

In Erfurt, so Prof. Schipanski, sei eine geisteswissenschaftliche Zentrierung mit folgender Struktur vorgesehen:

- Katholisch-theologische Fakultät
- Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
- Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaften
- Fakultät für Sozialwissenschaften.

Weiterhin gebe es Vorstellungen, ein Martin-Luther-Institut für Theologie und Geschichte des Christentums einzurichten. Hinsichtlich einer geplanten Erziehungswissenschaftlichen Fakultät bestehe, so die Dekanin, noch kein favorisiertes Konzept für die Einbeziehung der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen.

Die Integrität der Ilmenauer Uni sei in keinster Weise angetastet worden. Bei den Debatten über das Profil der Universität Erfurt habe die TU Ilmenau überhaupt keine Rolle gespielt.

Imenauer Uni-Nachrichten 12/93

BAföG für in der DDR politisch und ideologisch diskriminierte Schüler und Studenten

Schüler und Studenten, die in der DDR aus politischen oder ideologischen Gründen eine von ihnen gewünschte Ausbildung nicht durchführen konnten, können auch dann BAföG-Leistungen erhalten, wenn sie das Studium oder den Schulbesuch nach Vollendung des 30. Lebensjahres nachholen. Darauf wies der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft,

Dr. Norbert Lammert, am Freitag (10. Dezember 1993) in Bonn anläßlich einer parlamentarischen Anfrage hin. Voraussetzung ist nach den Worten Lammerts, daß die Betroffenen aus den genannten Gründen trotz ernsthaften Bemühens, daran gehindert waren, die jetzt angestrebte Ausbildung rechtzeitig zu beginnen

Dieser "Bildungsdiskriminierung" zumindest ihre Folgen zu nehmen, sei, so Lammert, auch eine Aufgabe staatlicher Ausbildungsförderung. Das BAföG sehe daher folgende Förderungsmöglichkeiten vor: Wer in der DDR von politisch motivierten Diskriminierungsmaßnahmen betroffen war, kann unter anderem für den Erwerb der Hochschulreife an einem Abendgymnasium oder einem Kolleg gefördert werden. Für den Besuch dieser Ausbildungsstätten ist ein mittlerer Bildungsabschluß und eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine mindestens dreijährige geregelte Berufstatigkeit Voraussetzung. Die Förderung für Abendgymnasiasten und Kollegiaten wird ohne Anrechnung des Einkommens und Vermögens der Eltern voll als Zuschuß geleistet. Wer während des Schulbesuchs bei seinen Eltern wohnt, kann in den neuen Bundesländern bis zu 560 DM erhalten, liegt die Ausbildungsstätte in den alten Bundesländern, beträgt der Förderungsbetrag bis zu 600 DM. Wohnt der Abendgymnasiast oder Kollegiat nicht bei seinen Eltern, erhöhen sich die Höchstbeträge auf 755 DM beziehungsweise 830 DM. Beim Besuch anderer Schulen werden Einkommen und Vermögen der Eltern berücksichtigt. Wer eine Fachoberschule besucht, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, kann bei auswärtiger Unterbringung in den neuen Bundesländern bis zu 710 DM, in den alten Ländern bis zu 785 DM erhalten. Der Besuch eines Gymnasiums oder einer Fachoberschule, für deren Besuch keine abgeschlossene Berufsausbildung vorausgesetzt wird, kann nur gefördert werden, wenn der Auszubildende nicht bei seinen Eltern wohnt und von ihrer Wohnung aus eine entsprechende zumutbare Ausbildungsstätte nicht erreichbar ist. In diesem Fall beträgt der Höchstförderungsbetrag 840 DM beziehungsweise 590 DM. Auskünfte über die konkreten Förderungsbedingungen geben die Ämter für Ausbildungsförderung bei den Städten und Kreisen sowie die Studentenwerke an den Hochschulen.

BMBW-PI

Soziale Herkunft von deutschen Studienanfängern in den alten und neuen Ländern

Hochschul-Informations-System (HIS) Hannover legt zwei neue Studien vor:

BATHKE, GUSTAV-WILHELM: **Soziale Herkunft von deutschen Studienanfängem aus den alten und neuen Ländern an den Hochschulen im Wintersemester 1992/93,** HIS-Kurzinformation , A 11/93, Hannover 1993

LEWIN, K.; CORDIER, H.; HEUBLEIN, U.; SOMMER, D.: **Studienanfänger im Wintersemester 1992/93 in den alten und neuen Ländem,** HIS Hochschulplanung Bd. 102, Hannover 1993

Im folgenden eine Zusammenfassung der Ergebnisse:

Unter Beachtung der unterschiedlichen sozialstrukturellen Bedingungen in den alten und neuen Ländem lassen sich für die **Bildungsherkunft** von Studienanfängern des Wintersemesters 1992/93 folgende Ergebnisse hervorheben:

1. Studienanfänger aus den neuen Ländem haben deutlich seltener als ihre Kommilitonen aus den alten Ländem Väter, die nur über einen allgemeinen Schulabschluß verfügen (30 % zu 48 %). Ein Abschluß der 8. Klasse ist hier mit 13 % eher die Ausnahme, dagegen hat in den alten Ländem über ein Drittel der Väter einen solchen Schulabschluß. Noch gravierender sind die Bildungsunterschiede zwischen den Müttern der Studienanfänger in den alten und neuen Ländem. Während in den alten Ländem lediglich knapp ein Viertel der Mütter der Studierenden auf Bildungsabschlüsse oberhalb einer Realschule verweisen können, trifft dies in den neuen Ländem auf fast zwei Drittel zu. In den neuen Ländem ist bei den Müttern der Volksschulabschluß eher selten, hingegen ist er in den alten Ländern ihr dominierender Schulabschluß (14 % zu 42 %).

2. In den neuen Ländem bestehen deutlich geringere Bildungsunterschiede zwischen Vätern und Müttern als in den alten Ländem. In den alten Ländem bestimmt der Vater weitgehend das Bildungsprofil der Familie. In den neuen Ländem beeinflußt hingegen in etwa jeder zehnten Herkunftsfamilie eine höher gebildete Mutter das Bildungsprofil.

3. Heute stammen 43 % der Studienanfänger aus den alten Ländem und 65 % aus den neuen Ländem aus Familien mit hochschulgebildeten Vätern und/oder Müttern (allein Universitätsabschluß: 26 % zu 41 %). In den neuen Ländem liegt das Bildungsniveau nur in 21 % der Herkunftsfamilien unterhalb einer Abiturausbildung, während das für die alten Länder auf fast die Hälfte (46 %) der Herkunftsfamilien zutrifft.

Insgesamt ist unübersehbar, daß sich Studienanfänger aus den neuen Ländern in weit stärkerem Maße als diejenigen aus den alten Ländern aus akademischen Herkunftsfamilien reproduzieren. Studienanfänger aus den alten Ländem sind hinsichtlich der Bildungszertifikate ihrer Eltern weit häufiger Bildungsaufsteiger als die Studienanfänger aus den neuen Bundesländem.

Vor dem Hintergrund dieser beachtlichen Unterschiede in der Bildungsherkunft von Studienanfängern aus den alten und neu-

en Ländern differenziert die Bildungsherkunft in ähnlicher Weise den Zugang zu einer Universität oder einer Fachhochschule und die Fachrichtungsentscheidung. Hinter der Aufnahme eines Universitätsstudiums stehen bei Studienanfängern aus dem Westen wie Osten Deutschlands stärkere akademische Bildungstraditionen als hinter der Aufnahme eines Fachhochschulstudiums. Eltern mit akademischer Bildung lenken ihre Kinder nach wie vor weit stärker auf ein Medizin- bzw. Jurastudium oder auf ein Studienfach mit kulturell-künstlerischen Intentionen als Eltern aus bildungsferneren Schichten, die z. B. ingenieurwissenschaftliche Fächer präferieren.

Für den **Berufs- bzw. Sozialstatus der Eltern** gilt:

1. Dominante Berufsposition der Eltern in den neuen Ländern ist der Angestelltenstatus. Erwartungsgemäß kommen in den neuen Ländern Studienanfänger seltener aus dem Bereich der Selbständigen bzw. der freiberuflich Tätigen, obwohl sich die Anteile in den letzten drei Jahren erhöht haben.

2. Ein verbreitetes soziales Kennzeichen der Herkunft der Studienanfänger aus den neuen Ländern ist die (noch) berufstätige Mutter: Den 10 % Hausfrauen in den neuen Bundesländern stehen 40 % in den alten Bundesländern gegenüber. Im Vergleich zu 1990/91 hat sich jedoch der Hausfrauenanteil bei Müttern von Studienanfängern aus den neuen Ländern jetzt (1992/93) verdoppelt und der von Studienanfängern aus den alten Ländern um 4 %-Punkte reduziert.

3. Obwohl die Studienanfänger aus den neuen Ländern seltener als die aus den alten Ländern Bildungsaufsteiger sind, liegt unter ihnen mit ca. einem Fünftel der Anteil von Arbeiterkindern höher als bei den Studienanfängern aus den alten Ländern. Unter den Studienanfängern 1992/93 aus den alten Ländern lassen sich 14 % Arbeiterkinder ausweisen.

4. Der Berufsstatus der Väter von Studienanfängern aus den alten Ländern ist seit 1987/88 relativ konstant: Beamte, Selbständige bzw. freiberuflich und vor allem als Angestellte tätige Väter sind deutlich häufiger als Arbeiter. Im Wintersemester 1992/93 deutet sich ein leichter Anstieg von Studienanfängern aus Beamten- und Selbständigenfamilien an. Studienanfängerinnen haben nach wie vor etwas häufiger als männliche Studienanfänger beamtete Väter und seltener als Arbeiter tätige Väter.

5. Unverändert erkennbar sind sozialgruppenspezifische Fachrichtungsentscheidungen von Studienanfängern sowohl aus den alten als auch aus den neuen Ländern. Während die Väter von angehenden Ingenieuren zu 18 % bzw. 24 % als Arbeiter ausgewiesen werden, trifft das dagegen bei den zukünftigen Medizinern nur auf 4 % bzw. 11 % der Väter zu. Überdurchschnittlich häufig ist bei den Lehramtsstudenten aus den alten Ländern - wie auch bei den Medizinern - eine beamtete Stellung des Vaters (36 % bzw. 34 %). Bei den Studienanfängern aus den neuen Ländern ist im Lehramt der Anteil von Arbeiterkindern mit 27 % am höchsten. Die Analyse bestätigt, daß die historisch unterschiedlich gewachsenen sozialen Strukturen und die Zugangsbedingungen in den alten und neuen Ländern bei der Rekrutierung von Studierenden im Hochschulstudium heute nachwirken.

Die sozialen Herkunftsbedingungen der Studienanfänger aus den alten wie neuen Ländern differenzieren in spezifischer Weise ihre Werte und Ziele, Leistungsdispositionen und objektiven Spielräume im Studium. So ist die Studienaufnahme von Frauen - vor allem aus den alten Ländern - stärker als bei Männern an Bildungstraditionen gebunden. Studienanfänger sowohl aus den westlichen wie östlichen Bundesländern aus Akademikerfamilien können die besseren Abiturnoten vorweisen, erwerben häufiger über das Gymnasium bzw. die Erweiterte Oberschule das Abitur, haben seltener eine Berufsausbildung abgeschlossen und sind sich nicht zuletzt einer besseren materiellen Absicherung ihres Studiums auf Dauer sicher als Studienanfänger aus bildungsfernen Herkunftsgruppen.

Die Ergebnisse zum sozialen Herkunftsprofil der Studienanfänger in den alten und neuen Ländern lenken darauf, daß vor dem Hintergrund einer noch sehr unterschiedlichen Sozialstruktur die ungebrochene Kraft des Einflusses der sozialen Herkunftsbedingungen auf eine akademische Bildungslaufbahn im allgemeinen und für charakteristische Fachrichtungsentscheidungen im besonderen fortbesteht.

Nähere Informationen: Dr. Gustav-Wilhelm Bathke, HIS-Außenstelle Universität Leipzig Tel.: 0341/719 73 63

HIS

BLK und Wissenschaftsorganisationen erörtern Stand und Perspektiven der Forschungsförderung in den neuen Ländern

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat am 13. Dezember 1993 ihr neuntes Forschungspolitisches Gespräch geführt. Unter Leitung des Bundesministers für Forschung und Technologie, Dr. Paul Krüger, hat sie gemeinsam mit den Präsidenten und Vorsitzenden der großen Wissenschaftsorganisationen den Stand und die Perspektiven der Forschungsförderung in den neuen Ländern - drei Jahre nach Herstellung der Deutschen Einheit - erörtert. Das Gespräch führte im wesentlichen zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Teilnehmer des Gespräches haben die Gelegenheit begrüßt, sich drei Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands ein Bild vom Stand des Aufbaus von Forschungseinrichtungen und der Forschungsförderung in den neuen Ländern zu machen. Die BLK hat sich auch hier als ein **Forum** für den Gedankenaustausch zwischen Bund, Ländern und Vertretern der Forschungseinrichtungen und Forschungsförderungsorganisationen bewährt.

2. Das Zusammenwirken von Bund und Ländern sowie das Engagement der großen Forschungsorganisationen haben, auf der Basis der Empfehlungen des Wissenschaftsrates, einen zügigen und insgesamt erfolgreichen **Erneuerungsprozeß der außeruniversitären Forschung** in den neuen Ländern ermöglicht. So sind neue Einrichtungen entstanden, die die gesamte deutsche Forschungslandschaft erweitern, ergänzen und bereichern. Derzeit gibt es fast 13.000 planmäßige und außerplanmäßige Arbeitsplätze in den neuen Einrichtungen der außeruniversitären Forschung in den neuen Ländern.

3. Bund, Länder und Forschungsorganisationen streben bei der weiteren Entwicklung der **Forschungslandschaft im gesamten Deutschland** eine ausgewogenere regionale Verteilung von Forschungseinrichtungen und den Abbau strukturell bedingter Ungleichheiten an. Dabei müssen wie bisher die Entscheidungen über die Gründung von Einrichtungen in erster Linie nach wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten erfolgen.

4. Die Impulse und Erfahrungen, die aus der Evaluation und der tiefgreifenden Umstrukturierung in den neuen Ländern erwachsen sind, gilt es zu erhalten und in den notwendigen Prozeß der Strukturanpassung mit dem Ziel der Effizienzsteigerung auch in den alten Ländern einzubringen.

5. Die Fachressorts des Bundes und der Länder sind der Auffassung, daß die **Forschungshaushalte angesichts ihrer Bedeutung für die Zukunftssicherung des Standortes Deutschland** und insbesondere angesichts des in der außeruniversitären Forschung in den neuen Ländern noch bestehenden Nachholbedarfs vor allem bei Bau- und Geräteinvestitionen und Umfeldverbesserungen einen Zuwachs benötigen. Die unzureichende räumliche Unterbringung und apparative Ausstattung der Forschungseinrichtungen sowie die schlechten Bedingungen der Wohnraumbeschaffung belasten derzeit noch den zügigen Aufbau der Einrichtungen.

6. Der Um- und Aufbau der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung ist insgesamt erfolgreich und rascher als vielfach angenommen verlaufen. Das schließt nicht aus, daß im einzelnen Nachbesserungen und Korrekturen erforderlich sind.

- Mittlerweile haben fünf **Max-Planck-Institute** in den neuen Ländern ihre Tätigkeit aufgenommen; die MPG hat ferner - befristet - zwei Außenstellen von Instituten aus den alten Ländern sowie insgesamt 29 Arbeitsgruppen an sieben Universitätsstandorten in den neuen Ländern eingerichtet.

Die MPG wird auch weiterhin gemeinsam mit den einzelnen Ländern sehr frühzeitig und baldmöglichst Standortvoraussetzungen für die Gründung neuer Max-Planck-Institute definieren und diese unter Berücksichtigung des noch nicht abgeschlossenen Aufbaus der Hochschulen auf bestimmte Themenfelder hin entwickeln. Dabei ist es das erklärte Ziel aller Beteiligten, auf eine ausgewogenere regionale Verteilung von Max-Planck-Instituten in den neuen Ländern hinzuwirken.

- Die verhältnismäßig hohe Zahl der Neugründungen von Einrichtungen der sogenannten **Blauen Liste** in den neuen Ländern mit fast 5.000 Beschäftigten war keine Notlösung, sondern war entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates fachlich geboten. Die kürzlich veröffentlichten Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung der Blauen Liste haben unterstrichen, daß dieser Institutionentypus weiterhin als ein entwicklungsfähiges Instrument der gemeinsamen Forschungsförderung zu betrachten ist.

- Die **Fraunhofer-Gesellschaft** hat 1991/92 in überaus kurzer Frist insgesamt 22 Einrichtungen mit über 1299 Beschäftigten in den neuen Ländern gegründet. Bund, Länder und die FhG werden prüfen, ob beim weiteren Ausbau von Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft diese aufgrund ihrer Industrienähe verstärkt auch im Bereich der Qualifizierung und des Transfers von Personal aus Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft tätig werden können.

- Bislang wurden in den neuen Ländern drei **Großforschungseinrichtungen** sowie neun Außenstellen von in den alten Ländern angesiedelten Großforschungseinrichtungen mit insgesamt rd. 2.100 Mitarbeitern gegründet. Die neuen Länder beklagen nachhaltig die im Verhältnis zu den alten Ländern geringe Repräsentanz von Großforschungseinrichtungen; nach ihrer Auffassung soll im Hinblick auf ausgewogenere Verteilung die Etablierung von "Großforschungsäquivalenten" in Betracht gezogen werden.

7. Das Instrumentarium der **Deutschen Forschungsgemeinschaft** hat äußerst schnell und effizient gegriffen. Die DFG braucht aber nach Auffassung der Gesprächsteilnehmer gerade auch für ihre Aufgaben in den neuen Ländern einen verläßlichen mittelfristigen Finanzrahmen, damit die bisher positiv verlaufene Entwicklung der Forschung in den neuen Ländern weiter gefördert und nachhaltig gestärkt werden kann. Für die Drittmittelförderung durch die DFG muß die Grundausstattung für die Forschung in den Hochschulen nach Auffassung des Bundes und der Fachressorts der Länder in den nächsten Jahren deutlich verbessert werden.

8. Der Vorschlag des Bundes zur Einrichtung von **Innovationskollegs** in den neuen Ländern stößt auf breite Zustimmung. Die hieraus gewonnenen Erfahrungen sollten für die alten Länder nutzbar gemacht werden.

9. Die Bewältigung des in den neuen Ländern erforderlichen wirtschaftlichen Strukturwandels, der wesentliche Voraussetzung für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist, erfordert nicht nur eine leistungs- und konkurrenzfähige staatlich finanzierte Forschungslandschaft, sondern auch effektive FuE in der Wirtschaft.

Der in den letzten Jahren zu beobachtende weitgehende Zusammenbruch der **Industrieforschung** bedeutet ein erhebliches Hindernis für den wirtschaftlichen Aufbauprozeß in den neuen Ländern insgesamt. Bund und Länder sind bestrebt, die Umstrukturierung und den Neuaufbau der industriellen Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.

BLK

Hochschulrektorenkonferenz erhebt Zahlen für das Wintersemester 1993/94: 286.500 Studienanfänger - 1,86 Millionen Studierende in Deutschland

286.500 Studierende haben sich im Jahr 1993 erstmals an einer Hochschule im Bundesgebiet immatrikuliert. Im Vorjahr waren 290.500 Studienanfänger verzeichnet worden. Die Zahl der Studienanfänger ist damit im Jahr 1993 gegenüber dem Vorjahr bei einem Rückgang von 1,2 Prozent praktisch unverändert. Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Professor Dr. Hans-Uwe Erichsen, stellte die neuesten, von der HRK bei den Hochschulen erhobenen Zahlen am 1. Dezember vor der Presse in Bonn vor.

Die Zahl der Studierenden stieg im Wintersemester 1993/94 gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent und beträgt jetzt (unter Einschluß der verwaltungsinternen Fachhochschulen) 1,864 Millionen. Davon studieren 1,7 Millionen an den Hochschulen in

den alten Bundesländern und 156.000 in den neuen Ländern (einschließlich des früheren Ostteils von Berlin). Damit ist ein neuer Höchststand der Studierendenzahl erreicht, der sich daraus erklärt, daß die besonders starken Studienanfängerjahrgänge der Jahre 1989 bis 1991 ihr Studium noch nicht abgeschlossen haben können. In den Hochschulen der östlichen Bundesländer waren noch nie so viele Studierende immatrikuliert wie im laufenden Wintersemester.

HRK-Präsident Erichsen erklärte, der demographisch bedingte Rückgang der Studienanfängerzahlen schwäche sich bereits wieder ab, wie der Vergleich mit dem Vorjahr zeige, als gegenüber 1991 ein Rückgang um sieben Prozent zu verzeichnen war. Die Entwicklung liege im oberen Drittel der von der Kultusministerkonferenz für das Jahr 1993 prognostizierten Studienanfängerzahlen. Bereits für das Jahr 1994 sei aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und des Bildungswahlverhaltens wieder mit einem Anstieg der Studienanfängerzahlen zu rechnen. Eine Entspannung der Belastungssituation der Hochschulen im Westen sei nach diesen Daten nicht einmal ansatzweise in Sicht. Im Osten sei mit einem raschen Anstieg der Zahlen der Studienanfänger und Studierenden zu rechnen.

Als bemerkenswert bezeichnete es Erichsen, daß nach einem Rückgang im Jahr 1992 die Studienanfängerzahlen an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) 1993 erneut angestiegen seien und mit 82.800 einen bislang nicht errreichten Höchststand erreicht hätten. Dies gelte für die alten Bundesländer ebenso wie für die neuen. Während in den alten Bundesländern der Anstieg mit 7,6 Prozent zu einer neuen Höchstzahl von 70.100 führte, zeigt der Anstieg um 35 Prozent auf 12.70() in den neuen Bundesländern, daß die dort neue Hochschulart Fachhochschule von den Studienbewerbern angenommen wird.

An den Universitäten und gleichgestellten Hochschulen ging demgegenüber die Zahl der Studienanfänger im Jahr 1993 um insgesamt sechs Prozent gegenüber 1992 zurück. Der Rückgang beträgt in den alten Bundesländern 6,2 und in den neuen Ländern 4,5 Prozent.

Damit liegt die Studienanfängerzahl in den westdeutschen Ländern auf der Höhe der Jahre 1988/89 und um rund 17.000 über der Zahl des Jahres 1983. Die Zahl der Studienanfänger dieses Jahres war in der den Offenhaltungsbeschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern für die Hochschulen bestimmenden Prognose als zu erwartende Höchstzahl und damit als "Gipfel des Studentenberges" prognostiziert worden. Die Studienanfängerzahl liegt um 85.000 über der Zahl des Jahres 1977. Das entspricht etwa dem Zwanzigfachen der Studienanfängerzahl einer mittleren Universität. Die Studienanfängerzahl an den ostdeutschen Hochschulen liegt mit rund 36.500 auf dem Niveau des Jahres 1991 und um 4,3 Prozent über der Zahl des Jahres 1992.

Entgegen früheren Befürchtungen hat keine einseitige Wanderung von Studienanfängern aus den neuen Ländern in die Hochschulen in den alten Ländern stattgefunden. Nach den vorliegenden Zahlen ist davon auszugehen, daß etwa 3.000 Studierende

aus den alten Bundesländern ihr Studium an einer Hochschule der neuen Bundesländer aufgenommen haben und etwa 4.500 aus den neuen Ländern an einer Hochschule im alten Bundesgebiet. Dies entspricht in etwa dem Vorjahresniveau, so daß von einem normalen Austausch zwischen den Bundesländern gesprochen werden kann.

"Qualifikation und Forschung sind an Bedeutung für den Standort Deutschland gar nicht zu überschätzen. Angesichts dessen und im Hinblick auf das grundgesetzlich verbürgte Recht der freien Berufs- und damit Studienwahl sind die Länder und der Bund gefordert, die in großer Breite stattfindenden Anstrengungen der Hochschulen im Bereich der Studienstrukturreform und der Optimierung der vorhandenen Ressourcen durch die Wahrnehmung ihrer Finanzverantwortung zu ergänzen und für eine angemessene Ausstattung der Hochschulen Sorge zu tragen. Notwendig ist ein Bildungssolidarpakt, um Chancengerechtigkeit für die jungen Generation, um mittel- bis langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik und damit Arbeitsplätze und den sozialen Frieden zu sichern", erklärte Erichsen.

Notwendig sei angesichts der vorliegenden und sich für die Zukunft abzeichnenden Daten ein realer, nicht nur verbaler quantitativer und qualitativer Ausbau der Hochschulen. Dies erforderte bei Bund und Ländern für 1994 mindestens je zwei Milliarden DM für die Hochschulbauförderung. "Es ist zu begrüßen, daB die Länder in ihrer bildungspolitischen Erklärung vom 29.10.1993 sich bereit erklärt haben, zwei Milliarden DM für 1994 bereitszustellen. Die HRK geht davon aus, daß die Länder die Ernsthaftigkeit dieser Erklärung durch Anrufung des Vermittlungsausschusses unter Beweis stellen werden", betonte der Präsident der HRK.

Er hob hervor, daß darüber hinaus eine Änderung der politischen und finanziellen Prioritätensetzung zugunsten von Bildung, Ausbildung und Forschung in Ländern und Bund unausweichlich sei. Der Rückgang des Anteils der Ausgaben für die Hochschulen am Bruttosozialprodukt um ein Drittel seit Mitte der 70er Jahre bei gleichbleibendem Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt sei ein Armutszeugnis für die Politik. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik bei den Bildungsausgaben auf dem viertletzten Platz aller QECD-Mitgliedsstaaten stehe, mache überdeutlich, daß in der Bundesrepublik mit inzwischen absehbaren Folgen die Prioritäten falsch gesetzt seien. "Um dies zu korrigieren", so HRK-Präsident Erichsen, "ist für einen mittelfristigen Zeitraum ein kontinuierlich überproportionaler, über der allgemeinen Haushaltsentwicklung liegender Anstieg der Haushaltsansätze für die Hochschulen erforderlich. Es ist darüber hinaus notwendig, den Hochschulen mehr Autonomie, d.h. mehr Verantwortung für die Folgen ihres Tuns und Unterlassens zu übertragen und sie dadurch wettbewerbsfähiger und wettbewerbsbereiter zu machen."

HRK

Studienanfängerzahlen in den Studienjahren 1991 bis 1993 im Vergleich (ohne verwaltungsinterne FH's)

	Universitäten (incl. PH's)			Fachhochschulen			Sonstige Hochschulen (2)			Gesamt		
Land	1991	1992	1993	1991	1992	1993	1991	1992	1993	1991	1992	1993
Baden-Württemberg	26.957	25.667	23.042	10.528	11.475	13.044	613	635	741	38.098	37.777	36.827
Bayern	30.385	27.397	25.179	10.910	10.694	10.082	485	419	485	41.780	38.710	35.746
Berlin	15.853	14.092	12.206	4.349	3.230	3.144	798	840	808	21.000	18.162	16.158
Brandenburg	3.576	1.866	2.119	255	820	1.459	89	84	50	3.920	2.770	3.628
Bremen	2.326	2.048	1.883	1.910	1.967	1.791	0	0	0	4.236	4.015	3.674
Hamburg	7.349	7.177	7.009	2.610	2.505	2.413	160	198	232	10.119	9.880	9.654
Hessen	16.930	17.469	15.978	8.308	7.215	9.046	354	483	558	25.592	25.167	25.582
Mecklenburg-Vorpommern	3.289	1.970	2.015	656	843	1.189	54	46	0	3.999	2.859	3.204
Niedersachsen	18.663	15.511	14.292	5.992	6.053	6.879	289	257	366	24.944	21.821	21.537
Nordrhein-Westfalen	55.073	51.798	51.596	16.838	14.502	15.302	1.023	918	1.021	72.934	67.218	67.919
Rheinland-Pfalz	8.855	8.462	7.866	4.217	4.519	4.637	39	43	33	13.111	13.024	12.536
Saarland	3.014	2.996	2.158	766	683	749	91	92	116	3.871	3.771	3.023
Sachsen	7.640	6.812	6.428	215	2.735	4.635	775	327	335	8.630	9.874	11.398
Sachsen-Anhalt	2.835	2.093	2.091	265	1.809	2.428	1.228	429	152	4.328	4.331	4.671
Schleswig-Holstein	4.622	4.265	3.998	3.384	3.247	3.817	56	56	40	8.062	7.568	7.855
Thüringen	3.161	3.122	3.755	1.043	1.721	2.219	776	955	100	4.980	5.798	6.074
Gesamt	210.528	192.945	181.615	72.246	74.018	82.834	6.830	5.782	5.037	289.604	272.745	269.486
davon:												
Alte Länder 1)	174.174	162.990	153.001	65.463	62.860	67.760	3.110	3.101	3.592	242.747	228.951	224.353
Neue Länder 1)	36.354	29.955	28.614	6.783	11.158	15.074	3.720	2.681	1.445	46.857	43.794	45.133

1) entsprechend den KMK-Prognosen alte Länder ohne Berlin, neue Länder incl. Berlin

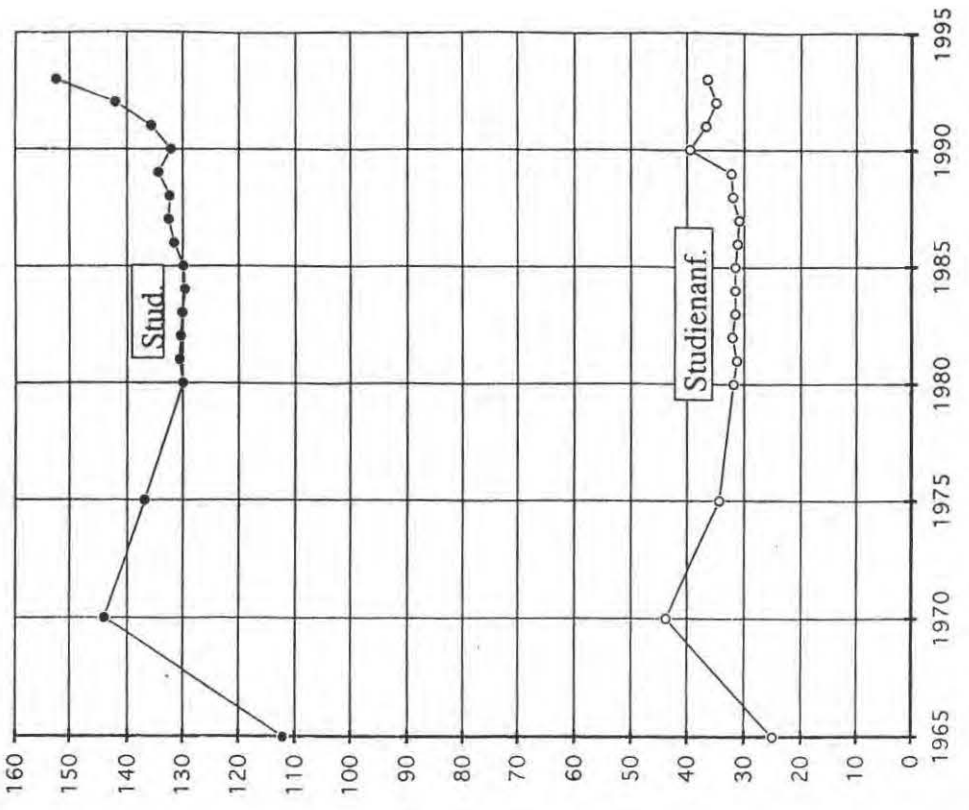
2) Kunst-/Musik-/Theol.-/Kirchliche Hochschulen

Quelle: HRK-Umfrage

Studienanfänger und Studierende in der ehemaligen DDR / den neuen Bundesländern seit 1965 (in Tsd.)

© HRK

Quelle: BMBW: Grund- und Strukturdaten /Umfrage HRK



hochschule ost dez. 1993

Studentenzahlen in den Wintersemestern 1991/92 bis 1993/94 im Vergleich (ohne verwaltungsinterne FH's)

	Universitäten (incl. PH's)			Fachhochschulen			Sonstige Hochschulen (2)			Gesamt		
Land	1991/92	1992/93	1993/94	1991/92	1992/93	1993/94	1991/92	1992/93	1993/94	1991/92	1992/93	1993/94
Baden-Württemberg	164.869	172.471	174.726	45.019	47.563	49.012	4.226	4.126	4.142	214.114	224.160	227.880
Bayern	194.855	196.415	197.259	57.928	57.526	50.819	3.265	2.879	3.306	256.048	256.820	251.384
Berlin	117.459	117.523	120.243	16.724	16.196	16.591	6.829	7.046	7.039	141.012	140.765	143.873
Brandenburg	7.698	9.639	10.889	413	1.100	2.574	304	357	396	8.415	11.096	13.859
Bremen	15.651	16.404	17.929	8.382	8.628	9.023	0	0	0	24.033	25.032	26.952
Hamburg	49.910	50.435	53.607	14.754	14.937	15.421	1.845	1.860	2.240	66.509	67.232	71.268
Hessen	106.922	111.957	113.318	41.510	42.582	42.662	2.492	2.555	2.586	150.924	157.094	158.566
Mecklenburg-Vorpommern	11.437	12.370	12.358	453	1.204	2.436	191	0	0	12.081	13.574	14.794
Niedersachsen	121.864	123.897	126.433	27.044	28.136	29.545	2.241	2.163	2.250	151.149	154.196	158.228
Nordrhein-Westfalen	376.318	387.666	393.556	98.457	98.941	98.356	7.147	6.977	6.994	481.922	493.584	498.906
Rheinland-Pfalz	53.123	55.499	58.079	20.087	20.833	21.545	270	281	269	73.480	76.613	79.893
Saarland	20.299	20.376	21.018	3.793	3.817	3.813	567	592	618	24.659	24.785	25.449
Sachsen	34.322	39.583	42.646	263	8.693	11.978	2.675	2.460	1.691	37.260	50.736	56.315
Sachsen-Anhalt	12.424	12.292	17.278	690	2.550	4.409	4.648	3.804	661	17.762	18.646	22.348
Schleswig-Holstein	24.722	25.750	26.706	17.339	17.570	18.112	419	418	410	42.480	43.738	45.228
Thüringen	13.036	14.533	16.268	1.076	2.550	4.393	3.887	3.628	777	17.999	20.711	21.438
Gesamt	1.324.909	1.366.810	1.402.313	353.932	372.826	380.689	41.006	39.146	33.379	1.719.847	1.776.782	1.816.381
davon:												
Alte Länder[1)]	1.128.533	1.160.870	1.182.631	334.313	340.533	338.308	22.472	21.851	22.815	1.485.318	1.523.254	1.543.754
Neue Länder[1)]	196.376	205.940	219.682	19.619	32.293	42.381	18.534	17.295	10.564	234.529	255.528	272.627

1) entsprechend den KMK-Prognosen alte Länder ohne Berlin, neue Länder incl. Berlin

2) Kunst-/Musik-/Theol.-/Kirchliche Hochschulen

Quelle:HRK-Umfrage

Studienanfänger und Studierende in der ehemaligen DDR / den neuen Bundesländern seit 1965 (in Tsd.)

Quelle: BMBW: Grund- und Strukturdaten / Umfrage HRK © HRK

Jahr	Anfänger	Studierende (WS)
1965	25,0	112,1
1970	43,8	143,9
1975	34,4	136,9
1980	31,9	130,0
1981	31,3	130,6
1982	32,1	130,4
1983	31,6	130,1
1984	31,6	129,6
1985	31,6	129,9
1986	31,2	131,6
1987	30,9	132,6
1988	32,0	132,4
1989	32,3	134,4
1990	39,5	132,2
1991	36,7	135,7
1992	34,9	142,0
1993	36,4	152,5

Dachverband der StudentInnenschaften gegründet

Mehr als drei Jahre nach dem Zusammenbruch der vds gibst es wieder einen für alle Hochschularten offenen Dachverband der StudentInnenschaften in Deutschland. Im Verlauf des Treffens des Arbeitskreises Bildungsgipfel vom 18. bis 20. November in Hürth (bei Köln) gründeten am Samstag 22 Gründungsmitglieder den **"freien zusammenschluß von studentInnenschaften" (fzs)**.

Zehn StudentInnenschaften erklärten, daß sie dem Dachverband in Kürze beitreten werden, dazu aber noch die formelle Vollmacht ihrer Gremien benötigten. Eine Reihe weiterer StudentInnenvertretungen bekundeten ebenfalls ihr Interesse, haben die Frage eines Beitritts in ihrer Hochschule jedoch noch nicht ausreichend diskutiert. Diese Zahl von beteiligten und gründenden StudentInnenvertretungen ist für eine Gründungsversammlung außergewöhnlich groß. Die Anzahl der MitgliedsstudentInnenschaften des Fachhochschul-Dachverbands FKS hat sich zum Beispiel innerhalb des ersten Jahres von sieben Mitgliedern auf über zwanzig verdreifacht.

Als seine dringendste Aufgabe sieht es der fzs an, in der aktuellen Diskussion um die Reform der Hochschulen studentische Vorstellungen stärker als bisher in die öffentliche Diskussion einzubringen. Dabei will er an die Arbeit des Arbeitskreises Bildungsgipfel anküpfen.

Die von der Bundesregierung und den Länderregierungen geplanten rein technokratischen HochschulDeformen lehnt der fzs entschieden ab. Für eine sinnvolle Hochschulreform ist es unerläßlich, daß die katastrophale Unterfinanzierung ebenso beseitigt wird wie die pseudodemokratischen Strukturen an den Hochschulen. Zudem muß endlich über die Inhalte von Forschung und Lehre gesprochen werden, statt rein bürokratisch mit Strafmaßnahmen gegen StudentInnen an den Symptomen der Krise der Hochschulen zu pfuschen. Andernfalls wird Deutschland zu einer Bildungswüste verkommen. Der fzs fordert, daß die legitimierten StudentInnenvertretungen endlich an der Diskussion beteiligt werden.

Darüber hinaus wird der fzs auch auf anderen gesellschaftlichen Gebieten Politik machen.

Bereits auf der Gründungsversammlung wurden Arbeitskreise zu Internationalismus, zu feministischer Politik und zu Fachhochschulen eingerichtet. In seiner Gründungserklärung hat der fzs zu diesen und weiteren Themen Stellung bezogen.

Unmittelbar nach der Gründungsversammlung des fzs hat sich die FKS, der bisherige Dachverband der Fachhochschulen, aufgelöst, und den fzs zu ihrer Rechtsnachfolgerin bestimmt. Auch einige Mitglieder des BAS (Büro von ASten und StudentInnenräten) gehören zu den GründungsstudentInnenschaften des fzs. Auf seiner Mitgliederversammlung am nächsten Wochenende wird auch das BAS über seine Auflösung beraten.

In der umstrittensten Frage bei der Beratung der Satzung, dem Stimmverhältnis zwischen großen und kleinen Hochschulen in der Mitgliederversammlung, einigten sich die anwesenden StudentInnenschaften endgültig darauf, daß jedes Mitglied unabhängig von seiner Größe eine Stimme bekommen wird.

Als Organe des Dachverbandes wurden die Mitgliederversammlung, der Ausschuß der StudentInnenschaften (AS) und der Vorstand bestimmt. Eine der Aufgaben des Vorstands und des AS wird die Vertretung der Positionen des fzs in der Öffentlichkeit sein.

Zum Abschluß der Gründungsversammlung wurden fünf Menschen in den Vorstand des fzs gewählt. Der Vorstand wird seine Arbeit sofort aufnehmen. Für weitere Informationen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

Leonie Bernhard, Vorstandsmitglied für die Bereiche Hochschulpolitik und Finanzen, Tel.: 0228/ 26 21 19

Ted Thurner, Vorstandsmitglied für die Bereiche Hochschulpolitik und Presse/ Öffentlichkeit, Tel.: 0511/ 762 5064

fzs

STIPENDIEN

Ausschreibung eines Graduiertenkollegs an der Universität Jena in Verbindung mit der Universität Halle und der Pädagogischen Hochschule Erfurt

"Konflikt und Konsens im Transformationsprozeß mittel- und osteuropäischer Gesellschaften"

Der in der Geschichte moderner Gesellschaften nach Umfang und Ausmaß beispiellose Systembruch in den mittel- und osteuropäischen Staaten hat zu enormen gesellschaftlichen Spannungen geführt. Im Rahmen des hier ausgeschriebenen Graduiertenkollegs sollen Forschungsvorhaben (Dissertationen) gefördert werden, die den Umstellungsprozeß und seine Vorgeschichte analysieren und zum empirischen und theoretischen Verständnis seiner Voraussetzungen und Zusammenhänge beitragen. Gefördert werden sozialwissenschaftliche Arbeiten, die auch fachübergreifend angelegt sein können und dabei politische, ökonomische, sozialhistorische und rechtliche Aspekte berücksichtigen. Im Zentrum sollte allerdings eine soziologische Vorgehensweise stehen.

Der Art nach kann es sich um theoretische oder empirische, um strukturanalytische Arbeiten oder systematische Deskriptionen, um Case-Studies oder auch um Ländervergleiche handeln. Die fokussierende Themenstellung von 'Konsens und Konflikt' ist nicht auf bestimmte Handlungsfelder beschränkt, sondern kann in allen gesellschaftlichen Ebenen aufgesucht und unter den verschiedensten Perspektiven betrachtet werden. Anregungen dazu und nähere Hinweise entnehmen Sie bitte einem Informationsblatt, das Sie im Institut für Soziologie der Universität Jena anfordern können.

Betreuer und Koordinationsgruppe: Prof. Dr. Heinrich Best, Prof. Dr. Hans-Joachim Giegel, Prof. Dr. Rudi Schmidt (alle Universität Jena), Prof. Dr. Reinhard Kreckel (Universität Halle), Dr. sc. Frank Ettrich (PH Erfurt)

Die Ausschreibung richtet sich an Graduierte aus im weitesten Sinn sozialwissenschaftlichen Studiengängen mit herausragenden theoretischen und methodischen Kompetenzen und überdurchschnittlichen Examensnoten.

Die Förderung erfolgt zu den üblichen Konditionen der Begabtenförderwerke, Bewerber aus den ostdeutschen Bundesländern werden bevorzugt.

Anfragen und Bewerbungen richten Sie bitte an Prof.Dr. R. Schmidt, Institut für Soziologie der Universität Jena, 07740 Jena

Haben die Studenten die Revolution verschlafen? Kritisches zu einer Neuerscheinung.

Malte Sieber, Ronald Freytag: Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89. Morgenbuch-Verlag, Berlin 1993, 306 S., DM 29,80

"Die Schulen waren die Zuchtanstalten der Nation."[1] Daran anschließend könnte man verallgemeinernd sagen, daß das gesamte Bildungs- und Erziehungssystem der DDR (einschließlich des Grundwehrdienstes bei den "bewaffneten Organen") Disziplinierungs- und Unterdrükkungsfunktionen wahrnehmen sollte. "Sollte" deshalb, weil bei noch so vehementer Kritik am Bildungswesen der DDR nicht übersehen werden darf, daß der "Erziehungs- und Bildungsauftrag", den das Bildungssystem von der SED zugewiesen bekommen hatte, nicht gänzlich erfüllt werden konnte. Denn es waren ja gerade Angehörige der jungen Generationen, die alle Phasen des sozialistischen Bildungssystems durchlaufen hatten, die im Sommer 1989 die DDR verließen und damit die letzte Runde im Agoniespiel des real-existierenden Sozialismus einläuteten.

Die "Erziehung zur Unmündigkeit" [2] hatte nachhaltige Wirkungen mannigfaltigster Art im Denken und Handeln all derer bewirkt, die dieses System durchlaufen mußten. [3] Das Scheitern des totalitären Erziehungskonzeptes, der Wille, "sozialistische Persönlichkeiten" zu kreieren, konnte sich kaum anschaulicher verdeutlichen als durch die massenhafte Flucht junger Menschen und den anschließenden Aufstand der 'Hierbleiber'. Und noch mehr: dieser allumfassende Erziehungsanspruch war selbst eine der tieferliegenden Ursachen für die Eruption des Jahres 1989. Mit diesem Regime hatten sich die SED selbst eine der vielen Zeitbomben gebastelt.

Auf der höchsten Stufe des Bildungssystems rangierte die Universitäts- und Hochschulausbildung. Wer bis hierher gelangen wollte, mußte mehrere Phasen politisch motivierter Selektionen überstanden haben. Denn die Hochschuleinrichtungen waren wichtige Produzentinnen fachlicher und politischer Funktionseliten, die oftmals an herausragender Stelle das System zu repräsentieren hatten. Insofern verwundert es auch nicht, daß der "Sturm auf die Festung Wissenschaft" (Stalin) direkt nach Kriegsende einsetzte und auch relativ schnell erfolgreich war [4]: Gerade das Bildungswesen gehörte in der DDR wie in jeder Gesellschaft mit totalitärem Anspruch "zu den ersten und wichtigsten Usurpationszielen". [5]

Soviel sich zwischen den fünfziger und achtziger Jahren im Bildungssystem auch verändert haben mag, es gab dennoch erstaunliche Kontinuitäten. Ohne Zweifel gehörten dazu z. B. die Rekrutierung der Studierenden oder auch der "Erziehungsauftrag", mit dem "sozialistische Persönlichkeiten" geformt werden sollten. Dieser frühzeitig formulierte Anspruch hatte zum Ziel, junge Menschen auszubilden, die zudem die Ideologie des Regimes verinnerlicht und die Hoffnung auf den am Horizont schimmernden Kommunismus zu ihrer eigenen gemacht haben. Daß dieses doktrinäre Erziehungskonzept bei den Studenten der DDR anschlug, zeigen Erhebungen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung. Beispielsweise meinten 1983 68 Prozent der Studenten, daß der Sozialismus in der ganzen Welt sich durchsetzen wird, 31 Prozent vertraten diese Auffassung mit Einschränkungen. Nur ein Prozent war davon nicht überzeugt. [6] Noch im Mai 1989 sah eine Mehrheit von 54 Prozent eine solche Perspektive als wahrscheinlich an. Aber immerhin waren nun 46 Prozent davon kaum oder überhaupt nicht mehr überzeugt. Ähnliches läßt sich für die Identifikation mit der SED oder auch mit der DDR feststellen. 1983 identifizierten sich 99 Prozent, 1985 und 1986 98 Prozent und im Mai 1988 97 Prozent mit der DDR. Im Februar 1989, also bereits nach dem Verbot der Zeitschrift "Sputnik", ließ sich eine ausgeprägte Identifizierung mit der DDR noch immer bei 85 Prozent der Studenten nachweisen. [7] Mit all diesen hier exemplarisch angeführten Zahlen unterschied sich die soziale Gruppe der Studenten teilweise gravierend von jenen Altersgenossen, die einen Beruf lernten oder schon als junge Arbeiter tätig waren.[8]

Wenn man diesen Zahlen Glauben schenken darf [9], dann verwundert es nicht, daß im heißen ostdeutschen Herbst 1989 viele Beobachter und Akteure immer wieder festellten, daß die Studierenden die 'Revolution' verschlafen hätten. Die Politik der restriktiven Selektion im (Aus-)Bildungsprozeß mußte fast zwangsläufig im "Herbstschlaf" der Studenten münden. Möglich gemacht wurde diese These allerdings erst durch die zeitgenössischen Wahrnehmungen.

Natürlich waren auch Positionen bekannt, die das Gegenteil behaupteten. Von einer solchen her wurde betont, daß die Studierenden sich frühzeitig ihrer eigenen spezifischen Probleme annahmen und dadurch an der Revolution mit einem zwar kaum beachteten, dafür aber originären Engagement teilnahmen. Allerdings konnte diese Argumentation bisher nicht recht überzeugen.

Vor kurzem wurde nun ein Buch mit der Motivation veröffentlicht, der immer wieder kolportierten These "entgegenzuarbeiten", die Studenten in der DDR hätten die Wende verschlafen (S. 9). [10] Die beiden Autoren, Malte Sieber (geb. 1962) und Ronald Freytag (geb. 1959), studierten (Germanistik, Psychologie) seit Mitte der achtziger Jahre an der Humboldt-Universität (HUB). Sieber begann 1989 ein Forschungsstudium, welches er mittlerweile abbrach. Freytag arbeitet gegenwärtig an einer Dissertation. Beide gehörten zu den Mitbegründern und Protagonisten des StudentInnenrates an der HUB. Sie waren 1989/90 profilbestimmend für den StudentInnenrat. Von vielen wurden die Beiden als die eigentlichen Berliner Repräsentanten dieses basisdemokratischen Modells betrachtet. An der Universität waren sie aber nicht nur im StudentInnenrat engagiert, sondern wirkten auch in anderen Gremien. Sieber z. B. gehörte zu den Begründern der Studentenzeitung "Unaufgefordert", Freytag war mehrere Semester lang studentischer Senator. Insofern sind sie prädestiniert, ausführlich und mit den

unerläßlichen Hintergrundinformationen ausgestattet über die Gründung, Ziele und Tätigkeit des StudentInnenrates zu berichten. Freilich ist bei Darstellungen, die mehr als nur subjektive Betrachtungen vermitteln wollen, immer dann die Gefahr der einseitigen und beschönten Beschreibung gegeben, wenn die Autoren über Sachverhalte informieren, in die sie selbst sehr stark involviert waren. Wie ist nun Sieber/Freytag dieser Drahtseilakt gelungen?

Das Buch untergliedert sich in drei große Abschnitte. Hinzu kommen ein Vorwort, in dem Absichten, Zielstellungen und Einschränkungen knapp erläutert werden, und eine "Bibliographie". Was diese soll, wird nicht ersichtlich. Da finden sich Bücher und Zeitschriften, auf die in den (spärlichen) Fußnoten hingewiesen wird, genauso wie Veröffentlichungen, zu denen im Text kein Bezug hergestellt wird. Dies wäre eine Randglosse, wenn nicht hier schon schmerzlich bewußt werden würde, daß die Verfasser ein ambivalentes Verhältnis zur Sekundärliteratur haben. Denn ein Blick in die äußerst knappe "Bibliographie" zeigt, daß viele wichtige Arbeiten nicht wahrgenommen wurden. Diese Unterlassung spiegelt sich in weiten Teilen des Textes wider.

Die drei Hauptteile untergliedern sich in 1. der Darstellung des Studiums in der DDR, der Situation an den Universitäten in den achtziger Jahren seit dem Machtantritt Gorbatschows, dem Jahr 1989 an den Universitäten und der "Geschichte" der StudentInnenräte, 2. in einem Bericht über die geheimdienstliche Beobachtung der Studenten 1989 und schließlich 3. auf die Wiedergabe von 23 Dokumenten.

Der umfangreichste Teil ist der erste. Er wurde von Malte Sieber verfaßt. Der Vorbemerkung ist zu entnehmen, daß die These von den schlafenden Studenten von "verschlafenen Journalisten" stammt. Denn "erstens" gab es nicht die Studenten und "zweitens" waren viele "im Oktober '89 aufgeweckte Leute" (S. 10). Außerdem wird 'klargestellt', daß im folgenden nur auf Berlin und Leipzig Bezug genommen wird, weil diese "über weite Strecken die Zentren der studentischen Bewegung (waren) und ... insofern durchaus repräsentativ (sind), was die allgemeine Entwicklung anbelangt" (S. 12). Die Leipziger werden allerdings auch nur dort ausdrücklich erwähnt, "wo es wichtige Unterschiede zu Berlin gab" (S.12). Diese Einschränkung ist problematisch. Einerseits wird der Anspruch erhoben, Allgemeingültiges für die "Bewegung" in der gesamten DDR auszusprechen. Andererseits wird einem Berlinzentrismus a priori das Wort geredet, ohne daß ersichtlich wird, ob dieser verengte Blick und die Annahme, dies sei das exemplarische Zentrum gewesen, auch tatsächlich mit empirischen Befunden abgesichert werden könnte. Diesen Einwand jedenfalls vermag das Buch nicht auszuräumen.

Schließlich wird noch unterstrichen, daß es "durchaus beabsichtigt (war), Elemente der Reportage mit solchen der Analyse zusammenzubringen" (S. 11). Auf diese Absicht wird zurückzukommen sein.

Malte Sieber hat seinen Part in drei große Abschnitte gegliedert. Er geht den Mechanismen der sozialistischen Erziehung nach, versucht die Situation seit der Ära Gorbatschow und dann vor allem seit dem "Sputnik"-Verbot im November 1988 an der Universität zu schildern und stellt ausführlich die Etablierung des StudentInnenrates und dessen Aktivitäten bis zum Sommer 1991 dar. Sein Bemühen, die Entwicklung an den Universitäten und speziell der studentischen Emanzipationsbestrebungen in einem historischen Kontext deutlich zu machen, verdient hervorgehoben zu werden. Tatsächlich können die Entwicklungen seit dem Herbst 1989 ja nur verstanden werden, wenn gefragt wird, wie es dahin hatte kommen können.

Sieber verdeutlicht die politisch motivierten Selektionsverfahren, die durchlaufen werden mußten, um an einer Universität studieren zu "dürfen". Die Universität stellt sich als Kontinuum dar: Die Fortsetzung des aus der Schule Bekannten überwog. Er geht auf die Instrumente der Indoktrination ebenso ein wie er versucht, mit Hilfe des der Psychologie entstammenden Paradigmas der "Erlernten Hilflosigkeit" mentalitätsgeschichtlich zu erklären, wie die angepaßte Haltung der meisten Studenten zustande kommen konnte. Auf die selbstgestellte Frage, ob die Studenten "Karriere-korrumpierte Kader" waren, kann, wie Sieber meint, die Antwort "weder ein klares Ja noch ein eindeutiges Nein sein" (S. 52). Er schreibt weiter: "Wahr ist, daß es einem in der DDR aufgewachsenden Jugendlichen kaum gelingen konnte, sich völlig den von der Kinderkrippe an wirksamen Mechanismen der sozialistischen Erziehung zu entziehen. Vielmehr förderte die Totalität dieses Anpassungsdrucks eine auch intellektuelle Unfähigkeit zum Widerstand, die mit dem Begriff der Erlernten Hilflosigkeit treffend beschrieben werden kann. Diese Unfähigkeit zum Widerstand ist jedoch nicht mit Unfähigkeit zum Erkennen von Widersprüchen oder gar mit intellektueller Unterwerfung zu verwechseln." (S. 51) Die logische Folge dessen sieht Sieber darin, "daß radikal-kritische, renitente Köpfe es nur selten bis zur Universität schafften" (S. 51). Nun, dazu mußte man nicht einmal "radikal-kritisch" sein, mitunter reichte dafür auch schon zaghafte Kritik, das falsche Elternhaus und eine offen gezeigte nichtatheistische Weltanschauung.

Siebers gewähltes Paradigma der "Erlernten Hilflosigkeit" ist insofern problematisch, als es in seiner Anwendung kaum Differenzierung zuläßt. Es kommt dem Autor aber wohl deshalb gelegen, weil er so seine schmalbrüstigen Aussagen über das Bildungs- und speziell des Hochschulsystems schlüssig bündeln kann. Dennoch wird schon an diesem Teil sehr deutlich, daß es dem Autor nicht recht gelungen ist, eine Synthese zwischen "Augenzeugenbericht" und wissenschaftlicher Analyse herzustellen. So sind z. B. einige ärgerliche sachliche Fehler und Unterlassungen zu beklagen, etwa dann, wenn er die Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Oberschulen in die Mitte der achtziger Jahre verlegt (S. 36) (tatsächlich 1. 9. 1978) oder wenn er auf die Zwangsabsolventenlenkung eingeht (S. 38), ohne zu erwähnen, daß jeder Studierende sich vor Aufnahme seines Studiums, genauer noch, schon bei der Bewerbung um einen Studienplatz verpflichten mußte, "nach erfolgreicher Beendigung meiner Ausbildung gemäß den geltenden Rechtsvorschriften mindestens für 3 Jahre ein Arbeitsrechtsverhältnis entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen aufzunehmen". [11] Befremdlich ist auch seine Darstellung, wie ein Student zum "Leut-

nant der Reserve" befördert wurde. Es liest sich so, als hätte sich dieser Beförderung keiner entziehen können, was ja einfach nicht stimmt (S. 35, Bildunterschrift Abb. 2). Richtig ist, daß es das Bestreben gab, allen studentischen Reservisten eine Verpflichtungserklärung zum "Reserveoffizier" abzuverlangen. Wenn der ausgeübte Druck auch groß war, gab es aber dennoch eine Vielzahl von Studenten, die diesem Druck standhielten und sich nicht verpflichteten. Dieses Widerstehen hätte nötige Differenzierung verlangt, die Sieber mit einer Unterlassungssünde umgeht.

Insgesamt ist also der allgemeine Teil über das Studium und die Studenten trotz seiner partiell richtigen Grundaussagen zu einem Sammelsurium subjektiver Erfahrungen geworden, der zwar Einblick, aber kaum eine hinreichende Erklärung für das Verhalten im Herbst bietet. Der Versuch, den eigenen Erlebnissen, die notgedrungenermaßen auf einem sehr engen Erfahrungshorizont beruhen, Allgemeingültigkeit zu verleihen, ist nicht geglückt.

Die eigentliche Vorgeschichte beginnt für den Autor extern mit dem Machtantritt Michail Gorbatschows und intern mit dem "abgeschossenen Sputnik". Anhand der Darstellung des unmittelbaren Vorfeldes des "Aufbruchs der Studierenden" im Herbst 1989 wird nun deutlich, warum Malte Sieber im ersten Teil bemüht ist, subjektive Erfahrungen zu objektivieren. Das Buch stellt nämlich passagenweise den Versuch dar, die eigene Biographie öffentlich "aufzuarbeiten". Deutlich wird dies nicht nur daran, daß auch in den eher allgemeinen Bemerkungen eigene Erlebnisse geschildert werden. Schon etwas verwirrter wird der Leser, wenn die Erzählform beständig zwischen dem subjektiven "ich", dem Allgemeingültigkeit suggerierenden "wir" und dem distanzierend unpersönlichen "man" hin- und herschwingt. Dies befremdet deshalb, weil der Autor damit bewußt Positionen bezieht bzw. den Eindruck erweckt, diese oder jene gehabt zu haben, ohne daß der unbefangene Leser am Ende nun genau wüßte, welche eigentlich verbindlich sei.

Malte Sieber macht zweierlei. Einmal versucht er zu erklären, wie das dominate Verhalten der "Angepaßten" oder der "Überzeugungstäter" innerhalb der Studentenschaft überhaupt möglich war. Zum anderen stellt er sich ehrlicherweise selbst als einen solchen dar. Er verschweigt weder seine dreijährige Dienstzeit bei den "bewaffneten Organen" noch seine Aktivitäten innerhalb der FDJ. Dies erfordert Anerkennung und Respekt. Hätte er es nicht getan, hätte er einen anderen Stil gewählt, könnte dies wohl keiner als Unterlassung kritisieren. Da er es aber tut, ist man fast gezwungen, genauer hinzuschauen.

Daß er nicht nur einfacher FDJ-Funktionär, sondern Mitglied der GOL seiner Sektion war, erfährt der Leser nicht. Leider erfährt der Leser auch nicht, daß er Mitglied der SED und ebenfalls Mitglied der SED-Leitung seiner Sektion war. Statt dessen erfährt der Leser mehr über die Stationen, die den Autor und Teile der Bevölkerung immer unruhiger werden ließen: Gorbatschow, Sputnik-Verbot, Wahlfälschung, "Platz des Himmlischen Friedens". Am 7. Mai 1989 "spätestens" war klar, "daß es nicht mehr lange so weitergehen konnte" (S. 68). Im Hochsommer 1989 schließlich war Malte Sieber "an einem Punkt angekommen, an dem es offensichtlich nicht weiterging"

(S. 68f.). Dann ist er schon im September/Oktober 1989 angelangt. Den neuen Gruppen konnte und wollte er sich noch nicht anschließen, da sie sich noch innerhalb der Kirche trafen (S. 78)(müßte heißen: treffen mußten). Er verschweigt nicht, daß es Studenten gab, die versuchten, Unterschriften für das "Neue Forum" zu sammeln und dafür auch mit Exmatrikulationen bedroht wurden (S. 76; S. 103, Anm. 47). Mit dem "Endpunkt" im Sommer 1989 paßt es aber nicht zusammen, daß er noch im September 1989 an einer mehrtägigen Funktionärsschulung der FDJ teilnahm, auf der zwar "kritisch" diskutiert, die aber von Kritikern schon lange nicht mehr "besucht" wurde. Statt dessen finden wir Malte Sieber aufeinmal am 9. Oktober 1989 unter mehreren tausend Besuchern in der Gethsemanekirche (S. 83). Schließlich erfährt der Leser auch nichts davon, daß sich Malte Sieber im Oktober 1989 nicht nur für eine unabhängige Studentenvertretung engagierte, sondern noch immer für eine Reformierung der FDJ auf einer zweiten Tanzfläche stritt.

Aber ich hätte dies alles nicht geschrieben, wenn er nicht den "kritisch Angepaßten" mimen würde und wenn da nicht noch etwas wäre, was er völlig verschweigt. [12]

Anfang September 1993 erreichte ehemalige Aktivisten des StudentInnenrates ein Rundbrief von Malte Sieber. Der entscheidene Satz lautet: "Ich war während meiner Armeezeit und in den ersten Jahren des Studiums inoffizieller Mitarbeiter des MfS." [13] Veranlaßt sah er sich zu dieser Erklärung durch die bevorstehende Veröffentlichung des hier zur Debatte stehenden Buches, in dem es ja immerhin auch um das MfS geht. Dazu schreibt er weiter: "Zum anderen wird das Buch durch das 'Nicht-Erwähnen' meiner IM-Vergangenheit nicht falsch: es behandelt im Gegenteil im 1. Kapitel auf einer allgemeineren, weniger persönlichen Ebene die ideologischen Mechanismen, die auch das Funktionieren des MfS ermöglicht haben; ich sehe nicht, warum meine ganz besondere Verstrickung mit dem System mich daran hindern sollte, genau darüber auf einer abstrakteren Ebene zu schreiben. ...

Schließlich ist meine IM-Tätigkeit nichts, was in so ein Buch gehört, sondern was ich ganz persönlich mit denen klären muß, die es etwas angeht..."

Wenn Sieber auch beteuert, die Zusammenarbeit mit dem MfS sei 1988 eingestellt worden, "auch wenn ich nicht mutig genug war, mit einer entsprechenden Erklärung einen klaren Schlußstrich zu ziehen" [14], befriedigt seine Erklärung nicht. Denn erstens ist dieses erste Kapitel nach Ansicht des Rezensenten mehr eine subjektiv geprägte Darstellung als eine abstrakte Abhandlung. Zweitens aber hätte der Verfasser die Chance gehabt, und dies ist der eigentliche Punkt, glaubwürdig und ehrlich Strukturen, Verhaltensweisen und Diskussionsprozesse zu schildern, die nur ein Insider schildern kann. Wer aber kann mehr Insiderwissen zu dieser Thematik besitzen, als jener junger Mensch, der 1989 maßgeblich am Aufbruch der Humboldt-Studenten beteiligt war und gleichzeitig Jahre lang zuvor FDJ-Funktionär, SED-Funktionär und Inoffizieller Mitarbeiter des MfS war? Wie bei anderen "Fällen" richtet sich also die Kritik nicht vornehmlich 'gegen' die Vergangenheit des Autors, sondern vielmehr dagegen, daß auch er durch das bewußte Verschweigen die

notwendige differenzierte Auseinandersetzung und Aufklärung über Strukturen und Motivationen behindert und boykottiert. Das schwache Kapitel von Ronald Freytag über das MfS und die HUB im Herbst 1989 hätte wesentlich an Brisanz gewinnen können, wenn ein ehemaliger "Täter" ausgepackt hätte, gleichwohl wissend, daß es oftmals nicht viel auszupacken gibt. Aber genau diese Subtilität fehlt uns heute in fast allen Diskussionen über das MfS und die SED.

Ich will nun zu den tatsächlichen Inhalten des Buches zurückkehren, allerdings nicht ohne noch einmal zu betonen, daß die entscheidene Schwachstelle des Buches benannt ist: die Synthese zwischen persönlichen Erlebnissen und wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnissen ist im Ganzen nicht gelungen. Schade.

Der Hauptteil wird mit der schon erwähnten "Vorgeschichte" des Herbstes 1989 eröffnet. Die benannten Fakten (Gorbatschow, Sputnik, Wahlen, Peking) waren zweifelsohne entscheidende Katalysatoren des Erosionsprozesses. Viele erkannten nun viel schärfer das herrschende System. Freilich dauerte es noch eine Weile, bis sich die Massen auf den Straßen zum Zug gegen die SED formierten. Als dann Anfang Oktober die Wogen immer höher schlugen, begannen auch allmählich und zaghaft die ersten Aktionen von Studenten. Am 9. Oktober 1989 wurde in der Filmhochschule Babelsberg eine Resolution gegen Gewalt verabschiedet und am 11. Oktober kam es zu einem "stummen Protest" von einigen hundert Studenten vor einer Berliner Mensa. Und eben zu dieser Zeit beginnen an verschiedenen Sektionen, allen voran die Kulturwissenschaftler, Studenten an ersten Papieren zu arbeiten, die neben den überall lautstark erhobenen Forderungen nun auch spezifisch studentische Forderungen enthalten. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Frage nach der Legitimation der FDJ. Zögerlich und immer wieder mit dem Blick nach hinten wird allmählich deren Machtmonopol hinterfragt, um dann schließlich Mitte November die erste studentische Selbstverwaltungsstruktur außerhalb der FDJ seit 1951/52 installieren zu können. Damit hatten die Protagonisten etwas erreicht, was an den Universitäten seit der Zerschlagung der demokratischen Selbstverwaltungsstruktren zu Beginn der fünfziger Jahre in besonderen Krisenzeiten des Systems (1956, 1968) immer wieder massiv gefordert worden war.

Allerdings nahmen die Diskussionen um eine Reform der FDJ im Oktober 1989 noch einen ungleich höheren Stellenwert ein als es im Buch zum Ausdruck kommt. Das Fatale daran ist, daß einige der Protagonisten des StudentInnenrates parallel zum Aufbau der neuen Strukturen noch immer um eine Reform der FDJ stritten. Diesen "Rückversicherungsvertrag" ging auch Malte Sieber ein. Allerdings wird jedoch dieser psychologisch interessante Sachverhalt - wie oben schon angeführt - ausgelassen. Die Kontroversen, Auseinandersetzungen und Kämpfe um den Studentenrat erscheinen so als Kontroversen zwischen alter Macht (FDJ) und neuen Ideen. Von den inneren Auseinandersetzungen der handelnden Akteure und von den Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren der "neuen Idee" erfährt man nichts.

Die Schilderung der Aufbauphase des Studentenrates und seiner ersten Aktionen erfolgt äußerst kenntnisreich. Nun

schlägt sich tatsächlich der große Vorzug dieses Buches nieder: durch die aktive Teilnahme des Autors an den beschriebenen Prozessen werden vielen Fakten und Ereignisse vor dem Vergessen bewahrt. Vieles könnte ein Nicht-Dabeigewesener nicht mehr ermitteln, da die wenigen schriftlichen Zeugnisse jener Zeit oftmals kaum mehr auffindbar sind. [15]

Malte Sieber konzentriert sich auf drei großen Themenfelder der Arbeit. Auf die Gründungsphase und die Etablierung des Studentenrates (Oktober 1989 - Frühjahr 1990), auf die Aktionen für ein elternunabhängiges Stipendium (Juni 1990) und auf die Abwicklungsphase (Dezember 1990 - Januar 1991). Allerdings kommt die zuletzt genannte Phase im Gegensatz zu den ersten beiden ziemlich kurz weg. Dies hat wohl auch etwas damit zu tun, daß der Autor diese nun schon mehr als außenstehender Beobachter und Kommentator erlebte. Das ist deshalb etwas ärgerlich, weil gerade dieser Abschnitt - zumindestens was die öffentliche Wirkung betraf - weitaus mehr ins öffentliche Bewußtsein rückte als alle anderen Aktionen zuvor. Damit sei nicht behauptet, die Abwicklungsphase wäre die wichtigste gewesen. Das wäre falsch. Aber im Gegensatz zu den Monaten zuvor waren nun Studenten als Studenten Träger von gesellschaftlich relevanten Aktionen, die über die Universität hinaus auch als solche verstanden wurden. Schließlich ist es mehr als bedauerlich, daß Sieber sich nicht entschließen konnte, das vierte große Aktionsfeld des Studentenrates zu beleuchten: die Solidaritäts- und Symphatiekundgebungen im November/Dezember 1991 für ihren damaligen Rektor Heinrich Fink, dem bekanntlich wegen IM-Tätigkeit fristlos gekündigt worden war. Warum er dies unterläßt, wird nicht deutlich. Dies ist deshalb schmerzlich, weil die Darstellung ja immerhin den Studentenrat der Berliner Universität von 1989 bis 1992 beleuchten will (S. 148). Und daß der Studentenrat 1992 endgültig auseinanderfiel, hatte nicht nur etwas damit zu tun, daß die Basis immer schwächer wurde und daß die Berliner Landesregierung diesen abschaffen wollte, sondern sehr wohl auch damit, daß die damaligen Diskussionen um Heinrich Fink, dessen Vergangenheit und dessen verfochtene Konzeption zur "Erneuerung", auch den Studentenrat aufrieben, spalteten und letztlich arbeitsunfähig machten.

Für das Scheitern der Studentenräte sieht Malte Sieber mehrere externe und interne Gründe: das verschwindene Interesse der "Basis"; die immer häufiger zu beobachtende Beschlußunfähigkeit wegen mangelnder Teilnahme an den Sitzungen; die allgemeine Konzeptlosigkeit; die fehlende Flexibilität und Transparenz in der Arbeit; die unzureichende Arbeitsorganisation; den Generationswechsel in der Arbeit des Studentenrates und schließlich auch die allgemein verbreitete Politikmüdigkeit (S. 197 - 203).

Dabei betont er völlig zu Recht, daß das "permanente Erlebnis von Demokratiemangel ... auch zu einer starken Betonung ... von Formalia" führte (S. 124). Es wurde sich mehr mit Satzungen, Statuten und Geschäftsordnungen beschäftigt als mit tatsächlichen Inhalten. Es überwog die Meinung, ersteinmal müssen arbeitsfähige Strukturen aufgebaut werden, ehe an die eigentliche Arbeit gegangen werden könnte. Das Ergebnis war, daß die Erneuerung der Universität

und die notwendige Auseinandersetzung mit ihrer jüngsten Geschichts fast völlig versackte. Und so kommt auch Sieber zu der Meinung, daß die "studentische Bewegung" keineswegs revolutionär gewesen sei. "'Revolutionär' waren wir nur innerhalb der vorgegebenen, sich täglich erweiternden Grenzen - was natürlich paradox ist." (S. 139)

Obwohl das Buch den Eindruck erweckt, daß die am Beginn aufgestellte These, die Studenten hätten die "Wende" nicht verschlafen, durch die Darstellung nicht bewiesen werden kann, ziehen Sieber/ Freytag in einer Bilanz dennoch den Schluß, daß die immer wieder kolportierte These von den "verschlafenen Studenten" nicht wahr sei (S. 204 - 214). Wie auch immer, diesen Widerspruch vermögen die Autoren nicht zu lösen. Gemessen an gesellschaftlichen Veränderungen befanden sich die Universitäten weiter im Dauerschlaf. Denn ihre ureigenste Aufgabe, die radikale Erneuerung, wurde nicht nur nicht gelöst, sondern von allein auch überhaupt nicht begonnen.

Die Universität als relativ abgeschlossener und überschaubarer Organismus hatte nämlich mit einem Problem zu tun, welches so unmittelbar und kontinuierlich kaum woanders auftrat. Die alten Eliten blieben über lange Zeit auch die "neuen" Eliten. In der sächsischen Tageszeitung "Union" war am 1. September 1990 zu lesen: "Die vergangenen Monate haben gezeigt, daß eine Selbstreinigung innerhalb der Hochschulen und Akademie-Institute bisher nicht möglich war und auch nicht mehr erhofft werden kann. Senate und akademische Räte werden zum überwiegenden Anteil von Leuten gebildet, die als Aktivisten oder diensteifrige Mitläufer des SED-Regimes in diese Gremien gelangt sind. (...) Bei solchen Wahlen werden sich die Funktionäre des SED-Regimes und ihre Geisteshaltungen stets durchsetzen. Sie gehen sogar gestärkt aus den Wahlen hervor, weil sie sich nun mit dem Mäntelchen der demokratischen Legitimation schmücken können." [16] Der damalige Vorsitzende der Ehrenkommission an der Humboldt-Universität meinte ebenso: "Der Akademische Senat der Humboldt-Universität ist im Mai 1990 das erstemal gewählt worden... Das war gespenstisch zu Anfang, es waren die alten Dekane alle drin, auch von den Gesellschaftswissenschaften. Es wurde zwar ein neue Rektor gewählt, Herr Fink, aber der war ja auch im vorherigen Senat als Dekan, das heißt, er wechselte nur den Sitz im Senat. Ein Teil der Senatoren war neu, aber die waren natürlich von der alten Garde gewählt worden." [17]

Diese Probleme waren aber auch immer die Probleme des Berliner Studentenrates. Neben einstigen Funktionären der FDJ und SED (und wohl auch einigen IMs) standen andere, die bisher versucht hatten, sich soweit wie möglich von solcherlei Aktivitäten fernzuhalten. Sieber weist selbst auf eine solche Kontinuitätslinie hin, wenn er meint, daß nicht "wenige der Aktivisten der Studentenbewegung (sic!) ... nicht nur 'einfache' FDJ-Mitglieder gewesen (sind), sondern ... sich in Funktionen der unteren Ebenen teilweise seit Jahren mit dem Dilemma ihrer Wirkunsglosigkeit und des Funktionieren-Müssens herumgeschlagen" hatten (S. 135). Es wäre schon interessant gewesen, wenn sich der Verfasser mit dieser Kontinuität stärker auseinandergesetzt hätte. Denn etwas Merkwürdiges hat dieser nahtlose Übergang in die Demokratie schon an sich. Und vor allem hätte er bei einer Beschäftigung mit diesem merkwürdig unkomplizierten Übergang viel stärker auf innerbetriebliche Querelen eingehen können, die er weitgehend vermeidet überhaupt nur zu erwähnen. Denn nicht zuletzt die Repräsentanten des Studentenrates haben schnell zu seiner zwiespältigen Rolle beigetragen, und zwar mit einem eher undemokratischen Verhalten, was nun tatsächlich an FDJ-Zeiten erinnerte. Die "kaputte Basis" wurde nämlich auch kaputt gemacht.

Die Strukturen des Studentenrates waren zwar basisdemokratisch gedacht, funktionierten so aber nie, weil sehr oft dann, wenn Personen oder Gruppen von der Basis Aktionen oder Ideen entwickelten, die den Studentenratsfunktionären nicht in den Kram paßten bzw. ihre Vormachtstellung untergruben, diese per Dekret und per "Macht" abgewürgt wurden. Ja, nicht zuletzt gehörten zu den praktizierten Funktionärsallüren, die auch in dieser neuen demokratischen Organisation schnell Fuß faßten, daß einige der selbsternannten Basisdemokraten Personalpolitik vorbei an der Basis betrieben. Da wurde zum Beispiel in der Anfangszeit "beschlossen", daß bestimmte Versammlungen nichtöffentlich seien und daß z. B. aus der von Sieber immer wieder hochgelobten Sektion Germanistik eben nur ein Vertreter an diesen teilnehmen könne. So einfach konnte der ehemalige und neue Funktionär demokratisch anderen die Tür weisen! Und als später doch noch mehrere Vertreter zugelassen wurden, setzte sich der Verfasser sehr stark für einen Kommilitonnen ein, der schon bald geplagt von seiner IM-Tätigkeit wieder das Handtuch warf. Ob dies nun Zufall war oder nicht, ist egal, deutlich soll daran nur werden, daß sich einige Protagonisten des Studentenrates erneut Herrschaftswissen sichern wollten. Mußten sie es teilen, dann bitte schön nur mit denjenigen, die ihre Absolution erhalten hatten.

Als der neue Studentenrat interessant für die Medien wurde, waren die von den Funktionären vor die Mikrofone und Kameras geschickten Studentenvertreter immer wieder dieselben Leute aus ihrer eigenen Reihe. Ebenso verhielt es sich mit öffentlichen Reden. Auch hier wurde allgemein die Diskussion darüber vergessen, wer denn nun eigentlich was zu sagen habe.

Schließlich legt das Buch selbst für diese Politik ein beredtes Zeugnis ab. Zum einen erhält der Zeitraum, in dem die beiden Autoren an vorderster Stelle "kämpften", einen sehr hohen Rang im Gegensatz zum nachfolgenden zugewiesen. Auch die wertende Darstellung ist so verfaßt, daß die erste Phase (1989/ 90) im Gegensatz zur der ab dem Herbst 1990 doch mehr als die professionelle angesehen werden könnte.

Wenn man sich zum anderen einmal der Mühe unterzieht und untersucht, wer in den Fußnoten am häufigsten zitiert wird, dann stellt man fest, daß es die beiden Autoren selbst sind. Allerdings geschieht dies mehr unter der Hand. Denn die meisten Beiträge aus der Studentenzeitung "Unaufgefordert" werden ohne Nennung des Autors zitiert. Blättert man aber einmal nach, dann findet man regelmäßig die Namen Freytag oder Sieber bzw. dessen Pseudonym. Dies ist nun deshalb fatal, weil damit suggeriert wird, sie allein seien die Wortführer gewesen.

Schaut man sich aber die "Unaufgefordert" genauer an, wird man schnell zu dem Ergebnis gelangen, daß dort ja sehr viel mehr Autoren in Erscheinung traten und auch mit gänzlich anderen Meinungen, als die die von unseren Autoren vertreten wurden. Nur daraus ist auch erklärlich, warum Sieber fast gänzlich darauf verzichtet, auf die kontroversen Diskussionen einzugehen, die es innerhalb des Studentenrates gab. Diese Diskussionen und ihre Ergebnisse haben den Studentenrat immer wieder an den Rand der Auflösung getrieben, haben immer wieder viele an der Mitarbeit abgeschreckt, haben immer wieder viele entmutigt.

Schließlich sei noch auf die anderen zwei Teile des Buches hingewiesen. Die "ausgewählten Dokumente zur ostdeutschen Studentenbwegung 1989 - 1991" enthalten 23 Schriftstücke. Davon stammen 14 aus dem Herbst 1989, 7 aus dem Frühjahr/Sommer 1990 und 2 (!) aus den Tagen der Abwicklung (Winter 1990/91). Die Dokumente haben im wesentlichen die Funktion, die im darstellenden Teil gemachten Aussagen zu untermauern. Die Idee zu diesem Abdruck ist zu begrüßen, wenngleich die Gewichtung natürlich dem Text folgt und auch hier nicht der Eindruck entstehen kann, innerhalb des StudentInnenrates hätte es spannungsreiche Diskussionen gegeben.

Und schließlich rundet den Band ein von Ronald Freytag verfaßter Beitrag ab, in dem die Universität im Herbst 1989 als Zielobjekt des MfS dargestellt wird. Hervorzuheben sind seine Bemühungen, der Öffentlichkeit Akten aus der Hinterlassenschaft des MfS bekanntzumachen. Herausgekommen ist allerdings nichts Neues. Zum einen war ja doch schon einiges aus dem Verhältnis MfS - Universität bekannt, zum anderen gibt es mittlerweile einen sehr instruktiven Bericht speziell über die Humboldt-Universität, der weit über das von Freytag vermittelte hinausgeht. [18] Aber schließlich müssen zwei Punkte bei Freytag besonders stark kritisiert werden. Einmal ist seine empirische Grundlage sehr dünn. Vor allem sind aber die daraus gezogenen Schlußfolgerungen reichlich willkürlich und zeugen nicht gerade von großer Sachkenntnis. Ein Blick in die reichhaltige Literatur hätte ihn davor bewahren können. Gänzlich abzulehnen ist jedoch seine Meinung über die Rolle und Funktion des MfS in der DDR. Mit den folgenden Sätzen beschließt er seine Ausführungen: "Denn formal haben die Stasi-Meldungen tatsächlich auch eine Funktion gehabt, die eigentlich die einer unzensierten Presse hätte sein sollen: die Aufdeckung von gesellschaftlichen Widersprüchen, die Recherche von Mängeln und das Portrait von Mitbürgern, die Wege zu deren Beseitgung aufzeigen.

Die sofortige Abschaffung der Zensur, die das Volk der DDR und auch seine Studenten im Herbst 89 so dringend einforderten, stellten das 'Privileg der Information' der politischen Führungsspitze radikal in Frage. Damit haben die Menschen - bewußt oder unbewußt - dem MfS seine vielleicht wichtigste Existenzgrundlage entzogen." (S. 264)

Ronald Feytag irrt, wenn er glaubt, dem MfS die Funktion eines "SPIEGELs" für das Politibüro zuschreiben zu können. Und so banal es klingt, angesichts dieser Aussage muß wiederholt werden: Das MfS war die Stoß- und Speerspitze eines von der SED geschaffenen gigantischen Disziplinierungs- und Unterdrückungsapparates. Jederzeit unter der Kontrolle der SED, sollte das MfS nicht fehlende Öffentlichkeit für die SED-Funktionäre ausgleichen, sondern unterdrücken und durch Unterdrückung disziplinieren.

Bleibt am Ende die Frage, ob meine kritischen Bemerkungen nicht zu kritisch, vielleicht zu überzogen sind. Ich hoffe nicht, muß dies aber natürlich denjenigen überlassen, die die Lektüre des Buches bereits hinter sich haben und nun ihre Eindrücke mit meinen Einwänden vergleichen können.

In jedem Fall war solch ein Buch notwendig, um viele Fakten, Tatsachen und Hintergründe vor dem Vergessen zu bewahren. Dieses Verdienst ist den beiden Autoren anzurechnen. Und das rechtfertigt heutzutage ja schon oftmals ein Buch. Vielmehr jedoch rechtfertigt dieses Buch leider nicht. Es ist schade, daß die beiden sich nicht mehr Zeit genommen und nicht gründlicher gearbeitet haben. Das Thema bleibt spannend.

***Ilko-Sascha Kowalczuk** (Berlin)*

Anmerkungen:

[1] H.-J. Maaz: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. München 1992, S. 27

[2] F. Klier: Lüg Vaterland. Erziehung in der DDR. München 1990, S. 10 (in Anspielung auf Adornos programmatischem Ansatz der "Erziehung zur Mündigkeit").

[3] Vgl. dazu z. B.: K. Schmitt: Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR. Paderborn, München, Wien, Zürich 1980.

[4] Dafür noch immer unerläßlich M. u. E. E. Müller: "... stürmt die Festung Wissenschaft!" Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1953; E. Richert: "Sozialistische Universität". Die Hochschulpolitik der SED. Berlin 1967; exemplarisch für eine Universität T. Ammer: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969.

[5] G. Kotowski: Frühe Dokumente sowjetdeutscher Hochschulpolitik, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 5(1956), S. 328.

[6] W. Friedrich: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17/1990, S. 29.

[7] Ebenda, S. 30. In einer anderen Studie wird für 1989 ausgesagt, daß sich 4 Prozent der Studenten schwach oder gar nicht, dagegen 68 Prozent stark oder sehr stark mit der DDR-Gesellschaft identifizierten. Vgl. U. Heublein, R. Brämer: Studenten im Abseits der Vereinigung. Erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch, in: Deutschland-Archiv 23(1990) 9, S. 1397.

[8] W. Friedrich: Mentalitätswandlungen..., a.a.O., S. 25 - 37.

[9] Ich glaube, man darf.

[10] Die Seitenangaben beziehen sich auf das im Titel angegebene Buch.

[11] Verpflichtungserklärung, in: Archiv des Verfassers.

[12] Um eventuellen Meinungen vorzubeugen, hier würde "denunziert", sei a) darauf hingewiesen, daß Wahrheit kaum denunziativ sein kann. B) ist noch hinzuzufügen, daß ich mich allerdings zu dieser Passage erst nach dem Erscheinen eines entsprechenden Artikels in der Studentenzeitung der HUB entschlossen haben, vgl.: Über das Umgehen mit unserer Vergangenheit. Wie uns die Nachricht erreichte, daß einer der Mitbegründer unserer Zei-

tung IM der Staatssicherheit war, in: Unaufgefordert vom 2. 11. 1993, S. 10 -11.

[13] M. Sieber: Rundbrief vom 30. 8. 1993, in: Archiv des Verfassers.

[14] Dieses Eingeständnis zeigt übrigens, daß S. als IM wahrscheinlich nicht 'archiviert' war und so von den MfS-Genossen jederzeit als reaktivierbar angesehen wurde.

[15] Das "Archiv" des Studentenrates befindet sich in einem desolaten Zustand. Hinzukommt ja, daß in stürmischen Zeiten zwar viel geschrieben wird, aber natürlich keiner daran denkt und denken kann, daß es für spätere Zeiten von Nutzem wäre, wenn dies auch gleich systematisch gesammelt bzw. vollständig überliefert wird. Außerdem ist für die Unterlagen des Studentenrates ebenso typisch, daß oftmals nicht mehr genau zu ermitteln ist, von wann dieses oder jenes Schriftstück stammt bzw. von wem es verfaßt wurde etc.

[16] Zit. in: H. Katzorke: Das sozialistische Bildungskonzept und seine Durchsetzung im Hochschulwesen der DDR, in: Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution 1989. Hrsg. K. Löw, Berlin 1991, S. 159 - 160.

[17] Zit. in: R. Stein: Die Charitè 1945 - 1992. Ein Mythos von innen. Berlin 1992, S. 179.

[18] Vgl. R. Eckert: Die Berliner Humboldt-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit, in: Deutschland-Archiv 26(1993) 7, S. 770 - 785.

Katz, M., V. Vieland (1993): UNI-KNIGGE für FRAUEN. Wegweiser durch den patriarchalen Hochschuldschungel. Campus Verlag, Frankfurt/ New York 248S

Das vorliegende Büchlein ist eine Übersetzung aus dem Amerikanischen, die von S. Klein-Schonnefeld (Uni Bremen) sachlich bearbeitet wurde. Es besteht aus 6 Kapiteln und einem Anhang:

1. Von der unheimlichen Wirkung des heimlichen Lehrplans
2. Zwischen der Herrenetage und dem Dienstbotengeschoß
3. Wenn die Karten schlecht gemischt sind
4. Offene und versteckte - erlaubte und unerlaubte Diskriminierung
5. Sicherheit auf dem Hochschulgelände, sexuelle Gewalt und sexuelle Diskriminierung
6. Einen Anfang machen: Gegen die Macht der Gewohnheit

Anhang: Frauen an der Universität, Ein Überblick in Zahlen.
Letzterer bezieht bis auf zwei Ausnahmen auf Frauen im früheren Bundesgebiet.

Das Buch bemüht sich aufzuzeigen, welche Formen der direkten und indirekten, bewußten und unbewußten Diskriminierung vor allem Studentinnen das Studieren an einer Universität und die Wahl ihres zukünftigen Arbeitsfeldes erschweren. Es beschränkt sich aber nicht darauf, sondern versucht, Vorschläge zur Abstellung oder zumindest allmählichen Abschwächung dieser Hemmnisse anzubieten. Dabei verweisen die Autorinnen wiederholt auf die eigenen Erfahrungen. Als besonders interessant empfindet die Rezensentin dabei die Ausführungen zum heimlichen Lehrplan. Generell hatte sie jedoch gewisse Schwierigkeiten, das Buch bis zur letzten Seite zu lesen. Das lag zum einen daran, daß verschiedene Aspekte, z. B. geschlechtsdiskriminierende Sprache, sexuelle Gewalt an Hochschulen u. ä. in den letzten Jahren wiederholt öffentlich behandelt worden sind, und das vorliegende Buch nicht nur nicht darüber hinausgeht, sondern tendenziell eher unter dem erreichten Stand zu bleiben scheint. Dieser Eindruck wird zum anderen vor allem durch die gewählten Sprach- und Ausdrucksformen erzeugt, die fiktive Fälle narrativ im Du-Stil bearbeiten. Möglicherweise werden sich aber studierende LeserInnen gerade davon angesprochen fühlen.

S. B.

PUBLIKATIONEN

HARTKOPF, WERNER/ WANGERMANN, GERT (Hrsg.): ***Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften 1700 - 1990*** (Berliner Studien zur Wissenschaftsgeschichte Bd. 1). Spektrum Akademischer Verlag, Heidelberg/Berlin/New York 1991. 623 S.
Enthält u.a. die Akademie-Statuten nach 1945 sowie 62 Dokumente zur Geschichte der (DDR-) Akademie der Wissenschaften nach 1945.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hrsg.): ***Grund- und Strukturdaten 1993/94***. Bonn 1993. 361 S. DM 11,80. Über den Buchhandel.

MEYER, HANSGÜNTHER: ***Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien - Friktionen - Optionen - Statistik*** (Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung WZB). Berlin 1993. 90 S. Kostenlos bei: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.
In dem Papier werden die Ausgangsdaten für die Personalstruktur des Hochschulwesens der DDR, ihre Relation zu denen der Bundesrepublik bis 1990 sowie der Vergleich dieser Eckziffern mit den Personalplanungen der ostdeutschen Länderregierungen, differenziert nach den verschiedenen Personalgruppen der Universitäten und Hochschulen, dargestellt.

WISSENSCHAFTSFORUM DER SOZIALDEMOKRATIE, SPD-PARTEIVORSTAND (Hrsg.): ***Wissenschaft und Forschung nach der deutschen Einheit. Fachtagung des Wissenschaftsforums 9./10. Juli 1993 in Jena*** (H. 5/Nov. 1993 der Zs. *Wissenschaftsnotizen)*. Bonn 1993. 54 S. Kostenlos bei: Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie. Baunscheidtstr. 17, 53113 Bonn.
Das Heft dokumentiert die Beiträge der im Titel genannten Tagung. Themen u.a.: Von der Hochschule zur Industrie? - Wissenschaft in Ostdeutschland zwischen Grundlagen- und Anwendungsforschung; Opfer der Einheit? Zur besonderen Lage der Wissenschaftlerinnen in Ostdeutschland; Neubeginn oder Fehlstart? Geistes- und Sozialwissenschaften in Ostdeutschland in der Kontroverse; Wissenschafts- und forschungspolitische Situation in Deutschland: das Beispiel Brandenburg.

GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE GBM/ RICHTER, WOLFGANG (Hrsg.): ***Unfrieden in Deutschland 2. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet.*** KOLOG-Verlag, Berlin 1993. 512 S. DM 20,-. Über den Buchhandel.
In ausführlichen Beiträgen und unter Verwendung zahlreicher Dokumente (i.d.R. im Faksimilé) werden auf 225 Seiten vornehmlich die dramatischen Aspekte des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus unter den Überschriften "Transformation der Wissenschaft" (Ch. Melis/ Hg. Meyer), "Schließung der Akademie der Wissenschaften" (Th. Kuczynski/ F. Jung/ M. Jolzhauer u.a.), "Demontage der Humboldt-Universität" (E. Mehls/ E. Lassow), "Metereologischer Dienst" (A. Fischer), "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" (P. Meyer), "'Abwicklung', Demütigung und politische Verfolgung der Intelligenz" (K.-H. Zieris/ Anke Burkhardt/ R. H. Stein u.a.) sowie "Rentenstrafrecht" (E. Bienert) dargestellt.

INITIATIVE FÜR DIE VOLLE GEWÄHRUNG DER VERFASSUNGSMÄSSIGEN GRUNDRECHTE UND GEGEN BERUFSVERBOTE/ INITIATIVE "WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN" (Hrsg.): ***Internationales Hearing: Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa. Am 16. und 17. Januar 1993 in Berlin. Konferenzmaterialien.*** Berlin 1993. 272 S. DM 12,-. Bezug über: Initiative für die voll Gewährung der verfassungsmässigen Grundrechte und gegen Berufsverbote, c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde GBM, Karl-Lade-Str. 26, O - 1156 Berlin.
Enthält u.a. analytische Beiträge zur Berufsverbotsproblematik, Betroffenenberichte von entlassenen ostdeutschen Wissenschaftlern und einen Pressespiegel zu der Veranstaltung. AutorInnen: U.-J. Heuer, E. Woit, W. Richter, G. Petruschka, L. Elm, E. Lieberam, H. Klinkmann u.a.

INITIATIVE FÜR EINE VEREINIGTE LINKE (Hrsg.): ***Uni & Hochschule*** (H. 54 [Nov. 1993] der Zs. *Subbotnik in LA)*. Halle/S. 1993. 43 S. DM 1,- + Versand. Bezug über: Red. *Subbotnik in LA*, c/o Initiative für eine Vereinigte Linke, Große Klausstr. 11, 06108 Halle/S.
In den 10 Beiträgen zum thematischen Schwerpunkt des Heftes werden insbesondere Aspekte der Umgestaltung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg behandelt.

HAIBLE, WOLFGANG: ***Schwierigkeiten mit der Massenkultur. Zur kulturtheoretischen Diskussion der massenmedialen Unterhaltung in der DDR seit den siebziger Jahren*** (Decaton Hochschulschriften Bd. 1). Decaton Verlag, Mainz 1993. 192 S. DM 34,-. Über den Buchhandel.
Das Interesse dieser Studie richtet sich auf die mit der Beziehung von Massenkultur und Unterhaltung beschäftigten TheoretikerInnen und ihre Versuche, diese für die besonderen Bedingungen der DDR zu fassen. Es werden die ideologischen Hindernisse beim Begreifen einer sich herausbildenden Unterhaltungs- und Reproduktionskultur bestimmt. Dafür werden die wissenschaftlichen Beiträge der Protagonisten dieser Auseinandersetzung untersucht und ihre Beiträge zu diesem Komplex vorgestellt.

BRIE, MICHAEL/ HIRDINA, KARIN (Hrsg.): ***In memoriam Lothar Kühne. Von der Qual, die staatssozialistische Moderne zu leben*** (Edition Berliner Debatte). GSFP - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik, Berlin 1993. 169 S.
Der Band dokumentiert zunächst die Beiträge eines 1991 am Brecht-Zentrum Berlin durchgeführten Kühne-Kolloquiums. Beiträge u.a. zu "Architektur im Denken von Lothar Kühne" (B. Flierl), "Lothar Kühnes Begriff des Ästehtischen und das Legat Georg Münters" (H. Laudel/ K. Wilde), "Lothar Kühne und Wolfgang Heise: zwei Ansätze marxistischer Ästhetik in der DDR" (A. Trebeß), "Die Tragödie eines kommunistischen Intellektuellen zwischen Mauer und Menschheitsutopie" (M. Brie). Desweiteren werden der Text zu dem DEFA-Dokumentarfilm "La Rotonda Vicenza. In Erinnerung an Professor Lothar Kühne" von R. Drommer und R. Steiner sowie sechs Texte von Kühne selbst abgedruckt. Am Ende eine Kühne-Bibliographie.

OBERLIESEN, ROLF/ BASTIAN, JOHANNES/ SCHULZ, WOLFGANG/ TILLMANN, KLAUS-JÜRGEN (Hrsg.): ***Schule Ost - Schule West. Ein deutsch-deutscher Reformdialog*** (Reihe Forschung Pädagogik Bd. 2). Bergmann + Helbig Verlag, Hamburg 1992. 241 S. DM 19,80. Über den Buchhandel.
Dokumentation einer Tagung am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Hamburg, die vom 25. bis 28. September 1990 ca. 100 ErziehungswissenschaftlerInnen aus Ost- und Westdeutschland sowie Gäste aus Osteuropa zusammenführte, um über Maßstäbe für Schulpraxis und deren erziehungswissenschaftliche Begleitung zu diskutieren.

BUSCH, FRIEDRICH W. (Hrsg.): ***Erinnerungen auf dem Weg der Erneuerung. Vortrag und Grußworte zur Eröffnung der Fakultät Erziehungswissenschaften an der Technischen Universität Dresden am 9. Juli 1993*** (Oldenburger Universitätsreden Bd. 57). Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1993. 49 S. DM 6,-. Bezug über: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, Uhlhornsweg 49-55, 26015 Oldenburg.
Die Broschüre enthält den anläßlich der Fakultätsgründung gehaltenen Festvortrag des als Gründungsdekans tätig gewesenen Herausgebers, die Grußworte von G. Maibaum (Sächsisches Wissenschaftsministerium), G. Landgraf (Rektor der TU Dresden) und D. Benner (Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft) sowie einen Beitrag zu "Die Fakultätsgründung aus studentischer Sicht" (H. Flach).

GESELLSCHAFT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG UND PUBLIZISTIK/ LAND, RAINER (Hrsg.): ***Sozialwissenschaften in Ostdeutschland*** (Heft 4/1993 der Zs. Berliner Debatte INITIAL). Berlin 1993. 112 S. ISSN 0863-4564. DM 10,- (Ost) bzw. 12,- (West). Bestellungen an: Redaktion INITIAL, Oderbergerstr. 44, 10435 Berlin.
Das Heft widmet sich schwerpunktmäßig den neuesten Entwicklungen der Sozial- und Geisteswissenschaften an der Leipziger Universität. Es sind Gespräche dokumentiert, die der Herausgeber mit den Philosophen Wolfgang Luutz, Petra Caysa und Klaus-Dieter Eichler, den Politikwissenschaftlern Hartmut Elsenhans und Wolfgang Fach sowie den Soziologen Wolfgang Geier, Kurt Mühler und Per Kropp zu ihren aktuellen Projekten führte. Desweiteren ein Beitrag von Wolfgang Schwanitz zu den "Deutsche(n) Akademiker(n) zwischen Zerschlagung und Einpassung aus der Sicht eines Berliner Orientalisten 1986 - 1992", ein Artikel des Philosophen Wolfgang Bialas zum "Eigensinn der DDR-Intellektuellen. Von Parteiarbeit und Dissidenz zur Normalität der scientific community" sowie eine ausführliche Selbstdarstellung der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) zu deren Geschichte, Aufgaben, Arbeitsweise und bisherigen Ergebnissen.

MOHNHAUPT, HEINZ (Hg.): ***Rechtsgeschichte in den beiden deutschen Staaten (1988 - 1990)*** (Ius commune. Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte Frankfurt a.M. Sonderhefte. Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte Bd. 53). Vittorio Klostermann, Frankfurt a.M. 1991. 816 S. DM 220,-. Über den Buchhandel.
Der Titel enthält die Ergebnisse eines in der vorletzten Phase deutsch-deutscher Beziehungen begonnenen Projekts, die Verfassungsgeschichtsschreibung in beiden deutschen Staaten zu dokumentieren. Beendet wurde das Werk im Jahre 1990. Jeweils im Wechsel beleuchten je ein ost- und ein westdeutscher Autor das gleiche bzw. ähnliche Problem/e. In unserem Kontext von vorrangigem Interesse die Beiträge "Regionalgeschichte in der DDR. Nachdenken über Identität und Theorie" (H. Schultz), "Vom Zugang zur Verwaltungsrechtsgeschichte in der DDR" (E. V. Heyen), "Rechtstheoretische Betrachtungen zu Ökonomie und Recht in der DDR aus historischer Perspektive" (I. Wagner), "Die Entwicklung der Rechtsinformatik in der DDR" (I. und K. Bönninger) sowie eine Kontroverse zwischen H. Schröder und H. Hattenhauer zum "Rechtshistorischer Vergleich und Theorie der Rechtsvergleichung".

MARKOVITS, INGA: ***Die Abwicklung. Ein Tagebuch zum Ende der DDR-Justiz.*** C.H. Beck Verlag, München 1993. 266 S. DM 29,50. Über den Buchhandel.
Die Autorin, Jura-Professorin an der University of Texas in Austin, kam 1990/91 für zehn Monate nach Berlin, um ein letztes Porträt des untergehenden Rechtssystems der DDR zu skizzieren. Neben Recktspraktikern befragte sie auch ostdeutsche Rechtswissenschaftler, beobachtete u.a. die

Überprüfung von Professoren an den Universitäten und nahm selbst als gewähltes Mitglied der Personalstrukturkommission des Fachbereiches Jura der Humboldt-Universität an Überprüfungen teil. In dem Tagebuch berichtet sie darüber.

BISKUP, REINHOLD/ EHRENBERG, DIETER (Hrsg.): ***Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig im Zeitraum ihrer Gründung 1. Januar 1992 bis 30. September 1993. Forschung und Lehre.*** Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig, 1993. 47 S. Bestellungen an: Universität Leipzig, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Marschner Str. 31, 04109 Leipzig.
Anläßlich der Gründung der neuaufgebauten Fakultät wurde dieser "erste integrierte Bericht zum Stand von Forschung und Lehre" vorgelegt. Er enthält in Übersichten eine ausführliche Selbstvorstellung der Aktivitäten der Fakultät in der Gründungsphase.

MEIER, ARTUR: *Mobilitätsbarrieren.* ***Das Verhältnis von Studenten in den neuen deutschen Bundesländern zu einem Studium im europäischen Ausland.*** Hrsg. von IST GmbH Gesellschaft für angewandte Sozialwissenschaft und Statistik. Heidelberg/ Berlin 1992. 80 S.
Im Auftrag des DAAD erstellte Studie zu den Faktoren, die die Mobilität ostdeutscher Studierender hinsichtlich eines zeitweiligen Studiums im europäischen Ausland fördern bzw. behindern. Die Untersuchung wurde am Ende des Wintersemesters 1991/92 an sieben ostdeutschen Hochschulen durchgeführt.

SV-GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT FÜR WISSENSCHAFTSSTATISTIK IM STIFTERVERBAND FÜR DIE DEUTSCHE WISSENSCHAFT: ***Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft. Ergebnisse 1991, Eckdaten 1992, Planung 1993.*** Essen 1993. 8 S. Bezug bei: SV-Gemeinnützige Gesellschaft für Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, PF 16 44 60, 45224 Essen.
Kommentierte Statistiken. Getrennte Behandlung West- und Ostdeutschlands sowie Gesamtstatistiken.

SÄCHSISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN (Hrsg.): ***Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und ihre Arbeitsvorhaben.*** Leipzig 1993, 36 S. Über den Buchhandel. Kostenlos bei: Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Goethestr. 3-5, 04109 Leipzig.
Illustrierte Vorstellung der laufenden wissenschaftlichen Projekte, die von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften betreut werden.

KÖNIGSDORF, HELGA: ***Im Schatten des Regenbogens.*** Aufbau Verlag, Berlin 1993. 174 S. DM 29,80. Über den Buchhandel.
Der Roman läßt in einer Berliner Wohnung verschiedene Menschen zusammenkommen, die darunter leiden, nicht mehr gebraucht zu werden: Einen ehemaligen Direktor eines "Zahlographischen Instituts", seine vormalige Sekretärin, eine einst hoffnungsvolle, nun aber gleichfalls abgewickelte Wissenschaftlerin u.a. Die im Wissenschaftsmilieu bewanderte Autorin, emeritierte Mathematikprofessorin, widmet sich in dem Roman vorrangig dem Thema entwerteter ostdeutscher Biographien - und wie die Betroffenen damit umgehen.
Kommission zur Erforschung

Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW)

Bei der KSPW können können angefordert werden:
* Übersicht über alle geförderten Forschungsvorhaben der KSPW - ohne Kurzstudien (1992 - 1994)
* Bibliographie: Veröffentlichungen und Konferenzbeiträge sowie Zeitungsartikel über Ergebnisse der KSPW-geförderten Vorhaben
* Übersicht: Beziehbare Veröffentlichungen.

Letztere Übersicht verzeichnet die in der "Grauen Reihe" der KSPW veröffentlichten Kurzstudien. Die Kurzstudien können gegen einen Kostendeckungsbeitrag von 0,10 DM pro Druckseite zzgl. Versandkosten (ca. 5,- DM) gleichfalls bestellt werden. Darüberhinaus können alle Projektberichte auch in der Geschäftsstelle eingesehen werden.

Sitz der KSPW und Anschrift für Bestellungen: KSPW, Neuwerk 11, 06 108 Halle/Saale. Tel. 0345 / 388 08 70, Fax: 0345 / 388 08 72.

In unserem thematischen Zusammenhang sind folgende Veröffentlichungen von Interesse:

SEYFARTH, BEATE: ***Dokumentation von Forschungsmaterial sozialwissenschaftlicher Einrichtungen der DDR von 1965 bis 1989 (eine Auswahl)*** (Graue Reihe Bd. 1001). Halle/S. 1992. 70 S.
Dokumentation (z.T. annotiert, z.T. mit Hauptschlagwörtern) von unveröffentlichten soziologischen Forschungsarbeiten (Dissertationen und Forschungsberichte. Auf der Grundlage von zur Verfügung stehenden 210 Forschungsberichten und 136 Dissertationen, vornehmlich entstanden am Institut für Soziologie der Aakdemie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, wurden in der Auswahl 75 Dissertationen und 79 Forschungsberichte (letztere vorrangig aus den 80er Jahren) berücksichtigt. Inhaltliche Gliederung nach Sozialstrukturforschung, Arbeits- und Industriesoziologie, Persönlichkeitsforschung, Agrarsoziologie, Stadtsoziologie sowie (bei den Forschungsberichten) sonstige soziologische Forschungen (= "scheinbare Randgebiete").

DATENSERVICE LUDWIG: ***Aufarbeitung von Studien von Kunden des ehemaligen ZIJ*** (Graue Reihe Bd. 1004). Halle/S. o.J. (1992). 46 S.
Entält eine Zusammenstellung von Studien, die in der Abteilung Datenverarbeitung des (1991 geschlossenen) Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig für andere Einrichtungen rechentechnisch auibereitet und statistisch ausgewertet worden sind. Erfaßt sind jeweils: Inhalt (Titel), Forschungsleitung, Themen, Erfassungszeitraum, Stichprobe, Untersuchungsmethode und Datensatz.

BATHKE, GUSTAV-WILHELM/ CHALUPSKY, JUTTA/ HOFFMANN, ACHIM: ***Lehrerstudent, Lehrerstudium, Schulrealität am Ende der 80er Jahre in der DDR*** (Graue Reihe Bd. 901). Halle/ S. 1992. 49 S.
Im ersten Teil der Studie wird versucht, auf der Grundlage einer Intervallstudie (Studenten-Intervallstudie-Leistung SIL, Befragung 1982, 1983, 1985 und 1986/87) Voraussetzungen, Bedingungen und Verlaufsqualitäten der Persönlichkeitsentwicklung von Lehrerstudenten Ende der 80er Jahre in der DDR nachzuzeichnen. Behandelte Fragen sind dabei: Wie kamen Jugendliche in den 80er Jahren zum Lehrerstudium? Wie war das Persönlichkeitsprofil von LehrerstudentInnen? Wie wurde der Ausbildungsprozeß gestaltet und welche Sozialisationseffekte bestanden?

GEYER, HARDY/ HASELBACH, DIETER/ KOOP, DIETER/ SCHMELING, DIRK/ WARTMANN, HOLGER: ***Berufsverbleib und -chancen von "Kulturwissenschaftlern"*** (Graue Reihe Bd. 223). Halle/S. 1992. 33 S.
Untersucht wird - nach einer einleitenden Darstellung des Diplomstudienganges Kulturwissenschaften, der in der Bundesrepublik kein Pendant hatte, und des, seit 1991, Magisterstudienganges Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig und der Humboldt-Universität zu Berlin - der Berufsverbleib, die Arbeitsmarktchancen und die Qualifikationsanforderungen von AbsolventInnen des Studienganges.

HEUBLEIN, ULRICH: ***Gesellschaftsbild und gesellschaftlich-politische Einstellungen ostdeutscher Studierender zur Zeit der Wende*** (Graue Reihe Bd. 508). Halle 1992. 35 S.
Die Studie beschreibt wesentliche Wertorientierung und Einstellungen der ostdeutschen Studierenden vor und nach dem Beginn der Umgestaltung in der DDR. Auf der Grundlage empirischen Datenmaterials werden Befindlichkeit und Orientierungslage im Frühjahr 1989 und im Frühjahr 1990 miteinander verglichen.

LAND, RAINER/ POSSEKEL, RALF: ***Intellektuelle aus der DDR. Diskurs und Identität*** (Graue Reihe Bd. 504). Halle o.J. (1992).
Ausgehend von der Fragestellung, warum sich ungeachtet vieler inhaltlicher Gemeinsamkeiten keine gemeinsame Sprache zwischen sich formierenden Bürgerbewegungen und reformwilligen Kräften in der SED finden ließ, und der sich daran anschließenden These, daß es weniger um Differenzen in Sachfragen gin, sondern um das Ausfechten gegensätzlicher Kodes für die Interpretation der Realität und individuellen Handelns in ihr, sind in der Studie 38 veröffentlichte Interviews sekundär ausgewertet worden. Es werden die Räume, in denen DDR-Intellektuelle agierten, skizziert sowie versucht, den Gang verschiedener Diskursgenerationen nachzuvollziehen und die Diskurse im Umfeld der SED und im Umfeld der Kirche zu verfolgen.

KRETSCHMAR, ALBRECHT/ BOHLMANN, JOACHIM/ DÖHRING, SIGRID/ STRENGE, BARBARA/ WOLF-VALERIUS, PETRA: ***Vorruheständler - eine neue soziale Realität in Ostdeutschland*** (Graue Reihe Bd.606) Halle 1992. 64 S.
Auf der Grundlage von Leitfaden- sowie Experten-Interviews und der Auswertung statistischen Materials wird der biographische Einschnitt "Vorruhestand" in seinen Auswirkungen auf Lebensführung und -strategien untersucht, desweiteren das Phänomen "Vorruhestand" theoretisch konzeptualisiert und unter Gesichtspunkten der Sozialstrukturforschung diskutiert.

FRENZEL, KARIN: ***Forschungseinrichtungen und Projekte zum Thema psychosoziale und gesundheitliche Auswirkungen des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern*** (Graue Reihe Bd. 402). Halle/S. 1992. Insges. 65 S.
Die Studie versucht, einen Überblick zu gewinnen, welche Institutionen, Projekte und Personen in Ostdeutschland gesundheitspolitische und versorgungsinstitutionelle Aspekte des Umbruchs und der deutschen Vereinigung dokumentieren und erforschen. Desweiteren werden Forschungsmate

alien zu diesen Aspekten, die nicht bearbeitet werden können, erkundet sowie welche Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Bearbeitung erfüllt werden müßten.

RITSCHEL, DORIS/ MARKUS, UWE: ***Das Ende der Industrieforschung der DDR. Chancen und Perspektiven von in der Industrieforschung Beschäftigten unter marktwirtschaftlichen Bedingungen*** (Graue Reihe Bd. 105). Halle 1992. 70 S. + Anhang o.S. (43 S.)
Die Studie referiert zunächst die Entwicklungsbedingungen der DDR-Industrieforschung im Spiegel soziologischer Analysen, um sodann auf der Grundlage von leitfadengestützten Interviews und Expertendiskussionsrunden vom Sommer 1992 Sichtweisen und Meinungen von in der ostdeutschen Industrieforschung beschäftigten Forschern und Entwicklern zum Ende der Industrieforschung und zu den Arbeiotsmarktchancen ihrer Gruppe aufzuarbeiten. Der Anhang dokumentiert u.a. ausgewählte Ergebnisse von soziologischen Forschungen in der DDR zum Thema Industrieforschung, neuere Veränderungen des F/E-Potentials am Beispiel von Thüringen sowie ein Beispiel für eine Ausgründung einer F/E-GmbH.

RISCH, WOLFRAM: ***Erfahrungen mit flexiblen Fertigungssystemen in der früheren DDR sowie zu Beginn des Umstrukturierungsprozesses*** (Graue Reihe Bd. 118). Halle/S. 1992. 51 S.
Die Studie analysiert Entwicklung von rechnergestützten flexiblen Fertigungssystemen (CIM) und deren Überleitung in die industrielle Anwendung im DDR-Maschinenbau. In einer rückblickenden Bestandsaufnahme wird der wissenschafts- und wirtschaftspolitische Rahmen beleuchtet, sodann die Entwicklungsetappen der flexiblen integrierten Fertigung und planwirtschaftlich bedingte Defizite. Ein eigenes Kapitel ist der Position der Arbeitswissenschaft im Entwicklungs- und Gestaltungsprozeß gewidmet. Ausführlich werden betriebliche Erfahrungen analysiert sowie Perspektiven diskutiert.

MANNING, SABINE: ***Bildungsförderung durch EG-Programme in den NBL*** (Graue Reihe Bd. 902). Halle 1992. 47 S.
Ausgehend von einer Gesamtbetrachtung der EG-Bildungspolitik werden EG-Förderprogramme für den Bildungsbereich und deren Einführung in den neuen Bundesländern erörtert. Dem folgt eine Analyse, wie das EG-Programmangebot unter den Bedingungen der Umgestaltung bisher genutzt wurde. Auf der Grundlage von Befragungsergebnissen werden sodann Möglichkeiten und Grenzen der EG-Programme von ostdeutschen Akteuren bewertet. Schließlich werden in einem Problemaufriß erste Erkenntnisse über den Zusammenhang von EG-Förderung und Umgestaltung im ostdeutschen Bildungswesen festgehalten.

FrauenStreikTag 1994

1994 soll das "Jahr der weiblichen Gegenwehr" werden. Angelehnt an den Widerstand der Schweizerinnen vom 14. Juni 1991 ruft die DGB-Frauenoffensive gemeinsam mit anderen Initiativen dazu auf, den Internationalen Frauentag am **8. März** zum FrauenStreikTag zu machen. Der Text des Aufrufs:

Frauen sagen NEIN!

Die Wiederherstellung eines großen Deutschlands findet auf Kosten von Flüchtlingen, auf Kosten der "Anderen", der Schwachen, der Armen *und auf Kosten von Frauen statt.*

Deswegen rufen wir auf zu einem

Frauenstreik!

Damit wollen wir gegen den Abbau von Grundrechten, gegen den Abbau von Sozialleistungen und die wachsende Armut von Frauen, gegen die Zurückdrängung bereits erreichter Frauenrechte, gegen die Zerstörung der Umwelt und gegen die Vorbereitung deutscher Kriegsbeteiligung protestieren.

Frauen werden die Hausarbeit niederlegen; betriebliche Aktionen bis hin zum Streik durchführen; nicht einkaufen (Kaufstreik); nicht mehr höflich lächeln; nicht nett sein; keinen Kaffee kochen und die Kinder den Männern mit auf die Arbeit geben. Auffällig und frech werden wir unsere Gemeinsamkeit und unsere Solidarität bekunden.

Wir nehmen es nicht mehr hin, daß Frauenlöhne immer noch um dreißig Prozent unter denen der Männer liegen, wir wehren uns gegen Männerseilschaften, an denen der Aufstieg von Frauen in gut bezahlte Positionen scheitert. Die geheime Parole "Männer gehen vor" hat dazu geführt, daß in den neuen Bundesländern vor allem Frauen von den Arbeitsplätzen verdrängt werden. Nun ist zu befürchten, daß Frauen auch noch den Preis für den EG-Binnenmarkt bezahlen müssen. Mehrere hunderttausend Frauenarbeitsplätze werden in den nächsten Jahren allein in Deutschland abgebaut werden.

Jetzt ist Schluß!

Schluß mit der Gewalt, Schluß mit der Demütigung. Im Krieg wird die Vergewaltigung als Waffe benutzt. Innerhalb der Ehe ist sie in Deutschland immer noch nicht verboten. Den Kampf der Männer um den Erhalt ihrer Vorherrschaft, durch Anmache und sexuelle Übergriffe, erfahren Frauen täglich und hautnah.

Uns reicht's!

Wir wollen die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen entsprechend unserem zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung. Wir wollen die gleichmäßige Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit unter Frauen und Männern und eine eigenständige Existenzsicherung für jede erwachsene Person. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Lebensformen: allein, in Gesellschaft, heterosexuell oder lesbisch. Eine Bevorzugung der Ehe durch den Staat lehnen wir ab. Jede Frau muß selbst ohne jede staatliche und ärztliche Bevormundung entscheiden können, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht.

Wir kündigen den patriarchalen Konsens und beginnen mit einem Warnstreik.

Wir rufen alle Frauen auf, sich mit eigenen Ideen zu Aktionen und Diskussionen an dem Streik zu beteiligen: Vielfalt und Kreativität sind gefragt. Gründet überall Streikomitees/-gruppen, entwickelt neue Streikformen, geht mit Euren Forderungen an die Öffentlichkeit!

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich bestelle:

1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen
2. unten angekreuzte Hefte zum Heftpreis von DM 5,- (1.+2. Jg.) bzw. DM 9,50 (ab 3. Jg.) zzgl. Versandgebühr
3. .....mal *hochschule ost* im Jahresabonnement (6 Hefte) für incl. Inlandversand DM 65,-
4. .....mal *hochschule ost* im PrivatabonnentInnen-Abo für incl. Inlandversand DM 37,-
5. .....mal *hochschule ost* im Abonnement für Nichtverdienende für incl. Inlandversand DM 25,-

(Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen:
Studierende/r - Erwerbslose/r - Vorruheständler/in - Pensionär/in -
Sonstiges: .....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....

Name

.....

Adresse

.....

....

Datum Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

.....

2. Unterschrift

Bitte einsenden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Uni Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig

Kopiervorlage für Nachbestellungen:

Okt. 91: *Schwerpunkte:* Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland. *AutorInnen:* R. Will, B. Okun/H. Poldrack, M. Middell, W. NItsch u.a. ○

Nov. 91: *Schwerpunkte:* Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte. *AutorInnen:* G. Nolte, L. Klinzing, K. Nowak u.a. ○

Dez. 91: Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch mit A. Förster, M. Rösler, H. Häckel, E. Noack, G. Wartenberg, S. Fröhlich, P. Porsch, W. Kriesel, W. Berg, W. Naumann, M. Gibas. ○

Dez. 91 (special): Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit. Dokumentation. ○

1/92: *Schwerpunkte:* Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen. Teil 1. *AutorInnen:* F. Klein, W. Küttler, A. Thom, P. Pasternack u.a. ○

2/92: *Schwerpunkte:* Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen. Teil 2 * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink". *AutorInnen:* F. Klein, W. Ernst, M. Middell, J. Teller, E. Uhl, F. Geißler, I.-S. Kowalczuk u.a. ○

3/92: Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung mit G. Päselt, H. Schramm, D. Keller, D. Odendahl, T. Bultmann, L. Klinzing, Hj. Otto, M. Tolksdorf, H. J. Block, J. Lange. ○

4/92: *Schwerpunkte:* Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten. *AutorInnen:* G. Lerchner/K. Pezold/H. Richter, H. Mayer, H.-U. Feige, R. v. Thadden, W. Nitsch, T. Bultmann, L. Klinzing u.a.

5/92: *Schwerpunkte:* Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 1. *AutorInnen:* Chr. Kähler, R. Mau, M. Onnasch, B. Okun/H. Poldrack, P. Pasternack, Chr. Dahme/H. Halberlandt u.a.

6/92: *Schwerpunkte:* Europäische Universität Erfurt * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 2. *AutorInnen:* H. J. Meyer u.a.

7/92: *Schwerpunkte:* Fortsetzung: Ostdeutsche Geschichtswissenschaften * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 3. *AutorInnen:* V. Didczuneit, M. Gibas, M. Middell, H. Klinkmann u.a.

8/92: *Schwerpunkt:* Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 4: Die Studierenden. *AutorInnen:* Chr. Füller, U. Starke, P. Pasternack, M. Dürkop u.a.

9/92: *Schwerpunkte:* Streitsache Latinum * Wissenschaft Ost 1989/90 5. *AutorInnen:* R. Kößling, H. Klenner, H. Werner u.a.

10/92: *Schwerpunkte:* Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 6. *AutorInnen:* M. Höppner/R. Kürschner/K. Arias, G. Nolte u.a.

11/92: *Schwerpunkt:* 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler. *AutorInnen:* D. Dohnke/Chr. Gizewski, K.-H. Heinemann, B. Okun, G. Maibaum u.a.

12/92: *Schwerpunkt:* Frauen in der Ostwissenschaft. *AutorInnen:* K. Reiche, B. Bütow, F. de Haas, A. Franzke, U. Dietrich, E. Mehnert, G. Jähnert, H.-U. Erichsen u.a.

1/93: *Schwerpunkte:* Tagungs des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive. *AutorInnen:* E. Richter, R. Schneider, C. Weiss, A. Förster, P. Porsch u.a.

2/93: *Schwerpunkt:* Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel. *AutorInnen:* K.-D. Kaiser, A. Hoff, P. Straube, E. Tiefensee, H.-U. Erichsen, G. Aulerich/K. Döbbeling u.a.

3/93: *Schwerpunkte:* Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 7. *AutorInnen:* A. Sasse/M. Obststück, K. Taut, U. Schneckener, H.-H. Emons u.a.

4/93: *Schwerpunkte:* Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände (-Schicksale) im Osten Teil 1. *AutorInnen:* H. J. Sandkühler, J. Jünger, B. Brentjes, H. J. Meyer, E. Hödl, H. Elsenhans ua.a

5/93: *Schwerpunkte:* Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 8 * Verbände(-Schicksale) im Osten Teil 2, Institution Hochschule und Landeshochschulrecht Teil 2. *AutorInnen:* G. Barthel, M. Robbe, H.D. Winter, D. Wahl, Chr. Pommerening, G. Eiselt, I.-S. Kowalczuk, M. Daxner u.a.

Juni 93 (special): Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz. *AutorInnen:* H. J. Meyer, G. Wartenberg/M. Middell, GEW-Uni-Gruppe Leipzig, S. Brentjes.

6/93: *Schwerpunkt:* Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der otsdeutschen Wissenschaft. *AutorInnen:* J. Hentschke, S. Gäbelein, A. Franzke, W.-H. Kraut, J. Kuczynski, H. J. Meyer, K. Klinzing u.a.

7/93: *Schwerpunkte:* Die ostdeutschen Archive * Verbände(-Schicksale) im Osten Teil 3. *AutorInnen:* U. Geyer, V. Kahl, I. Pardon, Hg. Meyer, P. Pasternack, I.-S. Kowalczuk u.a.

8/93: *Schwerpunkte:* Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus Teil 1. *AutorInnen:* S. Thede, G. Egner, H. Holfeld, W. Schluchter, P. Stekeler-Weithofer u.a.

9/93: *Schwerpunkte:* Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus Teil 2 * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen. *AutorInnen:* W. Schluchter, B. Muszynski, W. Nitsche, R. Gries, J.-D. Gauger, H.-J. Schulz u.a.

je Heft DM 5,-.